

Das Stift Heiligenkreuz

Das 1133 gegründete Zisterzienserstift im Wienerwald ist eines der bedeutendsten und lebendigsten Klöster Österreichs (ab der Seite 175)



© Wikipedia // CC-BY 4.0 / C. Stadler/Bweg

Das Stift Heiligenkreuz

Ein Rundgang durch die 1133 gegründete
Zisterzienser-Abtei im Wienerwald

Von Michael Mössmer
Musik, Kamera und Schnitt



Die Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Landsleute, mit einem Rekord verabschieden wir uns diesmal vom alten Jahr: die ersten drei Ausgaben 2023 zählten bisher fast 1.000.000 LeserInnen.

Zu unserer Titelgeschichte über das Stift Heiligenkreuz gibt es 26minütige Videos mit mehrsprachigen Erklärungen (siehe Seite 185). Film, Musik und Schnitt stammen von mir und ich freue mich schon auf Ihre Kommentare ...

Alles Gute und liebe Grüße aus Wien

Michael Mössmer

Der Inhalt der Ausgabe 209

Die Staatsspitze zu Israel	4	Erste Trauben für Bgld. Eiswein	137
Aus der Hofburg	5	15. Bierkulturbericht	138
Aus dem Parlament	11	Hedy Lamarr Preis 2023	140
Aus dem Bundeskanzleramt	28	Polarstern Preis 2023	141
Aus dem Außenministerium	39	Bayer. Naturschutzpreis 2023	142
Aus den Bundesländern	54	Buchpreis für Tonio Schachinger	144
Vatikan-»Außenminister«		Reformationstag in Lutherischer	
Gallagher in Wien	67	Stadtkirche in Wien	145
Österreichs SpitzenforscherInnen		Treffen aller anerkannten	
leisten entscheidenden Beitrag	69	Religionsgemeinschaften	146
Nobelpreis für Physik 2023	71	I. Monjencs Synoden-Präsidentin	147
Korea-Austria Economic		Geistliches Leben in Säben	148
Cooperation-Forum	73	Stephanusorden für Axel Baudach	149
Generalversammlung der DHK	74	Österreichs Quantenwissen-	
Weltrekord im Tunnelbau	76	schaft startet durch	150
AT&S: Kapazitäten für AMD	77	Mit Ethik die Quanten-	
Wiener Hauptbahnhof ist der		forschung nachhaltig machen	151
zweitbeste Bahnhof Europas	78	Die Quantenphysik befindet	
JKU Kooperation führt zu		sich an einem Wendepunkt	152
Meilenstein in der Robotik	80	Aufwind für Vertrauen	
Wirtschaft: Unsichtbare Helden	81	in die Wissenschaft	153
Gäste aus Australien, den USA		Wie Mega-Flut vorhersagbar wird	154
und England	83	Durchbruch im Verständnis der	
Gute kirchliche und europäische		genetischen Basis von Immun-	155
Nachbarschaft	85	reaktionen	
Missio-Krankenhaus in Mosambik	87	Per »Fernsteuerung« kommen	
Vorkämpferin gegen Sklaverei	88	Wirkstoffe direkt in die Zelle	156
Aus dem Dachverband PaN	89	Steriles Laborequipment	
Nationalfeiertag am 26. Oktober	108	aus dem 3D-Drucker	157
Demokratie in stürmischen Zeiten	114	In drei Tagen das gesamte	
Konjunkturlage in Österreich		Erbgut vor Augen	158
bleibt angespannt	118	5.000 Jahre alter Wein	
Konjunktorentwicklung mit		für ägyptische Königin	159
schwacher Dynamik	120	Wien Museum	
So geht's uns heute	122	Am 6. Dezember wurde es	
Weltweit modernstes		nach drei Jahren Umbauzeit	160
Edelstahlwerk in Kapfenberg	123	wiedereröffnet.	
Luftfahrtbranche: Gipfeltreffen	125	Ferdinand von Hochstetter:	
Zuwanderung läßt Bevölkerung		Auckland Tagebuch	168
weiter wachsen	126	200 Jahre Anton Bruckner –	
Krisenübung am Airport Wien	128	Jubiläumsjahr 2024	171
Koralmbahn in Kärnten eröffnet	130	Das Stift Heiligenkreuz	
Ein Tiroler Wahrzeichen feiert		Das Zisterzienserstift im Wiener-	
Geburtstag	132	wald ist eines der bedeutendsten	
Bacchuspreis 2023 an Erich Giese	134	und lebendigsten Klöster	
Der Junker ist da!	135	Österreichs.	174
		Mehrsprachige Youtube-Videos	
		26minütiger Rundgang durch das	
		Stift Heiligenkreuz	185



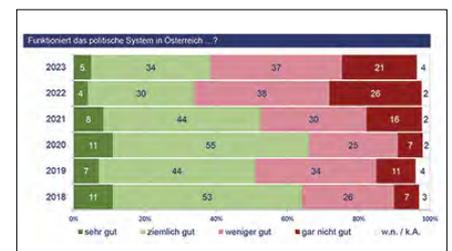
Salzkammergut 2024

57



Nationalfeiertag am 26. Oktober

108



Demokratie in stürmischen Zeiten

114



Ö. Quantenwissenschaft startet durch

150



Das Wien Museum wurde eröffnet

160

Impressum: Eigentümer und Verleger: Österreich Journal Verlag, A-1130 Wien, Dr. Schober-Str. 8/1; alleiniger Eigentümer, für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer. Unternehmensgegenstand: regelmäßige Herausgabe einer Zeitschrift für unsere Landsleute im Ausland. Fotos Seite 2: <https://www.badschl.at/> Daniel Leitner Peter Lechner / HBF; SORA Institute for Social Research and Consulting; © Harald Ritsch/Universität Innsbruck



Frohe Weihnachten und alles Gute für ein glückliches Neues Jahr

wünschen Ihnen »Österreich Journal«
und PaN – Partner aller Nationen

Die Staatsspitze zu Israel

Nach dem Hamas-Anschlag auf Israel hat Österreichs Staatsspitze Stellung genommen, die wir hier wiedergeben. Da sich die Situation in Israels Krieg gegen die Hamas tagtäglich ändert, nehmen wir dieses Thema in unsere Rubrik „Österreich, Europa und die Welt“ ebenso nicht auf, wie die Ereignisse in der Ukraine. Es ist uns nicht möglich, die Entwicklungen über drei Monate bis zum nächsten Erscheinen chronologisch darzustellen. Wenn also in den von uns aufgenommenen Beiträgen aus der Hofburg, dem Parlament, dem Bundeskanzleramt und dem Außenministerium ausführlich darauf Bezug genommen wird, werden wir diese Passagen evtl. kürzen. Aktuelle Positionen finden Sie in den jeweiligen Internet-Angeboten. MM

Bundespräsident Alexander Van der Bellen

Bei massiven Angriffen aus dem Gazastreifen wurden in Israel viele Menschen getötet. Der Bundespräsident verurteilte am 7. Oktober die Angriffe auf Israel aufs Allerschärfste: „Bestürzt höre ich die heutigen Nachrichten über den brutalen Überfall an der Grenze Israels zum Gazastreifen. Ein großer Teil Israels wird heute mit tausenden Raketen durch die Hamas angegriffen. Der Beschuß tötet, zerstört und zwingt die Bevölkerung in ihre Schutzräume. Im Süden des Landes werden ZivilistInnen ermordet, als Geisel genommen, verschleppt, Leichen gefallener Soldat:innen geschändet und Videos dieser Verbrechen triumphierend über Social-Media-Kanäle verbreitet. Es herrschen pogromähnliche Zustände. Ich verurteile all dies auf das Allerschärfste! Nichts kann diese Taten rechtfertigen. Mein Mitgefühl gilt allen friedliebenden Menschen auf beiden Seiten der Grenze, die unter Bedrohung leben, die Angehörige verloren haben oder verletzt wurden“, so Van der Bellen. „Ich hoffe auf eine baldige Einstellung aller Kampfhandlungen. Dieser jahrzehntelange Konflikt kann nur am Verhandlungstisch gelöst werden.“

<https://www.bundespraesident.at>

Präsidialkonferenzen des österreichischen Nationalrats und des Bundesrats

Aufs Schärfste verurteilt wurde der Terror der Hamas gegen Israel von den Mitgliedern der Präsidialkonferenzen des österreichischen Nationalrats und des Bun-

desrats – das sind im Nationalrat der Präsident, die Zweite Präsidentin und der Dritte Präsident des Nationalrats sowie die Klubobleute aller fünf Fraktionen der im Nationalrat vertretenen Parteien (ÖVP, SPÖ, FPÖ, Grüne, NEOS) und im Bundesrat die Präsidentin, die beiden Vizepräsidentinnen sowie die Fraktionsvorsitzenden (ÖVP, SPÖ, FPÖ und Grüne). Sie fordern die bedingungslose Freilassung aller Geiseln, vor allem um das Leid der israelischen ZivilistInnen zu beenden. Das österreichische Parlament bekundet seine uneingeschränkte Solidarität mit Israel und dessen Bevölkerung. Es spricht den Opfern und deren Angehörigen sein tiefes Mitgefühl aus.

<https://www.parlament.gv.at>

Bundeskanzler Nehammer: Stehen immer an der Seite Israels

Bundeskanzler Karl Nehammer nahm nach den Angriffen der Hamas auf Israel zur aktuellen Lage Stellung. „Es ist erforderlich, daß die einflußreichen Politiker der Region Einfluß auf die Hamas nehmen. Dabei benötigt es ein Zusammenwirken vieler Kräfte“, hielt der österreichische Regierungschef fest. „Für Österreich und die Europäische Union ist klar, daß Terror niemals zu rechtfertigen ist. Dadurch entsteht immer nur Leid und Elend für die betroffenen Menschen. Unsere Gedanken sind bei den Familien, die ihre Angehörige vermissen oder verloren haben“, betonte Nehammer.

„Israel kann sich sicher sein, daß wir immer an seiner Seite stehen. Aufgrund unserer Geschichte haben wir hier eine besondere Verantwortung. Wir werden Israel auf diesem Weg, der sehr bitter ist, nicht im Stich lassen“, erläuterte der Bundeskanzler. „Diplomatisch wird alles unternommen werden, damit Kräfte gefunden werden, die die Hamas zum Einlenken bringen. Die Radikalisierung ist jetzt schon auf einem dramatischen Höhepunkt angelangt. Israel hat hier das Recht auf Selbstverteidigung“, so Nehammer.

Aktuell gebe es für Israel Unterstützung auf der diplomatischen und der humanitären Ebene, die internationale Staatengemeinschaft zeige sich geschlossen und solidarisch, so der Bundeskanzler. Es gehe darum, zusammenzuarbeiten, um Hilfe anzubieten, wo diese gebraucht werde. „Israel und die Menschen dort müssen spüren, daß die Eu-

ropäische Union sie nicht vergessen hat und nicht vergißt“, so Nehammer abschließend.

In einer gemeinsamen Erklärung der Parlamentsparteien bekundete man die Solidarität mit Israel: „Unsere Gedanken sind bei den Menschen in Israel. Der brutale Angriff der Terrororganisation Hamas auf Israel ist aufs Schärfste zu verurteilen. Unsere Demokratie muß wehrhaft sein und ist aufgrund ihrer Geschichte hier besonders in der Verantwortung, mit Israel im Kampf gegen den Terror Seite an Seite zu stehen. Unser Mitgefühl gilt in diesen schweren Stunden den Opfern und deren Familien. Dieser Terror ist durch nichts zu rechtfertigen und muß sofort gestoppt werden. Quer über Parteigrenzen und politischen Ansichten hinweg, sind wir geeint in unserer Solidarität mit dem israelischen Volk und dem Staat Israel.“

<https://www.bundeskanzleramt.gv.at>

Außenminister Alexander Schallenberg und seine EU-AmtskollegInnen

Angesichts der Angriffe der Terrororganisation Hamas sprachen Außenminister Alexander Schallenberg und seine AmtskollegInnen beim EU-Sondertreffen und bei der EU-Golfkooperationsrats-Tagung am 10. Oktober in Maskat über die Situation in Israel und den möglichen Beitrag zur Beruhigung der Lage. Beim Treffen mit den Vertretern der Staaten des Golfkooperationsrats wurden neben der sicherheitspolitischen Kooperation auch Möglichkeiten zur Zusammenarbeit im Bereich der Wirtschaft und der Energiesicherheit erörtert.

Im Rahmen der Treffen bekundeten Außenminister Schallenberg und seine EU-AmtskollegInnen ihre unverbrüchliche Solidarität mit Israel und verurteilten die entsetzlichen Angriffe der Terrororganisation Hamas aufs Schärfste.

„Es ist inakzeptabel, zivile Ziele anzugreifen, Frauen und Kinder zu töten und unschuldige Zivilisten als Geiseln zu nehmen, um sie als menschliche Schutzschilde zu benutzen. Wir können nicht zulassen, daß dieser sinnlose Terrorakt die positive Entwicklung zwischen Israel und seinen arabischen Partnern zunichtemacht“, bekräftigte Schallenberg. Den Hintergrund des Terrors orteten viele Teilnehmende der Treffen als Versuch der Hamas, die Annäherungen Israels mit arabischen Staaten zu verhindern.

<https://www.bmeia.gv.at>

Zu Besuch in Moldau

Bundespräsident Alexander Van der Bellen unterstützt Moldaus Weg in die EU



Foto: Peter Lechner/HBF

Bei der gemeinsamen Pressekonferenz in der moldauischen Hauptstadt Chişinău

Bundespräsident Alexander Van der Bellen hat bei einem Besuch bei der moldauischen Präsidentin Maia Sandu am 15. November gemeinsam mit seiner slowenischen Amtskollegin Nataša Pirc Musar die EU-Beitrittsbestrebungen Moldaus unterstützt. „Die Zukunft der Republik Moldau liegt in einem größeren Europa“, betonte Van der Bellen im Anschluß bei der Pressekonferenz. Der Besuch sei „eine starke Botschaft der Unterstützung“, sagte Sandu.

Van der Bellen betonte, daß der Besuch vor allem ein „Zeichen der Solidarität in einer schwierigen geopolitischen Situation“ sein solle. So sei Moldau nicht nur aufgrund der geografischen Lage besonders betroffen vom Krieg in der Ukraine und habe auch gemessen an der Bevölkerungszahl die meisten ukrainischen Flüchtlinge aufgenommen. Rußland versuche mit Destabilisierungskampagnen das Land zu beeinflussen, so Van der Bellen. So habe Moskau versucht, Gaslieferungen massiv als Druckmittel einzusetzen, Moldau sei es aber gelungen, das zu bewältigen.

„Allen ist klar, daß Moldau die notwendigen Reformen für einen EU-Beitritt durchführen muß“, so Van der Bellen, das sei auch in Österreich so gewesen. Dafür brauche es



Foto: Peter Lechner/HBF

v.l.: Bundespräsident Alexander Van der Bellen, die moldauische Präsidentin Maia Sandu und die slowenische Präsidentin Nataša Pirc Musar

den politischen Willen und die Unterstützung der Bevölkerung, betonte der Bundespräsident. Doch bisher habe sich das Land „großartig geschlagen“, nun liege es am Europäischen Rat, über weitere Schritte zu entscheiden. Auf eine Frage, wann Österreich die Blockade des Schengen-Beitritts Rumä-

niens und Bulgariens aufgeben werde, sagte Van der Bellen, dies sei eine Entscheidung der Bundesregierung. Er selbst habe keine exekutive Gewalt, betonte er. Die Entscheidung der Regierung, die beiden Länder nicht in die Schengenzone aufnehmen zu wollen, habe er aber immer kritisiert.

Österreich, Europa und die Welt

Pirc Musar betonte, daß „Österreich und Slowenien die gleichen Werte“ teilen würden. „Wir glauben an Europa und die Rechtsstaatlichkeit“, so Pirc Musar, daher unterstütze man auch Moldaus EU-Ambitionen. Slowenien unterstütze auch die Ukraine, denn die kämpfe auch für die Freiheit von Moldau. „Wir alle wissen, wer hier der Aggressor ist“, sagte die slowenische Präsidentin.

„Wir wissen, daß uns viel Arbeit bevorsteht“, versicherte die moldauische Präsidentin. Die Annäherung an die EU sei aber die einzige Möglichkeit für Moldau, Demokratie und Lebensstandard zu verbessern. Der russische Angriffskrieg in der Ukraine sei für Moldau zudem eine große Herausforderung. „Wir müssen dafür sorgen, daß Rußland für die begangenen Verbrechen in der Ukraine zur Verantwortung gezogen wird“, betonte Sandu.

Es sei auch nicht neu, daß Rußland versuche, politischen Einfluß in Moldau zu nehmen, so Sandu weiter. So habe Moskau versucht, Energie als Waffe einzusetzen, probiert, die Regierung zu stürzen, und politische Parteien beeinflusst. Neu sei gewesen, daß jüngst auch Wähler bestochen worden seien, erklärte Sandu. Je mehr sich Moldau der EU annähere, desto massiver würden die Maßnahmen Moskaus, doch mittlerweile sei man weitaus besser gerüstet, darauf zu reagieren, als vor eineinhalb Jahren.

Gemeinsam mit dem moldauischen Bildungs- und Wissenschaftsminister Dan Perciun besuchte Van der Bellen eine Berufsschule für Informatik und IT in der Hauptstadt Chisinau. Die Schule mit „Matura und dem Schwerpunkt Informatik“ sei gefragt und habe vier Mal mehr Bewerber, als tatsächlich aufgenommen werden können, sagte Van der Bellen im Anschluß.

Dies sei ein Zeichen für die Attraktivität dieser Bildungseinrichtung. Die Schule werde wesentlich gefördert von der Austrian Development Agency (ADA) und der OeAD (Österreichs Agentur für Bildung und Internationalisierung), so Van der Bellen. Seine Reise nach Moldau sei auch ein „Akt der Solidarität“, da Moldau nicht nur vom Krieg in der Ukraine und der Aufnahme sehr vieler Flüchtlinge besonders betroffen sei, so Van der Bellen gegenüber der APA.

Am 16. November traf Van der Bellen mit Moldaus Premierminister und Parlamentspräsident Igor Grosu zu Gesprächen zusammen, tags darauf eröffnete Präsidentin Maia Sandu gemeinsam mit ihm das Wirtschaftsforum im Radisson Blu Leograd Hotel in Chişinău.



Foto: Peter Lechner/HBF

Gespräch mit Premierminister Dorin Recean (l.) und dem stv. Innenminister Serghei Daconu



Foto: Peter Lechner/HBF

Der Bundespräsident bei der Eröffnungsansprache des Wirtschaftsforums ...



Foto: Peter Lechner/HBF

... und im Gespräch mit TeilnehmerInnen

Österreich, Europa und die Welt – »Herzlich willkommen«

Bundespräsident Alexander Van der Bellen empfing am 21. November die neuen BotschafterInnen aus acht Staaten in der Wiener Hofburg



S.E. Asad Alam Siam, Bangladesch



S.E. Abdullah Bin Khalid Tawlah, Saudi-Arabien



I.E. Nina Vaskunlathi, Finnland



S.E. Stephan Mubiru, Uganda



S.E. Matota Rallage Kulatilaka Lenagala, Sri Lanka



I.E. Naimi Sweetie Hamza Aziz, Tansania



S.E. Bakhtiyor Ibragimov, Usbekistan



S.E. David Roet, Israel

Alle Fotos: Carina Karlovits / HBF, Paul Kulec / HBF

Besuch aus Griechenland

Bundespräsident Alexander Van der Bellen empfing die Präsidentin der Hellenischen Republik Katerina Sakellariopoulou zum Offiziellen Besuch in Österreich



Foto: Peter Lechner/HBF

Bundespräsident Alexander Van der Bellen empfing Präsidentin Katerina Sakellariopoulou mit militärischen Ehren in der Wiener Hofburg

Angesichts der Differenzen in der Regierung zum Klimaplan mahnte Bundespräsident Alexander Van der Bellen am 5. Dezember zu Tempo beim Klimaschutz. „Wer da noch glaubt, viel Zeit zu haben, irrt sich in historischem Ausmaß“, sagte er bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit der griechischen Präsidentin Katerina Sakellariopoulou in Wien. Sowohl Griechenland als auch Österreich hätten die Auswirkungen des „Klimanotstands“ erlebt, etwa in Form von Überschwemmungen oder Waldbränden.

Angesprochen auf jüngste Berichte von der Klimakonferenz COP28 in Dubai, wonach der Ausstieg aus fossilen Energieträgern nicht im Abschlussdokument erwähnt werden könnte, gab sich der Bundespräsident gelassen. „Das allein würde mich noch nicht bestürzen“, sagte Van der Bellen. Er verwies darauf, daß der Ausstieg aus Öl und Gas noch Jahrzehnte dauern würde. Er wolle jedoch die TeilnehmerInnen aus rund 200 Ländern, VertreterInnen der Ölgesellschaften und politischen Parteien in Österreich „daran erinnern, daß der Klimanotstand nicht vom Himmel gefallen ist“. Es handle sich um das „größte Marktversagen aller Zeiten“. Da der Markt seit Jahrzehnten Preise verlange, „die nicht den realen Preisen entsprechen“, seien „die Staaten gefordert, entsprechende Maßnahmen zu treffen“. Van der Bellen selbst mußte seine Reise zur Eröffnung der COP28 krankheitsbedingt absagen. Zu seiner Nicht-Teilnahme sagte er: „Ob das ein Unglück oder Segen“ war, sei dahingestellt.

Van der Bellen sprach außerdem die Entwicklung der politischen und wirtschaftli-



Foto: Peter Lechner/HBF

v.r.: Präsidentengattin Doris Schmidauer, Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Griechenlands Präsidentin Katerina Sakellariopoulou und deren Begleiter Pavlos Kotsonis

chen Beziehungen zu Griechenland an. Die 30 Milliarden Euro des EU-Recovery Funds seien eine Chance für österreichische Unternehmen, die in Infrastruktur und grüner Technologie tätig sind. Hier sieht der Bundespräsident noch „viel Spielraum für Kooperationen.“ Er drückte Griechenland ausserdem „ausdrücklich Anerkennung“ dafür aus, das es das Land nach der Finanzkrise geschafft habe, seine Wirtschaft „zu stabilisieren“. Die Wachstumsraten von rund zwei Prozent seien weit über dem Durchschnitt, auch Österreichs. Gleichzeitig habe Griechenland beim Abbau der Staatsschulden „ein Tempo“ gezeigt, „das seinesgleichen sucht“.

Griechenland und Österreich sind beide „Freunde des Westbalkans“ und sprechen sich für eine rasche Integration der südosteuropäischen Staaten aus. Griechenland zählt je-

doch zu jenen fünf EU-Staaten, die den Kosovo nicht als unabhängigen Staat anerkannt haben. Von der Austria Presseagentur darauf angesprochen antwortete Sakellariopoulou: „Griechenland unterstützt den europäischen Kurs dieses Landes ebenso wie bei anderen Ländern“.

Die Förderung der EU-Perspektive des Westbalkans sei von „strategischem und wirtschaftlichen Interesse“. Gleichzeitig würde sie einen Anreiz für notwendige Reformen vor allem im Bereich Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte darstellen.

Sakellariopoulou ist die erste weibliche Präsidentin Griechenlands. Im Jänner 2020 wurde die parteifreie ehemalige Höchststrichlerin vom Parlament in dieses Amt gewählt. Seit 13. März 2020 ist sie Staatsoberhaupt der Hellenischen Republik. ■

75. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte

Bundespräsident Alexander Van der Bellen nahm am High-Level Event in Genf teil



Foto: Peter Lechner/HBF

Bundespräsident Alexander Van der Bellen bei seiner Rede

Auf internationaler Ebene wurde am 10. Dezember 1948 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verabschiedet, die einen universalen und globalen Anspruch hat, jedoch nicht formalrechtlich bindend ist. Zum 75. Jahrestag dieser Erklärung luden die Schweiz und das UNO-Hochkommissariat für Menschenrechte zu einer Hochrangigen Veranstaltung, an der auch Bundespräsident Alexander Van der Bellen teilnahm. Lesen Sie hier die Übersetzung seiner Rede:

Letztes Jahr im Juli hat die Generalversammlung eine bahnbrechende Resolution verabschiedet, die vor 75 Jahren noch undenkbar gewesen wäre. Denn damals waren die katastrophalen Folgen der Klimakrise und ihre Auswirkungen auf die Menschenrechte noch nicht in den Köpfen der Menschen verankert. Diese Resolution erkannte an, daß jeder Mensch, überall, das Recht hat, in einer sauberen, gesunden und nachhaltigen Umwelt zu leben. Ja, hier in Genf zum Beispiel oder in Wien, wo ich herkomme, sind Gesundheitsprobleme aufgrund von starken Hitzewellen oder der Zugang zu Wasser vielleicht nicht so ein großes Thema wie



Foto: Peter Lechner/HBF

Bundespräsident Alexander Van der Bellen mit seinem Schweizer Amtskollegen Alain Berset

in Teilen des globalen Südens. Aber – auch wenn manche das gerne glauben würden – bedeutet das nicht, daß uns das weniger betrifft. Im Gegenteil: Die Folgen der Klimakrise werden uns alle betreffen. Die Zusammenhänge zwischen den Menschenrechten und unserer dreifachen planetarischen

Krise – globale Erwärmung, Verlust der biologischen Vielfalt und Umweltverschmutzung – sind nicht linear und doch so offensichtlich. Wir alle haben das Recht auf Leben und auf ein Leben in Freiheit und Sicherheit. Allerdings bedrohen extreme Wetterereignisse,

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Peter Lechner/HBF



die in Umfang, Häufigkeit und Intensität zunehmen, die Sicherheit von Milliarden von Menschen auf unserem Planeten. Waldbrände verwüsten Gemeinden und der steigende Meeresspiegel bedroht ganze Nationen, um nur einige Beispiele zu nennen.

Ein weiteres Grundrecht eines jeden Menschen ist das Recht auf den höchstmöglichen Gesundheitsstandard.

Der Klimanotstand erhöht jedoch das Risiko von Verletzungen, Krankheiten und Tod, zum Beispiel durch starke Hitzewellen. Und in einigen Regionen der Welt sind Kinder aufgrund der verringerten Nahrungsmittelproduktion einem erhöhten Risiko der Unterernährung ausgesetzt.

Der Zugang zu sicherem, erschwinglichem und zuverlässigem Trinkwasser ist ebenfalls ein grundlegendes Menschenrecht. Schon jetzt haben viel zu viele Menschen keinen Zugang zu sauberem Wasser. Und die Klimakrise wird dies noch verschlimmern. Schon jetzt sind es die Kinder, die von den Folgen der Klimakrise am meisten betroffen sind. Sei es Luftverschmutzung, Unterernährung oder Trinkwassermangel.

Ich bin 79 Jahre alt. Ich und die meisten anderen Politiker werden die schlimmsten Folgen der Klimakrise nicht mehr erleben müssen. Es ist die Zukunft der Kinder, die auf dem Spiel steht.

Deshalb fordern junge Menschen auf der ganzen Welt die Regierungen auf, eine ehrgeizige Klimapolitik zu betreiben. Sie fordern einen Planeten, der bewohnbar bleibt, einen Planeten mit genügend Nährstoffen, um allen Menschen das Recht auf Nahrung zu garantieren. Einen Planeten, auf dem die Umweltverschmutzung das Grundrecht auf Gesundheit nicht gefährdet. Das sollte nicht zu viel verlangt sein!

Dennoch glauben die meisten von ihnen, daß ihre Sorgen in Bezug auf die Klimakrise von den Politikern nicht ernst genommen werden. Laut einer in Österreich durchgeführten Umfrage trifft dies auf 75 Prozent der unter 30jährigen zu. Junge Menschen auf der ganzen Welt empfinden die gleiche Frustration.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen ihren Ruf hören, wir müssen ihn ernst nehmen. Denn sie haben Recht: Die Klimakrise ist, wie UN-Generalsekretär Antonio Guterres es ausdrückte, „eine existenzielle Bedrohung für uns alle“.

Es ist unsere Pflicht, die Verbrennung fossiler Brennstoffe auslaufen zu lassen und die Treibhausgasemissionen zu reduzieren. Es ist unsere Pflicht, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um uns an die vorhersehbaren Folgen des Klimanotstands anzupassen. Es ist unsere Pflicht, die Verursacher zur Rechenschaft zu ziehen. Damit hätten wir schon vor Jahrzehnten beginnen müssen, als wir zu erkennen begannen, daß die Klimakrise eine Folge des größten Marktversagens aller Zeiten ist. Und als Mitglieder der internationalen Gemeinschaft ist es unsere Pflicht, Solidarität zu zeigen und diejenigen zu unterstützen, die durch die Klimarisiken am meisten gefährdet sind.

Unsere gemeinsame Verantwortung für künftige Generationen muß unsere heutigen Entscheidungen und Maßnahmen bestimmen. Die Entscheidungen, die wir heute auf der COP28 in Dubai und in den kommenden Jahren treffen, werden die Welt bestimmen, die unsere Kinder und Enkelkinder erben werden. In unserem Bestreben, die Menschenrechte und das Klima zu schützen, müssen wir auch die unverzichtbare Rolle der Organisationen der Zivilgesellschaft

anerkennen. Sie sind es, die uns zur Rechenschaft ziehen, damit wir das umsetzen, was wir auf dem Papier vereinbart haben. Und sie tun dies manchmal unter großem persönlichen Risiko: Sie werden angegriffen oder in manchen Fällen sogar getötet. Es liegt in unserer Verantwortung, ihr Recht auf Partizipation, auf freie Meinungsäußerung, auf friedliche Versammlung und Vereinigung zu schützen und zu fördern.

In diesem Sommer, als wir den 30. Jahrestag der Wiener Erklärung und des Aktionsprogramms feierten, traf ich eine Gruppe junger Menschenrechtsverteidiger. Francisco Vera, der heute hier auf dem Podium sitzt, war einer von ihnen. Ich war wirklich beeindruckt und voller Bewunderung für ihre Arbeit, für ihren Mut, ihr Engagement und letztlich für ihre Vision einer besseren, gerechteren und gleichberechtigten Welt.

Meine Damen und Herren! die Herausforderungen, die vor uns liegen, sind groß. Und die Entscheidungen, die wir heute treffen oder nicht treffen, werden die Welt prägen, die wir an künftige Generationen weitergeben. Wir müssen sicherstellen, daß die Verpflichtungen, die wir heute eingehen, nicht nur aufrechterhalten, sondern im Laufe der Zeit gestärkt werden, um den Grundstein für eine Zukunft zu legen, in der Menschenrechte und ökologische Nachhaltigkeit gemeinsam gedeihen und sich gegenseitig stärken.

Wenn sich unsere Nachfolger im Jahr 2048 hier in Genf zum 100. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte versammeln, sollten sie mit Stolz auf die Fortschritte zurückblicken, die wir gemacht haben. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit! Ich freue mich sehr auf die bevorstehende Diskussion.

Quelle: <https://www.bundespraesident.at>

Aus dem Parlament



Foto: Parlamentsdirektion/Thomas Topf

v.l.: Christoph Sonnlechner Wiener Stadt- und Landesarchiv, Christoph Konrath Parlamentsdirektion, Karin Schneider Parlamentsdirektion, Fabio Wolkenstein Universität Wien, Franz Leander Fillafer Österreichische Akademie der Wissenschaft, Parlamentsdirektor Harald Dossi, Brigitta Bader-Zaar Universität Wien und Clemens Jobst Universität Wien

Vor 175 Jahren läutete die Revolution von 1848 den Beginn des modernen Parlamentarismus in Österreich ein. Im Zuge der „Märzrevolution“ legte der damalige Staatskanzler Metternich sein Amt zurück, Kaiser Ferdinand I. bewilligte Pressefreiheit und versprach eine parlamentarische Verfassung, die bereits kurze Zeit später – im April 1848 – erlassen wurde. Am 22. Juli trat der Reichstag, die erste gewählte Volksvertretung, zum ersten Mal zusammen.

Aus Anlaß des 175jährigen Jubiläums der Revolution lud die Parlamentsdirektion am Abend des 9. Oktober in Kooperation mit dem Wiener Stadt- und Landesarchiv zu einem Round-Table-Gespräch ins Parlament, das auch den Startschuß für eine neue Veranstaltungsreihe des Parlamentsarchivs unter dem Titel „Parlament und Demokratie – gestern und heute“ bildete. Im Mittelpunkt der Diskussion standen Problemlagen, die 1848 – oft zum ersten Mal – öffentlich verhandelt wurden. Es ging um Demokratie, die Verfassung und die soziale Ordnung. Zwar endete die Revolution schließlich blutig und der Reichstag wurde bereits im März 1849 – noch vor Beschluß eines Verfassungsent-

wurfs – wieder aufgelöst, dennoch hinterließ dieser mit der „Befreiung“ der Bauern aus dem bis dahin geltenden „Untertänigkeitsverhältnisses“ ein bleibendes Vermächtnis.

Welche Nachwirkungen die Revolution sonst noch hatte und ob bzw. inwieweit ihre Bedeutung in Österreich unterschätzt wird, darüber diskutierten unter der Moderation von Christoph Konrath (Parlamentsdirektion) die HistorikerInnen Franz Leander Fillafer und Brigitta Bader-Zaar, der Politikwissenschaftler Fabio Wolkenstein und der Wirtschaftshistoriker Clemens Jobst.

Fillafer: Revolution von 1848 hat viele Entwicklungen beeinflusst

Für Franz Leander Fillafer, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Kulturwissenschaften und Theatergeschichte der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW), ist es jedenfalls unverständlich, daß die Revolution des Jahres 1848 für Österreich „so etwas Fernes ist“ und auch in der Wissenschaft ein wenig ein „Aschenbrödel-Dasein“ fristet. Immerhin habe es sich damals um den erstmaligen Versuch gehandelt, einen multinationalen und multireligiösen

Verfassungsstaat zu schaffen, sagte er. Auch sei die Revolution in Österreich kein „Wurmfortsatz“ der deutschen Revolution gewesen, wie es des Öfteren beschrieben werde. Es habe eine kritische Masse gegeben, die die Revolution getragen habe. Daß die Revolution landläufig als gescheitert betrachtet wird, hat nach Ansicht von Fillafer auch damit zu tun, daß sie in den Nachfolgestaaten der Monarchie als Vorbote des Zerfalls der Monarchie darstellt werde, dabei habe sie viele weitere Entwicklungen – etwa den Rechtspositivismus – beeinflusst. Es gebe etliche Punkte, wo man die Forschung vertiefen müßte, so der Historiker.

Kein Meilenstein der Ideengeschichte

Ideengeschichtlich spielt die Revolution von 1848 nach Meinung von Fabio Wolkenstein, Inhaber einer Tenure Track Professur am Institut für Politikwissenschaften der Universität Wien für den Bereich „Transformationen der Demokratie“, allerdings nur „eine recht kleine Rolle“. Das zeige sich auch daran, daß es kaum „kanonische Texte“ aus dieser Zeit gebe, meinte er. Wesentlich bedeutender seien die französische und die ameri-

Österreich, Europa und die Welt

kanische Revolution gewesen. Von 1848 sei im Sinne politischer Ideengeschichte nicht viel geblieben. Er wolle aber nicht abstreiten, daß die Ereignisse von 1848 ein wichtiger Impulsgeber gewesen seien, betonte Wolkenstein. Schließlich hätten die damals losgetretenen Entwicklungen neue Realitäten geschaffen, die wiederum Innovationen hervorgebracht haben.

Erhebliche Einschränkungen beim Wahlrecht

Birgitta Bader-Zaar, Assistenzprofessorin am Institut für Geschichte der Universität Wien, gab zu bedenken, daß die Mitbestimmungsrechte, die damals gefordert wurden, nicht mit dem heutigen Demokratiebegriff vergleichbar seien. 1848 sei Demokratie für viele noch ein Negativbegriff gewesen, Volksherrschaft als anarchisches Herrschaftssystem verstanden worden. So sei auch von jenen, die die Revolution getragen haben, intensiv darüber diskutiert worden, wer überhaupt wahlberechtigt sein soll. Besitz und Bildung hätten eine wesentliche Rolle gespielt, arme Menschen seien grundsätzlich als nicht wahlfähig – weil beeinflussbar und korrumpierbar – beurteilt worden. Ziel der Einschränkungen beim Wahlrecht sei es insbesondere gewesen, die Arbeiterschaft und die Dienstboten auszugrenzen. Demgegenüber sei das städtische Bürgertum bei den Mandaten deutlich bevorzugt worden. Dennoch ist Bader-Zaar zufolge „einiges von 1848 mitgenommen worden“, wobei sie etwa auf die spätere Einführung der Selbstverwaltung der Gemeinden und interessensgeleitete Zusammenschlüsse verwies.

Keine unmittelbaren wirtschaftlichen Auswirkungen

In der wirtschaftshistorischen Forschung hat das Revolutionsjahr 1848 laut Clemens Jobst, Professor am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Wien, keine besondere Bedeutung. Das Jahr falle in eine Zeit der grundlegenden Modernisierung der Gesellschaft und der Verlagerung von der Landwirtschaft zur Industrie, ohne jedoch hervorstechen, erklärte er. Die Entwicklung sei ab den 1820er-Jahren graduell verlaufen, im Revolutionsjahr und in den Jahren danach habe es – trotz der Aufhebung der „Untertänigkeit“ – keine merklichen Veränderungen gegeben. Die Landwirtschaft sei vor und nach 1848 relativ schwach gewachsen. Vielleicht habe 1848 trotzdem eine größere Bedeutung gehabt, als es die Zahlenreihen vermuten ließen, meinte Jobst und ver-



Foto: Parlamentsdirektion/Thomas Topf

Begrüßung durch Parlamentsdirektor Harald Dossi

wies etwa auf die Einführung der Handelskammer als Interessenvertretung sowie auf die Entstehung von Banken in den 1850er-Jahren und die Gründung von Aktiengesellschaften.

Daß die Revolution genau im Jahr 1848 in vielen Ländern Europas ausbrach, könnte nach Einschätzung von Jobst nicht zuletzt auf erheblich steigende Lebensmittelpreise durch Mißernten und den damit verbundenen Rückgang der Nachfrage nach Industriegütern zurückzuführen sein.

Die Revolution sei „nicht aus dem Nichts gekommen“ und sei mit der Auflösung des Reichstags auch nicht zu Ende gewesen, hatte zuvor schon Karin Schneider vom Parlamentsarchiv in ihren einleitenden Worten festgehalten. Ihrer Einschätzung nach haben die damaligen Ereignisse nichts von ihrer Aktualität verloren. Allerdings sei das Jahr 1848 in politischen Debatten in anderen europäischen Staaten viel stärker präsent als in Österreich, gab Moderator Christoph Konrath von der Parlamentsdirektion zu bedenken. Die Revolution schein sehr weit weg zu sein, obwohl sie Österreich stark geprägt habe.

Historische Wissensplattform »Wien Geschichte Wiki«

Christoph Sonnlechner vom Wiener Stadt- und Landesarchiv nutzte die Veranstaltung, um „Wien Geschichte Wiki“, die historische Wissensplattform der Stadt Wien, vorzustellen. Dort seien mittlerweile nicht nur knapp 50.000 Beiträge abrufbar, regelmäßig würden auch Themenschwerpunkte angeboten, aktuell etwa zur Revolution von 1848, skiz-

zierte er. Dabei gehe es weniger um die Revolution selbst als vor allem auch um das, was aus der Revolution erwachsen sei. Immerhin gehe etwa der Wiener Gemeinderat auf die Revolution zurück. Man habe sich außerdem bemüht, Quellen aufzuarbeiten, die noch keinen Eingang in die wissenschaftliche Literatur gefunden hätten, schilderte Sonnlechner. So sei etwa aus vorhandenen Schadensprotokollen aus dem Jahr 1848 eine interaktive Karte erstellt worden. Mit der Plattform will man ihm zufolge niederschwellige Informationen für interessierte BürgerInnen anbieten.

Veranstaltungsreihe des Parlamentsarchivs

Eingangs der Veranstaltung hatte Parlamentsdirektor Harald Dossi auf die demokratiepolitische Bedeutung von Archiven verwiesen. Es gehe darum, authentische und seriöse Informationen transparent, zuverlässig und leicht auffindbar bereitzustellen. Dafür stehe das Parlamentsarchiv in besonderer Art und Weise, hob er hervor. Die Veranstaltungsreihe „Parlament und Demokratie – gestern und heute“ soll laut Dossi ausserdem dazu beitragen, vorhandene Informationen „an den Mann und an die Frau zu bringen“. Es helfe nicht, die besten Informationen zu haben, wenn sie öffentlich nicht wahrgenommen würden. Zum Gegenstand des Round-Table-Gesprächs merkte Dossi an, das Jahr 1848 sei ein wichtiges Datum für die Entwicklung des Parlamentarismus, nicht nur in Österreich, gewesen. ■

<https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/>

Österreich, Europa und die Welt

Sobotka besuchte Bulgarien

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka absolvierte am 10. Oktober 2023 einen offiziellen Besuch in Bulgarien. Nach Terminen mit seinem bulgarischen Amtskollegen Rosen Zhelyazkov an der EU-Außengrenze bei Kapitan Andreevo und im Parlament in Sofia traf er den Präsidenten der Republik Bulgarien Rumen Radev, den bulgarischen Premierminister Nikolay Denkov und die stellvertretenden Ministerpräsidentin und Außenministerin Bulgariens, Mariya Gabriel.

Austausch zur EU-Außengrenze und zum Schengenraum

Gemeinsam mit dem Vorsitzenden der bulgarischen Volkversammlung Rosen Zhelyazkov besichtigte Sobotka die Grenzstation Kapitan Andreevo. Der Grenzübergang zwischen Bulgarien und der Türkei liegt an der EU-Außengrenze unweit des Dreiländerecks Bulgarien, Griechenland und Türkei. In einem Presse-Briefing nach der Besichtigung der Grenzanlagen brachte der Nationalratspräsident seine Wertschätzung für die Anstrengungen Bulgariens zum Schutz der EU-Außengrenzen zum Ausdruck. Bulgarien sei in diesen Fragen ein wichtiger Partner für Österreich.

Der nächste Programmpunkt führte Sobotka nach Sofia, wo er einen Kranz am Grabmal des unbekanntes Soldaten niederlegte. In einem Gespräch mit seinem bulgarischen Amtskollegen Zhelyazkov erörterte Sobotka unter anderem die Frage der Erweiterung des Schengenraums und die Herausforderungen durch die Migration nach Europa. Auch die EU-Perspektive für die Staaten des Westbalkans sowie die Reaktionen auf den russischen Angriff auf die Ukraine sowie die Angriffe der Hamas in Israel wurden angesprochen. Die beiden Präsidenten sprachen auch über eine engere Kooperation bei Demokratiebildungsinitiativen mit den Westbalkanstaaten. Weitere Themen waren die EU-Donauraumstrategie sowie die Herausforderungen der Energiesicherheit und -infrastruktur.

Bei einem anschließenden Medientermin unterstrich Sobotka, daß sich das Veto Österreichs gegen den Schengenbeitritt Bulgariens nicht gegen das Land richte, sondern in der Dysfunktionalität des Schengen- und Dublin-Systems begründet sei. Aus diesem Grund sei eine Reform des Asyl- und Migrationssystems notwendig, um EU-weite Grenzkontrollen und effiziente Asyl- und Migrationsverfahren zu gewährleisten. Österreich werde in diesen Fragen weiterhin eng mit Bulgarien zusammenarbeiten. ■



Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (l.) bei seinem Treffen mit dem Präsidenten der Republik Bulgarien, Rumen Radev ...



... mit dem Premierminister der Republik Bulgarien, Nikolay Denkov



... und beim Besuch der Grenzpassierstelle Kapitan Andreevo mit seinem Amtskollegen Rosen Zhelyazkov ...

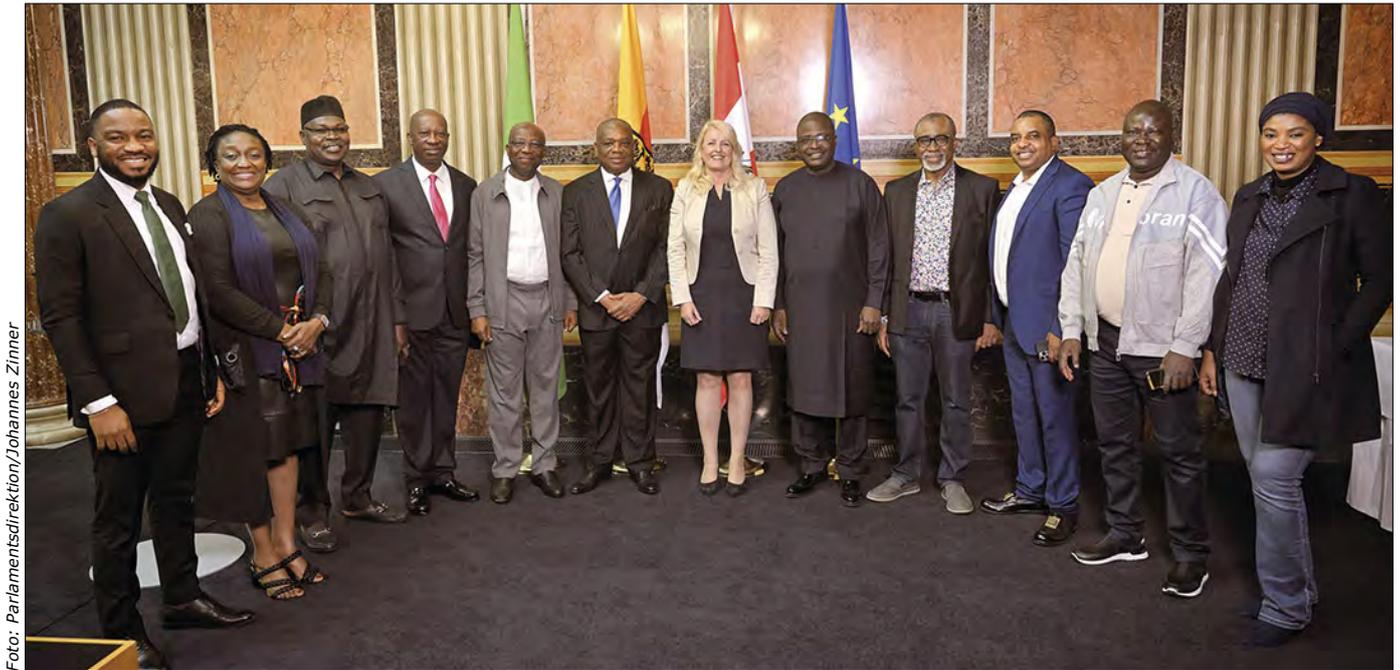


Foto: Parlamentsdirektion/Johannes Zimmer

Besuch einer Delegation der Bundesrepublik Nigeria unter der Leitung des Mehrheitsführers im Senat Michael Opeyemi Bamidele

Abgeordnete im Gespräch mit Parlamentariern aus Nigeria

Eine Delegation aus Parlamentariern und MitarbeiterInnen der Parlamentsverwaltung aus Nigeria kam am 12. Oktober im Rahmen eines dreitägigen Besuchs in Wien mit Bundesratspräsidentin Claudia Arpa zu einem Gespräch zusammen. Sie zeigte sich erfreut, daß der Besuch der nigerianischen Delegation stattfinden konnte. Schließlich verbinden Österreich und Nigeria langjährige diplomatische Beziehungen. Weil gut funktionierende Parlamente essentiell für starke Demokratien seien, unterstütze das österreichische Parlament internationale Kooperationen sowohl auf der Ebene der Politik als auch der Verwaltung, betonte Arpa.

Die Delegation unter der Leitung des Minderheitsführers im nigerianischen Senat Simon Davou Mwadkwon zeigte sich dankbar für den Erfahrungsaustausch im Rahmen des Besuchs. Die Gruppe traf bereits mit Parlamentsdirektor Harald Dossi sowie mit mehreren ExpertInnen der Parlamentsdirektion zusammen, die Einblicke in das politische System, den Budgetdienst und das BesucherInnenzentrum des österreichischen Parlaments gaben. Auf dem Programm stehen außerdem noch Gespräche über die genaue Funktionsweise des Nationalrats.

Austausch über Demokratiebildung und Frauenbeteiligung

Weil der Fokus ihrer Präsidentschaft auf jungen Menschen liegt, thematisierte die Bundesratspräsidentin insbesondere die ös-

terreichischen Angebote der Demokratievermittlung. Sie zeigte sich interessiert an den Initiativen des nigerianischen Parlaments, um junge Menschen zu erreichen. Man stehe in Nigeria tatsächlich vor einer Herausforderung, was die Partizipation junger BürgerInnen betreffe, legte Simon Davou Mwadkwon dar. Er und seine Parlamentarierkollegen zeigten sich beeindruckt von den Anstrengungen des österreichischen Parlaments, insbesondere vom BesucherInnenzentrum „Demokratikum – Erlebnis Parlament“. Man wolle die Erkenntnisse mitnehmen, um auch in Nigeria ähnliche Angebote verwirklichen zu können, so die Mitglieder der Delegation.

Die Bundesratspräsidentin sprach auch die Wichtigkeit der Beteiligung von Frauen

in Politik und Parlamentarismus an. Mwadkwon legte dar, daß kulturelle, religiöse und rechtliche Faktoren beim Weg von Frauen in die Politik eine Rolle spielen. Es gebe aber verschiedenste Anstrengungen, den Anteil weiblicher Abgeordneter zu erhöhen. Die Arbeit der Abgeordneten im Parlament und in den Wahlkreisen, das Parteiensystem und auch das Thema Frauenbeteiligung standen im Fokus einer Aussprache mit der Bilateralen Parlamentarischen Gruppe Österreich – Afrika Südlich der Sahara, zu dem die Delegation am Vortag mit den Abgeordneten Axel Kassegger (FPÖ), Nico Marchetti (ÖVP), Sibylle Hamann (Grüne) und Henrike Brandstötter (NEOS) zusammengeworfen war. ■



Foto: Parlamentsdirektion/Johannes Zimmer

Bundesratspräsidentin Claudia Arpa mit Michael Opeyemi Bamidele, Mehrheitsführer im Senat

Österreich, Europa und die Welt

Austausch mit kroatischem Premierminister Andrej Plenković

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka empfing am 20. Oktober den kroatischen Premierminister Andrej Plenković im Parlament. Im Mittelpunkt des Austauschs standen neben den bilateralen Beziehungen und der Situation in der Region des Westbalkans die Angriffe der Terrororganisation Hamas auf Israel sowie die EU-Erweiterung in Richtung Westbalkan. Sobotka betonte dabei die hohe strategische Bedeutung der Anbindung der Westbalkanstaaten an die EU.

Historisch enge Beziehungen mit Kroatien

Österreich und Kroatien würden seit jeher enge und exzellente Beziehungen pflegen, betonte Sobotka. Diese würden sich auf vielen Ebenen ausdrücken – von der Zusammenarbeit auf wirtschaftlicher, touristischer und kultureller Ebene bis hin zu Fragen der Sicherheit und Migration. Seit dem Angriffskrieg gegen die Ukraine würden die beiden Länder zudem intensiv im Energiebereich zusammenarbeiten. Der geplante LNG-Terminal in Kroatien sei für Österreich strategisch von hoher Bedeutung. Die enge Verbindung zeige sich auch an der großen kroatischen Gemeinschaft in Österreich, deren Mitglieder sehr geschätzt würden und gut integriert seien.

Österreich unterstützt Westbalkanstaaten auf dem Weg in die EU

Der Nationalratspräsident erkundigte sich beim Premierminister nach dessen Einschätzung zu der aktuellen politischen Situation in der Region des Westbalkans. Plenković zeigte sich über das enorme Konfliktpotential besorgt. Sobotka betonte, daß die enge Bindung dieser Staaten an die EU daher strategisch wichtiger denn je sei. Österreich werde sich voll und ganz weiterhin für die Erweiterung der Europäischen Union in Richtung der Westbalkan-Staaten einsetzen.

Terror in Israel große weltpolitische Herausforderung

Die Attacken der Terrororganisation Hamas auf Israel seien beispiellos in ihrer Brutalität, betonte Sobotka. Plenković stimmte dem zu. Die Situation habe in mehrerlei Hinsicht massive Auswirkungen auf jeden europäischen Staat, sagte Sobotka. Neben den wirtschaftlichen Folgen gelte es zu verhindern, daß der Konflikt als eine Folge von Migration nach Europa überschwappe, zeigte sich der Nationalratspräsident aufgrund der jüngsten Gewalttaten in mehreren euro-



Foto: Parlamentsdirektion/Thomas Topf

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (r.) mit Premierminister Andrej Plenković

päischen Staaten besorgt. Die EU müsse daher eine gemeinsame Strategie im Umgang mit den Entwicklungen finden. Österreich sei zutiefst besorgt und stehe in voller Solidarität mit Israel, betonte der Nationalratspräsident. ■

Internationales Krim-Plattform in Prag

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und Bundesratspräsidentin Claudia Arpa nahmen am 23. und 24. Oktober in Prag am zweiten Parlamentarischen Gipfel der Internationalen Krim-Plattform teil. „Diese Plattform ist eine wichtige Initiative und ein starkes Signal für die gemeinsame Nichtanerkennung der Krim-Annexion von 2014 durch Rußland“, sagte Sobotka in seiner Rede im Beisein der Präsidentin des Abgeordneten-

hauses der Tschechischen Republik Markéta Pekarová Adamová, des tschechischen Senatspräsidenten Miloš Vystrčil und des Präsidenten des ukrainischen Parlaments Ruslan Stefantschuk. „Die Annexion der Krim durch Rußland im Jahr 2014 und die anhaltende Aggression in der Ukraine sind eine klare Verletzung der Souveränität der Ukraine und des Völkerrechts“, so Arpa.

„Die schrecklichen Angriffe der Hamas auf Israel haben eine weitere Front gegen die demokratische Staatengemeinschaft, gegen unsere gemeinsamen Werte und Prinzipien und gegen die Menschlichkeit eröffnet. Die globale Rechtsordnung, die bereits durch Rußlands Angriffskrieg erschüttert wurde, wird damit noch weiter destabilisiert“, so Sobotka [...] ■



Foto: Flickr/KPS CR

v.l.: Präsident des ukrainischen Parlaments Ruslan Stefantschuk, Bundesratspräsidentin Claudia Arpa, Präsidentin des Abgeordnetenhauses der Tschechischen Republik Markéta Pekarová Adamová und Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka

Österreich, Europa und die Welt

»WeltWegWeiser« – 227 internationale Freiwilligeneinsätze 2022

Am Abend des 30. Oktober wurde im Parlament der Bericht der Servicestelle „WeltWegWeiser“ zu internationalen Freiwilligeneinsätzen von Personen aus Österreich im Jahr 2022 präsentiert. Diese Form der Freiwilligeneinsätze als ehrenamtliche Auslandsdienste lassen sich laut Bericht in die Kategorien Sozialdienst, Friedensdienst und Gedenkdienst unterteilen, jedoch variierten die Aufgaben der Freiwilligen auch innerhalb dieser Kategorien stark. Der Großteil der betreffenden Einsätze dauerte im Jahr 2022 demnach zwischen sechs und neun Monate. Entsendet wurden laut „WeltWegWeiser“-Bericht 227 Freiwillige von 29 Entsendeeinrichtungen. Bei den Zielländern teilten sich dabei letztes Jahr Deutschland, USA und Uganda mit jeweils 13 Freiwilligen den ersten Platz. „WeltWegWeiser“ wird von „Jugend eine Welt“ getragen und durch die Austrian Development Agency gefördert.

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka hatte gemeinsam mit „WeltWegWeiser“ zur Präsentation des Berichts ins Parlament eingeladen. In Vertretung des Nationalratspräsidenten begrüßte Parlamentsvizepräsident Alexis Wintoniak gemeinsam mit Reinhard Heiserer, Geschäftsführer der Organisation „Jugend Eine Welt“, zu der Veranstaltung.

Wintoniak thematisierte etwa, daß die Politik immer globaler und vernetzter werde. Mit internationalen Freiwilligeneinsätzen werde auch ein Grundstein für eine weitere Internationalisierung in der Politik gelegt. Für das Parlament hob er dazu die Offenheit des Hauses über alle Landesgrenzen hinweg hervor. Das Freiwilligenengagement sei im Hohen Haus insgesamt wichtig, erinnerte er etwa an das Schwerpunktjahr „Ehrenamt 2021“ des Parlaments. „Ehrenamt ist nicht unbezahlt, sondern unbezahlbar“, unterstrich Heiserer in diesem Zusammenhang. Es brauche für dessen Umsetzung nicht nur ein „Like“ oder Schulterklopfen, sondern Leute, die sich konkret engagieren. Sein Dank gelte den Freiwilligen, die Einsätze auf sich nehmen sowie den jeweiligen Organisationen, die das erforderliche „Riesepaket“ dazu abwickeln und organisieren. Dieses „Pflänzchen der Solidarität“ gelte es weiter zu fördern und die Strukturen aufrechtzuerhalten, so Heiserer.

Melanie Pichler und Jakob Gartner seitens „WeltWegWeiser“ präsentierten einige Daten aus dem Bericht für 2022. Er steht unter dem Motto „Hinein in die Welt“ und damit etwa für ein Einlassen auf andere



Parlamentsvizepräsident Alexis Wintoniak



Reinhard Heiserer, GF Jugend Eine Welt



Anna-Maria Marschner (FAMUNDI)

Menschen und ihre Lebensweisen. Vergangenes Jahr wurden demnach 61 Prozent der 227 internationalen Freiwilligeneinsätze als Ersatz für den Zivildienst anerkannt. Ähnlich wie in den Vorjahren habe sich Europa mit über einem Drittel der Freiwilligen als die bevorzugte Region für diese Einsätze erwiesen. An zweiter Stelle der Kontinente folgten Mittel- und Südamerika sowie die Karibik. Über 60 Prozent der Freiwilligen waren zwischen 21 und 24 Jahre alt – im Vergleich zu 2020 ist dem Bericht zufolge das Durchschnittsalter gestiegen. Einer der Freiwilligen habe etwa im Alter von 66 Jahren sechs Monate in Uganda gearbeitet.

Bei der Diversität an Freiwilligen bleibt laut Bericht noch einiges zu tun: So habe der überwiegende Teil der Freiwilligen Matura oder sogar einen Universitätsabschluß. Freiwillige mit Lehrabschluß gebe es wenige. Und obwohl sich wieder mehr Menschen mit Behinderungen und Beeinträchtigung für Freiwilligeneinsätze interessieren, müßten auch hier noch Barrieren abgebaut werden, so der Bericht.

Mit dem neuen Freiwilligengesetz wurden darüber hinaus das freiwillige Umweltjahr sowie das freiwillige Sozialjahr attraktiver, heißt es außerdem im Bericht. Hier seien neben den internationalen Freiwilligeneinsätzen deutliche Steigerungen der TeilnehmerInnen über die letzten zwei bis drei Jahre zu verzeichnen.

Auch ehemalige Freiwillige aus Österreich sprachen im Rahmen der Berichtspräsentation von ihren Erfahrungen. So war etwa Anna Wigelbeyer in Georgien, Jason Schreiber in Tansania und Angelika Meirhofer in Kenia – sie beleuchteten ihre persönlichen Erlebnisse und unterschiedlichen Tätigkeiten im internationalen Freiwilligeneinsatz. Eine Vertreterin der Entsendeorganisation FAMUNDI, Anna-Maria Marschner, zog ein Resümee über die Aktivitäten des Vereins in den letzten Jahren. So unterstütze die Organisation seit vier Jahren einen Schulbau an der Elfenbeinküste. Nach Santa Cruz in Bolivien, wo seit dem Jahr 2000 etwa 80 Familien vom Verein unterstützt worden seien, habe man pandemiebedingt von März 2020 bis September 2022 keine VolontärInnen entsendet. Insgesamt wies Marschner auf die große Bedeutung der Zusammenarbeit mit der Aufnahmeorganisation vor Ort hin. Damit das freiwillige Engagement auch weiterhin leistbar bleibe, hoffe sie auch in Zukunft auf finanzielle Zuwendungen. Denn „Freiwillige sind BrückenbauerInnen“, so Marschner. ■

Österreich, Europa und die Welt

Austausch mit dem Vizepräsidenten des koreanischen Parlaments

Dritter Nationalratspräsident Norbert Hofer empfing am 2. November im Parlament eine Delegation des Parlaments der Republik Korea mit dessen Vizepräsidenten Chung Woo Taik sowie mehreren Abgeordneten. Von österreichischer Seite nahm an dem Gespräch auch FPÖ-Abgeordneter Christian Hafenecker teil. Im Mittelpunkt des Austauschs standen die bilateralen Beziehungen und die Chancen der abgeschlossenen gemeinsamen strategischen Partnerschaft beider Länder.

Österreich und die Republik Korea würden hervorragende Beziehungen pflegen, stimmten die beiden Amtskollegen eingangs überein. 2021 sei das Verhältnis der beiden Staaten auf das Niveau einer bilateralen strategischen Partnerschaft angehoben worden, befürworteten sie diese weitere Vertiefung der Beziehungen. Mit einem Land des Fortschritts und der Weltoffenheit, wie es Korea sei, biete die Partnerschaft die Chance, gemeinsam Antworten auf wichtige Fragen der Zukunft wie im Energiebereich zu finden, betonte der Hofer. Handlungsbedarf ortete er beim Thema künstlicher Intelligenz und hier besonders bei damit verbundenen ethischen Fragen. Zudem tauschten sich die GesprächspartnerInnen auch über Strategien zur Reduktion von Emissionen bei energieintensiven Industrien aus. Hofer betonte, daß das Ziel einer umweltfreundlichen Produktion hier eine große Herausforderung sei und regte einen Erfahrungsaustausch von IndustrievorteilerInnen beider Länder an. Als entscheidendes Thema für die Industrie befand FPÖ-Abgeordneter Christian Hafenecker die Frage der Zukunft des Verkehrs und dabei insbesondere die Art der Antriebsenergie.

Die Versorgungssicherheit entscheide über die Freiheit eines Landes und es gelte daher, Lieferketten so zu gestalten, daß keine Abhängigkeiten entstehen, meinte der Dritte Nationalratspräsident hinsichtlich der in den vergangenen Monaten herrschenden Lieferkettenprobleme und regte an, dieses Problem im Rahmen der strategischen Partnerschaft zu behandeln. Die koreanischen GesprächspartnerInnen thematisierten die für 2030 in Busan angestrebte Weltausstellung zum Thema Smart Cities. Angesichts des weltweiten Trends zur Urbanisierung und der großen Bedeutung Smarter Technologien, werde er sich bei der Bundesregierung für dieses Projekt einsetzen, betonte der Dritte Nationalratspräsident. ■



Foto: Parlamentsdirektion/Anna Rauchenberger

Dritter Nationalratspräsident Norbert Hofer mit dem Stellvertretenden Präsidenten der Nationalversammlung der Republik Korea, Woo-Taik Chung

Austausch mit dem Schweizer Nationalratspräsidenten Candinas

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka empfing am 7. November Martin Candinas, seinen Schweizer Amtskollegen, im Parlament. In einem Gespräch thematisierten sie die gemeinsamen bilateralen Beziehungen, die Kooperationen mit den Westbalkanstaaten auf parlamentarischer Ebene, das Verhältnis der Schweiz zur EU sowie die Folgen des Hamas-Terrors. Angesichts des steigenden und Antisemitismus, aber auch zur Stärkung des Vertrauens in die Demokratie, brauche es mehr politische Bildung, forderte Sobotka.

Sobotka hob eingangs die ausgezeichneten bilateralen Beziehungen zwischen den

beiden Nachbarländern hervor. Diese würden auf einer gemeinsamen Wertebasis beruhen. Die Bedeutung der gemeinsamen Beziehungen würden sich auch in der gemeinsamen strategischen Partnerschaft widerspiegeln, die viele wichtige Vorhaben beinhalte, betonte Sobotka. Österreich habe aufgrund des gemeinsamen Wirtschaftsraums ein großes Interesse an der Annäherung der Schweiz an die EU, hob Sobotka hervor und betonte Österreichs Unterstützung zur Überwindung etwaiger Hürden. Hinsichtlich des Transitverkehrs sei Österreichs Position unverändert, erläuterte Sobotka. Die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene müsse ein gemeinsames Interesse sein, meinte auch Candinas und berichtete über dements-



Foto: Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

v.l.: Präsident des Nationalrats der Schweizerischen Eidgenossenschaft Martin Candinas und Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka

Österreich, Europa und die Welt

prechende Erfolge der Schweiz in diesem Bereich.

Hinsichtlich des Terrorangriffs der Hamas auf Israel zeigte sich Sobotka erschüttert über das Ausmaß des Hasses und die barbarische Vorgehensweise der Terrororganisation Hamas. [...] Angesichts des zunehmenden Antisemitismus brauche es mehr politische Bildung, forderte Sobotka und hob die dementsprechenden Chancen bei einer Zusammenarbeit hervor. Damit könnte auch das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik und die Demokratie gestärkt werden, meinte Sobotka mit Verweis auf das Erfolgsmodell der Demokratiewerkstatt des Parlaments.

An dem Gespräch nahm auch der Obmann der Parlamentarischen Freundschaftsgruppe Österreich-Schweiz, Nationalratsabgeordneter Norbert Sieber, teil, der sich bei Candinas über die jüngst in der Schweiz beschlossenen Regelungen zur Kontrolle der Wolfspopulation erkundigte. ■

Vizepräsident des ungarischen Parlaments in Wien

Globale Krisen, der Umgang mit der Frage der Migration sowie die Vertiefung der bilateralen Beziehungen standen am 8. November im Mittelpunkt eines Treffens zwischen Zweiter Nationalratspräsidentin Doris Bures und ihrem ungarischen Amtskollegen Lajos Oláh im Hohen Haus in Wien. Gerade vor dem Hintergrund der schwierigen internationalen Situation seien persönliche Kontakte und Diplomatie wichtiger denn je, betonte Bures. Insbesondere der Austausch auf parlamentarischer Ebene könne einen wichtigen Beitrag leisten, um mit den zahlreichen Herausforderungen umzugehen. Die beiden Nachbarländer seien schon jetzt sehr stark verbunden, urteilte Bures, so würden etwa über 100.000 Ungarn in Österreich leben und über 1.400 heimische Betriebe in Ungarn tätig sein. Damit die Wirtschaftsbeziehungen noch weiter ausgebaut werden können, brauche es aber rechtsstaatliche Verlässlichkeit und Stabilität.

Am Vorabend der November-Pogrome betonte Bures ausdrücklich, daß sich Österreich im Hinblick auf die aktuelle Krise im Nahen Osten seiner großen historischen Verantwortung bewußt sei und sich klar hinter Israel stelle.

Was das Thema Migration angeht, so seien dabei – wie in vielen Bereichen – europäische Lösungen erforderlich. Nachdem im Juni 2024 Wahlen zum Europäischen Parlament stattfinden werden, sei es im Vorfeld



Foto: Parlamentsdirektion/Anna Rauchenberger

Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures und der Stellvertretende Präsident des Ungarischen Parlaments Lajos Oláh

wichtig, die Menschen für pro-europäische Ideen zu begeistern.

Der 54jährige Jurist und Mitglied der größten Oppositionspartei „Demokratische Koalition“ im ungarischen Parlament, Lajos Oláh, setzte sich für eine Intensivierung der bilateralen Kontakte sowohl auf politischer, parlamentarischer als auch auf wirtschaftlicher Ebene ein. Er hoffe, daß in Hinkunft noch mehr österreichische Firmen in seinem Land investieren werden. Da Ungarn in der zweiten Hälfte des Jahres 2024 den EU-Ratsvorsitz übernehmen wird, ging er näher auf die geplanten Arbeitsschwerpunkte ein, die von einer Fortführung des Erweiterungsprozesses in Bezug auf die Westbalkanstaaten, der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und der europäischen Verteidigungspolitik

bis hin zur Bekämpfung der illegalen Migration reichen. Eine zentrale Frage für sein Land sei zudem, daß die zu diesem Zeitpunkt blockierten EU-Fördermittel bald frei gegeben werden und ein Abkommen zustande komme. Einig war sich der ungarische Politiker mit Bures darin, daß die Parlamente noch rascher Antworten auf den vermehrten Einsatz von künstlicher Intelligenz finden und entsprechende legislative Rahmenbedingungen schaffen müssen. ■

Bundesratspräsidentin Claudia Arpa zu Besuch in Georgien

Die Präsidentin des Bundesrats Claudia Arpa, Vizepräsidentin Doris Hahn sowie die BundesrätInnen Christine Schwarz-Fuchs (ÖVP), Manfred Mertel (SPÖ), Mar-



Foto: Parliament of Georgia/Katha Gogicha

Bundesratspräsidentin Claudia Arpa mit dem Präsidenten des georgischen Parlaments Shalva Papuashvili

Österreich, Europa und die Welt

kus Leinfellner (FPÖ) und Marco Schreuder (Grüne) befinden sich bis 17. November für einen offiziellen Besuch in Georgien. Auf dem Besuchsprogramm standen Treffen und Gespräche mit dem georgischen Parlamentspräsidenten Shalva Papuashvili, VertreterInnen der Regierungs- sowie Oppositionsparteien sowie dem Premierminister Irakli Gari-bashvili.

Arpa gratulierte Georgien in einem gemeinsamen Pressestatement mit dem Parlamentspräsidenten zur jüngsten Empfehlung der EU-Kommission, dem Land den EU-Kandidatenstatus zu verleihen. Gemeinsam mit Papuashvili betonte Arpa die ausgezeichneten parlamentarischen Beziehungen und den regen Austausch der beiden Länder. Man wolle Georgien auf seinem Weg in die Europäische Union unterstützen, so Arpa, und verwies auf die Stärkung der Demokratie, des Parlamentarismus und der Rechtsstaatlichkeit. Die Integration Georgiens in die europäische Union sei eine strategisch wichtige Entscheidung, die noch viele gemeinsame nationale Anstrengungen erfordere.

Arpa zeigte sich überdies erfreut über die beabsichtigte Implementierung der Demokratiewerkstatt im georgischen Parlament und verwies auf die Aufgabe der nationalen Parlamente, junge Menschen in demokratische Prozesse einzubinden.

Darüber hinaus erörterte die Bundesratspräsidentin in den Gesprächen die aktuelle politische Gesamtsituation in der Region und

die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine. Arpa betonte, daß Österreich an der Souveränität und territorialen Integrität von Georgien sowie der Stabilität der gesamten Region interessiert sei. Man werde gemeinsame Schritte setzen, um die Entwicklung Georgiens zu unterstützen und die freundschaftlichen Beziehungen weiterhin zu stärken. ■

70-Jahr-Jubiläum INTOSAI

Die Internationale Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI) feiert 2023 ihr 70jähriges Bestehen. Zudem ist deren Generalsekretariat seit 60 Jahren in Wien angesiedelt. Auf Einladung von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka sowie INTOSAI-Generalsekretärin und Rechnungshof-Präsidentin Margit Kraker wurden diese Jubiläen am 20. November im Rahmen einer Festveranstaltung im Parlament begangen. Der thematische Schwerpunkt wurde dabei auf den Beitrag der obersten Rechnungskontrollbehörden zur globalen nachhaltigen Entwicklung gelegt. Der Nationalratspräsident betonte in seiner Rede die hohe Bedeutung von Rechnungshöfen für entwickelte Demokratien. Mit ihrer Arbeit würden Rechnungshöfe Reformen anstoßen und so staatliches Handeln verbessern, meinte auch INTOSAI-Generalsekretärin und Rechnungshof-Präsidentin Margit Kraker. In einer Grußbotschaft wies der Generalsekretär der Vereinten Nationen António Guterres

auf den Stellenwert der Rechenschaftspflicht einerseits als Eckpfeiler einer guten Regierungsführung und andererseits zur Sicherung des Vertrauens in die Politik. Durch die Veranstaltung führte Peter Launsky-Tieffenthal, Sonderbeauftragter für globale Fragen im Bundeskanzleramt.

Sobotka: Rechnungshöfe unverzichtbar für entwickelte Demokratien

Rechnungshöfe haben, so wie in Österreich, eine lange Tradition, die weit zurückreicht, hob Sobotka eingangs in seiner Eröffnungsrede hervor. Der österreichische Rechnungshof sei eng mit dem Parlament verbunden und mit seinen Aktivitäten ein wirkungsvoller und konsequenter Begleiter der österreichischen Politik. Generell würden Rechnungshöfe mit ihren Prüfungen der Politik Verbesserungsvorschläge für die Zukunft liefern. Die Arbeit der Rechnungshöfe werde vielleicht oftmals nicht sehr bedankt, unverzichtbar sei sie aber jedenfalls für entwickelte Demokratien. Der Austausch auf internationaler Ebene sei dabei sehr essentiell, auch angesichts der wachsenden Aufgaben und Herausforderungen.

Guterres: Rechenschaftspflicht ist Eckpfeiler einer guten Regierungsführung

Auch der Generalsekretär der Vereinten Nationen António Guterres gratulierte INTOSAI zum Jubiläum. In einer Grußbotschaft wies Guterres darauf hin, daß die Re-



Foto: Parlamentsdirektion/Anna Rauchenberger

Gruppenfoto (v.l.): Chief of the Division for Public Institutions and Digital Government David Leblanc - United Nations, Auditor General of South Africa and Chair of the INTOSAI Capacity Building Committee Tsakani Maluleke, President of the GCA Saudi Arabia and Chair of the INTOSAI Policy Hussam Alangari - Finance and Administration Committee, President of the Austrian Court of Audit and INTOSAI Secretary General Margit Kraker, President of the TCU Brazil and Chair of the INTOSAI Governing Board Bruno Dantas, President of the Bundesrechnungshof Germany Kay Scheller, Comptroller General of the United States and Vice-Chair of the INTOSAI Policy Gene Dodaro - Finance and Administration Committee

Österreich, Europa und die Welt

chenschaftspflicht einer der Eckpfeiler einer guten Regierungsführung sei. Sie stärke das Vertrauen zwischen den Menschen und der Politik. Dies sei die Grundlage für einen belastbaren Gesellschaftsvertrag. Die Rechnungskontrollbehörden seien dabei unerlässlich, um Regierungen zur Rechenschaft zu ziehen. Ihre Arbeit sei daher zum Wohle aller. Ebenso betonte Guterres die Rolle der Rechnungskontrollbehörden beim Vorantreiben der 17 UN-Nachhaltigkeitsziele.

Kraker: Rechnungshöfe können Reformen anstoßen und so staatliche Strukturen verbessern, brauchen aber Unabhängigkeit

Die INTOSAI sei ein herausragendes Beispiel für eine globale Institution, betonte INTOSAI-Generalsekretärin und Rechnungshof-Präsidentin Margit Kraker in ihrer Rede. Die INTOSAI sei vor 70 Jahren in Kuba von 34 Rechnungshöfen zum Austausch gegründet worden. Heute gebe es rund 200 Mitglieder weltweit, die von ihren Aufgaben, ihrer Rolle und ihrer Größe her sehr vielfältig seien.

Rechnungshöfe seien sehr exponiert, erläuterte Kraker weiter. Mit ihren Prüfungen würden sie einen Beitrag zur Kontrolle leisten, wie öffentliche Mittel ausgegeben werden und so einen Mehrwert und die Grundlage für eine faktenbasierte Beurteilung staatlichen Handelns erzeugen. Damit könne ein Beitrag geleistet werden, staatliche Strukturen zu verbessern und Reformen anzustoßen. Viele der Prüfungen der Rechnungshöfe würden globale Themen betreffen. Diese seien nur global zu lösen und ein entsprechender Wissensaustausch sei daher sehr wichtig. So könne etwa die globale Klimaerwärmung nur gestoppt werden, wenn alle Kontinente an einem Strang ziehen – und wenn Rechnungshöfe weltweit, dies von ihren Staaten bei Prüfungen einfordern, hob Kraker hervor.

Für Rechnungshöfe, die aufzeigen, mahnen und einfordern wollen, sei Unabhängigkeit das höchste Gut. Krisen, Verwerfungen und Umbrüche können diese Unabhängigkeit bedrohen, forderte Kraker unermüdlich und wachsam an der Unabhängigkeit der Rechnungshöfe zu arbeiten. ■

<https://www.intosai.org/de/>

Sobotka sichert Moldau Solidarität am Weg in die EU zu

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka empfing am 22. November den Parlamentspräsidenten der Republik Moldau Igor Grosu im Parlament. Im Zentrum des Ge-



Foto: Parlamentsdirektion/Thomas Topf

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (l.) mit dem Präsidenten des Parlaments der Republik Moldau Igor Grosu bei dessen Eintrag ins Gästebuch

sprächs standen der EU-Beitrittswunsch Moldaus, Auswirkungen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine auf das Land und die bilaterale Zusammenarbeit. Im Rahmen einer anschließenden Führung durch das Parlamentsgebäude trafen Sobotka und Grosu in der Demokratiewerkstatt des Parlaments mit EU-Ministerin Karoline Edtstadler zusammen.

Sowohl Sobotka als auch sein Amtskollege betonten eingangs die enge Beziehung zwischen den beiden Ländern. Sobotka unterstrich die österreichische Solidarität mit der Republik Moldau auf ihrem Weg in die EU. Die Empfehlung der Europäischen Kommission, Beitrittsverhandlungen zu eröffnen, sei ein wichtiges Zeichen. Auch Grosu betonte, daß Österreich als eines der ersten Länder an die Republik Moldau geglaubt habe. Die letzten Wahlen hätten gezeigt, daß die BürgerInnen des Landes klar einen proeuropäischen Weg einschlagen wollen, berichtete der moldauische Parlamentspräsident. Man sei sich der Verantwortung bewußt und setze Reformen, insbesondere in den Bereichen Justiz und Sicherheit, um.

Vor dem Hintergrund des Angriffskriegs Rußlands gegen die Ukraine sprachen die beiden Parlamentspräsidenten auch über die Gefahr einer möglichen russischen Einflusnahme in Moldau. Man erlebe derzeit einen hybriden Angriff seitens Rußland durch Propaganda, legte Grosu dar, und führte insbesondere Desinformation und Fake News an. Sobotka interessierte sich besonders für das von seinem moldauischen Amtskollegen angesprochene Zentrum zur Bekämpfung von

Desinformation, das vor Kurzem gegründet worden sei, um mögliche Angriffe vorausschauend zu analysieren. Der Nationalratspräsident teilte Grosus Einschätzung, daß – insbesondere durch KI generierte – Fake News zu den größten Herausforderungen der heutigen Zeit zählen.

Sobotka führte zudem die rege Zusammenarbeit der beiden Parlamente – auf politischer und administrativer Ebene – an. Die Anregung von Helmut Brandstätter (NEOS), dem Obmann der Bilateralen Parlamentarischen Gruppe Österreich–Ukraine, Moldau, Belarus, die Zusammenarbeit auf Ebene der Ausschüsse zu intensivieren, hießen beide Parlamentspräsidenten gut. Auch in der Entwicklungszusammenarbeit, in Wirtschaftsfragen und im Bildungsbereich sei die Zusammenarbeit eine gute, so Sobotka.

Thema des Gesprächs war auch die Situation im Nahen Osten und der weltweite Anstieg von Antisemitismus. Österreich habe die klare Verantwortung, die jüdische Bevölkerung zu schützen und ein Signal gegen Antisemitismus zu setzen, betonte der Nationalratspräsident.

Auch in der vorangegangenen Aussprache mit Mitgliedern der Bilateralen Parlamentarischen Gruppe und des Außenpolitischen Ausschusses waren aktuelle Herausforderungen Moldaus auf dem Weg nach Europa, vor allem in den Bereichen Justiz, Sicherheit und der demographischen Entwicklung des Landes, wichtige Themen. Moldau zeigte auch Interesse an Österreichs Erfahrungen und Herausforderungen als neutrales Land. ■

Österreich, Europa und die Welt

Bundratspräsidentin Claudia Arpa zu Besuch in Slowenien

Im Rahmen ihres offiziellen Besuchs in Slowenien traf Bundratspräsidentin Claudia Arpa am 24. November mit ihrem slowenischen Amtskollegen Marko Lotrič sowie mit der Präsidentin der slowenischen Nationalversammlung Urška Klakočar Zupančič für Gespräche zusammen.

Im Zentrum der Gespräche standen die Zusammenarbeit im Katastrophenmanagement und im Gesundheitsbereich sowie die Bedeutung der Heranführung der Länder des Westbalkans an die Europäischen Union. Darüber hinaus wurden Maßnahmen zur Bewältigung der innereuropäischen Migration sowie die Angriffe auf die Ukraine und Israel thematisiert.

In einem gemeinsamen Pressestatement mit Marko Lotrič zeigte sich die Bundratspräsidentin erfreut über die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Nachbarstaaten Slowenien und Österreich. Die beiden Länder hätten hervorragende Verbindungen, die sich auch in den bilateralen Kontakten widerspiegeln würden, so Arpa.

Vor dem Hintergrund der massiven Überschwemmungen und dem Extremwetter, die im Sommer 2023 Slowenien und Teile Österreichs betroffen haben, betonte Arpa die Bedeutung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit im Katastrophenmanagement. Der globale Klimawandel, die Auswirkungen der Klimaerwärmung und die damit einhergehenden Wetterextreme machen vor keiner Staatsgrenze halt, sagte Arpa. Die Erfahrung der Hochwasserereignisse verdeutliche die Notwendigkeit gemeinsamer Hilfsmaßnahmen. Man müsse daher die Möglichkeit grenzüberschreitender Rettungs- oder Feuerwehreinätze ausbauen und die Zusammenarbeit im Katastrophenmanagement stärken.

Auch im Gesundheitsbereich möchten die beiden Länder die Zusammenarbeit fördern. Mit Unterstützung der europäischen Union aber auch bilateral stehe man bereits im gemeinsamen Austausch. Slowenien hat mit der Etablierung von Primärversorgungszentren einen Weg beschritten, der auch Österreich als Vorbild dient.

Angesichts der weiterhin starken Migrationsbewegungen in Europa wies die Bundratspräsidentin auf die Notwendigkeit hin, das Asyl- und Migrationssystem in Europa zu reformieren. Man strebe weiterhin eine intensive Zusammenarbeit der Länder im Bereich irregulärer Migration an.

Schließlich betonte Arpa die Bedeutung der nachbarschaftlichen Beziehungen zwi-



Foto: Benjamin Bed/Fixmedia

Bundratspräsidentin Claudia Arpa bei der gemeinsamen Pressekonferenz mit dem slowenischen Nationalratspräsidenten Slowenien Marko Lotrič

schon Slowenien und Österreich. Der Angriffskrieg Rußlands gegen die Ukraine und der Angriff der Hamas auf Israel verdeutliche abermals den Wert eines friedlichen und geeinten Miteinanders. Man werde solidarisch an der Seite der Ukraine stehen, solange es dauert und werde sich auch weiterhin für humanitäre Hilfe und eine friedliche Lösung in Israel einsetzen. ■

Austausch mit dem neuen slowakischen Nationalratspräsidenten

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka empfing am 4. Dezember den neuen slowakischen Nationalratspräsidenten Peter Pellegrini zu seinem ersten Besuch im österreichischen Parlament. In einem Gespräch

thematisierten sie die gemeinsamen bilateralen Beziehungen, die Folgen künstlicher Intelligenz und Fake News auf die Demokratie. Zudem tauschten sich die beiden Amtskollegen zu der aktuellen Lage in der Ukraine und angesichts des Hamas-Terrors aus.

Sobotka und Pellegrini hoben eingangs das ausgezeichnete bilaterale Verhältnis und die Bedeutung guter nachbarschaftlicher Beziehungen hervor, wünschten sich aber auch eine weitere Intensivierung. So arbeite man auf den unterschiedlichen Ebenen, wie auch im Rahmen der EU-Strategie für den Donauraum erfolgreich zu unterschiedlichen Themen zusammen, betonte Sobotka und kündigte für März 2024 eine ParlamentspräsidentInnenkonferenz unter österreichischem



Foto: Parlamentsdirektion/Thomas Topf

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (r.) mit dem Präsidenten des Nationalrates der Slowakischen Republik, Peter Pellegrini

Österreich, Europa und die Welt

Vorsitz an. Besonders wichtig befanden die beiden Amtskollegen auch ein aktuelles Projekt zur Aufarbeitung und Darstellung der gemeinsamen Geschichte der beiden Nachbarländer.

Angesichts von Fake News und Deep Fakes zeigten sich die beiden Gesprächspartner über die Folgen künstlicher Intelligenz für die Demokratie besorgt. Die Europäische Union würde darauf mit der rechtlichen Regulierung zu spät und zu langsam reagieren, stimmten beide überein. Auch der Terrorangriff der Hamas auf Israel habe angesichts vieler Demonstrationen in mehreren Ländern die Folgen von Fake News und Desinformation in sozialen Medien gezeigt, meinte Sobotka.

Pellegrini berichtete Sobotka über die verstärkten Maßnahmen der Slowakei gegen illegale Migration und zur Sicherung der Außengrenzen. Es gelte illegale Migration sowie alle Formen des Menschenhandels und der Schlepperei zu bekämpfen, betonte Sobotka. Skeptisch zeigte sich Sobotka angesichts der Migrationsprobleme zu einer Erweiterung des Schengenraums. ■

Griechenlands Staatspräsidentin zu Gast im Parlament

Angesichts weltpolitischer Herausforderungen wie der russischen Aggression in der Ukraine und der Situation im Nahen Osten nach den Terrorangriffen der radikalislamischen Hamas auf Israel stehen Österreich und Griechenland eng zusammen, um zentrale europäische Werte wie Demokratie und Menschenrechte zu verteidigen und zu stärken, betonten Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und Griechenlands Staatspräsidentin Katerina Sakellariopoulou am 5. Dezember bei ihrem Treffen im Parlament.

Die enge Zusammenarbeit zwischen Wien und Athen habe sich nicht nur während der Corona-Pandemie gezeigt, sondern bestätige sich insbesondere nach wie vor auch in der Migrationspolitik, so Sobotka und Sakellariopoulou unisono. Ein Ausdruck der guten Beziehungen sah Sobotka zudem im Anstieg der Tourismuszahlen auf beiden Seiten.

Angesprochen auf die Flüchtlingssituation in Griechenland, bezeichnete Sakellariopoulou die Lage auf den Inseln aufgrund neuer Fluchtrouten und Migrationsbewegungen aus der Türkei oder Afrika als nach wie vor schwierig. Die griechische Regierung habe viel getan, um die Herausforderungen zu bewältigen und das Land versuche nach wie vor sein Bestes, dennoch brauche es ein neues EU-Flüchtlingsabkommen mit der Türkei,



Foto: Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

Die griechische Staatspräsidentin Katerina Sakellariopoulou wird von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka durchs Parlament geführt. Im Hintergrund: Parlamentsdirektor Harald Dossi

so Sakellariopoulou. Die Präsenz der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache Frontex erachtet sie auch weiterhin als essentiell für Griechenland.

Im Zusammenhang mit der Situation im Nahen Osten nach den Terrorangriffen der radikalislamischen Hamas unterstrichen beide Seiten das Selbstverteidigungsrecht Israels. Daß die Hamas Menschen im Gazastreifen als menschliche Schutzschilde verwende, bringe Israel in eine schwierige Situation, so Sakellariopoulou mit Verweis auf die Notwendigkeit eines humanitären Schutzes für die Zivilbevölkerung. Rechte von palästinensischen Kindern zu unterstützen, bedeute nicht, antisemitisch zu sein, so die griechische Staatspräsidentin. Sobotka betonte ein-

mal mehr die besondere Verantwortung Österreichs gegenüber Israel und äußerte seine Sorge über den weltweiten Anstieg von Antisemitismus. Auch wenn eine Zweistaatenlösung in den nächsten Jahren im Moment als unrealistisch gelte, sei diese die einzige Lösung, stimmte er mit Sakellariopoulou überein. ■

Gedenken im Wohnzimmer

Zikaron BaSalon ist Hebräisch für „Gedenken im Wohnzimmer“ und Titel eines speziellen Veranstaltungsformats für Begegnungen mit Holocaust-Überlebenden, die ihre Geschichte als ZeitzeugInnen teilen. Ein wichtiges Element ist dabei, daß die TeilnehmerInnen ihre Gedanken austau-



Foto: Parlamentsdirektion/Thomas Topf

v.l.: Global Director Zikaron BaSalon Sharon Buenos, Zeitzeugin Hella Pick, Bundesratspräsidentin Claudia Arpa und Rifka Junger von der Parlamentsdirektion

Österreich, Europa und die Welt



Foto: Parlamentsdirektion/Thomas Topf

Ein Blick Richtung VeranstaltungsteilnehmerInnen – Eröffnungsworte Bundesratspräsidentin Claudia Arpa (l.)

schen und offene Diskussionen führen können. Am Abend des 7. Dezember berichtete die Journalistin Hella Pick von ihren persönlichen Erfahrungen als eine Überlebende, die Wien 1939 mit einem der so genannten „Kindertransporte“ verlassen konnte. Veranstaltungsort war das „Reflektorium“ im Parlamentsgebäude, da es die informelle und intime Atmosphäre bietet, die ein wichtiger Teil des Konzepts von „Zikaron BaSalon“ ist. Die Initiative wurde 2023 mit dem Simon Wiesenthal-Preis des Parlaments ausgezeichnet.

„Es ist für mich eine besondere Ehre, eine inspirierende Persönlichkeit und Zeitzeugin wie Hella Pick, die durch einen Kindertransport vor 85 Jahren die Shoah überlebt hat, zu einer Zikaron-BaSalon-Begegnung im Parlament begrüßen zu dürfen“, sagte Nationalratspräsident Sobotka im Vorfeld der Veranstaltung. „Ihre persönlichen Erfahrungen und Erinnerungen haben uns ein noch tieferes und emotionaleres Verständnis für die schrecklichen Ereignisse gegeben, die sich damals ereigneten. Solche Begegnungen sind gerade in Zeiten bedeutsam, in denen der Antisemitismus auf schreckliche Weise weltweit wieder aufflammt und es immer weniger ZeitzeugInnen gibt.“

In Vertretung des Nationalratspräsidenten begrüßte Bundesratspräsidentin Claudia Arpa die Gäste der Veranstaltung und insbesondere Hella Pick. Sie freue sich, in ihr eine Persönlichkeit mit bemerkenswerter Biographie im persönlichen Gespräch erleben zu dür-

fen. Pick sei es gelungen, als Frau in einem männlich geprägten Berufsfeld erfolgreich zu sein, und sie sei damit ein wichtiges Vorbild. Der Abend sei aber besonders ihr als Zeitzeugin gewidmet und der Mahnung „Niemals wieder!“

Die schrecklichen Ereignisse in Israel am 7. Oktober dieses Jahres hätten auch das Holocaust-Gedenken grundlegend verändert, hielt Sharon Buenos, Global Director der Initiative „Zikaron BaSalon“, in ihrer Begrüßung fest. Auch die Gedenkinitiative sei vor der Frage gestanden, wie es weitergehen solle. In vielen Diskussionen sei aber die Überzeugung gereift, daß es wichtiger denn je sei, die Erinnerung an den Holocaust wach zu halten und das Gespräch mit den Überlebenden zu suchen, so lange das noch möglich sei.

Hella Pick wurde 1929 in Wien geboren und wuchs bei ihrer alleinerziehenden Mutter auf. Im Reflektorium erzählte sie, daß sie sich noch sehr gut daran erinnere, daß ihre Mutter zweimal von der Gestapo abgeholt worden und zweimal zurückgekommen sei. „Nach dem zweiten Mal entschied sie, mich wegzuschicken“. Im März 1939 sei es der Mutter gelungen, Hella mit einem der Kindertransporte nach England zu schicken und ihr drei Monate später zu folgen. Die Großmutter mütterlicherseits habe zu diesem Zeitpunkt in Prag gelebt und zwar noch ein Visum erhalten, aufgrund des Kriegsbeginns aber die Flucht nicht mehr geschafft. Aufgrund glücklicher Zufälle verlebte sie ihre

Schulzeit im malerischen Lake District, fern der Bombardierungen.

Pick berichtete auch, daß sie nach einigen Jahren in der Marktforschung ein neues Betätigungsfeld suchte und es als Journalistin für das Magazin „West Africa“ fand. Als Auslandskorrespondentin der britischen Tageszeitung „The Guardian“ kam sie in weiterer Folge in Kontakt mit zahlreichen Persönlichkeiten des politischen Lebens. Diese Tätigkeit brachte sie auch wieder in ihre Heimatstadt Wien. Die vertiefte Auseinandersetzung mit ihrer jüdischen Herkunft und Identität habe begonnen, als sie im Auftrag von George Weidenfeld Interviews mit Simon Wiesenthal führte, um dessen Biographie zu verfassen.

„Ich habe immer in die Zukunft geblickt“, sagte Hella Pick im Gespräch mit den TeilnehmerInnen des Abends. Das unterscheide sie vielleicht von anderen Überlebenden, die von der Vergangenheit nicht loskommen würden. Angesichts der aktuellen Entwicklungen falle es aber auch ihr schwer, optimistisch zu bleiben, denn die Zukunft sei ungewisser denn je. Die Demokratie sei vielerorts deutlich in Gefahr. Das Problem sei, daß „niemand eine gute Idee hat, wie man das ändern kann“, meinte Pick. Sie erlebe auch, wie sehr ihr Beruf, der Journalismus, sich verändert habe. Wenn sie der Jugend einen Rat geben könne, dann den, sich nicht zu viel auf Social Media zu verlassen, sondern immer Fragen zu stellen und zu versuchen, sich besser und tiefer zu informieren. ■

Österreich, Europa und die Welt



Foto: Parlamentsdirektion/Johannes Zimmer

Gruppenfoto des Schulvereins Komenský vor dem Hohen Haus am Ring

Tag der Volksgruppen im Parlament

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und Bundesratspräsidentin Claudia Arpa luden am 12. Dezember zum Tag der Volksgruppen ins Hohe Haus, um die Bedeutung der sprachlichen und kulturellen Vielfalt für Österreich ins Bewußtsein der Bevölkerung zu rücken. Die Volksgruppenbeiräte der sechs in Österreich anerkannten autochthonen Volksgruppen brachten ihre jeweiligen Anliegen rund um das Thema Spracherhalt vor.

Emma Lantschner von der Universität Graz sprach über den „Volksgruppenschutz als kontinuierliche Aufgabe“ und schlug Maßnahmen zur Bewußtseinsbildung über die gesellschaftlichen Bedürfnisse der Volksgruppenangehörigen vor.

Die Volksgruppenbeiräte erörterten im Rahmen einer Diskussionsrunde ihre Schwerpunkte. Integrationsministerin Susanne Raab unterstrich, daß Veranstaltungen wie diese im Parlament ein Ausdruck der Anerkennung und Wertschätzung der Volksgruppen als fester und integraler Bestandteil der österreichischen Identität seien.

Seitens aller im Parlament vertretenen Parteien gaben die BereichssprecherInnen für Volksgruppen ihre Statements zu den In-

halten und Schwerpunkten ab. Ein weiterer Teil der Veranstaltung widmete sich dem Thema Jugend und Zukunft sowie künftigen Perspektiven und Visionen.

Sobotka und Arpa betonen Bedeutung der kulturellen Vielfalt

„Am heutigen Tag der Volksgruppen soll die sprachliche und kulturelle Vielfalt Österreichs einmal mehr unter Beweis gestellt werden“, sagte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka bei seiner Begrüßung. Der Dialog – der als Kennzeichen der Demokratie im Plenarsaal des Parlaments gut aufgehoben sei – stünde für das Respektieren unterschiedlicher Meinungen und das Finden von Kompromissen, verwies er auf die im Parlament eingerichtete Dialogplattform und auf den Bedarf, „Gemeinsames vor Trennendes zu stellen“. Sobotka hob dabei insbesondere die Rolle der jugendlichen Volksgruppenangehörigen hervor. Sie würden sich mehr Anerkennung von der Mehrheitsgesellschaft wünschen.

Bundesratspräsidentin Claudia Arpa sprach von einem „Tag der Vielfalt, der Wertschätzung und des Bekennens“, an dem die Sprache in der Vielfalt ihrer Ausdrucksfor-

men gewürdigt werde. Sprache schaffe Wirklichkeit und sei so für die gesellschaftliche Debatte unumgänglich, meinte sie. Um die Kultur der Vielfalt zu stärken, gelte es also, das Wissen über die Volksgruppen in der österreichischen Gesellschaft gesamtheitlich zu stärken und so Vorurteilen entgegenzuwirken. Österreich sei ein vielfältiges Land, betonte die Präsidentin der Länderkammer.

Wissen über Volksgruppen wichtig für interkulturellen Dialog

Der Minderheitenschutz in Europa befindet sich in einer Phase der Stagnation, meinte Sozialwissenschaftlerin Emma Lantschner von der Universität Graz in ihrer Rede. In Österreich hätte es in den letzten Jahren aber eine positive Entwicklung gegeben, etwa durch die Verdoppelung der Volksgruppenförderung oder die neuen Lehrpläne an Schulen, welche Sprache, Kultur und Geschichte der Volksgruppen behandeln. Das Wissen über die Vielfalt der österreichischen Gesellschaft sei wesentlich, um den interkulturellen Dialog und das gegenseitige Verständnis zu fördern. Auch das Gesetzespaket gegen Haß im Netz hob Lantschner als wichtige bewußtseinsbildende Maßnahme hervor.

Österreich, Europa und die Welt

Luft nach oben sieht die Expertin bei zweisprachigen Angeboten in der Elementarpädagogik und im Bereich des schulischen Minderheitensprachunterrichts für ein Niveau der Sprachbeherrschung, das eine Weitergabe an die nächste Generation ermöglicht. Außerdem schlug sie die Verwendung der Minderheitensprachen im Kontakt mit Verwaltungsbehörden, die Rekrutierung von zweisprachigem Personal im öffentlichen Dienst sowie die Förderung zweisprachiger Topographie vor, um mehr Sichtbarkeit für nationale Minderheiten zu schaffen.

Die gesellschaftlichen Bedürfnisse der Volksgruppen würden sich ändern, daher sei es wichtig, im Austausch und Dialog mit den Volksgruppen zu bleiben, insbesondere mit der Jugend, meinte Lantschner. Dabei sollte auch die Diversität innerhalb der Volksgruppen Berücksichtigung finden. Sie seien genauso wenig homogen wie die Mehrheitsbevölkerung. Veranstaltungen wie die heutige würden aktiv zur Sichtbarkeit der Volksgruppen in Österreich beitragen, sagte sie.

Volksgruppenbeiräte legen ihre Anliegen dar

Die Volksgruppenbeiräte der Volksgruppen brachten ihre Blickpunkte zu den Entwicklungen der jüngeren Vergangenheit im Rahmen einer Paneldiskussion ein und konkretisierten ihre Anliegen zum Thema Bildung und Sprache. So ist die Absicherung der Wiener Komenský-Schule für die tschechische Volksgruppe von wesentlicher Bedeutung. Die slowakische Volksgruppe möchte die Mobilität der jungen Menschen fördern, seitens der Volksgruppe der Roma werden Maßnahmen gegen Diskriminierung und der zweisprachige Ausbau der Elementarpädagogik gefordert. Auch die slowenische Volksgruppe sieht die zweisprachige Elementarpädagogik als zentrales Element des Spracherhalts. Für die ungarische Volksgruppe ist die Möglichkeit zweisprachiger Bildung in der Bundeshauptstadt von Bedeutung, das Hauptanliegen der kroatischen Volksgruppe ist die Erweiterung der Bildungsstandorte. Infostände ermöglichten am Tag der Volksgruppen im Parlament den direkten Dialog mit den VertreterInnen der einzelnen Volksgruppen.

Raab: Volksgruppen fester und integraler Bestandteil der österreichischen Identität

Auf die Schwerpunkte der Volksgruppenbeiräte gingen Integrationsministerin Susanne Raab, Sprachwissenschaftlerin Brigitta Busch sowie die Sektionschefin im Bildungsministerium Margareta Scheuringer ein.



Foto: Parlamentsdirektion/Johannes Zimmer

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka ...



Foto: Parlamentsdirektion/Johannes Zimmer

... und Bundesratspräsidentin Claudia Arpa bei ihren Eröffnungsworten

Busch griff aus den zuvor angesprochenen Themen etwa den Erhalt und die Vitalisierung der Volksgruppensprachen auf, wonach ein öffentliches Bekenntnis zur mehrsprachigen Konstitution des Landes von zentraler Bedeutung sei. Lösungen gelte es auch in Bildungsbelangen zu finden. Darüber hinaus brauche es gesetzliche Maßnahmen, um hinsichtlich der Volksgruppen auch die Mobilität der Jungen zu berücksichtigen. Auch nach wie vor bestehende Diskriminierungen und rassistische Anfeindungen seien ein Thema, so die Wissenschaftlerin.

Als fester und integraler Bestandteil der österreichischen Identität gehe es für die Volksgruppen um Sichtbarkeit, politische Anerkennung und Wertschätzung, bekräftigte Integrationsministerin Susanne Raab. Daran

sei in den letzten Jahren seitens der Bundesregierung intensiv gearbeitet worden, strich sie etwa die Verdopplung der Volksgruppenförderung oder die Schaffung eines Leitmediums für jede Volksgruppe hervor. Darüber hinaus erwähnte Raab eine neu geschaffene Bund-Länder-Vereinbarung zur Elementarpädagogik und die dabei explizit angeführten Volksgruppen. Im Rahmen der jüngsten ORF-Novelle sei zudem dafür gesorgt worden, den Volksgruppen mehr Sichtbarkeit zu geben.

Margareta Scheuringer, Sektionschefin im Bildungsministerium, legte in Vertretung von Bildungsminister Martin Polaschek dar, daß in den letzten Jahren die Volksgruppen in allen Lehrplänen zum Thema gemacht worden seien. Die Lehrpläne der Minderhei-

Österreich, Europa und die Welt



Foto: Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

v.l.: Fachexpertin Brigitta Busch, Integrationsministerin Susanne Raab und Moderation Katja Gasser



Foto: Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

Am Rednerpult Parlamentsdirektor Harald Dossi

tenschulen seien komplett überarbeitet worden, so Scheuringer. Einen wichtigen Pfeiler stelle außerdem dar, daß Schulen wie etwa das Oberwarter Gymnasium aus dem Schulversuch in den Regelmodus übergeleitet worden seien. Wenn man im Bereich der zweisprachigen Bildung ein zusätzliches Angebot schaffen wolle, brauche es eine Änderung des Minderheitenschulgesetzes, aber auch die entsprechenden Fachkräfte dazu, meinte sie.

Dialog über Jugend und Zukunft, Perspektiven und Visionen

Den Themenbereich Jugend und Zukunft, Perspektiven und Visionen leitete Parlamentsdirektor Harald Dossi ein. Das Motto der Veranstaltung laute „Dialog verbindet“,

so Dossi. Dieser Auftrag werde insgesamt im Parlament sehr ernst genommen. Er erwähnte dazu etwa die Gründung einer Dialogplattform, aber auch inhaltliche Beiträge im neuen BesucherInnenzentrum, die die Volksgruppen betreffen, sowie Themenschwerpunkte bei Führungen und insgesamt die Demokratievermittlung, bei der die Volksgruppen ein wesentlicher Bestandteil seien. Der Leiter der Abteilung Demokratiebildung in der Parlamentsdirektion, Leopold Lugmayr, bekräftigte, daß die Volksgruppenthematik etwa auch in der Demokratiewerkstatt des Parlaments eine stetig wachsende Rolle einnehme. So sei ein Format entwickelt worden, bei dem ZeitzeugInnen aus den Volksgruppen zu Workshops mit Jugendlichen ein-

geladen werden. Zwei SchülerInnen vom Bundesgymnasium Oberwart, die an einem Workshop teilgenommen hatten, berichteten von ihren Erfahrungen daraus und bekräftigten, daß ihnen die Bedeutung von Demokratie dadurch bewußter geworden sei.

Anschließend tauschten auch eine Runde von ExpertInnen aus dem Medienumfeld sowie ein Schüler des Bundesgymnasiums Oberwart ihre Gedanken im Zusammenhang mit Volksgruppenthematiken aus.

Ähnlich wie ORF-Redakteur Mario Czory, der sich unter anderem dafür aussprach, die Volksgruppenthemen in den „Mainstream“ zu bringen, meinte Film- und Contentproduzent Thomas Kamenar, es brauche „Werbung und Sichtbarkeit“. Vielfalt sollte insgesamt ein Mehrheitsthema und ein „Must-have“ sein, hob etwa auch Marko Londa, Geschäftsführer von Moonshot Pirates, hervor.

Melanie Juriga, Medienbeauftragte im Schulverein Komenský und ehemalige ORF-Volksgruppenredakteurin, schloß sich dem an und hob etwa die Mehrsprachigkeit als wichtiges Basiselement auch für die Wirtschaft hervor.

Aus Sicht von ORF-Redakteurin Lina Verdel brauche es für die Selbstverständlichkeit der Mehrsprachigkeit auch verstärkt digitale Formate, um Jugendliche zu erreichen. Konstantin Vlasich, Autor und Chefredakteur der Zeitschrift Novi Glas, plädierte etwa für „Mehrsprachigkeit als Selbstverständlichkeit“ sowie für mehr Mut der Politik, sich mit den Volksgruppen zu befassen. István Mihály Zsótér, ein Schüler des Bun-

Österreich, Europa und die Welt



Foto: Parlamentsdirektion/Johannes Zimmer

Gruppenfoto mit Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (7. von links) und Bundesratspräsidentin Claudia Arpa

desgymnasiums Oberwart, würde viel mehr junge Menschen in Führungspositionen mitwirken lassen wollen, etwa auch bei den Volksgruppenbeiräten, wie er sagte.

Statements der Bereichs-sprecherInnen für Volksgruppen

Aus der Runde der Bereichs-sprecherInnen für Volksgruppen der Parlamentsfraktionen betonte Nikolaus Berlakovich (ÖVP) etwa die Wichtigkeit, daß die Volksgruppensprachen auch im öffentlichen Raum verwendet werden. Österreich werde auch über die Volksgruppen hinaus durch Zuwanderung sprachlich bunter und vielfältiger, hob Harald Troch (SPÖ) unter anderem hervor. Wer sich für kulturelle Identität einsetze, müsse das für alle tun, meinte Isabella Theuermann (FPÖ) etwa im Hinblick auf „Landsleute“ in Südtirol, denen die Anerkennung als Volksgruppe verweigert werde. Olga Voglauer (Grüne) wünscht sich betreffend die Volksgruppen auch für künftige politische Verhandlungen, deren Rechte zu stärken und auszubauen. Für eine Volksgruppenpolitik mit Lösungen für die Gegenwart und für die Zukunft sprach sich Michael Bernhard (NEOS) aus, etwa indem auch in der Verwaltung Volksgruppensprachen etabliert werden. Am frühen Nachmittag standen eine Vielfalt an Kulturbeiträgen der Volksgruppen auf dem Programm des Volksgruppentags im Parlament.

Achtung und Förderung der in Österreich ansässigen Volksgruppen

Österreich bekennt sich in der Bundesverfassung zur Achtung und Förderung der in Österreich ansässigen Volksgruppen, die durch völkerrechtliche, verfassungsrechtliche und einfachgesetzliche Bestimmungen geschützt sind. Das Parlament verfolgt einen



Foto: Parlamentsdirektion/Johannes Zimmer

Kulturbeitrag der tschechischen Volksgruppe: Kinderfolkloregruppe „Marjanka“

verstärkten Dialogprozeß mit den Volksgruppen und versteht ihre sprachliche und kulturelle Vielfalt als identitätsstiftendes Merkmal der Republik.

Ausstellung „Das österreichische ROMANES. 30 Jahre Anerkennung – 600 Jahre in Österreich“ eröffnet.

Mit der Eröffnung der Ausstellung „Das österreichische Romanes“ (*sie war bis 20. Dezember zu besichtigen, Anm.*) endete der Tag der Volksgruppen, der ein umfassendes Programm bot. In der Ausstellung stand die Geschichte und Vielfalt der Sprache der Roma im Mittelpunkt, die vor 30 Jahren als autochthone Volksgruppe in Österreich anerkannt wurden. Es sei ein langer Weg bis zur Anerkennung gewesen, hob Bundesratspräsidentin Claudia Arpa in ihren Begrüßungsworten hervor, und erinnerte auch an die „furchtbaren Geschehnisse“ während der Zeit des Nationalsozialismus. Umso wichtiger sei es nun, sich im Sinne der Vielfalt für den Erhalt der Kultur und der Sprache einzusetzen.

Das österreichische Romanes sei die Sprache der größten und vielfältigsten Minderheit Europas, betonte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka. Das Aufzeigen und die Bewahrung dieses Erbes sei Aufgabe einer demokratischen Gesellschaft. Die Ausstellung biete für viele Menschen eine Möglichkeit, erstmals in die vielfältige Kultur und Sprache der Roma einzutauchen, die seit dem 15. Jahrhundert auf dem österreichischen Territorium präsent sei, erklärte Sobotka in seinen Eröffnungsworten. Er wünschte sich mehr Anerkennung und Akzeptanz dafür und sah die Politik gefordert, Rahmenbedingungen zu schaffen. Laut einem einstimmigen Beschluß des Nationalfonds-Gesetzes soll ein Mahnmal für all jene Roma und Sinti errichtet werden, die Opfer des Nationalsozialismus geworden sind, führte er weiter aus. Man habe bereits Kontakt mit der Stadt Wien aufgenommen, um einen geeigneten Gedenkort zu finden. ■

<https://www.parlament.at>

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Aus dem Bundeskanzleramt



Foto: BKA/Andy Wenzel

Am 20. Oktober empfing Bundeskanzler Karl Nehammer (l.) den Premierminister der Republik Kroatien Andrej Plenković

Kroatien und Österreich verbindet eine echte Freundschaft

Bundeskanzler Karl Nehammer zeigte sich bei der gemeinsamen Pressekonferenz am 20. Oktober sehr erfreut über den Besuch des kroatischen Premierministers Andrej Plenković: „Es ist tatsächlich eine große Freude, daß der Premierminister von Kroatien Andrej Plenković heute zu Gast ist. Österreich und Kroatien verbindet eine lange Freundschaft und eine lange gemeinsame Geschichte.“

Wichtige Handels- und Wirtschaftspartner

„Kroatien ist ein wichtiger Handelspartner Österreichs, wir reden hier von einem Volumen von 2,9 Milliarden Euro“, betonte Karl Nehammer die wirtschaftliche Partnerschaft der beiden Länder. Bedeutende österreichische Unternehmen seien wichtige Investoren in Kroatien. Man habe sehr gute Erfahrungen bei den gegenseitigen Investments gemacht und pflege einen vertrauensvollen Umgang, so der Kanzler.

Seite an Seite im Kampf gegen irreguläre Migration

Aber auch in anderen Bereichen könne man auf eine gute Partnerschaft zurückblicken: „Österreich und Kroatien sind auch schon seit vielen Jahren Verbündete im Kampf gegen die irreguläre Migration. Wir sind immer Seite an Seite gestanden.“ Es gebe eine vertrauensvolle Kooperation, wie er selbst als Innenminister noch erfahren habe, so Nehammer, der aber auch weiteres europäisches Engagement forderte: „Es braucht von Seiten der Europäischen Union einen starken Außengrenzschutz. Es sind



Foto: BKA/Andy Wenzel

v.l.: Bundeskanzler Karl Nehammer, Premierminister der Republik Kroatien Andrej Plenković und Dompfarrer Tino Faber bei einem Besuch des Wiener Stephansdoms

jetzt wichtige Impulse gesetzt worden im Rahmen des Asyl- und Migrationspakts. Jetzt geht es darum, alles was beschlossen wurde zum Leben zu erwecken.“

Kooperation bei Versorgung mit Flüssiggas

„Österreich und Kroatien sind aber auch wichtige Partner in der Frage der Energie und wenn es darum geht, die Versorgungssicherheit der Zukunft neu zu gestalten“, betonte der Kanzler. Kroatien habe den Hafen in Krk mit einem Flüssiggasterminal sehr schnell umgesetzt, was auch für die Versorgungssicherheit Österreichs wichtig sei. „Wir arbeiten sehr intensiv daran, unabhängig vom russischen Gas zu werden“, so Karl Nehammer. Die gute Nachricht hier sei, Österreichs Speicher seien zu 97 Prozent gef-

üllt und es sei gelungen, andere Kapazitäten zu erschließen. Als Binnenland hänge aber Österreich von der Infrastruktur anderer Ländern ab, erinnerte der Kanzler. Der Hafen von Krk und die Pipeline, die von Kroatien über Slowenien und Österreich bis nach Bayern führen werde, seien hier von zentraler Bedeutung.

Zum Abschluß strich Kanzler Nehammer noch einmal die guten Beziehungen beider Länder hervor: „Kroatien und Österreich haben noch viel gemeinsam vor. Es gibt viele Herausforderungen, aber vor allem sieht man, daß durch Zusammenarbeit, wechselseitiges Vertrauen und einer echten Freundschaft, die zwischen den beiden Staaten entstanden ist, auch die Zukunft positiv gestaltet werden kann. Darauf freue ich mich.“ ■

Österreich, Europa und die Welt

Foto: BKA/Florian Schrötter



Am 24. Oktober empfing Bundeskanzler Karl Nehammer (l.) den Ministerpräsident Bulgariens, Nikolaj Denkow zu einem Gespräch

Treffen mit dem bulgarischen Ministerpräsidenten Nikolaj Denkow

Bundeskanzler Karl Nehammer betonte im Rahmen eines Gesprächs mit seinem bulgarischen Amtskollegen Nikolaj Denkow am 24. Oktober, daß eine Schengenerweiterung derzeit nicht stattfinden könne. „Zunächst müssen die bilateralen Grenzkontrollen innerhalb des Schengenraums zurückgenommen werden, bevor für Bulgarien und Rumänien grünes Licht gegeben werden kann. Es braucht einen besseren EU-Außengrenzschutz, schnellere Verfahren und Rückführungsabkommen“, hielt der österreichische Regierungschef bei den Pressestatements im Bundeskanzleramt fest. Dann erst werde der Druck zurückgehen. In der Folge würden die bilateralen Grenzkontrollen zurückgenommen werden, und erst danach könne man über Schengen reden. „Bei unserer Haltung handelt es sich um keine Position gegen Bulgarien oder Rumänien“, betonte der Kanzler.



Bundeskanzler Nehammer: „Es braucht einen besseren EU-Außengrenzschutz...“

Dankbar für die Bemühungen der bulgarischen Polizei

„Die Anstrengungen Bulgariens beim Schutz der EU-Außengrenzen sind jedoch lobenswert. Wir sind für die Bemühungen und auch Opfer, die die bulgarische Polizei erbringt, sehr dankbar, wenn es um den Grenzschutz für die Europäische Union und für Österreich geht“, erläuterte Nehammer.

„Bei der Frage der Grenzkontrollen muß man Sicherheit und Wirtschaft abwägen: Derzeit erlaubt die Sicherheitslage kein Ende der Kontrollen. Immerhin sind im Vorjahr zehntausende Menschen durch irreguläre Migration durch den Schengenraum nach Österreich gekommen, von denen nicht bekannt ist, mit welchen Motiven sie die Grenzen überschreiten“, ergänzte der Bundeskanzler abschließend.



Ministerpräsident Nikolaj Denkow beim Eintrag ins Gästebuch des Bundeskanzleramts

Österreich, Europa und die Welt



Foto: BKA/Dragan Tatic

Bundeskanzler Karl Nehammer (r.) mit EU-Ratspräsident Charles Michel, Deutschlands Bundeskanzler Olaf Scholz sowie mit den Staats- beziehungsweise Regierungschefs aus Griechenland, Belgien, Zypern, Litauen und Ungarn



Foto: BKA/Dragan Tatic

Gipfel mit EU-Staats- und Regierungschefs in Berlin

Bundeskanzler Karl Nehammer traf am 13. November in Berlin mit EU-Ratspräsident Charles Michel, Deutschlands Bundeskanzler Olaf Scholz sowie mit den Staats- beziehungsweise Regierungschefs aus Griechenland, Belgien, Zypern, Litauen und Ungarn zusammen. „Die Europäische Union soll sich auf die großen Fragen konzentrieren und sich bei kleineren zurücknehmen“, hielt der österreichische Regierungschef im Rahmen des Treffens fest. Die informellen Beratungen in Kleingruppen über die Ziele der EU wurden zuletzt beim Gipfeltreffen in Granada beschlossen. Dabei solle laut EU-Rat über die Erweiterung und Finanzierung der Europäischen Union sowie die Reform der EU-Entscheidungsfindung und der Abstimmungsregeln debattiert werden.

Von österreichischer Seite wurde im Vorfeld bereits skizziert, daß der Fokus auf einem Paradigmenwechsel im Bereich Migration, der Stärkung der EU-Wettbewerbsfähigkeit in der Welt und einem ehrlichen Ansatz in Bezug auf die Erweiterung liegen solle, wobei im Zuge dessen alle potentiellen Kandidaten gleichbehandelt werden sollen. Der Bundeskanzler sprach in Berlin neuerlich von einem „kaputten EU-Asylsystem“ und möchte „kein Fast-Track-Verfahren für manche Kandidaten bei der Erweiterungsfrage“.



Foto: BKA/Dragan Tatic

v.l.: Bundeskanzler Karl Nehammer mit Bundeskanzler Olaf Scholz und dem Präsidenten des Europäischen Rates, Charles Michel

Österreich, Europa und die Welt

Arbeitstreffen mit Ungarns Minister für europäische Angelegenheiten in Wien

Im Vorfeld des Rats Allgemeiner Angelegenheiten in Brüssel hat Europaministerin Karoline Edtstadler am 14. November ihren ungarischen Amtskollegen János Bóka zu einem Arbeitstreffen im Bundeskanzleramt in Wien empfangen. „Wir haben beim heutigen Gespräch vor allem über die EU-Erweiterung, die wir morgen auch im Rat Allgemeiner Angelegenheiten (RAA) diskutieren werden, sowie über die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaft, den Kampf gegen illegale Migration, und die Situation im Nahen Osten gesprochen“, sagte Edtstadler bei einem gemeinsamen Pressestatement.

Österreichs Position gegenüber Israel bleibe unverändert. „Israel verdient unsere uneingeschränkte Solidarität und hat selbstverständlich das Recht, sich selbst zu verteidigen. Wenn Jüdinnen und Juden in Österreich und in Europa unter Druck kommen, dann sind unsere freie Gesellschaft, unsere Demokratie und unsere Rechtsstaatlichkeit unter Druck. Dagegen müssen wir mit aller Härte auftreten“, so die Ministerin, die sich erfreut darüber zeigte, daß „wir hier mit Ungarn einen starken Verbündeten haben“.

Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit Europas stärken

Wenn es um die Bewahrung des Wohlstands in Österreich und in Europa gehe, stehen vor allem die Wettbewerbsfähigkeit, Fragen der Wirtschaft, und wie wir diese auch aufrechterhalten werden können, im Fokus. Ungarn und Österreich seien starke Wirtschaftspartner. „Österreich ist der dritt-wichtigste Handelspartner Ungarns und Österreich ist gleichzeitig der drittgrößte Investor in Ungarn. Wir haben 1.400 österreichische Unternehmen, die insgesamt 70.000 Menschen in Ungarn beschäftigen. Das bilaterale Handelsvolumen erreichte im letzten Jahr einen Rekordwert von 13,1 Milliarden Euro“, erklärte Edtstadler. Beide Länder sorgen sich auch um die Wettbewerbsfähigkeit in der Europäischen Union. Dennoch dürfe Europa nicht Weltmeister der Überregulierung sein, sondern man müsse den Binnenmarkt endlich vollenden, Barrieren für Unternehmen abbauen und die Wirtschaftskraft stärken. „Der Binnenmarkt lebt davon, daß inländische und ausländische Unternehmen in der EU überall gleich behandelt werden. In Ungarn ist das aktuell leider nicht immer der Fall. Es gilt weiterhin alles daran zu setzen, daß internationale Unternehmen keinen Belastungen, wie Sondersteuern unterwor-



Foto: BKA/Andy Wenzel

Bundesministerin Karoline Edtstadler mit János Bóka, Ungarns Minister für europäische Angelegenheiten

fen werden. Es braucht hier eine Lösung“, so die Europaministerin, die zuversichtlich ist, daß es hier weitere Gespräche geben wird.

Illegale Migration bekämpfen

Was das Thema der illegalen Migration betreffe, stehen Ungarn und Österreich auf einer Seite. „Wir wollen die illegale Migration bekämpfen und das Migrationsproblem endlich in den Griff bekommen. In den letzten Jahren ist es nicht gelungen, ein gemeinsames europäisches Asylsystem zu etablieren und gemeinsam als Europäische Union nach außen zu kommunizieren, unter welchen Voraussetzungen Menschen hier auch aufgenommen werden.“ Man müsse der fehlenden Problemlösungsfähigkeit der Europäischen Union entschieden entgegenreten. „Wir haben jetzt die Chance. Es sind alle Rechtsakte des gemeinsamen, europäischen Asylsystems im Trilog und ich hoffe, daß wir damit diese augenscheinliche Achillesferse der Europäischen Union endlich ausmerzen können“, so die Europaministerin. In Österreich und in ganz Europa gebe es erhebliche Integrationsprobleme, das bemerke man vor allem seit dem 7. Oktober, wo scheinbar sämtliche Dämme brechen, was antisemitische Vorfälle betreffe. „Wir müssen diese Probleme gemeinsam in den Griff bekommen und ich hoffe sehr, daß das auch gelingen kann. Das Ziel ist eine europäische Lösung, sodaß es keine anderen Lösungen braucht, weil wir mit gleicher Sprache und Stimme sprechen.“ Der verpflichtende Außengrenzschutz und auch die Unterstützung der Länder, die an vorderster Front kämpfen, sei neben schnell-

len Entscheidungen und entsprechenden Rückführungen oberste Prämisse.

EU-Erweiterung als geopolitisches Instrument

Zur Vorbereitung auf den RAA habe man während des Arbeitsgesprächs auch das Thema der EU-Erweiterung diskutiert. „Wir müssen die Erweiterung als geopolitisches Instrument sehen und klug, fair und ausgewogen vorangehen“, sagte Edtstadler. Es sei wichtig, jenen Staaten, die Mitglieder der Europäischen Union werden wollen, das Vertrauen zu geben, daß „wir sie in der Europäischen Union wollen“.

„Wir sehen hier jetzt ein Erweiterungspaket der Europäischen Kommission mit klaren Empfehlungen insbesondere was Georgien, die Republik Moldau und die Ukraine betrifft. Gleichzeitig gibt es auch ein paar wenige Empfehlungen für den Westbalkan. Aus österreichischer Sicht ist es wichtig, daß wir den Westbalkan nicht verlieren und das Vertrauen der Menschen gewinnen können.“ Die Sicherheitssituation sei in manchen Regionen fragil. Umso mehr sei die EU hier gefragt, nicht aus Nächstenliebe, sondern aus Überlegungen der Sicherheit für die Europäische Union.

Regelmäßige Teilnahme an informellen Räten ist wichtig

„Die Idee aus Österreich, die graduelle Integration voranzutreiben, ist mittlerweile auch in der Europäischen Union und in der Kommission angekommen.“ Gewisse Themen seien bei informellen Räten, bei denen auch die betroffenen Staaten am Tisch sitzen

Österreich, Europa und die Welt

können, viel besser zu vermitteln. Die regelmäßige Teilnahme an informellen Räten, aber auch konkrete finanzielle Anreize oder das Integrieren in einige Politikfelder, wenn einzelne Cluster abgeschlossen sind, seien wichtig.

Was die Eröffnung von Beitrittsgesprächen mit der Ukraine betreffe, prüfe man derzeit die Empfehlungen der Europäischen Kommission. Diese Frage werde zu einem späteren Zeitpunkt auch nach den Sitzungen in Brüssel entsprechend entschieden. „Es ist eine Entscheidung, die einstimmig von den Staats- und Regierungschefs zu treffen ist“, so Edtstadler.

Abschließend betonte die Bundesministerin die Notwendigkeit des steten Dialogs unter Nachbarn: „Wir werden immer Nachbarn bleiben. Wir werden auch unsere Felder, bei denen wir keine unmittelbar gleiche Linie haben, im Dialog bearbeiten. Ich bin zuversichtlich, daß das gelingen kann“, betonte Karoline Edtstadler. ■

EU-Erweiterungen: Keine Abkürzungen, um Vollmitglied zu werden

Wir werden heute über Themen von der Rechtsstaatlichkeit über die Situation im Nahen Osten bis zur Erweiterung sprechen, hier liegt ein umfangreiches Paket auf dem Tisch. Aber auch der nächste Europäische Rat im Dezember naht“, skizzierte Europaministerin Karoline Edtstadler im Rahmen des Doorsteps am 15. November das umfangreiche Themenspektrum vor dem Rat Allgemeine Angelegenheiten in Brüssel. „Hier wird es eine erste Annäherung geben, welche Punkte hier besprochen werden sollten. Aus österreichischer Sicht werde ich zwei zusätzliche Punkte auf der Agenda fordern:

Zum einen den Kampf gegen den Antisemitismus: Das ist gerade vor dem Hintergrund der Situation im Nahen Osten sehr notwendig. Zum zweiten gilt es, umfangreich und umfassend über die Migration zu sprechen. Das ist ein Thema, bei dem Europa einfach weiterkommen muß. Deshalb hoffe ich hier auf Unterstützung anderer Staaten.“

Zur Empfehlung der EU-Kommission, Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine zu beginnen, hielt Edtstadler fest, daß das Paket, welches die Kommission vorgelegt hat, sehr umfangreich sei und derzeit von Österreich noch geprüft werde. Aus österreichischer Sicht sei aber sehr wesentlich, daß man „keine zwei Klassen von Erweiterungskandidaten“ schaffe. „Es muß jedem klar sein, daß es kein ‚Fast Track Procedure‘, keine Abkürzungen gibt, um Vollmitglied der Europäischen Union zu werden“, betonte die Europaministerin. Zudem dürfe man auch die Länder des Westbalkans nicht verlieren, die seit vielen Jahren in der Warteschleife sind. Man müsse erkennen können, daß alle gleichbehandelt werden. Das werde sie auch heute wieder betonen.

Was den Zeitpunkt betreffe, wann es zu einer Mitgliedschaft komme, so hänge dies von den Ländern selbst ab: „Es sind zum Teil sehr schmerzhaft Prozesse, die hier durchzuführen sind. Wir haben die Verantwortung die Glaubwürdigkeit der EU zurückzugewinnen, wenn es darum geht zu verdeutlichen, daß wir die Länder des Weltbalkans und darüber hinaus in der EU haben wollen. Aber einen Zeitpunkt zu nennen finde ich unseriös“, so die Europaministerin zu Aussagen nach einem möglichen Beitritt der Ukraine 2030. Wesentlich sei es, die Ukraine weiterhin zu unterstützen, aber es sei falsch

und unrealistisch, der ukrainischen Bevölkerung Sand in die Augen zu streuen, was die Zukunft betreffe.

Zu einer angedachten Aufstockung des mehrjährigen Finanzrahmens der EU stellte Edtstadler klar, daß Österreich hier eine klare Position einnehme: „Bevor wir darüber reden, neues, frisches Geld auf den Tisch zu bringen, muß das Geld, das vorhanden ist, entsprechend den Prioritäten und Notwendigkeiten aufgeteilt werden. Wir erwarten hier, daß es seitens der Kommission kreative Vorschläge gibt, wie man die vorhandenen Gelder richtig einsetzt“, so Edtstadler. In Zeiten von Inflation und Teuerung, in denen die Staaten zu Einsparungen gezwungen seien, könne der erste Ruf nicht jener nach frischem Geld sein. „Für eine Einigung liegt noch viel Arbeit vor uns. Ich sehe aber auch keinen zeitlichen Druck. Deshalb glaube ich, daß es wichtig ist, in die Tiefe zu gehen und sparsam mit dem Steuergeld umzugehen“, so die Europaministerin abschließend. ■

Nehammer: Durch strategische Partner zur Sicherheit in Europa beitragen

Malta und Österreich verbindet eine lange Freundschaft, aber vor allem eine sicherheitspolitische Partnerschaft“, betonte Bundeskanzler Karl Nehammer am 27. November nach seinem Gespräch mit dem maltesischen Regierungschef Robert Abela. Malta ist ein wichtiger Verbündeter, wenn es darum geht, den Kampf gegen irreguläre Migration, gegen organisierte Kriminalität und gegen das Schlepperwesen entschlossen zu führen. Es leistet damit einen wichtigen Beitrag für die Sicherheit in der Europäischen Union und damit auch für Österreich.“



Foto: BKA/Andy Wenzel

Am 27. November empfing Bundeskanzler Karl Nehammer (l.) den Premierminister der Republik Malta Robert Abela zu einem Arbeitsgespräch

Österreich, Europa und die Welt



Foto: BKA/Andy Wenzel

Bundeskanzler Karl Nehammer und Premierminister Robert Abela im Bundeskanzleramt

Malta sei für Österreich auch ein strategischer Partner bei der Sensibilisierung der Europäischen Kommission dahingehend, welche große Herausforderungen nicht nur Außengrenzländer haben, sondern auch Binnenrenzländer. „Wir haben uns intensiv darüber unterhalten, wie stark der Migrationsdruck immer wieder die Europäische Union herausfordert und wie wichtig neue Formen der Kooperation sind. Malta ist ein Vorbild und hat traditionell gute Beziehungen zu nordafrikanischen Staaten. Dadurch werden wir in die Lage versetzt, über neue Zukunftsmöglichkeiten nachzudenken, wie wir zum Beispiel Asylverfahren in sicheren Drittstaaten durchführen und mit Drittstaaten intensiver kooperieren können“, hielt der österreichische Regierungschef fest. Man brauche starke Verbündete und man schaffe es, im-

mer mehr EU-Mitgliedsstaaten von dieser neuen Form des Umgangs mit irregulärer Migration zu überzeugen. „Denn unser gemeinsames Ziel muß es sein, den Druck schon von den Außengrenzen der Union an sich wegzunehmen, um hier tatsächlich effiziente Maßnahmen zu setzen.“ Das gehe nur, wenn man neue Wege der Kooperation mit Herkunfts- und Transitländern finde. „Wir unterstützen ausdrücklich das Projekt Maltas bei der Unterstützung der libyschen Küstenwache, weil auch das ein wesentlicher Beitrag zur Sicherheit ist. Wir werden unsere Zusammenarbeit weiter verstärken und uns an solchen Projekten finanziell beteiligen, weil wir durch strategische Partner ein Stück weit mehr zur europäischen Sicherheit beitragen können“, freute sich Karl Nehammer über einen starken Partner im EU-Rat. ■

Äthiopiens Premierminister Ahmed bei Bundeskanzler Nehammer

Österreich und Äthiopien verbindet eine langjährige Partnerschaft. Gemeinsam mit dem Premierminister wollen wir diese wieder erstarben lassen“, sagte Bundeskanzler Karl Nehammer am 27. November anlässlich des Besuchs des Premierministers von Äthiopien, Abiy Ahmed, in Wien. „Wir haben uns intensiv über Möglichkeiten zur Verstärkung unserer bilateralen Zusammenarbeit im wirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Bereich, im Bergbau, aber auch im Tourismus unterhalten“, berichtete Nehammer im Anschluß an das Arbeitsgespräch im Bundeskanzleramt.

Afrika-Strategie soll Zusammenarbeit auf Augenhöhe stärken

Äthiopien ist seit über 30 Jahren Schwerpunktland der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit und weist mit sechs Prozent Wirtschaftswachstum eines der höchsten in Afrika auf. Dies sei ein bisher nicht ausgeschöpftes Potential in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, so der Bundeskanzler. „Österreich und Äthiopien teilen zudem ein starkes Engagement im multilateralen Bereich, insbesondere bei Friedensmissionen der Vereinten Nationen und als Sitzstaaten wichtiger internationaler und regionaler Organisationen.“

Die Bundesregierung arbeite derzeit an einer „umfassenden Afrika-Strategie, mit dem Ziel die Partnerschaft mit den afrikanischen Ländern auf Augenhöhe zu stärken“, so Nehammer mit Verweis auf seine Besuche in Angola, Ghana, Ägypten und Marokko in den vergangenen Monaten, „um sich vor Ort



Foto: BKA/Andy Wenzel

Bundeskanzler Karl Nehammer (3. v.r.) beim Arbeitsgespräch mit Äthiopiens Premierminister Abiy Ahmed und dessen Delegation

Österreich, Europa und die Welt

ein besseres Bild über die Kooperationsmöglichkeiten zu machen“.

Gemeinsame politische und wirtschaftliche Interessen

„Gemeinsam mit unseren afrikanischen Partnern können wir unsere politischen, sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Interessen verfolgen und zu Stabilität, nachhaltiger wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung sowie Widerstandsfähigkeit auf beiden Kontinenten beitragen. Österreichische Unternehmen betreiben seit Jahrzehnten erfolgreich Handel mit afrikanischen Ländern“, so der Bundeskanzler. Dies gelte insbesondere in wichtigen Industriebereichen wie Infrastruktur, erneuerbare Energien, nachhaltige Landwirtschaft und im Gesundheitswesen. „Angesichts seiner zentralen Rolle am Horn von Afrika ist Äthiopien eines der Schlüsselländer“, so Karl Nehammer abschließend. ■



Foto: BKA/Andy Wenzel

Bundeskanzler Karl Nehammer und Premierminister Robert Abela im Bundeskanzleramt

Nehammer zu Interpol: Ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit

Das Ziel dieser Konferenz ist es, nicht nur über Sicherheit zu sprechen, sondern Informationen auszutauschen und Vertrauen aufzubauen. Und gegen organisiertes Verbrechen, Terrorismus, Drogen- und Menschenhandel, Waffengewalt, Cybercrime und all jene Bedrohungen anzukämpfen, mit denen Sie täglich zu tun haben“, hielt Bundeskanzler Karl Nehammer am 28. November bei der Eröffnungsrede zur 91. Interpol-Generalversammlung im Austria Center Vienna fest. „Was uns alle verbindet, ist das Streben nach mehr Sicherheit für die Bevöl-

kerung. Sicherheit ist ein zentraler Begriff unserer Zeit, der viele Facetten umfaßt. Zudem müssen wir uns auch mit der Umweltkrise auseinandersetzen“, so der österreichische Regierungschef. Nehammer gratulierte auch zum 100jährigen Jubiläum der internationalen Polizeiorganisation, das im Rahmen der 91. Generalversammlung in Wien begangen wird.

„Ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit. Das ist eine zentrale Aufgabe, wenn man darüber nachdenkt, wie man Gesellschaften bauen und weiterentwickeln kann. Wie man ein friedliches Zusammenleben organisieren kann. Denn die Menschen haben ein Recht

und einen Anspruch darauf, in Frieden und Sicherheit leben zu können“, erläuterte Nehammer in seiner Ansprache. Aber das sei keine Selbstverständlichkeit. „Wenn Menschen wie Sie im Fall einer Verletzung dieser Sicherheit dafür da sind, daß die Täter identifiziert werden und der Justiz und Gerichtsbarkeit zugeführt werden, dann zeigt es, daß Menschen darauf vertrauen können, daß ihr Schicksal in einer Gesellschaft nicht gleichgültig ist. Und es stellt den gesellschaftlichen Vertrag sicher, indem man einer übergeordneten Stelle das Gewaltmonopol überträgt, um für Sicherheit und Ordnung zu sorgen. Ohne Sicherheit keine Freiheit.“



Foto: BKA/Dragan Tatic

Am 28. November nahm Bundeskanzler Karl Nehammer an der 100 Jahre Interpol Konferenz in Wien Teil.

Österreich, Europa und die Welt

Vernetzung, Informationsaustausch und Vertrauen

„Verbrechen kennt keine Grenzen, auch keine ethischen. Deswegen haben Vernetzung, Informationsaustausch und Vertrauen in die Organisationen eine große Bedeutung. Dieser sich ständig entwickelnde Prozeß hilft dabei, gegen die organisierte Kriminalität in all ihren Formen zu kämpfen“, ergänzte der Bundeskanzler. Daneben gelte es Terrororganisationen im Auge zu behalten, die Leid und Schrecken über die Menschen bringen. Das Schlimme sei, daß der Terror mit der organisierten Kriminalität zusammenwirke.

Das Symbol von Interpol, Schwert und Waagschale, zeige, worum es bei polizeilicher Arbeit gehe: „Gerechtigkeit herzustellen und Ausgleich zu schaffen in einer Gesellschaft, in der es Täter und Opfer gibt. Für Angehörige ist es von größter Bedeutung, wenn Täter der Gerichtsbarkeit zugeführt werden. Das gibt den Opfern ein Stück weit Seelenfrieden, schafft in der Gesellschaft Ordnung und in weiterer Folge wieder Sicherheit.“

Gemeinsamer Einsatz für die Sicherheit von Menschen

Neben den lang bekannten Phänomenen komme nun die Cyberkriminalität dazu. „Die Welt wird immer digitaler mit Mitteln, die gegen die Menschen und die Gesellschaft eingesetzt werden. Tätergruppen sind oft nicht dort, wo die Tat stattfindet“, so der Bundeskanzler. Diese Konferenz sei deswegen so bedeutungsvoll, weil nur durch das internationale Netzwerk, durch den Kontakt und den schnellen Austausch von Informationen sei man in der Lage, auch dieser Form von Kriminalität zu begegnen.

„Es ist jedes Mal ein Privileg, vor jenen sprechen zu dürfen, die ihr Leben der Sicherheit von Menschen verschrieben haben. Ich wünsche Ihnen besonders, daß Sie jeden Tag gesund von Ihrer Arbeit zurückkehren“, wünschte Karl Nehammer der Konferenz ein gutes Gelingen. Das vernetzte Treffen sei ein Zeichen dafür, daß man weiterhin gemeinsam und geeint gegen organisierte Kriminalität und Terror für freie Gesellschaften kämpfen werde.

Innenminister Gerhard Karner betonte die Wichtigkeit der transnationalen polizeilichen Kooperation: „Diese Generalversammlung ist eine Plattform zur Stärkung unserer Zusammenarbeit und für den gemeinsamen Kampf gegen die Kriminalität. Die Internetkriminalität, die brutale und menschenver-



Bundeskanzler Karl Nehammer bei seiner Eröffnungsrede



v.r.: Präsident von Interpol und Leiter der Generalversammlung Ahmed Naser al-Raisi, Bundeskanzler Karl Nehammer, Innenminister Gerhard Karner, Andreas Holzer, Direktor des Bundeskriminalamts, und der Generaldirektor für öffentliche Sicherheit, Franz Ruf

achtende Schleppermafia, aber auch der Online-Mißbrauch von Kindern stellen die Polizei weltweit vor riesige Herausforderungen.“

„Interpol spielt bei zahlreichen Ermittlungen eine zentrale Rolle“, sagte der Generaldirektor für öffentliche Sicherheit, Franz Ruf, zu Beginn der Generalversammlung. „Es sind vor allem die leistungsstarken Fahndungsdatenbanken von Interpol, die den österreichischen Polizistinnen und Polizisten wertvolle und wichtige Unterstützung in der täglichen Arbeit leisten.“

Andreas Holzer, Direktor des Bundeskriminalamtes, ist zugleich auch Gastgeber der Interpol-Generalversammlung in Wien: „Es ist mir als Gastgeber eine besondere Freude und Ehre, Polizei-Chefs aus buchstäblich der ganzen Welt bei uns in Wien begrüßen zu

dürfen. Mein Team arbeitet seit vielen Monaten unermüdlich daran, dieses Event im Lichte der internationalen Aufmerksamkeit bestmöglich zu gestalten. Bei ihnen und den vielen hundert Freiwilligen, die sich dafür gemeldet haben, möchte ich mich für ihr Engagement und ihre unerschütterliche Kollegialität bedanken.“

Der Präsident von Interpol und Leiter der Generalversammlung Ahmed Naser al-Raisi: „Kein Land oder keine Region sollte im Kampf gegen die Kriminalität zurückgelassen werden. Es ist unsere Pflicht, sie zu stärken, während wir einer sich ständig verändernden kriminellen Landschaft gegenüberstehen. Jedes Land hat eine Rolle zu spielen, und jeder Beitrag zählt.“

<https://bit.ly/4a1oSQj>

Österreich, Europa und die Welt

Edtstadler trifft sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer

Österreich und Deutschland und hier wiederum auch Sachsen haben eine enge Verbindung miteinander“, betonte Europaministerin Karoline Edtstadler am 30. November bei einer Pressekonferenz im Bundeskanzleramt nach dem Gespräch mit dem Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen, Michael Kretschmer. „Wir haben bei unserem heutigen Arbeitstreffen über die Situation im Nahen Osten und über den Kampf gegen Antisemitismus in unserer Gesellschaft gesprochen.“

Edtstadler hob bei dem Arbeitsgespräch hervor, daß die Frage der Migration die größte Herausforderung sei, vor der man in der EU stehe. „Es geht darum, in Europa eine Strategie auf den Weg zu bringen, damit wir mit einheitlicher Stimme sprechen, wenn wir gegen illegale Migration ankämpfen. Es braucht eine gemeinsame Antwort auf diese Herausforderung“, sprach Edtstadler zudem von einer „Schicksalsfrage für die Europäische Union“. Seit acht Jahren sei es nicht gelungen, ein ordentliches Paket auf den Weg zu bringen. Man müsse alles daransetzen, diese Achillesferse endlich zu bekämpfen.

Auf dem Rückgang der Zahlen bei der illegalen Migration in Österreich dürfe man sich nicht ausruhen. „Es ist nämlich auch eine Frage der Integration der Menschen. Wenn jemand unsere Werte nicht anerkennt, ist das ein Problem für die Gesellschaft“, hielt die Europaministerin in ihrem Statement fest. Es brauche einen effektiven Außengrenzschatz, um Europa zu schützen. 2Der Rechtsstaat entscheidet, wer kommen und bleiben kann und nicht die organisierte Kriminalität“, so Edtstadler. Es brauche schnelle Entscheidungen und Verfahren sowie Rückübernahmen in die Herkunftsländer. „Wir benötigen auch Verfahren in den Drittstaaten. Es ist nicht zumutbar, daß die Schlepper das Geschäft machen, sondern es braucht die Hilfe vor Ort“, ergänzte Edtstadler, die auf einen weiterhin regen Austausch wie jenem mit ihrem Gast aus Sachsen setzt. ■

Edtstadler in Bosnien-Herzegowina

Österreich unterstützt weiterhin den Annäherungsprozeß von Bosnien-Herzegowina an die Europäische Union, denn wir dürfen die Menschen in der Region nicht verlieren“, betonte Europaministerin Karoline Edtstadler am 1. Dezember nach ihren Gesprächen mit dem bosnischen Vize-Außenminister Josip Brkić sowie dem Vizepremier und Wirtschafts- und Außenhandelsminister



Foto: BKA/Christopher Dunker

Am 30. November empfing Bundesministerin Karoline Edtstadler den Ministerpräsidenten von Sachsen, Michael Kretschmer, zu einem Arbeitsbesuch im Bundeskanzleramt

Staća Kořarac in Sarajevo. „Wir haben auf EU-Ebene eine positive Dynamik, die wir nützen müssen. Es gibt kein Schnellverfahren, um EU-Mitglied zu werden, daher ist es notwendig, daß Bosnien-Herzegowina auch weiterhin Reformwillen zeigt und die notwendigen Kriterien erfüllt“, so Edtstadler weiter: „Wir möchten Bosnien-Herzegowina in der EU-Familie sehen und treten für eine graduelle Integration ein, etwa durch die Teilnahme an informellen Treffen, finanzielle Anreize bei Reformen und die Teilhabe an konkreten Politikfeldern, vom Binnenmarkt über Energie zur Wissenschaft. Die Annähe-

rung an die Union ist geopolitisch notwendig“, hielt Edtstadler bei einer Pressekonferenz fest.

„Die Entwicklungen in der Republik Srpska werfen durchaus einen Schatten auf die Fortschritte. Die Territorialität des Staates Bosnien-Herzegowina und die Achtung der Grund- und Freiheitsrechte müssen gewahrt sein“, erläuterte die Bundesministerin. „Hervorheben möchte ich die engen historischen, kulturellen und wirtschaftlichen Verbindungen zwischen unseren beiden Ländern. Dieses Potential ist auszubauen und die Zusammenarbeit zu verstärken“, so Edtstad-



Foto: Österreichische Botschaft in Sarajevo

Europaministerin Karoline Edtstadler am 1. Dezember bei der gemeinsamen Pressekonferenz mit Josip Brkić, dem stellvertretenden Außenminister von Bosnien-Herzegowina

Österreich, Europa und die Welt

Foto: BKA/Christopher Dunker



Am 4. Dezember empfing Bundeskanzler Karl Nehammer (l.) den tschechischen Ministerpräsidenten Petr Fiala zu einem Arbeitsgespräch.

ler. Bereits am 30. November traf sie eine Vertreterin und einen Vertreter des dreiköpfigen Staatspräsidiums, Željka Cvijanović und Denis Bećirović. Zudem gab es ein Gespräch mit dem bosnischen Justizminister Davor Bunoza. Dabei stand ebenso die EU-Erweiterungsperspektive für Bosnien-Herzegowina im Mittelpunkt. Anlässlich der vom österreichischen Künstler Josef Fürpaß kuratierten Ausstellung „Struggle & Contemplation“ nahm Edtstadler an der Eröffnung teil. Den Abschluß ihrer Reise bildete ein Treffen mit der Bürgermeisterin von Sarajevo, Benjamina Karić. ■

Nehammer empfing tschechischen Premierminister Fiala

Am 4. Dezember empfing Bundeskanzler Karl Nehammer den Premierminister der Tschechischen Republik, Petr Fiala, zu einem Arbeitsgespräch im Bundeskanzleramt in Wien. „Wir hatten vor gar nicht allzu langer Zeit Gelegenheit, uns schon sehr intensiv auszutauschen, weil wir beide nach Israel gefahren sind, um unsere Solidarität mit dem israelischen Volk und mit Israel auszudrücken. Wir haben beide sehr viele Eindrücke wieder jeweils mit in unsere Länder mitgenommen. Unsere Länder sind starke Partner für Israel innerhalb der Europäischen Union und verurteilen den Terror der Hamas. Wir tun alles, um Israel dabei zu unterstützen, die Terrororganisation Hamas zu bekämpfen. Gleichzeitig tun wir auch alles, was möglich ist, damit die Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel auch eine Zukunft haben und die Zweistaatenlösung weiter vorangetrieben wird“, sagte der Bundeskanzler. Aber es sei klar, daß an dem Leid der Palä-



Foto: BKA/Christopher Dunker

stinenserInnen im Gazastreifen derzeit die Terrororganisation Hamas Schuld habe, da sie ZivilistInnen als Schutzschilder benutze, um gegen die israelische Armee zu kämpfen.

Kampf gegen irreguläre Migration und organisierte Kriminalität vorantreiben

Darüber hinaus seien Tschechien und Österreich starke Partner in der Frage der Sicherheit, etwa wenn es um die Migration gehe. „Ich bin Tschechien sehr dankbar für die Unterstützung von Österreich, wenn es um den Kampf gegen irreguläre Migration geht. Es ist auch beeindruckend, was Tschechien in der Aufnahme von Ukrainerinnen und Ukrainern leistet. Österreich leistet dabei ebenso seinen Beitrag, aber Tschechien ist seit dem Krieg massiv betroffen, wenn es darum geht, Vertriebene aufzunehmen. Und hier haben wir auch den größten Respekt für das, was geleistet wird.“ Dennoch gehe es auch um den klaren Kampf gegen irreguläre

Migration, gegen die organisierte Kriminalität, die die Sicherheit der Europäischen Union massiv gefährden. „Deswegen setzen wir uns beide dafür ein, daß es möglich sein muß, bereits in sicheren Drittstaaten Asylverfahren durchzuführen. Aus unserer Sicht ist das eine wichtige Perspektive für die Europäische Union, um tatsächlich gegen irreguläre Migration vorgehen und auch der organisierten Kriminalität das Handwerk legen zu können“, so der Kanzler.

Tschechien als verlässlicher Partner bei Sky Shield

Auch in der Frage des Raketenschutzschirms Sky Shield hätten Tschechien und Österreich die gleiche Position. „Für Österreich ist der Raketenschutzschirm eine besonders wichtige Möglichkeit, seinen Luftraum besser schützen zu können. Wir haben in Österreich eine besondere Situation. Wir sind neutral, wir sind nicht Mitglied der

Österreich, Europa und die Welt

Foto: BKA/Christopher Dunker



Im Anschluß an die Pressekonferenz fand im Gedenken an den verstorbenen früheren Außenminister Karel Schwarzenberg eine gemeinsame Andacht in der Kapelle des Bundeskanzleramts statt.

NATO, aber wir können, genauso wie die Schweiz auch, jetzt an diesem Raketen-schutzschirm teilnehmen. Die Entscheidungen, welche Flugobjekte abgeschossen werden, werden souverän getroffen. Das war die Grundvoraussetzung.“ Aber für Österreich biete Hochtechnologie die Chance, mehr Sicherheit für die Menschen zu garantieren, daran teilzuhaben und zusammenzuarbeiten. „Tschechien ist hier ein verlässlicher Partner“, zeigte sicher Nehammer überzeugt.

Westbalkan verlässliche Perspektive geben

„Ein weiteres großes gemeinsames Interesse unserer beiden Staaten ist der Westbalkan. Wir sind hier immer schon als Brückenbauer gemeinsam aufgetreten. Für Österreich ist es wichtig, daß die Staaten des Westbalkans eine verlässliche Perspektive in der Zusammenarbeit bekommen, auch mit der Europäischen Union und für einen möglichen Beitritt. Tschechien und Österreich setzen sich dafür schon viele Jahre ein. Wir setzen diesen Weg konsequent fort und sind auch hier gemeinsam im EU-Rat immer wieder starke Stimmen für diesen Raum.“

Abschließend betonte der Bundeskanzler, daß die Geschichte Tschechiens und Österreichs eng miteinander verbunden sei: „Wir haben beide ein großes historisches Erbe und auch immer wieder besondere Menschen, die sich in unseren Ländern engagiert haben, darunter auch Karel Schwarzenberg. Wir gedenken auch in Österreich seinem Ableben. Er war ein großer Europäer. Er war tatsächlich ein Brückenbauer. Er war immer ein Verbindler zwischen Österreich und Tschechien in einer Zeit, in der nach dem Zusammen-

bruch des Kommunismus alles angefangen hat, neu zu wachsen. Er war einer, der sich Jahrzehnte dafür eingesetzt hat, daß Europa weiterwächst, und vor allem Europa ein Europa der Menschen wird, die sich in Frieden begegnen und den Wohlstand weiter ausbauen wollen“, so Nehammer, der sich bei Fiala für die Freundschaft zwischen beiden Staaten bedankte. ■

Rat »Allgemeine Angelegenheiten« in Brüssel

Das ist heute nicht nur der letzte Rat in diesem Jahr, sondern auch der letzte unter spanischem Vorsitz und ich möchte an dieser Stelle dem spanischen Kollegen für seine Arbeit herzlich danken“, betonte Europaministerin Karoline Edtstadler am 12. Dezember bei ihrem Doorstep vor dem Rat „Allgemeine Angelegenheiten“ in Brüssel. „Wir erleben Zeiten, die sehr krisenhaft sind. Wir befinden uns im zweiten Jahr des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und sind mit der eskalierenden Gewalt nach dem Terrorangriff in Israel konfrontiert. Es ist hier notwendig, weiter für den Frieden einzutreten“, erläuterte die Ministerin.

Es seien „schwierige Voraussetzungen, um hier gute europäischen Politik zu machen“, aber, so Edtstadler, die Europäische Union sei grundsätzlich geeint und eine gemeinsame europäische Politik so wichtig wie noch nie. Die Europaministerin erinnerte hier an ein Zitat des ehemaligen Bundeskanzlers Wolfgang Schüssel: „Wenn wir die Europäische Union nicht hätten, wäre jetzt der richtige Zeitpunkt sie zu erfinden, um all diese Krisen zu bewältigen.“

Europäische Erweiterung muß geopolitischer Moment sein

Der Rat „Allgemeine Angelegenheiten“ sei diesmal besonders wichtig, betonte Edtstadler, da er den „Europäischen Rat“ in „sehr schwierigen, sehr weitreichenden und auch geopolitischen Punkten wie die Erweiterung“ vorbereiten werde. Die Europäische Union müsse hier eine Grundsatzentscheidung treffen, ob die Erweiterung ein politischer oder rein faktenbasierter Prozeß sein solle. Die Europaministerin plädierte für Mut zu politischen Entscheidungen: „Es ist der Moment anzuerkennen, daß die Erweiterung ein geopolitischer Moment sein muß. Man muß auch das größere Ganze sehen.“ Sie sei in Bosnien-Herzegowina gewesen und habe von dort eine klare Botschaft mitbekommen, Bosnien-Herzegowina wolle gleichbehandelt



Foto: BKA/Dragan Tatic

Europaministerin Karoline Edtstadler

werden, man wolle im gleichen Boot bleiben wie Moldawien und die Ukraine, das gelte es zu berücksichtigen.

Zwei weitere wichtige Punkte, die sie auch zuletzt schon eingefordert habe, stünden ebenso auf der Tagesordnung, erläuterte Edtstadler: „Das Thema Migration ist nach wie vor ungelöst und ich glaube, es ist wichtig, daß die Staats- und Regierungschefs darüber diskutieren. Man wird sehen wie substanzuell die Schlußfolgerungen sein werden.“ Das andere große Thema sei der wachsende Antisemitismus: „Wir müssen uns in Europa mit dem Antisemitismus auseinandersetzen. Wir sehen einen hohen Anstieg der antisemitischen Vorfälle und es ist gut, daß sich jetzt auch die Staats- und Regierungschefs diesem Thema annehmen.“ ■

<https://www.bundeskanzleramt.gv.at/>

Aus dem Außenministerium



Foto: BMEIA/Gruber

Sondertreffen der EU-AußenministerInnen in Maskat

Angesichts der Angriffe der Terrororganisation Hamas sprachen Außenminister Alexander Schallenberg und seine Amtskolleginnen und Amtskollegen beim EU-Sondertreffen und bei der EU-Golfkooperationsrats-Tagung am 10. Oktober in Maskat über die Situation in Israel und den möglichen Beitrag zur Beruhigung der Lage. Beim Treffen mit den Vertretern der Staaten des Golfkooperationsrats wurden neben der sicherheitspolitischen Kooperation auch Möglichkeiten zur Zusammenarbeit im Bereich der Wirtschaft und der Energiesicherheit erörtert.

Im Rahmen der Treffen bekundeten Außenminister Schallenberg und seine EU-Amtskolleginnen und Amtskollegen ihre unverbrüchliche Solidarität mit Israel und verurteilten die entsetzlichen Angriffe der Terrororganisation Hamas aufs Schärfste.

„Es ist inakzeptabel, zivile Ziele anzugreifen, Frauen und Kinder zu töten und unschuldige Zivilisten als Geiseln zu nehmen, um sie als menschliche Schutzschilde zu benutzen. Wir können nicht zulassen, daß dieser sinnlose Terrorakt die positive Entwicklung zwischen Israel und seinen arabischen Partnern zunichtemacht“, bekräftigte Schallenberg. Den Hintergrund des Terrors orteten viele Teilnehmende der Treffen als Versuch der Hamas, die Annäherungen Israels mit arabischen Staaten zu verhindern.



Foto: BMEIA/Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg im Gespräch mit dem EU-Beauftragten für die Golfregion, Luigi di Maio in Maskat

Nach der Unterzeichnung der Abraham-Abkommen durch Bahrain und die Vereinigten Arabischen Emirate sei nun die weitere Normalisierung der Beziehungen mit Saudi-Arabien und der gesamten arabischen Welt ein Schlüsselpunkt.

Gemeinsam forderten die EU-AmtskollegInnen ihre Partner in der Region auf, ihren Einfluß geltend zu machen, um zu einer Beruhigung der Situation beizutragen. Vor dem Hintergrund der Verhinderung eines Flächenbrands sieht die EU ihre wesentliche Funktion im Einwirken auf ihre Partner, einen Spill-Over zu verhindern und die Aufforde-

rung an diese, sich von der Terrororganisation Hamas zu distanzieren. Denn die Region ist ein wichtiger Partner in der strategischen und wirtschaftlichen Kooperation.

„Die Golfregion ist ein Tor zwischen Asien, Afrika und Europa. Für die EU und für Österreich sind Stabilität und Sicherheit in der Golfregion von größter Bedeutung“, betonte Österreichs Außenminister, der in Maskat zudem bilaterale Gespräche mit seinen Amtskollegen aus Bahrain, Katar, Kuwait, Saudi-Arabien und dem Oman sowie dem EU-Beauftragten für die Golfregion, Luigi di Maio, führte. ■

Österreich, Europa und die Welt



Foto: BMEIA/Gruber

Am 16. Oktober nahm Außenminister Alexander Schallenberg am Berlin-Prozess-Gipfel der Staats- und Regierungschefs in Tirana teil.

Der Westbalkan auf dem Weg in die EU

Außenminister Alexander Schallenberg nahm am 16. Oktober in Vertretung von Bundeskanzler Karl Nehammer am Berlin-Prozess-Gipfel in Tirana teil, um auf die nötigen Reformen und Fortschritte bei der EU-Erweiterung der sechs Westbalkan-Staaten zu pochen. Schallenberg plädierte dabei neuerlich auf das von ihm initiierte Modell einer schrittweisen Integration.

Der jährliche Gipfel zum Berlin-Prozess ist dem Fortschritt bei der EU-Integration der Westbalkanstaaten gewidmet. Österreich bildet hier die Speerspitze jener Mitgliedstaaten, die eine feste Verankerung der Westbalkanländer in der EU fordern. Dies sei vor allem vor dem Hintergrund der aktuellen geopolitischen Prozesse von großer Bedeutung: „Es gibt kein Vakuum in der Geopolitik. Entweder wir exportieren Stabilität oder wir importieren Instabilität. Wir müssen eine stabile Nachbarschaft gegen den Feuerring um Europa aufbauen. Die EU-Integration ist der Schlüssel, um einen weiteren Krisenherd zu vermeiden“, betonte Schallenberg.

Er regte dazu an, die junge Generation in den Integrationsprozess zu integrieren, um in ihr die Begeisterung für einen EU-Beitritt zu schüren. Sie sei der Motor für notwendige Reformen auf dem Weg in die EU. Dabei müsse beachtet werden, daß für alle Beitrittskandidaten dieselben Beitrittsvoraussetzungen gelten.

Voraussetzung für eine schrittweise EU-Integration ist jedoch auch eine engere Kooperation der Westbalkanstaaten unterein-



Foto: BMEIA/Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg (mitte) mit dem albanischen Premierminister Edi Rama (l.) und dem kroatischen Premierminister Andrej Plenkovic (r.)

ander. So gab es zuletzt schon Fortschritte bei der Umsetzung eines gemeinsamen regionalen Markts, bei dem unter anderem EU-Standards bereits übernommen werden und eine spätere Anbindung an den EU-Binnenmarkt erleichtert wird.

„Was wir uns wünschen, ist eine klare Umsetzungsagenda für die schrittweise Integration! Wir sollten das, was der Berliner Prozess bereits erreicht hat – den gemeinsamen regionalen Markt – als Grundlage nutzen, um die regionale Integration zu einem echten Sprungbrett in den Binnenmarkt zu machen.“

Vor dem Hintergrund des zuletzt wieder

aufgeflamten Konflikts zwischen Serbien und Kosovo riefen die EU Staats- und RegierungsvertreterInnen dazu auf, aus der Eskalationsspirale auszubrechen und an Lösungen im Dialog zu arbeiten. Es liege nun auch an den Staaten des Westbalkan, ein klares Kursziel für die graduelle Integration festzulegen und verantwortungsvoll die nächsten Schritte zu gehen.

Auch die Auswirkungen des Nahostkonflikts wurden am Rande der Diskussionen angesprochen. Außenminister Schallenberg betonte dabei erneut Österreichs Solidarität mit Israel im Kampf gegen die Terrororganisation Hamas. ■

Österreich, Europa und die Welt

Österreich übernahm den Vorsitz in der EU-Strategie für den Donaauraum

Außenminister Alexander Schallenberg und Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft Norbert Totschnig übernahmen am 24. Oktober von Slowenien ab 1. November 2023 bis 31. Dezember 2024 den Vorsitz der EU-Strategie für den Donaauraum (EUSDR).

Das passiert in einer Phase tiefgreifenden Wandels und vielfältiger Herausforderungen im Donaauraum: vom völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Rußlands gegen die Ukraine, einem EUSDR-Mitglied, über die schwierige demographische und wirtschaftliche Situation bis hin zum Klimawandel, dessen Auswirkungen das Leben von Millionen von Menschen im Donaauraum betreffen.

„Der Donaauraum ist eine Schlüsselregion für Österreich, eine Region der Kooperation und der Solidarität. Seinen vierzehn Mitgliedern entlang der Donau bietet er nicht nur einen nützlichen Rahmen für nachbarschaftliche, gleichberechtigte Zusammenarbeit, sondern ist auch Beispiel für gelungene europäische Integration. Für Beitrittskandidaten wie Moldau ist der Donaauraum europäisches Sprungbrett und Testlabor zugleich. Und genauso wie die Donau heute die Ausfuhr ukrainischer Lebensmittel in die Welt ermöglicht, wird sie morgen den Wiederaufbau der Ukraine unterstützen“, so Schallenberg.

Österreich verfolgt während seines Vorsitzes drei inhaltliche Prioritäten:

1. Sicherheit & Stabilität, mit einer europäischen Perspektive für die gesamte Donauregion,
2. Innovation, Fachkräftebildung und Wettbewerbsfähigkeit sowie
3. Verbesserung des Fluß-Ökosystems, Ökologisierung der Wasserwirtschaft



Foto: BMEIA/Gruber

Sloweniens Außenministerin Tanja Fajon übergab den Vorsitz der EU-Strategie für den Donaauraum an Außenminister Alexander Schallenberg.

und Management der grünen Transformation.

Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft Norbert Totschnig, ergänzt: „Der österreichische Vorsitz ermöglicht es uns verstärkt, die Arbeiten der Donaauraum-Strategie zu intensivieren und voranzubringen und den Mehrwert von Kooperation im Donaauraum auch ein stückweit erlebbar zu machen. Es freut mich daher besonders, daß sich eine Vielzahl an österreichischen Akteuren mit zahlreichen Veranstaltungen in die Umsetzung des Vorsitzprogramms aktiv einbringen werden. In meiner Funktion als Regionen- und Wasserwirtschaftsminister kommen neben Kreislaufwirtschaft und Digitalisierung den Themenschwerpunkten der nachhaltigen Wassermobilität sowie der innovativen, widerstandsfähigen Bewirtschaftung von Wasser

und Flusseinzugsgebieten eine wichtige Rolle zu.

Der österreichische Vorsitz zielt vor allem auf eine engere Einbindung der Zivilgesellschaft und der Jugend ab, sodaß das Potential der Initiative auf lokaler Ebene für die Bürgerinnen und Bürger greifbar wird.

Die EU-Strategie für den Donaauraum ist eine grenzüberschreitende Initiative zur territorialen Zusammenarbeit und regionalen Entwicklung. Sie wurde 2011 auf Initiative Österreichs und Rumäniens gegründet und hat 14 Teilnehmerstaaten, darunter neun EU-Mitgliedsstaaten und fünf Beitrittskandidaten. Sie umfaßt das Einzugsgebiet der Donau mit rund 115 Millionen Menschen und reicht vom Schwarzwald bis zum Schwarzen Meer.

Der strategische Rahmen wird durch das INTERREG-Programm für den Donaauraum ergänzt.

<https://danube-region.eu/>



Foto: BMEIA/Gruber



Foto: BMEIA/Gruber

Am 2. November nahm Außenminister Alexander Schallenberg am Treffen der AußenministerInnen zur EU-Reform in Berlin teil.

Österreich unterstützt Jemen und Afghanistan

Der brutale Terror der Hamas auf Israel und der unvermindert fortgesetzte russische Angriffskrieg auf die Ukraine halten uns in ihrem Bann. Trotzdem dürfen andere humanitäre Krisenherde nicht aus den Augen verloren werden. Aufgrund der akuten Notlage in Afghanistan und im Jemen unterstützt die österreichische Bundesregierung die Zivilbevölkerung vor Ort und stellt acht Millionen Euro aus dem Auslandskatastrophenfonds (AKF) des Außenministeriums zur Verfügung.

„Die Mittel des Auslandskatastrophenfonds erlauben rasche und effektive Hilfe vor Ort. Ich freue mich deshalb besonders, daß der AKF des Außenministeriums auch 2024 wieder aufgestockt wird und mit 80 Millionen Euro so gut gefüllt sein wird wie nie zuvor. Damit sichern wir das österreichische Engagement konkreter, rascher Hilfe auch im nächsten Jahr, insbesondere in Regionen mit hohem Migrationspotenzial“, betonte Außenminister Alexander Schallenberg am 27. Oktober.

Afghanistan wurde im Oktober 2023 von außergewöhnlich schweren Erdbeben erschüttert, die tausende Todesopfer und Verletzte gefordert und die ohnehin marode Infrastruktur im Land zerstört haben. Durch die verheerende wirtschaftliche und soziale Lage, verschlimmert durch das repressive und rückwärtsgerichtete Regime der Taliban, sind derzeit etwa zwei Drittel der Bevölkerung auf humanitäre Hilfe angewiesen. Über acht Millionen Afghaninnen und Afghanen sind auf der Flucht, was auch eine enorme Belastung für die Nachbarstaaten bedeutet.

Die Lage im Jemen, laut dem Internatio-

nalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) die größte humanitäre Krise weltweit, wird durch die aktuellen Nahrungsmittelengpässe weiter verschärft. So leben 80 Prozent der Bevölkerung unter der Armutsgrenze und 24 Millionen Personen sind auf humanitäre Hilfe angewiesen. Es fehlt an Nahrungsmitteln und Zugang zu sauberem Wasser. Beide Krisen treffen vor allem die vulnerabelsten Bevölkerungsgruppen – Frauen, Kinder, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen.

Von den acht Millionen Euro gehen drei an das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR). Weiteren zwei Millionen Euro werden dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) und seiner Arbeit in Afghanistan und der Region zur Verfügung gestellt. Mit drei Millionen Euro wird das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) bei der Bekämpfung der humanitären Krise im Jemen unterstützt. ■

Schallenberg bei der Europa-Konferenz in Berlin

Außenminister Alexander Schallenberg nahm am 2. November an der Europa-Konferenz in Berlin teil, bei der die EU-Erweiterung, aber auch die derzeitige geopolitische Lage, insbesondere im Nahen Osten, im Fokus standen. Im Rahmen der Konferenz kamen die AußenministerInnen der EU-Mitgliedsstaaten mit den AußenministerInnen der zehn Länder im EU-Beitrittsprozess zusammen.

Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen, ist die EU-Erweiterung das effektivste Instrument der Europäischen Union,

um den geopolitischen Entwicklungen entgegenzutreten. Es liegt daher im strategischen Interesse Europas, die östliche und südöstliche Nachbarschaft einzubinden und Schritt für Schritt zu integrieren. „Graduelle Integration ist das beste Werkzeug zur EU-Erweiterung. Dazu braucht es keine Reform der Verträge – diese bieten bereits eine gute Grundlage zur Weiterentwicklung. Es braucht lediglich politischen Willen. Die graduelle Integration ist dabei kein Ersatz für die Vollmitgliedschaft, sie ist der Weg dorthin“, so Schallenberg.

Das Erweiterungsversprechen der EU an den Westbalkan besteht nun seit zwei Jahrzehnten, gab er zu bedenken. Diese Region, von EU-Mitgliedsstaaten umgeben, stellt den Innenhof der Europäischen Union dar. Es liegt daher im ureigensten Interesse der EU, diese Länder stark in der europäischen Familie zu verankern.

Angesichts der Situation im Nahen Osten nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel wurde im Rahmen der Europa-Konferenz auch die derzeitige geopolitische Lage thematisiert: „Der Feuerring um Europa reicht vom russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, über Armenien-Aserbaidschan, den grausamen und brutalen Terrorangriff der Hamas auf Israel bis hin zum Putschgürtel in der Sahelzone. Es muß unser geostrategisches Ansinnen sein, diesem Feuerring einen Ring der Stabilität gegenüber zu stellen“, bekräftigte der Außenminister. Besonders wichtig ist dabei auch die Einbindung der EU-Beitrittskandidaten in sicherheitspolitische Debatten, um den Ländern die Möglichkeit zu bieten, die europäischen Ansätze und Überlegungen besser zu verstehen und ihre Außenpolitik in Einklang zu bringen. ■

Österreich, Europa und die Welt

Österreichisch-tschechischer Schulterschuß zur Stabilisierung der europäischen Nachbarschaft

Am 7. November empfing Außenminister Alexander Schallenberg seinen tschechischen Amtskollegen Jan Lipavský zu einem Arbeitsbesuch in Wien. Die Außenminister unterstrichen ihre Solidarität mit Israel, ungebrochene Einigkeit im russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und die geostrategische Bedeutsamkeit der Erweiterungspolitik zur langfristigen Stabilisierung der europäischen Nachbarschaft.

„Österreich und Tschechien sind echte Partner und Freunde. Wir wissen, daß wir aufeinander zählen können und daß wir geschlossen für ein regelbasiertes internationales System, für Freiheit und Menschlichkeit, gegen neo-imperialistische Politik und Terrorismus eintreten müssen“, unterstrich Schallenberg den Schulterschuß zwischen Österreich und Tschechien im Hinblick auf den Nahostkonflikt, wie zuletzt der gemeinsame Solidaritätsbesuch von Bundeskanzler Nehammer und Ministerpräsident Fiala in Israel zeigte. Die Außenminister verurteilten den brutalen Terror der Hamas auf Israel, das verheerende Wiederaufleben von Antisemitismus und besonders die Relativierung dieser Entwicklung auf das Schärfste.

Während alle Augen auf den Nahen Osten gerichtet zu sein scheinen, bleibt die russische Aggression gegen die Ukraine die größte Herausforderung für die europäische Sicherheit, erinnerte Schallenberg. Zum Ausdruck zentraleuropäischer Solidarität reiste Schallenberg bereits zwei Mal mit seinen tschechischen und slowakischen Amtskollegen im Rahmen des Slavkov3-Formats in die Ukraine. Die Botschaft nach dem heutigen Arbeitsgespräch ist klar und deutlich: Einigkeit ist Europas stärkste Kraft.

Die beiden Außenminister sind sich zudem einig, daß die europäische Nachbarschaft langfristig stabilisiert und gesichert werden muß. Dabei ist die Erweiterungspolitik das wirksamste geostrategische Instrument der Europäischen Union. Als Teil der „Friends of the Western Balkans“-Initiative teilen Österreich und Tschechien ein gemeinsames Ziel: den zeitnahen EU-Beitritt aller Westbalkanländer.

„Der westliche Balkan ist der Innenhof der EU, nicht ihr Hinterhof. Wir können uns Unsicherheit und Instabilität in unserem Innenhof einfach nicht leisten. Wir müssen dem Ring aus Feuer, der uns umgibt, einen Ring aus Sicherheit entgegensetzen“, unterstrich Außenminister Schallenberg.



Foto: BMEIA/Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg mit seinem tschechischen Amtskollegen Jan Lipavsky

Neben den gemeinsamen geopolitischen Prioritäten unterstrichen die beiden Außenminister auch die enge wirtschaftliche Verflechtung der beiden Länder. So ist Tschechien einer der größten Handelspartner Österreichs: Die österreichischen ausländischen Direktinvestitionen belaufen sich auf 16 Milliarden Euro und bieten 100.000 Arbeitsplätze. Zudem zählen tschechische Gäste zur viertgrößten Gruppe der TouristInnen in Österreich. ■

EU-Einheit entscheidend im Kampf gegen den Terror

Außenminister Alexander Schallenberg nahm am 13. November am Rat für Auswärtige Angelegenheiten (RAB) in Brüssel zur Lage im Nahen Osten und in der Ukraine teil und betonte angesichts des Feuerrings an

Krisen um Europa die Wichtigkeit des Zusammenhalts innerhalb der EU. Dabei unterstrich er Österreichs volle Solidarität mit Israel und der Ukraine. Beim anschließenden Treffen der EU-27 mit den Außenministern der Westbalkan-Staaten präsentierte die von Österreich initiierte Gruppe „Friends of the Western Balkans“ einen Aktionsplan zum Ausbau der Zusammenarbeit im Bereich der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.

Im Vorfeld des Ratstreffens unterstrich Schallenberg angesichts des beispiellosen Terrors der Hamas die Bedeutung der EU-Einheit und verwies auf den Konsens auf europäischer Ebene über Pausen für humanitäre Zwecke im Gazastreifen. Ebenso solidarisch traten die EU-AußenministerInnen und Außenminister in Bezug auf die Ukraine auf,



Foto: BMEIA/Gruber

Am 13. November nahm Außenminister Alexander Schallenberg beim RAB in Brüssel teil.

Österreich, Europa und die Welt

die unverändert Schauplatz der russischen Aggression ist. Außenminister Schallenberg zeigte sich zuversichtlich, daß die Unterstützung für die Ukraine so lange aufrechterhalten werden würde, wie nötig.

Gleichzeitig betonte er einmal mehr, daß auch beim EU-Beitritt der Westbalkanstaaten endlich Fortschritte erzielt werden müssen: „Ich trete seit Jahr und Tag für die graduelle Integration ein. Wir müssen diesen Staaten das Gefühl geben: Ihr seid auf Augenhöhe, ihr seid Partner. Es geht um politische Mitbestimmung.“

Beim anschließenden EU-Westbalkan-Ministertreffen setzte sich Außenminister Schallenberg daher für einen regelmäßigeren politischen Austausch und die verstärkte politische Präsenz der EU in der Region ein. So ist es Ziel des bei dem Treffen von den „Friends of the Western Balkans“ vorgelegten Aktionsplans, eine neue Ära der Zusammenarbeit der EU mit den Westbalkan-Staaten einzuläuten und die Beitrittskandidaten bereits in die Entscheidungsfindung im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik einzubeziehen. ■

6 Millionen Euro zur Bekämpfung der humanitären Krisen

Eine Vielzahl von Krisen trifft Syrien und die Region schwer: Durch den lang anhaltenden Krieg in Syrien wurden Millionen von Menschen in die Nachbarländer vertrieben und sind auf humanitäre Hilfe angewiesen. Hinzu kommen die weltweite Ernährungskrise als Folge des russischen Angriffs auf die Ukraine und die Nachwehen der verheerenden Erdbebenkatastrophe vom Februar 2023. Die brutalen Terrorangriffe der Hamas auf Israel drohen die Region nun weiter zu destabilisieren.

Die österreichische Bundesregierung stellt sechs Millionen Euro aus dem Auslandskatastrophenfonds (AKF) des Außenministeriums zur Linderung der akuten Not in Syrien, Libanon und Jordanien bereit.

„Kriege und Konflikte zerstören Zukunftsräume ganzer Generationen und machen Hoffnung zunichte. Eine der Regionen, die davon bereits sehr lange betroffen ist, ist Syrien und die umliegenden Länder. Oft sind die Syrerinnen und Syrer gezwungen in ihre Nachbarstaaten wie etwa Libanon oder Jordanien zu fliehen, wo die humanitäre Situation sich ebenfalls zusehends verschlimmert. Hunger, Krankheit und Gewalt machen das Leben für sie zur Hölle. Diese Menschen benötigen unsere Hilfe besonders. Diese Bundesregierung hat die Mittel für humanitäre



Foto: BMK/ÖES

Vizekanzler Werner Kogler: „Geben wir Menschen in größter Not ein Stück Hoffnung...“

Hilfe vervielfacht, um auch bei langanhaltenden Krisen helfen zu können. Gemeinsam mit unseren Partnern sorgen wir mit 6 Mio. Euro dafür, daß vor allem Frauen und Kinder notwendige Hilfe bekommen oder die Gesundheitsversorgung in der Krisenregion verbessert werden kann. Damit geben wir Menschen in größter Not ein Stück Hoffnung und kommen unserer internationalen Verantwortung nach“, betonte Vizekanzler Werner Kogler.

Syrien ist seit mittlerweile zwölf Jahren Schauplatz eines blutigen Konflikts. Über 15 Millionen Menschen, darunter sieben Millionen Kinder, benötigen dringend humanitäre Hilfe. Der Konflikt in Syrien hat 6,8 Millionen Menschen innerhalb Syriens vertrieben, weitere 5,2 Millionen in der Region. Die Zerstörungen im Nordwesten Syriens als Folge des schweren Erdbebens haben die Situation dramatisch verschärft.

Auch in den Nachbarstaaten Libanon und Jordanien ist die kritische Infrastruktur massiv belastet. Neben der Aufnahme von syrischen Vertriebenen bringen extreme Wittersituationen, die Auswirkungen der Pandemie und die weltweite Ernährungskrise als Folge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine die beiden Staaten in Bedrängnis.

„Eine Region, die ohnehin schon arm an guten Nachrichten war, droht durch die brutalen Terrorangriffe der Hamas noch instabiler zu werden. Hier gilt es rasch und unbürokratisch zu helfen und so auch neuen Migrationswellen entgegenzuwirken“, unterstrich Außenminister Alexander Schallenberg.

Von den sechs Millionen Euro gehen zwei Millionen Euro an das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) sowie jeweils

eine Million Euro an das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) und an die Weltgesundheitsorganisation (WHO) in Syrien. Jeweils eine Million Euro wird UN Women für den Libanon und dem Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) für Jordanien zur Verfügung gestellt. Durch die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen trägt Österreich dazu bei, die dringendsten Bedürfnisse vor Ort zu decken. ■

Enge Abstimmung zwischen Wien und Tirana

Am 17. November empfing Außenminister Alexander Schallenberg seinen albanischen Amtskollegen Igli Hasani erstmals seit dessen Amtsantritt zu einem Arbeitsbesuch in Wien. Die EU-Erweiterung um den Westbalkan stellte das Hauptgesprächsthema des Arbeitsbesuches dar. Die Außenminister betonten außerdem ihre geschlossene Haltung im russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine sowie im Nahostkonflikt.

Für Österreich sei es nicht nur eine Herzensangelegenheit, sondern auch eine geostrategische Priorität, den Westbalkan schnellstmöglich die EU heranzuführen. Graduelle Integration sei dabei das beste Werkzeug zur schrittweisen EU-Erweiterung, so Außenminister Schallenberg. Angesichts der gegenwärtigen geopolitischen Herausforderungen war es noch nie in der Geschichte so wichtig wie jetzt, die Glaubwürdigkeit der EU-Beitrittsperspektive für die Länder des Westbalkans zu stärken. Die längst überfällige Wiederaufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Albanien habe daher besondere Bedeutung, so Schallenberg.

Österreich, Europa und die Welt

„Wenn uns der russische Angriffskrieg auf die Ukraine eines gezeigt hat, dann, daß wir nicht mehr länger warten sollten. Es liegt in unserem ureigenen Interesse, die Länder die uns am nächsten sind, umgeben von EU-Mitgliedstaaten, in der europäischen Familie zu verankern“, zeigte sich Schallenberg überzeugt. Angesichts der angespannten geopolitischen Weltlage zeigte er Wertschätzung für Albanien klare Verurteilung des Terrorangriffs der Hamas auf Israel sowie insbesondere für die enge Abstimmung mit der EU gegenüber Rußland. Im Hinblick auf den kommenden Winter und die zunehmenden Angriffe Rußlands auf die ukrainische Energieinfrastruktur sei ein enger Schulterschluss zwischen Partnern umso wichtiger, so Schallenberg.

Die beiden Außenminister zeigten Einigkeit über die Bedeutung einer funktionierenden OSZE und betonten beiderseits die hervorragenden bilateralen Beziehungen zwischen Wien und Tirana. ■

Enger Austausch mit bulgarischer Amtskollegin Gabriel

Außenminister Alexander Schallenberg empfing am 17. November seine bulgarische Amtskollegin Mariya Gabriel und verwies dabei auf den engen Austausch beider Staaten, allen voran die gemeinsame Linie bei der EU-Integration des Westbalkans, beim russischen Angriffskrieg auf die Ukraine sowie bei der Solidarität mit Israel. Zudem arbeitet Österreich beim Thema Schengen eng mit bulgarischen Partnern zusammen, um eine Erweiterung des Systems zu ermöglichen.

Die Kooperation zwischen Österreich und Bulgarien zeigt sich unter anderem am geteilten Interesse am Westbalkan. Dabei hob Schallenberg die Bedeutung der EU-Integration des Westbalkans, als Innenhof der EU, hervor: „Wir müssen dem Feuerring an Krisen, sei es in der Ukraine, dem Nahen Osten oder der Sahelzone, einen Ring an Stabilität und Sicherheit in unserer Nachbarschaft gegenüberstellen. Das schaffen wir aber nur, wenn wir diese Staaten in unserer europäischen Wertefamilie verankern!“

Auch bei anderen wichtigen EU-Themen setzen die beiden Staaten auf eine verstärkte Zusammenarbeit. Dazu zählt etwa die Personenfreizügigkeit. Hierbei verdeutlichte der Außenminister einmal mehr, daß sich Österreichs Veto gegen den Schengen-Beitritt von Bulgarien und Rumänien keinesfalls gegen die beiden Länder richtet, sondern gegen ein dysfunktionales System.



Außenminister Alexander Schallenberg mit seinem albanischen Amtskollegen Igli Hasani



Außenminister Alexander Schallenberg mit seiner bulgarischen Amtskollegin Mariya Gabriel

„Was wir wollen ist ein System, das uns Sicherheit gibt. Wir setzen uns aktiv für ein funktionierendes Schengen-System ein. Die EU braucht dringend eine Asyl- und Migrationspolitik, die den Namen auch verdient“, unterstrich Schallenberg. Mit dem erreichten Asylkompromiß sei nun ein erster Schritt gesetzt. Nun gelte es die Maßnahmen umzusetzen und die Zahlen der Asylansuchen langfristig und merklich zu senken.

Abschließend zeigte sich Außenminister Schallenberg über die enge wirtschaftliche Verflechtung mit Bulgarien erfreut. So gab es in der jüngsten Zeit einen Rekord im Handels- und Investitionsbereich, der die österreichisch-bulgarischen Beziehungen auf ein solides und dynamisches Fundament stellt. Österreich ist zudem der zweitgrößte Investor in Bulgarien und auch bei der Energieversorgung soll die Kooperation künftig ausgebaut werden. ■

Österreich und Vereinigtes Königreich vereinbaren strategische Partnerschaft

Am 20. November traf Außenminister Alexander Schallenberg seinen neuen britischen Amtskollegen David Cameron in London, um mit der Unterzeichnung einer politischen Absichtserklärung eine neue Ära der bilateralen Beziehungen einzuläuten. Ziel der Vereinbarung ist eine verstärkte österreichisch-britische Zusammenarbeit auf Ebene einer strategischen Partnerschaft. Angesichts der Vielzahl globaler Herausforderung, insbesondere des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine und der brutalen Terrorangriffe der Hamas in Israel, soll die Zusammenarbeit auch eine enge Abstimmung außenpolitischer Prioritäten umfassen.

„Der Brexit hat klaffende Lücken in unser Verhältnis gerissen. Bisherige Abkommen haben sie nur bruchstückhaft gefüllt. Ich bin heute in London, um diese Lücken zu

Österreich, Europa und die Welt

füllen und die Beziehungen zwischen Österreich und dem Vereinigten Königreich mit einer strategischen Partnerschaft auf ein neues Level zu heben“, so Schallenberg.

Die Unterzeichnung der österreichisch-britischen Absichtserklärung ist dahingehend ein wichtiger Schritt. Im Rahmen der neuen strategischen Partnerschaft wurde eine verstärkte Kooperation etwa im Informationsaustausch, in der Terrorbekämpfung oder im Wirtschaftssektor vereinbart. Zudem ist eine enge außenpolitische Abstimmung und Zusammenarbeit im multilateralen Bereich vorgesehen, die durch jährliche Treffen der Außenminister koordiniert werden soll.

„Auch wenn wir nicht mehr Mitglieder desselben Klubs sind, stehen wir doch zusammen, um unsere Werte und Interessen zu verteidigen, gegen Autokraten in Moskau wie gegen Kriegstreiber in Gaza gleichermassen“, unterstrich Schallenberg die Notwendigkeit einer engen Kooperation mit dem Vereinigten Königreich. Nur durch den Zusammenhalt gleichgesinnter Staaten könne Sicherheit auf dem europäischen Kontinent garantiert werden.

Zu den gemeinsamen Werten und Interessen zählt aktuell auch die Bekämpfung des Antisemitismus und Radikalismus. Dazu tauschten sich die beiden Außenminister über bewährte Praktiken bei der Prävention und gemeinsame Initiativen in diesen Bereichen aus. Schallenberg betonte, daß es konkrete Zusammenarbeit mit europäischen und internationalen Partnern brauche, um die Geißel des Antisemitismus, den hausgemachten wie auch den importierten, wirkungsvoll zu bekämpfen. ■

Slowakischer Außenminister Blanár auf Antrittsbesuch

Außenminister Alexander Schallenberg empfing am 22. November erstmals seinen neuen slowakischen Amtskollegen Juraj Blanár in Wien. Er bekräftigte die Bedeutung einer verlässlichen und stabilen Nachbarschaft in einer Zeit, in der Europa von Krisenherden umgeben ist. Neben den Kriegen im Nahen Osten und der Ukraine standen die ausgezeichneten nachbarschaftlichen Beziehungen, das gemeinsame Ziel einer raschen EU-Erweiterung um den Westbalkan und die illegale Migration im Fokus des Gesprächs.

„Gerade in unsicheren Zeiten braucht es verlässliche Nachbarn. Ich bin sicher, daß die Slowakei auch in Zukunft ein solcher sein wird, und ich freue mich auf die Zusammenarbeit“, unterstrich Schallenberg die starken



Foto: BMEIA/Gruber

Am 20. November traf Außenminister Alexander Schallenberg seinen britischen Amtskollegen David Cameron in London.



Foto: BMEIA/Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg mit seinem slowakischen Amtskollegen Juraj Blanár

nachbarschaftlichen Beziehungen und enge Abstimmung mit der Slowakei auf bilateraler sowie multilateraler Ebene.

Beide Außenminister verurteilten einmal mehr den grausamen Terroranschlag der Hamas gegen Israel auf das Schärfste. Angesichts des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine betonte Schallenberg die Notwendigkeit europäischer Geschlossenheit.

„Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine macht uns klar: wir müssen unsere Nachbarschaft dauerhaft stabilisieren. Die EU-Erweiterung bleibt dazu das stärkste geostrategische Werkzeug in unserem Koffer“, so Schallenberg.

Als Mitglieder der Gruppe der Freunde des Westbalkans sehen die beiden Außenmi-

nister die Erweiterung der EU nicht nur nach Osten, sondern auch nach Südosten als oberste Priorität an. Ein wichtiges Instrument dafür sei die von Österreich initiierte graduelle Integration, um den BürgerInnen der EU-Beitrittskandidaten bereits vor der Vollmitgliedschaft spürbare Verbesserungen zu bringen.

Beim Thema illegale Migration zeigten sich die Außenminister ebenfalls einig: die derzeitige Situation ist untragbar. Sowohl Österreich als auch die Slowakei seien einem enormen Migrationsdruck ausgesetzt. Die mittlerweile von mehreren Schengen-Mitgliedsstaaten eingeführten Grenzkontrollen beweisen, daß das derzeitige Schengen-System nicht funktioniert. ■

Österreich, Europa und die Welt

Klares Bekenntnis zum Erhalt der OSZE

Am 29. und 30. November nahm Außenminister Alexander Schallenberg am Ministertreffen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) im diesjährigen Vorsitzland Nordmazedonien teil. Im Rahmen des Treffens appellierte er nachdrücklich an alle Staaten, konkret zur Stärkung der OSZE beizutragen. Die jüngsten Entwicklungen haben die OSZE an einen kritischen Punkt geführt: Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat nicht nur die grundlegenden Prinzipien europäischer Sicherheit verletzt, sondern auch die Sicherheitsordnung für die kommenden Jahrzehnte erschüttert.

„Die OSZE hängt an der Herz-Lungen-Maschine. Ich erwarte mir von allen Staaten mehr Commitment zum Erhalt der Organisation. Und zwar in Taten, nicht nur in Worten. Mein Appell: Nehmen wir allen politischen Mut zusammen und schützen wir die OSZE vor einem Abdriften in die Bedeutungslosigkeit“, so die Forderung von Schallenberg beim Ministertreffen.

Die kürzlich getroffene Entscheidung, Malta als Vorsitzland für das Jahr 2024 anzunehmen, sei für Außenminister Schallenberg eine gute Lösung und zeige dringend benötigte Unterstützung seitens der teilnehmenden Staaten. Österreich werde Malta während des OSZE-Vorsitzes tatkräftig unterstützen. Die Organisation stecke jedoch weiterhin in Blockaden bei der Besetzung von Positionen. Missionen in Ost- und Südosteuropa sowie Zentralasien stünden vor dem Aus.

„Als Sitzstaat fühlt Österreich sich der Organisation ganz besonders verpflichtet. Wir kennen ihren Wert. Sie ist die einzige Organisation, in der Staaten auf beiden Seiten des Atlantiks bis hin in den Südkaukasus und nach Zentralasien an einem Tisch sitzen und über regionale Sicherheit sprechen“, hob der Außenminister hervor.

Die Vielfalt der OSZE war einst der Grundgedanke ihrer Gründung und solle nicht als Schwäche betrachtet werden. Aus diesem Grunde sieht Außenminister Schallenberg die Teilnahme des russischen Außenministers Lawrow am Ministertreffen als Möglichkeit, dem Aggressor entgegenzutreten, anstatt die Konfrontation zu scheuen.

„Wir dürfen als Westen nicht die Scheu haben, uns mit den Russen zusammenzusetzen. Das ist klassischer Multilateralismus im besten Sinne. Die Tendenz, sich in der Außenpolitik in eigene Echokammern zu vertiefen, halte ich für lebensgefährlich“, betonte Schallenberg und erinnerte an den Gründungs-



Foto: BMEIA/Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg beim OSZE-Ministerrat in Skopje, im Bild mit seinem US-amerikanischen Amtskollegen, Secretary of State, Antony Blinken ...

gedanken der Organisation, eine kollektive Antwort auf die Gefahr des Kalten Krieges zu sein. Letztlich liege es an den Teilnehmenden Staaten, die OSZE als Instanz für Frieden und Sicherheit zu bewahren. ■

Österreich als Partner für Sicherheit & Frieden in Afrika

Der Hamas-Terror auf Israel und der unvermindert anhaltende russische Angriffskrieg auf die Ukraine dominieren die europäischen Schlagzeilen. Die Bundesregierung setzt sich nichtsdestotrotz auch für Krisenherde im Rest der Welt ein.

Der afrikanische Kontinent ist mit einem besonders toxischen Cocktail an Krisen konfrontiert: Tiefgreifende Armut, Dürrekatastrophen, bewaffnete Konflikte, Terrorismus und globale Ernährungsunsicherheit halten zahlreiche Staaten fest im Griff und führen

dazu, daß Menschen flüchten oder vertrieben werden. Die österreichische Bundesregierung hat im Ministerrat beschlossen, neun Millionen Euro aus dem Auslandskatastrophenfonds (AKF) des Außenministeriums zur Bekämpfung der humanitären Krisen in West- und Ostafrika sowie in Tunesien zur Verfügung zu stellen.

„Die Sicherheitslage am afrikanischen Kontinent hat immer auch Auswirkungen auf die Sicherheit der Europäischen Union. Selbstverständlich unterstützen wir daher erneut mit Mitteln aus dem Auslandskatastrophenfonds, um die Situation für die Menschen vor Ort zu verbessern. Wir bleiben damit bei unserer klaren Haltung: Hilfe vor Ort zu leisten schafft mehr Stabilität und Sicherheit in der Region und dämmt illegale Migrationsbewegungen nach Europa ein“, unterstreicht Bundeskanzler Karl Nehammer.



Foto: BKA/Andy Wenzel

Pressefoyer nach dem Ministerrat: Bundeskanzler Karl Nehammer (m.), Vizekanzler Werner Kogler (l.) und Bundesministerin Susanne Raab

Österreich, Europa und die Welt

Von den neun Millionen Euro gehen zwei Millionen Euro an das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) in Burkina Faso, einem Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit und eines der ärmsten Länder der Welt. UNHCR erhält zudem jeweils eine Million Euro zum Schutz von Vertriebenen in Tunesien, im Sudan und in Äthiopien. Weitere zwei Millionen Euro werden dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) sowie eine Million Euro dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) für den Schutz von Kindern in Mali zur Verfügung gestellt. Eine Million Euro geht an das Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (UNOCHA) zur Linderung der Hungerkatastrophe im Südsudan.

„Kriege, Folgen der Klimakrise, steigende Armut und wachsender Hunger führen in Sudan, Südsudan, Mali, Burkina Faso, Tunesien und Äthiopien dazu, daß Menschen flüchten müssen oder vertrieben werden. Österreich nimmt seine globale Verantwortung wahr und trägt zur Linderung dieser humanitären Krisen in unserem Nachbarkontinent bei. Erst durch die Verfünfachung der Mittel des Auslandskatastrophenfonds werden Hilfsmaßnahmen in der Region verstärkt möglich“, betont Vizekanzler Werner Kogler.

„Wir lassen die krisengeplagte Bevölkerung nicht im Stich. Mit neun Millionen Euro aus dem Außenministeriums führen wir unser Engagement für Sicherheit und Frieden am afrikanischen Kontinent konsequent fort. Das ist mehr als humanitäre Hilfe, sondern auch wohlverstandener Altruismus. Denn mit jedem Euro leisten wir einen Beitrag für Stabilität vor Ort und tragen so zur Eindämmung illegaler Migration bei“, so Außenminister Alexander Schallenberg vor seiner Reise in den Senegal und nach Südafrika, um die österreichisch-afrikanische Partnerschaft auf Augenhöhe weiter zu stärken. ■

Österreich-USA: Strategischer Dialog verlässlicher Partner in schwierigen Zeiten in Wien

Das jährliche Treffen des Strategischen Dialogs zwischen Österreich und den USA am 4. Dezember stand ganz im Zeichen der verstärkten transatlantischen Zusammenarbeit in Fragen der Sicherheitspolitik, Menschenrechte und Demokratie aber auch EU-relevanten Themen. Zum Dialog begrüßte der Politische Direktor des österreichischen Außenministeriums, Botschafter Gregor W.



v.l.: Assistant Secretary for European and Eurasian Affairs im US-Department of State, Botschafter James C. O'Brien, US-Botschafterin in Wien, Victoria Reggie Kennedy und der Politische Direktor des österreichischen Außenministeriums, Botschafter Gregor W. Kössler

Kössler, den Assistant Secretary for European and Eurasian Affairs im US-Department of State, Botschafter James C. O'Brien, sowie die US-Botschafterin in Wien, Victoria Reggie Kennedy.

In der abschließenden gemeinsamen österreichisch-amerikanischen Erklärung bekräftigten Österreich und die Vereinigten Staaten die Bedeutung der transatlantischen Zusammenarbeit zur Lösung globaler Probleme. Sie erneuerten ihre uneingeschränkte Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine sowie ihre gemeinsame Solidarität mit Israel angesichts der Terroranschläge der Hamas. In der gemeinsamen Erklärung wird die Besorgnis über die sich verschlechternde humanitäre Situation im Gazastreifen zum Ausdruck gebracht. In diesem Zusammenhang wurde auch der gemeinsame Kampf gegen Antisemitismus, Islamophobie und Rassismus sowie das mögliche Vorgehen gegen ausländische Einflußnahme durch Desinformationskampagnen angesprochen.

Auf europäischer Ebene wurde die wichtige Rolle der OSZE für die regionale Sicherheit unterstrichen. Bezüglich einer künftigen EU-Mitgliedschaft der Länder des Westbalkans drückten beide Seiten ihre Unterstützung aus. Im Bereich der bilateralen Themen wurden die florierenden Wirtschaftsbeziehungen zwischen Österreich und den USA und unter anderem Fragen der Lehrlingsausbildung angesprochen.

Der strategische Dialog soll zur weiteren Vertiefung der bilateralen strategischen Partnerschaft im nächsten Jahr fortgesetzt werden. ■

Schallenberg als erster österreichischer Außenminister auf Arbeitsbesuch im Senegal

Der erste Halt seiner Afrika-Reise führte Außenminister Alexander Schallenberg am 12. Dezember in den Senegal. In der Hauptstadt Dakar begann er seine Arbeitsgespräche im Außenministerium, wo er Ministerin Annette Seck Ndiaye traf. Gemeinsam wurde eine Vereinbarung unterzeichnet die regelmäßige Gespräche zwischen den beiden Ländern vorsieht und die bilateralen politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Beziehungen auf eine neue Ebene hebt.

„Der Senegal gilt seit Langem als Leuchtturm der Stabilität und Demokratie im westlichen Afrika und doch besteht die akute Gefahr, daß Instabilität und Dschihadismus aus dem Sahel auch auf den Senegal überschwappen. Es wäre ein sicherheitspolitisches Eigentor, der Region den Rücken zu kehren. Viel mehr braucht es unser verstärktes Engagement“, betonte Schallenberg.

Die Sicherheitslage in Westafrika hat sich zuletzt verschlechtert, insbesondere nach den Putschversuchen in Guinea-Bissau und Sierra Leone. Auch die illegale Migration nach Europa, die über die Westatlantik-Route vom Senegal zuletzt stark zugenommen hat, war Thema der Gespräche. Umso wichtiger ist es daher eine vertrauensvolle Beziehung mit dem Senegal zu fördern, um damit auch einen Beitrag zur Stärkung der Stabilität in der gesamten Region zu leisten.

Der Arbeitsbesuch in Dakar stand aber auch im Zeichen der bilateralen Handelsbeziehungen, die sowohl für Österreich als

Österreich, Europa und die Welt

auch für den Senegal großes Potenzial bieten. Der Senegal gilt als einer der wirtschaftlichen Motoren Westafrikas. Es ist daher ein zentrales Anliegen Österreichs, an der Modernisierung der Wirtschaft und am Aufbau der Infrastruktur mitzuwirken.

„Österreichische Betriebe sind seit Jahrzehnten im Senegal aktiv. Gleichzeitig besteht enormes Potenzial nach oben, vor allem in den Bereichen Green Tech, Erneuerbare Energie und Abfallwirtschaft“, so der Außenminister.

Neben dem Treffen mit Annette Seck Ndiaye führte er auch Gespräche mit dem Minister für industrielle Entwicklung und KMU, Moustapha Diop, und mit der Justizministerin Aissata Tall Sall. Einen besonderen Programmpunkt stellte außerdem die Präsentation der senegalesischen Kampfschwimmer und Kampftaucher dar. Diese werden vom österreichischen Bundesheer ausgebildet und sind für die Kontrolle sowie den Schutz der senegalesischen Küste mitzuständig. ■

Lebendige Partnerschaft mit Südafrika trotz Meinungsverschiedenheiten

Nach dem Besuch im Senegal führte der zweite Halt seiner Afrika-Reise Außenminister Alexander Schallenberg von 14. bis 15. Dezember nach Südafrika. In Pretoria traf er seine südafrikanische Amtskollegin Naledi Pandor, um sicherheitspolitische Themen vom russischen Angriffskrieg auf die Ukraine bis Nahost trotz unterschiedlicher Positionen auf Augenhöhe zu besprechen. Außerdem stand die Stärkung der kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen im Fokus der von einer österreichischen Wirtschaftsdelegation begleiteten Reise.

„Südafrika ist zweifellos einer der wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Akteure in Afrika und darüber hinaus. Es ist unser wichtigster Partner in Afrika südlich der Sahara. Darüber hinaus hat das Land eine Fürsprecher-Rolle für Teile des Globalen Südens“, so der Außenminister über die Bedeutung Südafrikas als internationaler Partner. In Pretoria betonte er die Notwendigkeit des Austauschs gerade mit Ländern wie Südafrika, mit denen Meinungsverschiedenheiten bezüglich des russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und die Solidarität mit Israel nach dem Terrorangriff der Hamas bestehen. Südafrika hat als sicherheitspolitisches Schwergewicht zwar das Potential, seine Stimme gegenüber Länder des Globalen Südes zu erheben. Bedauerlicherweise blieb diese Stimme in Unterstützung für die Ukraine so-



Foto: BMEIA/Gruber

Am 12. Dezember traf Außenminister Alexander Schallenberg seine senegalesische Amtskollegin Annette Seck Ndiaye in Dakar.



Foto: BMEIA/Gruber

Am 14. Dezember 2023 traf Außenminister Alexander Schallenberg seine südafrikanische Amtskollegin Naledi Pandor in Pretoria.

wie Verurteilung des Hamas-Terrors bisher stumm.

„Wir haben Gemeinsamkeiten, aber auch einige Themen, bei denen wir nicht einer Meinung sind. Aber auch in diesen Fragen ist unser gemeinsames Ziel klar: diplomatische Lösungen für Krisen unter voller Einhaltung des Völkerrechts zu finden. Dafür setzen sich sowohl Österreich als auch Südafrika immer ein, egal unter welchen Umständen“, betonte Außenminister Schallenberg.

So spielt Südafrika auch im multilateralen Kontext eine Schlüsselrolle als Meinungsführer zu dringenden globalen Fragen. Gerade deshalb ist eine umfassende Kooperation auf Augenhöhe notwendig. Zentrale Herausforderungen wie Stabilität, Frieden, Migration, Klimawandel und Menschenrechte stehen dabei im Fokus.

Auch im wirtschaftlichen Bereich soll die österreichisch-südafrikanische Kooperation weiter intensiviert werden, die bereits jetzt von besonderer Nähe geprägt ist. So haben mehr als 70 österreichische Unternehmen Niederlassungen in Südafrika. Weitere Kooperationschancen bieten die Bereiche Energie und Wasserwirtschaft.

„Südafrika ist der mit Abstand wichtigste Handelspartner Österreichs in Afrika. Fast ein Drittel aller österreichischen Exporte nach Afrika gehen nach Südafrika. Ebenso stammt ein Drittel der österreichischen Importe aus dem Kontinent aus Südafrika“, erklärt Außenminister Schallenberg.

Einen besonderen Programmpunkt stellte außerdem die Eröffnung des Kulturforums in Pretoria durch Außenminister Alexander Schallenberg dar. Das Forum markiert einen

Österreich, Europa und die Welt

Meilenstein in der Kunst- und Kulturkooperation und setzt einen weiteren Schritt, um gemeinsamen Herausforderungen insbesondere in den Zukunftsbereichen Klima und Technologie zu begegnen.

Eröffnung des Österreichischen Kulturforums Pretoria

Außenminister Alexander Schallenberg eröffnete im Zuge seiner Reise nach Afrika am 14. Dezember in Pretoria feierlich das 31. Österreichische Kulturforum. Damit werden die Kulturbeziehungen Österreichs mit dem südlichen Afrika unter anderem auch in Schwerpunktbereichen wie Digitalisierung und Klimaschutz in der Region gestärkt. „Es freut mich, daß unser weltweites Netz an Kulturforen um einen Knotenpunkt reicher geworden ist: Die Eröffnung des Österreichischen Kulturforums Pretoria ist ein Zeichen unserer Wertschätzung und ein weiterer Meilenstein in den Beziehungen zwischen Österreich und Südafrika. Damit setzen wir einen wichtigen Schritt, das vielfältige Potential des Landes noch stärker für Kooperationen im künstlerischen und wissenschaftlichen Bereich zu nutzen“, begrüßt Schallenberg die Eröffnung des neuen Kulturforums und die Intensivierung der Zusammenarbeit vor Ort.



Foto: BMEIA/Gruber

Am 14. Dezember eröffnete Außenminister Alexander Schallenberg gemeinsam mit der österreichischen Botschafterin in Südafrika Romana Königsbrunn das Kulturforum in Pretoria.

Südafrika verfügt über ausgezeichnete Universitäten, Forschungsinstitutionen und Think Tanks sowie eine pulsierende Kunst- und Kreativszene. Zudem bietet die Präsenz zahlreicher österreichischer Unternehmen in Südafrika eine Chance für vermehrte Kooperationen. Dementsprechend groß sind die Möglichkeiten für den Aufbau und die Verdichtung von Partnerschaften im Bereich der Kultur, Kunst und Wissenschaft.

„Von Pretoria aus können wir zentrale Themen unserer Kulturarbeit im Dialog mit

Partnerinnen und Partnern in Subsahara-Afrika noch besser umsetzen. Damit heben wir unsere Beziehungen auf eine neue Ebene“, betont der Außenminister. Die inhaltlichen Schwerpunkte werden damit auf Zukunftsthemen wie Digitalisierung sowie Klimaschutz und Kreislaufkultur liegen. Das neue Kulturforum in Pretoria wird dabei über Südafrika hinaus als Hub für kulturelle und wirtschaftliche Kooperationen in der Region des südlichen Afrika fungieren. ■

<https://www.bmeia.gv.at>

Bundesministerium
Europäische und internationale
Angelegenheiten

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG



IHRE IM FALL DES FALLES- APP.

Das Außenministerium ist bei Notfällen im Ausland für Sie da – weltweit und rund um die Uhr. Jetzt kostenlos und bequem über den QR-Code oder den App-Store die Auslandsservice-App downloaden und im Ausland gut informiert bleiben. Registrieren Sie sich vor längeren Aufenthalten im Ausland oder vor Ihrer nächsten Reise. Wir informieren Sie über die aktuelle Lage in dem Land, in dem Sie sich aufhalten und helfen, sollten Sie Unterstützung brauchen. – *Ihr Außenministerium*









24/7

EU-Wahlen 6. bis 9. Juni 2024

Die Wahlen zum Europäischen Parlament werden alle fünf Jahre abgehalten Über die Einhaltung notwendiger Fristen informieren Innen- und Außenministerium

Die Mitglieder des Europäischen Parlaments werden in den EU-Mitgliedsstaaten seit 1979 alle 5 Jahre in allgemeiner, geheimer, freier, gleicher und direkter Wahl gewählt. Zu den wesentlichen Aufgaben des Europäischen Parlaments (EP) zählen die folgenden drei Kompetenzen:

- Gemeinsam mit dem Rat der EU ist das EP für den Erlass von EU-Rechtsvorschriften zuständig. Im Rahmen des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens werden die beiden Organe als gleichberechtigte Mitgesetzgeber tätig, während in bestimmten Sonderfällen andere Verfahren zur Anwendung kommen können.
- Das EP verfügt über Haushaltsbefugnisse: Parlament und Rat müssen eine Einigung über den jährlichen EU-Haushaltsplan erzielen. Der mehrjährige Finanzrahmen bedarf der Zustimmung des EP.
- Das EP übt parlamentarische Kontrollrechte aus, denn seine Mitglieder kontrollieren die Arbeit der Organe der EU, insbesondere die Tätigkeit der Kommission.

Die Mitwirkungsmöglichkeiten des Europäischen Parlaments haben sich im Laufe der Zeit stark weiterentwickelt. Seit dem 2009 in Kraft getretenen Vertrag von Lissabon ist das Mitentscheidungsverfahren ordentliches Gesetzgebungsverfahren – und das EP damit für die meisten Rechtsvorschriften der EU-Mitgesetzgeber.

Das EP ist das einzige direkt gewählte EU-Organ. Die aktuell 705 Mitglieder – darunter 19 aus Österreich – sind nicht nach ihrer Staatsangehörigkeit, sondern größtenteils nach politischer Ausrichtung in sogenannten Fraktionen organisiert. Das Mindestalter für das aktive Wahlrecht liegt in fast allen EU-Mitgliedsstaaten bei 18 Jahren. In Österreich können BürgerInnen bereits ab 16 Jahren zur Wahlurne schreiben.

Die Wahlen zum EP entscheiden nicht nur über die Zusammensetzung des EP: Im Anschluß wählt das Europäische Parlament, auf Vorschlag des Europäischen Rates, auch die Präsidentin oder den Präsidenten der Europäischen Kommission. Das Europäische Parlament führt Anhörungen neuer Kommissionsmitglieder durch und billigt

das gesamte Kollegium der Kommissionsmitglieder.

Informationen für AuslandsösterreicherInnen

Wenn Sie Ihren Hauptwohnsitz nicht in Österreich haben und sich dennoch an Wahlen, Volksabstimmungen, Volksbefragungen oder Volksbegehren beteiligen wollen, müssen Sie in der Wählerevidenz einer österreichischen Gemeinde eingetragen sein. Für die Teilnahme an einer Europawahl ist eine Eintragung in der Europa-Wählerevidenz erforderlich.

Was haben Sie als AuslandsösterreicherIn zu unternehmen, um in die Wählerevidenz und/oder Europa-Wählerevidenz eingetragen zu werden?

Sofern Sie in keiner Gemeinde in der Wählerevidenz/Europa-Wählerevidenz eingetragen sind, müssen Sie einen entsprechenden Antrag auf Eintragung in die jeweilige Evidenz stellen. Sie können auf Ihren Antrag hin in die Wählerevidenz/Europa-Wählerevidenz eingetragen werden, wenn Sie im Jahr der Eintragung das 15. Lebens-

jahr vollenden oder schon vollendet haben. Hierbei können Sie sich eines hierzu aufgelegten Formulars bedienen. Wenn Sie möchten, können Sie mit einem Formular die Eintragung in beide Wählerevidenzen (Wählerevidenz und Europa-Wählerevidenz) oder auch den Verbleib (wiederum in einer Wählerevidenz oder in beiden) beantragen. Sie müssen hierzu auf dem Formular mit der – langen – Bezeichnung „Antrag auf Eintragung in die (bzw. Verbleib in der) Wählerevidenz/Europa-Wählerevidenz für österreichische Staatsbürger(innen), die außerhalb des Bundesgebietes leben“ nur das(die) entsprechende(n) Kästchen ankreuzen.

Das Formular ist bei allen österreichischen Gemeinden vorrätig. Ist es Ihnen nicht möglich, mit einer Gemeinde Kontakt aufzunehmen, so können Sie das Formular als ausfüllbare und speicherbare pdf-Datei herunterladen:

https://www.bmi.gv.at/412/files/AF100-Antrag_Waehlerevidenz-gelb-Version_10_E_2_20230918.pdf
Beachten Sie bitte auch die Ausfüllanleitung:
https://www.bmi.gv.at/412/files/Ausfuellanleitung_2018.pdf

Wohnen Sie in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union, so steht es Ihnen frei, entweder die Mitglieder des Europäischen Parlaments Ihres Wohnsitz-Mitgliedsstaates oder die österreichischen Mitglieder des Europäischen Parlaments zu wählen. Sollten Sie sich dafür entscheiden, die österreichischen Mitglieder des Europäischen Parlaments zu wählen, so vergessen Sie bitte nicht, dies durch Ankreuzen des entsprechenden Kästchens auf dem Antragsformular förmlich zu erklären.

Den Antrag können Sie per Post, Telefax oder per E-Mail (eingescannt) direkt an die Gemeinde, zu der Ihr Anknüpfungspunkt (Lebensbeziehung, Verbindung) zu Österreich besteht, stellen. Die Anknüpfungspunkte sind gesetzlich vorgegeben; es kann immer nur eine bestimmte Gemeinde zuständig sein. Im Fall eines Umzugs ins Ausland wird es sich um den letzten Hauptwohnsitz in Österreich handeln. Schließen Sie bitte dem Antrag Belege an, die zur Glaubhaftmachung des im Formular angeführten Anknüpfungspunktes geeignet sind.

Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird Sie die Gemeinde für die Dauer von zehn Jahren in ihre Wählerevidenz

The image shows a screenshot of a web-based application form titled 'Antrag auf Eintragung in die (bzw. Verbleib in der) Wählerevidenz/Europa-Wählerevidenz'. The form is in German and includes the following sections:

- Antrag auf Eintragung in die (bzw. Verbleib in der) Wählerevidenz und/oder Europa-Wählerevidenz:** A section with checkboxes for 'Wählerevidenz' and 'Europa-Wählerevidenz'.
- Angaben zu meiner Person:** Fields for name, date of birth, and gender.
- Hauptwohnsitz im Ausland:** Fields for address, city, and postal code.
- Mein Anknüpfungspunkt zu Österreich:** A section with checkboxes for 'Ich bin in einer österreichischen Gemeinde in der Wählerevidenz/Europa-Wählerevidenz eingetragen' and 'Ich habe in Österreich einen Hauptwohnsitz (oder vor dem 1. Jänner 1995 einen österreichischen Wohnsitz)'. Below this are fields for name and address of the person in Austria.
- Meine Mutter und/oder mein Vater hat (hatten)Wohnsitz in der (letzten) Hauptwohnsitz (oder vor dem 1. Jänner 1995 einen österreichischen Wohnsitz) in Österreich (bzw. in der Wählerevidenz/Europa-Wählerevidenz) eingetragen:** A section with checkboxes for 'ja' and 'nein', and fields for name and address of the parent.

Faksimile des „Antrags auf Eintragung in die (bzw. Verbleib in der) Wählerevidenz/ Europa-Wählerevidenz für österreichische Staatsbürger(innen), die außerhalb des Bundesgebietes leben“

Österreich, Europa und die Welt

und/oder Europa-Wählerevidenz eintragen. Sollte Ihr Antrag nicht zur Eintragung in die Wählerevidenz(en) führen, so werden Sie darüber von der Gemeinde schriftlich verständigt.

Sie haben in Hinkunft die Möglichkeit, für die Dauer Ihrer Eintragung in der (den) Wählerevidenz(en) durch Ankreuzen des entsprechenden Kästchens auf dem Antragsformular eine automatische Zusendung von Wahlkarten zu beantragen.

In diesem Fall benötigt die Gemeinde – zwecks Zusendung der Wahlkarten – stets Ihre aktuelle Auslandsanschrift. Wenn Sie keine automatische Zusendung der Wahlkarten beantragen, müssen Sie für die Stimmabgabe im Ausland für jede Wahl, Volksabstimmung und Volksbefragung eine Wahlkarte (Stimmkarte) anfordern. Die Gemeinde, in deren Wählerevidenz und/oder Euro-

pa-Wählerevidenz Sie eingetragen sind, wird Sie spätestens drei Monate vor einer bevorstehenden Streichung informieren, daß die Zehn-Jahres-Frist abläuft und daß Sie die Möglichkeit haben, einen Verbleib in der Wählerevidenz und/oder Europa-Wählerevidenz zu beantragen. Bis zu diesem Zeitpunkt können Sie bei allen bundesweit abzuhaltenden Wahlen, Volksabstimmungen und Volksbefragungen sowie gegebenenfalls bei Europawahlen von Ihrem Wahlrecht (Stimmrecht) Gebrauch machen. Sobald in Österreich eine Wahl, Volksabstimmung oder Volksbefragung ausgeschrieben (angeordnet) wird, werden Sie von der Gemeinde verständigt.

Bitte beachten Sie besonders

Bei Verlegung des Hauptwohnsitzes ins Ausland reicht eine Abmeldung nach dem

Meldegesetz nicht aus, um als Auslandsösterreicherin oder als Auslandsösterreicher in der Wählerevidenz und/oder Europa-Wählerevidenz zu verbleiben. Sie haben vielmehr ausdrücklich eine diesbezügliche Erklärung abzugeben.

Sind Sie bereits in einer der beiden Wählerevidenzen eingetragen (Wählerevidenz oder Europa-Wählerevidenz) und Sie möchten sich in die jeweils andere Evidenz eintragen lassen, ist dies in derselben Gemeinde möglich. Auf einem Antrag können Sie beide Wählerevidenzen ankreuzen. Sofern Sie bereits in einer der beiden Wählerevidenzen geführt werden, beginnt die Zehn-Jahres-Frist hinsichtlich beider Evidenzen neu zu laufen. ■

<https://www.bundestkanzleramt.gv.at/>

<https://www.bmi.gv.at>

<https://www.bmeia.gv.at>

Neue Reisepässe

Modernes, zeitgemäßes und bürgernahes Dokument: Am 1. Dezember erschien die neue Generation des Österreichischen Reisepasses.

Der neue österreichische Reisepaß ist ein modernes und zeitgemäßes Dokument für die Menschen in Österreich“, sagte Innenminister Gerhard Karner bei der Präsentation am 24. November im Innenministerium. „Durch die Möglichkeit der Antragstellung in knapp 900 Gemeinden und Bezirkshauptmannschaften in ganz Österreich ist ein bürgernahes Service gewährleistet. Durch die enge Kooperation zwischen der Österreichischen Staatsdruckerei, Experten aus dem Bundeskriminalamt sowie den Landeskriminalämtern im Burgenland und in Niederösterreich gehört der österreichische Reisepaß zu den sichersten der Welt“, ergänzte Karner.

In seiner bisherigen Form seit 2006 im Einsatz, können ÖsterreicherInnen den neuen Reisepaß bei den Paßbehörden und ermächtigten Gemeinden seit 1. Dezember 2023 beantragen.

Die neue Reisepaß-Generation bringt ein neues Design mit innovativen Sicherheitsfeatures und ist somit eines der modernsten Identitätsdokumente der Welt.

„Bei der Überarbeitung des Reisepasses standen der Fälschungsschutz und Identitätsschutz an erster Stelle“, berichtete der Innenminister. Der Reisepaß wurde gänzlich neugestaltet: er verfügt über eine Datenseite aus Polycarbonat (Kunststoff) und enthält auch



Foto: BMI/Jürgen Makowicz

Innenminister Gerhard Karner (l.) und Helmut Lackner, Generaldirektor der Staatsdruckerei, präsentierten am 24. November 2023 den neuen Reisepaß

den bereits vom Personalausweis bekannten QR-Code. Dieser ermöglicht eine einfache und elektronische Kontrolle mit der kostenlosen „CHECK-AT“-App des Innenministeriums.

Was ändert sich für BürgerInnen?

Mit der Einführung des „Reisepaß neu“ entstehen für BürgerInnen keine Mehrkosten,

er kostet weiterhin 75,90 € bzw. 30 € für Kinder bis zwölf Jahre. Bis zum Alter von zwei Jahren ist er gratis. Bereits ausgestellte Reisepässe behalten ihre Gültigkeit. Auch die Antragstellung funktioniert wie gehabt.

Hintergrund

Seit Mai 2020 arbeitete ein Expertenteam aus dem Innenministerium, dem Bundeskriminalamt sowie den Landespolizeidirektionen Niederösterreich und Burgenland gemeinsam mit Experten der Staatsdruckerei an dem neuen Dokument. „In einer intensiven Zusammenarbeit haben wir ein aktuelles, hochsicheres Dokument erarbeitet. Mehr als drei Jahre lang haben wir den neuen Reisepaß entwickelt, das Dokument getestet und anschließend mit der Produktion gestartet“, sagte der Generaldirektor der Staatsdruckerei, Helmut Lackner. Als Ergebnis dieses Prozesses wurde im August 2021 der neue Personalausweis eingeführt und im April 2022 der neue Notpaß. Gleichzeitig erhielt der Reisepaß schon damals ein zusätzliches gelassertes Lichtbild des Paßinhabers (Sekundärbild).

Im Zehn-Jahres-Schnitt werden jährlich rund 750.000 Reisepässe ausgestellt. Im „Superpaßjahr“ 2027 werden es voraussichtlich 950.000 sein. ■

<https://www.bmi.gv.at>

Bürgerkarte wird zur ID Austria

Um digitale Amtswegen sicher und nachvollziehbar durchführen zu können, müssen Behörden die Identität von Personen (Privat oder als Vertretung eines Unternehmens), die Anträge stellen, zweifelsfrei feststellen können. Dazu bedarf es eines elektronischen Werkzeugs, die Antragstellende eindeutig ausweist: die ID Austria

Die ID Austria kann einerseits in Online-Verfahren für das Login als elektronischer Ausweis eingesetzt werden, andererseits kann damit auch elektronisch unterschrieben werden.

In Zukunft ermöglicht die ID Austria auch das Vorweisen von Ausweisdokumenten (z.B. Führerschein in Verbindung mit Staatsbürgerschaftsnachweis bei ÖsterreicherInnen, Zulassungsschein) in digitaler Form. Die bekannten physischen Dokumente bleiben aber selbstverständlich gültig.

Die ID Austria stellt damit die Weiterentwicklung und Ablöse der Handy-Signatur/Bürgerkarte dar.

Die „digitale Unterschrift“ bietet Rechtssicherheit, Schutz vor fremden Zugriffen und ungewollten Veränderungen des Inhalts.

Nutzen Sie ID Austria für folgende Anwendungen (Auszug):

Elektronische Unterschrift

Hinsichtlich der elektronischen Unterschrift erfüllt die ID Austria alle europäischen Vorgaben. Die qualifizierte Signatur, die mit der ID Austria durchgeführt werden kann, ist der eigenhändigen Unterschrift EU-weit gleichgestellt (Ausnahmen siehe Signatur- und Vertrauensdienstegesetz § 4). Das bedeutet, daß damit überall in Europa elektronisch unterschrieben werden kann.

Login-Funktionalität

Die Login-Funktionalität – und somit der elektronische Nachweis der Identität des Anwenders – kann derzeit ausschließlich für österreichische Online-Verfahren und Anwendungen verwendet werden. Diese Funktion wird im Laufe des Jahres 2023 auch auf elektronische Anwendungen anderer EU-Länder ausgeweitet. Österreichische Webanwendungen können natürlich auch jederzeit im Ausland aufgerufen und mit der Funktion der ID Austria genutzt werden.

Ausweisfunktion der ID Austria

Mithilfe der ID Austria können Ausweise wie z.B. der Führerschein am Smartphone vorgewiesen werden. Diese Einsatzmöglich-

keit wird vorerst nur in Österreich bestehen. Die ID Austria ersetzt kein Reisedokument bei einem Grenzübertritt.

Nutzung seit Ende 2009

Seit Ende 2009 konnten BürgerInnen die Handy-Signatur nutzen. Da waren keine Softwareinstallationen und zusätzliche Hardware (Kartenleser) nötig. Nach erfolgter Anmeldung durch Zugangskennung (Mobilnummer) und PIN wurde ein TAN-Code an das aktivierte Mobiltelefon gesendet. Die Eingabe des TAN-Codes löste die qualifizierte elektronische Signatur aus. Das Mobiltelefon wurde mit der Handy-Signatur zum elektronischen Ausweis beziehungsweise zum digitalen „Kugelschreiber“.

Mit 5. Dezember 2023 löst die ID Austria die Handy-Signatur ab. NutzerInnen, deren Handy-Signatur von einer Behörde registriert wurde, können diese auf die ID Austria mit Vollfunktion aufwerten. Für jene NutzerInnen, die ihre Handy-Signatur nicht behördlich registriert haben, ist der Umstieg auf die Basisfunktion der ID Austria möglich. Um die Vollfunktion der ID Austria mit ihren neuen Funktionen – wie etwa Ausweise am Smartphone vorzuweisen – zu erhalten, ist jedoch ein Behördengang zur Registrierung notwendig.

Die ID Austria ist für Unternehmen auch der Schlüssel, um sich am Unternehmensserviceportal – dem zentralen One-Stop-Portal der Bundesverwaltung für diese Nutzergruppe – anzumelden. Dadurch ist es möglich, unternehmensrelevante Informationen abzurufen und die Amtsservices mittels Single Sign-on komfortabel und sicher über das Internet zu nutzen. Moderne und effiziente digitale Verwaltungsabläufe wie das Signieren von elektronischen Rechnungen oder die Teilnahme an elektronischen Ausschreibungen sind möglich. Das stärkt den Wirtschaftsstandort Österreich und unterstreicht Österreichs Vorreiterrolle im E-Government.

Darüber hinaus ermöglicht die ID Austria auch eine sichere Kommunikation zwischen BürgerInnen und der Verwaltung, wie die elektronische Zustellung beweist.

ID Austria für österreichische Staatsbürger im Ausland

Das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten hat als digitales Service-Angebot für Österreicherinnen und Österreicher im Ausland an bestimmten österreichischen Vertretungsbehörden Registrierungsstellen für die Aktivierung der ID Austria für AuslandsösterreicherInnen eingerichtet. Die Ausstellung einer ID Austria (Vollversion) ist an jeder österreichischen Berufsvertretungsbehörde (Botschaft oder Generalkonsulat) im Ausland möglich.

<https://www.bmeia.gv.at/de/maechterdienste-fuer-auswaerterinformation-fuer-auslandsösterreicherinnen-und-auslandsösterreicher/handy-signatur-id-austria>

ID Austria

Die Handy-Signatur wurde weiterentwickelt zur ID Austria. Am 5. Dezember 2023 ging sie in den Vollbetrieb und bietet in Österreich die moderne und sichere digitale Identifizierung. Möglich ist, sich sicher online auszuweisen, digitale Services zu nutzen und digitale Geschäfte abzuschließen.

Wie kann ich meine Handy-Signatur auf ID Austria mit Basisfunktion umstellen?

Die Handy-Signatur kann über einen Online-Prozess auf die ID Austria mit Basisfunktion umgestellt werden. Folgen Sie dafür der Anleitung Umstieg von Handy-Signatur auf ID Austria mit Basisfunktion.

Die ID Austria mit Basisfunktion bietet denselben Funktionsumfang wie die Handy-Signatur. Auch Signaturen mittels SMS-TAN sind weiterhin möglich. Die ID Austria mit Basisfunktion behält die Gültigkeitsdauer Ihrer Handy-Signatur, kann aber nicht mehr verlängert werden.

Die Gültigkeitsdauer der Handy-Signatur können Sie einsehen und auch verlängern unter

<https://www.a-trust.at/konto>

Informationen zur ID Austria

Eine Zusammenstellung der am häufigsten gestellten Fragen sind zu finden unter FAQs ID Austria allgemein unter

<https://www.oesterreich.gv.at/id-austria.html>

Gedenkveranstaltung vor dem Mahnmal für Roma und Sinti

»Im Gedenken an die Opfer sind wir gefordert, unserer Verantwortung gerecht zu werden«, sagte Landtagspräsident Robert Hergovich in Lackenbach



Foto: Landesmedienservice Burgenland

v.l.: Landesrat Heinrich Dörner, Obmann des Kulturvereins österreichischer Roma Christian Klipp, Landtagspräsident Robert Hergovich, Nationalratsabgeordneter Nikolaus Berlakovich, Vorsitzender des Volksgruppen-Beirates der Roma Emmerich Gärtner-Horvath, Obmann vom Verein Hango Roma Martin Horvath und Horst Horvath von der Volkshochschule der Roma (VHS Roma) im Burgenland

Am 18. November fand auf Einladung der Burgenländischen Landesregierung und des Kulturvereins österreichischer Roma eine Gedenkveranstaltung vor dem Mahnmal für Roma und Sinti in Lackenbach statt. „Der heutige Tag steht im Zeichen des Gedenkens und des Erinnerns. Und im Gedenken an die Opfer der NS-Verbrechen sind wir gefordert, unserer Verantwortung gerecht zu werden“, so Landtagspräsident Robert Hergovich in seiner Ansprache. Das 1940 errichtete Lager in Lackenbach war das größte Lager dieser Art. Rund 4.000 Roma und Sinti wurden dort unter unmenschlichen Bedingungen interniert, gequält, zur Zwangsarbeit verpflichtet. Viele von ihnen, darunter auch Kinder, wurden im Lager ermordet oder in Konzentrations- und Vernichtungslager deportiert. Nur 300 bis 400 Häftlinge erlebten 1945 die Befreiung des Lagers.

„Das Mahnmal in Lackenbach erinnert an diesen Ort des Schreckens. Das Lager steht für die Schrecken und die Gräueltaten der NS-Zeit, der so viele Menschen aus rassistischen, religiösen und politischen Gründen zum

Opfer gefallen sind“, so der Landtagspräsident. „Wir müssen konsequent deutlich machen, daß Rassismus und Antisemitismus, Ausgrenzung, Haß und Gewalt keinen Platz in unserer Gesellschaft haben.“ Die gelte auch mit Blick auf die Kriege, Krisen und Konflikte der Gegenwart. Und es sei eine Aufgabe und Verantwortung, „die nicht endet“, weshalb es auch sehr wichtig sei, daß Wissen an jüngere Generationen weiterzutragen.

Am Beginn der Gedenkveranstaltung waren nach den Begrüßungsworten von Lackenbachs Bürgermeister Christian Weninger die bewegenden Gedanken von SchülerInnen des Gymnasiums Oberpullendorf sowie der burgenländischen Roma-Jugend zu hören. „Wir müssen gemeinsam alles dafür tun, damit es nie wieder dazu kommt und den Anfängen wehren. Das erfordert eine klare Absage an Ausgrenzung und Diskriminierung und den Einsatz für ein menschliches Miteinander.“

Hergovich sprach auch ein Thema an, das ihm als Präsidenten des Landtages ganz besonders am Herzen liegt: den Schutz und die

Stärkung der Demokratie. „Wo die Demokratie geschwächt und abgebaut wird, steht es auch schlecht um die Rechte und den Schutz von Minderheiten. Wo die Demokratie abgebaut wird, regieren Hass und Hetze, Intoleranz.“ Daher könne es ohne Demokratie auch kein „friedvolles und menschliches Zusammenleben“ geben. Abschließend dankte der Landtagspräsident dem Kulturverein österreichischer Roma für das engagierte Wirken und dafür, daß „wir diese Gedenkveranstaltung auch in diesem Jahr gemeinsam abhalten können“.

Auf dem Programm standen auch Ansprachen des Abg. zum Nationalrat Nikolaus Berlakovich und von Christian Klipp, Obmann des Kulturvereins österreichischer Roma, ein Ökumenisches Gebet sowie eine Kranzniederlegung. Der Gedenkveranstaltung wohnten etwa auch Landesrat Heinrich Dörner, Vito Cecere, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Österreich, sowie Gesandte von Ungarn und Rumänien bei. ■

<https://www.burgenland.at/>

<https://www.kv-roma.at/>

EU: Mehr Cybersicherheit durch Kärntens Erfahrungen

Landeshauptmann Peter Kaiser übergab in Brüssel Erfahrungsbericht zum verbrecherischen Hackerangriff zur Einarbeitung in neues Cybersolidaritätsgesetz

Mit einem eigenen Cybersolidaritätsgesetz will die EU-Kommission die Erkennung, Vorsorge und Bewältigung von Cybersicherheitsbedrohungen in der Union stärken. Und Kärnten bringt sich auf Initiative von Landeshauptmann Peter Kaiser bei diesem Gesetzwerdungsprozeß aktiv ein. Dazu übergab er am 30. November im Rahmen seiner Teilnahme am Ausschuß der Regionen (AdR), wie schon bei der Konferenz der wirtschaftspolitischen Fachkommission (FK Econ) des AdR vor wenigen Wochen in Wismar (D) angekündigt, je ein gebundenes Exemplar des Abschlußberichtes zum vergangenen Jahr verübten und letztlich erfolgreich abgewehrten Hackerangriff einer internationalen Verbrecherbande auf das Land Kärnten und seine Bevölkerung, an Pehr Granfalk (Schweden), den AdR-Berichtersteller zum Cybersolidaritätsgesetz und an Lina Gálves Muñoz (Spanien), Mitglied des Europäischen Parlaments.

„Die Zahl verbrecherischer Angriffe und betrügerischer Überfälle von Kriminellen im und über das Internet steigt rasant an. Cybercrime entwickelt sich zu einer regelrechten Pandemie, die jede und jeden treffen kann. Das wirksamste Gegenmittel besteht aus einer europaweiten und globalen Vernetzung, dem Austausch von Erfahrungen, dem Weitergeben von Wissen, den daraus zu entwickelnden Gegenmaßnahmen und Strategien wie dem Aufbau einer starken Cyber-Widerstandsfähigkeit“, so Kaiser. Ganz im Sinne einer solidarischen EU sei es daher selbstverständlich, daß er die Erfahrungen Kärntens im Umgang mit dem verbrecherischen Hackerangriff der Cyberkriminellen Gruppe BlackCat mit der EU-Kommission, den Mitgliedsstaaten und den europäischen Regionen teilt, Know-how und Erfahrungen zur Verfügung stellt, um andere europäische Regionen und Verwaltungen beim Aufbau und beim Schutz vor solchen Angriffen zu unterstützen.

Der übergebene Kärntner Bericht enthält eine Kurzbeschreibung des Hackerangriffs, eine Beschreibung des Ablaufs, getroffene Sofortmaßnahmen, einen Überblick über



Foto: Büro LH Kaiser

v.l.: Pehr Granfalk, AdR-Berichtersteller zum Cybersolidaritätsgesetz, Landeshauptmann Peter Kaiser und Lina Gálves Muñoz, Mitglied des Europäischen Parlaments

Data-Breach, Datenabfluß und Vorfalmanagement sowie über die interne Bearbeitung des Angriffs, eine datenschutzrechtliche Bewertung und weitere getroffene Maßnahmen. Der Bericht wird vom Berichtersteller Pehr Granfalk für die Stellungnahme des AdR herangezogen und der EU-Kommission weitergeleitet.

Das neue EU-Cybersolidaritätsgesetz soll drei Schwerpunkte enthalten: Ein aus nationalen und grenzübergreifenden Sicherheits-

einsatzzentren bestehendes Europäisches Cyberschutzschild, ein Cybernotfallmechanismus in Form einer EU-Cybersicherheitsreserve bestehend aus Sicherheitsvorfall-Notdiensten und ein Überprüfungsmechanismus zur Bewertung von Bedrohungen und Eindämmungsmaßnahmen. Zusätzlich soll eine eigene Akademie für Cybersicherheitskompetenzen eingerichtet werden, um entsprechende Fachkräfte auszubilden. ■

<https://www.ktn.gv.at/>

Trauer um Heidelinde Weis

Die in Villach geborene Schauspielerin Heidelinde Weis ist am 24. November im 84. Lebensjahr verstorben. 50 Jahre lang hatte sie in Deutschland gewirkt und gearbeitet. Danach war sie in ihre Heimatstadt zurückgekehrt, die sie – wie sie in Interviews betonte – innig geliebt hat. Landeshauptmann Peter Kaiser und LH-Stv.in Gaby Schanig zeigten sich tief betroffen vom Ableben und kondolieren den Angehörigen namens des Landes Kärnten.

„Heidelinde Weis war als Schauspielerin, Regisseurin und Sängerin unglaublich vielseitig. Vor allem war sie aber auch als Mensch

sehr herzlich und inspirierend“, sagte Kaiser. „Sie war eine herausragende Künstlerin und ein ganz besonderer Mensch“, so Landeshauptmannstellvertreterin Schanig.

Sie stand 14jährig das erste Mal auf der Bühne. Schon während ihrer Ausbildung am Wiener Max-Reinhardt-Seminar spielte sie Theater auf großen Bühnen des deutschsprachigen Raums. Sie wirkte in über 120 Filmproduktionen mit, wurde als Schauspielerin und Sängerin mehrfach ausgezeichnet. Vom 1982 erhielt sie das „Große Goldene Ehrenzeichen des Landes Kärnten“. ■

https://de.wikipedia.org/wiki/Heidelinde_Weis

»Europa in Bewegung«

Vernetzungstreffen – Landeshauptfrau Mikl-Leitner: Kriege und Krisen zeigen mehr denn je die Wichtigkeit der EU und ihrer Werte wie Frieden, Freiheit und Wohlstand

Am 28. November fand im Landhaus St. Pölten das Vernetzungstreffen „Europa in Bewegung“ statt, das Gelegenheit zum aktiven Austausch in Hinblick auf die Wahl zum Europäischen Parlament im nächsten Jahr gab. Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner begrüßte neben zahlreichen EU-GemeinderätInnen, Bildungs- und JugendgemeinderätInnen, StakeholderInnen und Partnernetzwerken im Verbindungsbüro Wien auch Mitglieder des Europa Forum Wachau, dessen Präsidenten Martin Eichtinger, Huberta Heinzel vom Europäischen Parlament in Wien und die ungarische Botschafterin Edit Szilágyiné Bátorfi.

In ihren Eröffnungsworten sprach die Landeshauptfrau von einem besonderen Treffen wenige Monate vor der EU-Wahl Anfang Juni 2024, „die in einer Zeit stattfindet, in der der Blick in die Welt uns mit großen Sorgen erfüllt“. Zum einen wegen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine, „der seit über eineinhalb Jahren tobt, viel menschliches Leid verursacht und Herausforderungen wie Teuerung, Inflation und Rezession gebracht hat“, zum anderen wegen des grausamen Terrorangriffs der Hamas in Israel, „der größte Anschlag auf Jüdinnen und Juden seit dem Holocaust“. All das könne und dürfe man auch in Niederösterreich nicht ausblenden, so Mikl-Leitner, denn „der Krieg verursacht einen antisemitischen Flächenbrand in ganz Europa, der auch vor Österreich nicht Halt macht“ und bringe „Gegengesellschaften zum Vorschein, die sich jahrzehntelang im Verborgenen entwickelt haben“. Diese kriegerischen Auseinandersetzungen zeigen mehr denn je, „wie wichtig Europa und unsere Europäische Union ist, wie wichtig es ist, für unsere Wertegemeinschaft einzutreten und unsere Werte wie Frieden, Freiheit und Wohlstand zu verteidigen“.

Die Europäische Union sei nicht perfekt, so die Landeshauptfrau, aber „sie hat uns Frieden gebracht und deshalb ist es wichtig, nicht nur dieses Europa zu verteidigen, sondern all die Vorteile zu verkünden, die diese EU mit sich gebracht hat und bringt“. Gerade Niederösterreich habe vom Beitritt zur Union enorm profitiert, doch gerade für die jüngere Generation seien viele Vorteile heute



Europa Forum Wachau-FW-Präsident Martin Eichtinger, Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und Huberta Heinzel vom Europäischen Parlament in Wien

eine Selbstverständlichkeit. Deshalb seien unsere EU-GemeinderätInnen wichtige BotschafterInnen vorort. „Sie sind es, die über Entstehen, Entwicklung und Neuigkeiten der EU informieren, Projekte in den Gemeinden anstoßen und letztendlich unsere Gemeinden und Regionen damit weiterentwickeln.“ Unter anderem meinte sie hier Initiativen wie die Schaffung des Europaplatzes vor der Polytechnischen Schule Mistelbach, den „Europäischen Tag der Sprachen“ in Waidhofen, das grenzüberschreitende Gesundheitszentrum „Healthacross MED Gmünd“ oder auch zahlreiche EU-geförderte LEADER-Projekte in ganz Niederösterreich.

Gerade in den nächsten Monaten brauche es viel an Überzeugungsarbeit, „denn wir wollen zeigen, daß dieses Europa ein gutes ist und wir daran arbeiten, es noch besser zu machen“. Mikl-Leitner betonte: „Vor allem was die Wettbewerbsfähigkeit betrifft, muß es uns gelingen, Ökologie und Ökonomie in Einklang zu bringen, damit auch künftig nationale und internationale Firmen bei uns investieren.“ Das und mehr hänge von der

kommenden EU-Parlamentswahl ab. „Es ist nicht egal, wer im Europaparlament sitzt“, unterstrich sie, „es braucht eine ganz starke konservative Kraft für ein schlagkräftiges Europa.“

Die Landeshauptfrau hob überdies die Wichtigkeit des Europa Forum Wachau (EFW) hervor, „eine Institution auf internationalem Niveau, wo sich die Welt am Götterberg in Niederösterreich trifft, um Europa weiterzuentwickeln.“ Sie bedankte sich bei Präsident Martin Eichtinger, der gemeinsam mit der Europaabteilung des Landes auch das EFW 2024 organisieren und veranstalten wird.

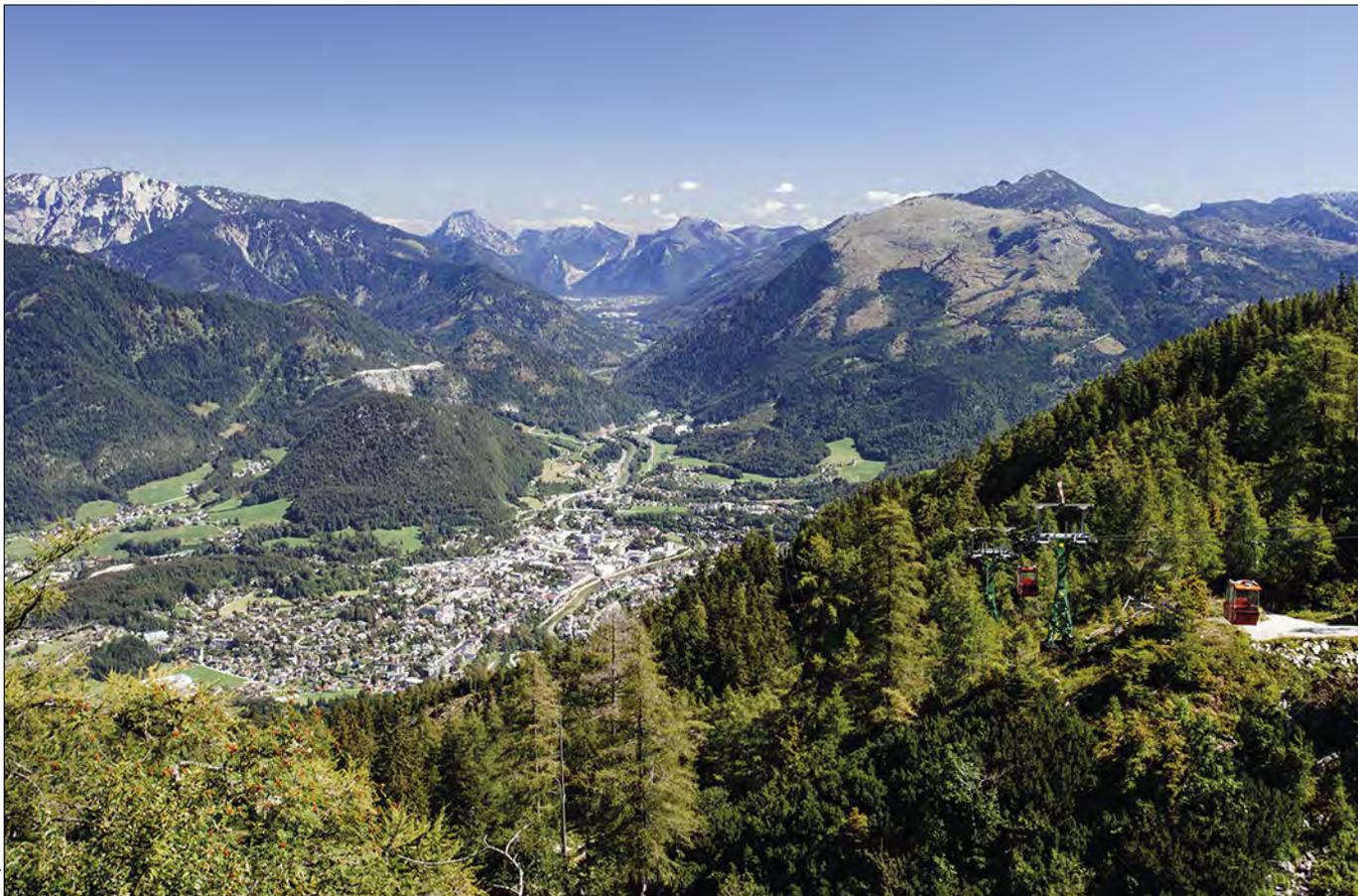
Das nächste Europa Forum Wachau wird kurz nach den Europawahlen, von 20. bis 22. Juni 2024, unter dem Titel „Rebooting Europe“ stattfinden. Unter anderem wird dabei erstmals ein „Global Panel“ eingeführt, wo Europa in der Herausforderung der amerikanischen-chinesischen Beziehung beleuchtet werden soll.

<https://www.noel.gv.at/>

<https://www.europaforum.at/>

Salzkammergut 2024

Die Kulturhauptstadt Europas Bad Ischl Salzkammergut 2024 bildet sich aus 23 Gemeinden in den Bundesländern Oberösterreich und Steiermark.



©https://www.badischl.at / Foto: Daniel Leitner

Blick von der Katrin auf die Kulturhauptstadt Europas Bad Ischl Salzkammergut 2024

Die Kulturhauptstadt Europas Bad Ischl Salzkammergut 2024 wird eine Vielzahl an Möglichkeiten bieten, um die gut gepflegten Eigenarten, Traditionen und Sichtweisen der Region mit anderen zu teilen, zu hinterfragen und hoffentlich auch zu erweitern. Ziel ist es dabei nicht, diese vielen Eigensinne abzuschaffen, sondern sie zu einem größeren, dem Gemeinschaftssinn, zu vereinen“, schreibt Elisabeth Schweeger, Künstlerische Geschäftsführerin der „Kulturhauptstadt Europas Bad Ischl Salzkammergut 2024“ in einem Vorwort. „Genau das haben die 23 Gemeinden des Salzkammerguts vorgelebt und es kann tatsächlich ein Vorbild für ganz Europa werden: eine vereinte Salzkammergut-Union, in der das Gemeinsame über das Trennende gestellt wird und wo die eigene Weltsicht als bereichernder Mosaikstein für das große gemeinsame Bild verstanden wird. Die zahlreichen Veranstaltungen und Projekte, die im Rahmen der Kultur-

hauptstadt angeboten werden, sollen dabei helfen, eine offene und inklusive Atmosphäre zu schaffen, in der sich jeder willkommen fühlt und seine Perspektive einbringen kann. Es geht dabei nicht nur um Unterhaltung und Vergnügen, sondern auch darum, kritische Diskussionen anzustoßen und einen Raum für Reflexion und Austausch zu schaffen. Die Kulturhauptstadt ist somit kein Ort des Eskapismus, sondern ein Ort der Begegnung und des Dialogs, an dem die BewohnerInnen ihre Zukunft innerhalb Europas und der Welt gemeinsam gestalten können“, so Schweeger.

In einer Zeit, in der sich Isolationismus verstärkt und Klüfte vertiefen, könnten Kunst und Kultur die einzigen Instrumente sein, die diese Fliehkräfte bändigen und helfen, aufgerissene Gräben wieder zu überbrücken, so Schweeger weiter. „Wir sind uns sicher, daß das Salzkammergut ein Vorbild für ein vereintes Europa werden kann, das sich neu positionieren muß, um den Herausfor-

derungen von morgen Stand zu halten. Eine Modellregion, die unter Beweis stellt, daß kulturelle Unterschiede eine Bereicherung für das Zusammenleben sind. Die Kulturhauptstadt wird dazu beitragen, Toleranz sowie die Bereitschaft, sich auf die Sichtweise anderer einzulassen, als die einzig tragfähige Grundlage für eine offene zivile und demokratische Gesellschaft zu verdeutlichen“, so Schweeger über das bevorstehende Super-Kulturjahr 2024.

»Kulturhauptstadt Europas«

Der Titel „Kulturhauptstadt Europas“ wird seit 1985 an Städte und Regionen in Europa verliehen. Erstmals in der Geschichte findet sie 2024 in einer inneralpinen, ländlich geprägten Region statt. Bad Ischl und dem Salzkammergut wurde der Titel „Kulturhauptstadt Europas 2024“ im November 2019 nach einem mehrstufigen Bewerbungsprozeß verliehen. Die Bannerstadt Bad Ischl

Österreich, Europa und die Welt / Oberösterreich

entwickelt mit 22 weiteren Gemeinden in Oberösterreich und der Steiermark eine Kulturregion, die sich durch das Zusammenwirken von Kunst, Kultur, Wirtschaft und Tourismus neu erfindet. Gemeinsam mit Bad Ischl Salzkammergut werden Tartu (Estland) und Bodø (Norwegen) die Kulturhauptstadt Europas 2024 ausrichten.

Es sind etwa 190 Projekte vorbereitet, mehr als 85 Prozent davon werden von lokalen und regionalen ProjektträgerInnen wie KünstlerInnen, Vereinen, Institutionen und Betrieben durchgeführt.

Weiters gibt es über 100 assoziierte Projekte, die von externen Institutionen bzw. Personen durchgeführt werden und inhaltlich zu den Programmlinien der Kulturhauptstadt Bad Ischl Salzkammergut 2024 passen. Sie werden seitens der Kulturhauptstadt 2024 mitkommuniziert und in das allgemeine Programmschema integriert. Assoziierte Projekte beschränken sich nicht auf die 23 Kulturhauptstadt-Gemeinden. Sie wirken über die Region hinaus und sind durch ihre inhaltliche Ausrichtung und öffentliche Wirksamkeit besonders unterstützenswert.

Themenvielfalt & Programmlinien

Das Programm ist eine Auseinandersetzung mit der Region, mit ihrer Geschichte, ihrer Gegenwart, ihren Perspektiven und Visionen für die Zukunft und untersucht ihr Verhältnis zu Europa und der Welt. Durch Kunst und Kultur werden Vernetzungen weiterentwickelt und ausgebaut, regional und international.

In vier Programmlinien setzt die Kulturhauptstadt neue Impulse für die Zukunft und holt die Vielfalt aus historisch verwurzelter und zeitgenössischer Kunst und Kultur vor den Vorhang. Die Philosophie der Kulturhauptstadt basiert auf diesen vier Programmlinien:

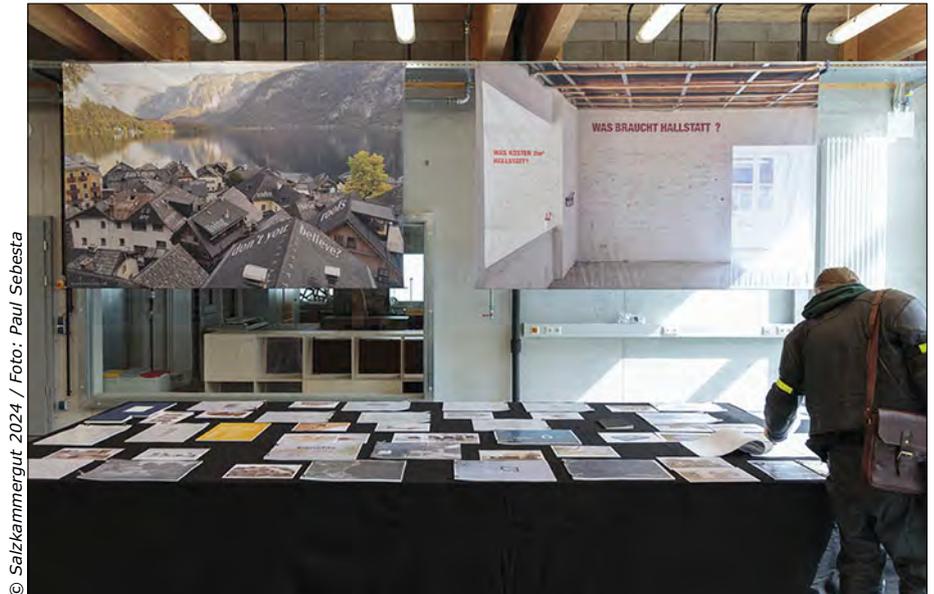
- Macht und Tradition
- Kultur im Fluß
- Sharing Salzkammergut – Die Kunst des Reisens und
- Globalokal – Building The New

Das Programm ist so gestaltet, daß die Projekte thematisch den Programmlinien zugeordnet sind. Etliche Projekte verbinden mehrere Programmlinien.

Macht und Tradition

Eine differenzierte Auseinandersetzung mit Geschichte ist eines der Kernanliegen von Kulturhauptstädten Europas.

Um aus der Vergangenheit Lehren für eine verantwortungsvolle Zukunft ziehen zu



© Salzkammergut 2024 / Foto: Paul Sebesta

Das Projekt „Hallstatt Denkwerkstatt 2024“ ist seit 2020 Teil des angewandten Forschungsprojekts „Wohnen in Extremis: Hallstatt – Salzkammergut 2024“ am Forschungsbereich Wohnbau und Entwerfen der Architekturfakultät an der TU Wien.



© Salzkammergut2024

Die von Hamish Fulton entwickelte Walking Art Performance führt vom Salzweg in Gmunden bis nach Steeg, in sieben aufeinanderfolgenden Tagen.

Österreich, Europa und die Welt / Oberösterreich

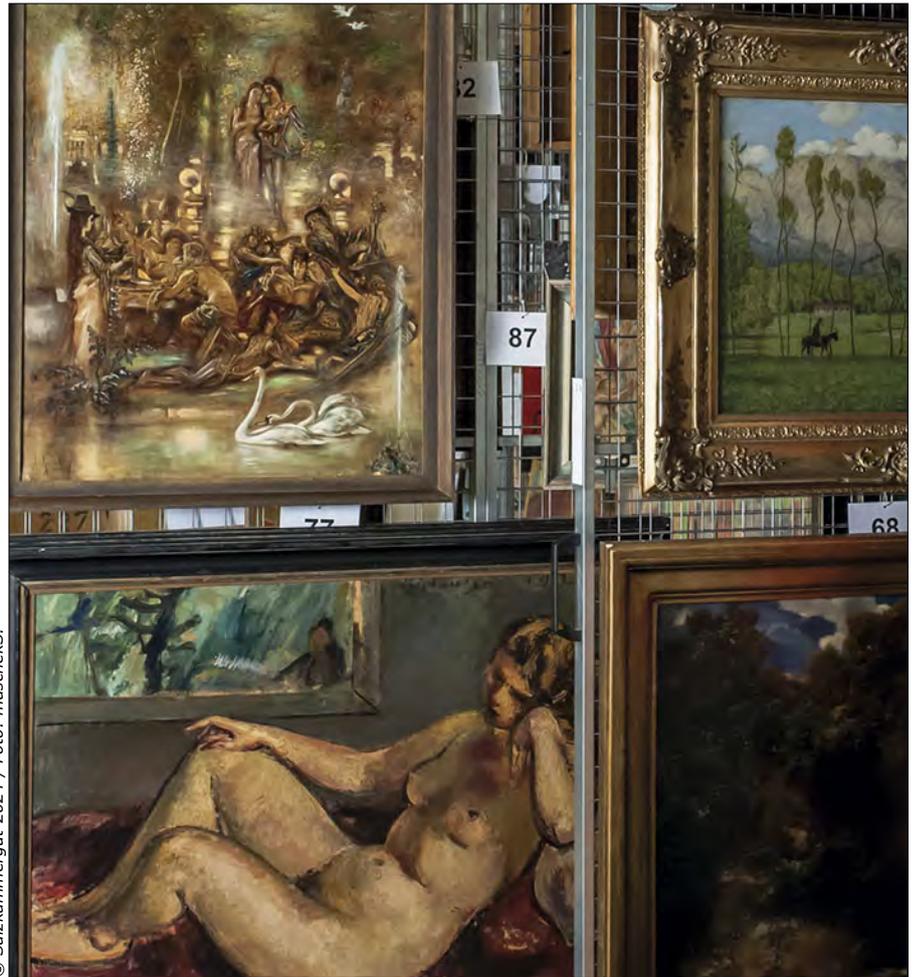
können, bedarf es einer offenen und aktiven Erinnerungskultur, die ohne Scheuklappen auskommt. Im Salzkammergut wird die Pflege der Tradition großgeschrieben, die von Musik über Handwerk, Brauchtum, Bildender Kunst, Theater, Literatur bis hin zur Wirtshauskultur reicht. Um die Traditionen zu verstehen, ist ein klarer Blick auf die Entwicklungen und Machtverhältnisse notwendig, die sie geprägt und beeinflusst haben.

Nur so können lokale und globale Identitäten in ihrem Wandel verstanden und respektiert werden. Eine Spurensuche in der Region ermöglicht es, die Entstehungsgeschichten und globalen Verbindungen aufzudecken:

- Erinnerungskultur,
- Salzabbau, Monarchie,
- Protestantismus,
- Widerstand,
- Sommerfrische,
- Jüdisches Leben,
- Nationalsozialismus,
- Museen und
- Brauchtum

Die enklavische Lage des Salzkammerguts zwischen den Bergen führte zwar einerseits zu einer Abschottung der Region, doch gab es seit jeher, gerade durch den Salzhandel, europaweiten Austausch und Einflüsse von außen. Der Salzabbau seit 7000 Jahren führte zu Machtkämpfen um die Vorherrschaft über das Salzkammergut, bildete aber auch den Reichtum der Region. Die Arbeiterkultur hat historisch erste soziale Forderungen erfüllt und maßgeblich zur Absicherung des Arbeitslebens beigetragen. Die Habsburger-Herrschaft, der Umgang mit den ProtestantInnen, die sich hier angesiedelt hatten, der Widerstand gegen die Obrigkeit, die Sommerfrische des imperialen Hofes, das avantgardistische kulturelle vielfach Jüdische Leben und sein Verschwinden durch die Vertreibungs- und Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten sowie Industrie und Tourismus haben die Kulturlandschaft geprägt. Kultur ist also ständig in Bewegung und verändert sich. Eine bewußte Auseinandersetzung mit diesen Entwicklungen ist entscheidend, um die aktuellen Herausforderungen meistern und die Zukunft gestalten zu können.

Mit unterschiedlichen Formaten will man unsere Verantwortung wahrnehmen und auch Lust auf die Auseinandersetzung mit historischen Themen machen. Wichtig ist dabei, daß sie in einen europäischen und internationalen Kontext gesetzt werden, der Blick aus der einstigen Enklave hinausgewagt wird und Perspektiven von außen einladen.



© Salzkammergut 2024 / Foto: maschekS.

Die Ausstellung im Lentos Linz begibt sich exemplarisch auf die Suche nach Bildern, die im Zweiten Weltkrieg im Salzkammergut gesammelt, eingelagert, geraubt, arisiert, zwangsverkauft, verschoben, verkauft oder gerettet wurden.

Projekte – Beispiele

Im Jahr 2024 wird es in Bad Ischl das Projekt „k(ritisch) u(nd) k(ontrovers)“ geben, das eine umfassende Auseinandersetzung mit der Geschichte der Habsburgermonarchie zum Ziel hat. Es wird von Diskursformaten begleitet, welche ExpertInnen aus Europa zusammenbringen. Im neu gestalteten Hotel Austria. Willkommen im Salzkammergut Museum der Stadt Bad Ischl (das bis dato die Geschichte der Stadt nur bis 1914 erzählt hat) wird auf die hundertjährige Hotelgeschichte sowie auf das Erscheinungsbild des Gebäudes Bezug genommen und in einem großen Bogen die Stadtgeschichte erzählt; eingeschlossen ist die Periode des Zusammenbruchs der Habsburger Monarchie, des Nationalsozialismus und auch die erinnerungskulturellen Formen der Nachkriegszeit.

In Kooperation mit dem Lentos Linz wird im Rahmen einer dreiteiligen Ausstellung in Linz, Lauffen und Bad Aussee das Thema der Kunstschatze aufgenommen, die während der NS-Zeit geraubt und versteckt wurden.

Thematisch angeknüpft ist die Graphic Novel-Ausstellung „Verborgen im Fels. Der Berg, das Salz und die Kunst“ von Simon Schwartz am Eingang zum Schaubergwerk Altaussee.

Die Region um Bad Aussee ist eine Modellregion für die Erforschung und Vermittlung von Zusammenhängen und Abhängigkeiten. Mit der neuen Web-App „7000 Jahre Salz – das virtuelle Museum Salzkammergut“ wird die uralte Geschichte um das Salzvorkommen der Region aufgegriffen, kontextualisiert und mit Themen der Gegenwart in Verbindung gebracht. Ausgehend von einer Perlenkette der regionalen Heimatmuseen läßt sich in einer Verschränkung analog und virtuell die Geschichte des Salzes von Altaussee bis Gmunden und darüber hinaus erwandern. Entdeckungen in der eigenen Gegend gelingen auch durch das Bartlhaus, ein einzigartiges Schriftmuseum mit einer ungewöhnlichen Sammlung von 40.000 Ex-Libris, das neu aufgestellt und internationalisiert wird...

<https://www.salzkammergut-2024.at/>

ORF-Friedenslicht für monegassisches Fürstenpaar

Im Fürstenpalast von Monaco waren am 13. Dezember alle Blicke auf das ORF-Friedenslichtkind Michael aus Steyr gerichtet.



Foto: Land OÖ/Max Mayrhofer.

Eine oberösterreichische Delegation mit LH Thomas Stelzer übergibt das Friedenslicht an Fürst Albert II. und seine Gattin Fürstin Charlene.

Das ORF-Friedenslicht hat eine lange Tradition. Seit mittlerweile 37 Jahren geht das weihnachtliche Friedenssymbol um die Welt. Am 13. Dezember wurde das Friedenslicht an Fürst Albert II. und seine Gattin Fürstin Charlene übergeben. Das Fürstenpaar ist für sein vielseitiges und internationales Friedensengagement bekannt. Die Übergabe des ORF-Friedenslichtes an internationale Persönlichkeiten hat mittlerweile jahrelange Tradition. So haben in den letzten Jahren bereits Papst Franziskus, der belgische König oder die EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker und Ursula von der Leyen das Friedenslicht in Empfang genommen.

In seiner Ansprache im Fürstenpalast betonte der Oberösterreichs Landeshauptmann, Thomas Stelzer, daß die Botschaft des Friedenslichtes so wichtig und aktuell sei, wie seit Jahrzehnten nicht mehr. „Wären wir heute nicht rund 730 Kilometer von Linz nach Monaco gereist, sondern Richtung Osten, dann wären wir jetzt in Lemberg in der Ukraine, in einem Land, wo ein furchtbarer Krieg herrscht. Der Blick auf die Landkarte macht deutlich, wie wichtig es mittlerweile auch in Europa ist, über Frieden zu sprechen.“

Das Friedenslicht solle aber auch daran erinnern, wieder mehr das Miteinander zu suchen, so der Landeshauptmann weiter, „aber auch, daß wir respektvoll miteinander umgehen, selbst wenn wir unterschiedlicher



Foto: Land OÖ/Max Mayrhofer.

v.l. LH Thomas Stelzer, Fürstin Charlene, Fürst Albert II. und Friedenslicht-Kind Michael Putz

Meinung sind. Das ist Auftrag an uns alle, sei es in der Politik, in der Arbeit, der Familie oder im Freundeskreis.“

„Wir freuen uns sehr, daß nun auch Fürst Albert II einer der Botschafter des ORF-Friedenslichtes geworden ist. Gerade in diesen so schwierigen Zeiten ist es wichtig, die über 2000 Jahre alte Friedensbotschaft in die Welt zu tragen“, betont ORF OÖ Landesdirektor Klaus Obereder.

Das ORF-Friedenslicht wurde heuer nach der Entzündung in Bethlehem – aufgrund

des eingeschränkten Flugverkehrs nach Tel Aviv – nach Amman gebracht und von dort mit einer Linienmaschine von Austrian Airlines nach Österreich mitgenommen und an Friedenslicht-Kind Michael Putz übergeben.

Der hilfsbereite 10jährige Schüler aus Steyr wurde wegen seines Engagements bei den Pfadfindern, der Jungfeuerwehr und den Ministranten ausgewählt. ■

<https://www.land-oberoesterreich.gv.at/>

<https://lichtinsdunkel.orf.at/>

<https://www.palais.mc/>

»Wege der Kunst«

Filmporträt über Reinhold Würth – einen bedeutenden Kunstmäzen für Salzburg

Reinhold Würth hat als Unternehmer das Schrauben-Handelsunternehmen Würth an die Weltspitze geführt. Gleichzeitig hat er als Mäzen und Sammlungsinitiator die heimische Kunstwelt mitgeprägt. Diese Seite beleuchtet ein Dokumentarfilm, der heute in Salzburg seine Premiere im Festspielhaus feierte.

Daniel Ronacher hat mit „Wege der Kunst“ einen Dokumentarfilm über den Kunstsammler Reinhold Würth gestaltet, der Salzburg aufs Engste verbunden ist. „Es sind nicht eine oder zwei, sondern eine ganze Reihe von namhaften heimischen Kulturinstitutionen, die Reinhold Würth mit Leidenschaft und Großzügigkeit unterstützt“, betonte Landeshauptmann Wilfried Haslauer am 24. November bei der Film Premiere.

Einsatz für Salzburg

Für Landeshauptmann-Stellvertreter Stefan Schnöll ist Reinhold Würth „ein wichtiger Unterstützer für das heimische Kulturland. Etliche Kunst- und Kulturinitiativen werden und wurden durch Professor Würth gefördert. Sei es im öffentlichen Raum oder bei den Festspielen. Damit wird auch der Wirtschaftsstandort Salzburg gestärkt“, so Schnöll.

Kunst in der Salzburger Altstadt

Die Sammlung Würth zählt zu einer der größten und bedeutendsten Privatsammlungen von Kunst des 20. und 21. Jahrhunderts in Deutschland. Von ihr stammen 14 Werke von international renommierten Künstlern, die im 2002 gegründeten „Walk of Modern Art“ die Salzburger Altstadt bereichern, zuletzt „Die Sprache der Vögel“ von Anselm Kiefer im Chiemseehof.

Förderer der Festspiele

Reinhold Würth und die Würth-Gruppe gehören auch zu den großen Förderern der Salzburger Festspiele. Seit 2018 finanziert die Würth-Gruppe die Overture spirituelle, vier Jahre später folgte die Unterstützung für das Jugendprogramm der Salzburger Festspiele. „Die Salzburger Festspiele stehen für höchste Qualität und sind damit ein idealer Partner für Reinhold Würth und die Würth-Gruppe. Wir sind sehr dankbar, daß er und seine Frau Carmen durch ihre gemeinsame



Foto: Land Salzburg/Franz Neumayr

v.l.: Regisseur Daniel Ronacher, Carmen und Reinhold Würth, Festspielpräsidentin Kristina Hammer und Landeshauptmann Wilfried Haslauer



Foto: Land Salzburg/Franz Neumayr

Helga Rabl-Stadler, von 1995 bis 2021 Präsidentin der Salzburger Festspiele und Ehrenbürgerin der Stadt Salzburg, und Landeshauptmann-Stellvertreter Stefan Schnöll

Liebe zur Kunst und zur Schönheit unserer Stadt die Salzburger Festspiele seit Jahren finanziell und ideell so großzügig fördern und begleiten“, so Festspiel-Präsidentin Kristina Hammer.

Filmisches Portrait

In der Dokumentation von Daniel Ronacher wird Reinhold Würth als Kunstsammler und Unternehmer porträtiert sowie sein Aufstieg zu einem der renommiertesten Kunstsammler unserer Zeit. Intime Einblicke in

Würths Engagement in die Kunst bietet der Film ebenso, wie seine Beziehungen zu Künstlern, Freunden und Wegbegleitern. Die Interviewpartner im Film waren unter anderem Anselm Kiefer, Helga Rabl-Stadler, Markus Hinterhäuser oder Cecilia Bartoli. Die Premiere hat im Salzburger Festspielhaus stattgefunden, der Release wird voraussichtlich in der ersten Hälfte des kommenden Jahres stattfinden. ■

<https://service.salzburg.gv.at/>

https://de.wikipedia.org/wiki/Reinhold_W%C3%BCrth

»Steiermark-Schau« in NY

Immersive Ausstellung des mobilen Pavillons wurde in New York eröffnet

Die diesjährige „Steiermark Schau“ widmete sich der Biodiversität, der Vielfalt des Lebens. Teil dieses Projekts ist ein mobiler Pavillon, ein Ausstellungselement, das die Inhalte der Schau aufgreift und sich in diesem Jahr mit Atmosphären auseinandersetzt, die die Rahmenbedingung für die Vielfalt des Lebens darstellen. Für die Umsetzung wurden Synergien zwischen Kunst, Technik und Forschung genutzt. Eine Miniaturvariante dieses Präsentationsraumes ist nun zu Gast in New York. Im Austrian Cultural Forum wurde am 13. November die Ausstellung eröffnet, die Videokunst, experimentellen Film, zeitgenössische Komposition und Forschung verbindet. New York bleibt nicht die letzte Station in den USA, ab Anfang des kommenden Jahres gibt es ein Gastspiel am renommierten MIT – Massachusetts Institute of Technology.

Über die »Steiermark Schau«

Die „Steiermark Schau“ ist ein zukunftsweisendes Ausstellungsformat, das alle zwei Jahre umgesetzt wird und sich zum Ziel gesetzt hat, aktuelle und brisante Fragen, denen sich unsere Gesellschaft stellen muß, aufzugreifen, um sie sowohl aus künstlerischer als auch wissenschaftlicher Perspektive zu beleuchten. Initiiert von der Steiermärkischen Landesregierung und umgesetzt vom Universalmuseum Joanneum – dem ältesten und zweitgrößten Museum Österreichs – bearbeitet die Schau Themen am Puls der Zeit und bringt innovative und außergewöhnliche Ausstellungsformate an die unterschiedlichsten Standorte der Steiermark.

Der mobile Pavillon

Mit einer Grundfläche von rund 700 m² und einer 30 Meter langen Leinwand begleitet der mobile Pavillon die „Steiermark Schau“ als Open-Air-Museum. Eine eigens angefertigte Miniaturfassung des Präsentationsraumes des mobilen Pavillons mit denselben Inhalten geht als internationaler Botschafter auf Reisen. Die filmischen Beiträge zu den Themen Kunst, Klimawandel und Weltraumforschung werden auf einem halbrunden Screen zu einem immersiven Erlebnis, unterstützt durch ein spezielles Soundmodul. In Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für europäische und internationale An-



v.l.: Josef Schrammel (kaufmännischer Direktor Universalmuseum Joanneum), Susanne Keppler-Schlesinger (Direktorin des Austrian Cultural Forum New York), Christopher Drexler (Landeshauptmann Steiermark), Petra Schneebauer (österreichische Botschafterin in den USA) und Marko Mele (wissenschaftlicher Direktor Universalmuseum Joanneum)

gelegenheiten der und dem Land Steiermark konnten Kooperationen mit internationalen Kulturforen vereinbart werden.

Landeshauptmann Christopher Drexler: „Mit dem Minipavillon exportieren wir ein Stück Steiermark in den ‚Big Apple‘. Inmitten von New York wird er als ein steirischer Botschafter fungieren und einen Ausschnitt unserer vielfältigen Kulturlandschaft präsentieren. Es ist eine große Freude, daß wir dadurch einen der bedeutendsten Kunst-Hotspots der Welt erschließen und eine starkes, kraftvolles Signal aus der Steiermark senden können. Damit rücken wir das ‚grüne Herz‘ als Kulturland in das breite Licht der internationalen Öffentlichkeit.“

„Die Inhalte des mobilen Pavillons bringen Kunst und Wissenschaft auf eine einzigartige Weise zusammen und öffnen Türen zu neuen Perspektiven und Erkenntnissen. Sie sensibilisieren die BesucherInnen mit ästhetischen Video- und Soundbeiträgen für das, was oft als selbstverständlich angesehen wird: eine lebenswerte Stadt, ein lebenswertes Land, ein lebensfreundlicher Planet. Als Begleiter der „Steiermark Schau“ greift der Pavillon die Frage nach lebenswerten Bedingungen aus künstlerischer und wissenschaftlicher Sicht auf. Mein herzlicher Dank gilt Frau Dr. Susanne Keppler-Schlesinger und dem ganzen Team des Austrian Cultural Fo-

rum für die Möglichkeit, diese brisanten und für alle Menschen gleichermaßen virulenten Themen nun auch in New York und somit einem internationalen Publikum präsentieren zu können“, so Marko Mele, wissenschaftlicher Direktor des Universalmuseums Joanneum.

Nach New York folgt das MIT

Bis 7. Jänner 2024 wird die Ausstellung in New York zu Gast sein, bevor sie weiterreist und von 15. Jänner bis 28. Februar am MIT – Massachusetts Institute of Technology zu sehen sein wird. Die Kooperation mit dem MIT ist ein weiterer Beweis für die internationale Relevanz der Ausstellung.

„Die Steiermark ist vielfältig wie kein anderes Bundesland: Sie ist ein Land der Kultur. Sie ist ein starkes Forschungsland. Umso treffender ist es, daß der Minipavillon nach dem Kultur-Hotspot New York City das Massachusetts Institute of Technology als ein Zentrum der Wissenschaft ansteuert. Der Pavillon ist die Verschränkungen steirischer Kultur mit steirischer Wissenschaft und zeigt auf, wie besonders das ‚grüne Herz‘ ist. Die Vielfalt der Steiermark strahlt damit über unsere Landesgrenzen bis in die Vereinigten Staaten hinaus“, so der Landeshauptmann. ■

<https://www.mobilerpavillon23.at/>
<https://acfny.org/>

Aktionsgemeinschaft Brennerbahn

PräsidentInnenkonferenz in Tirol – Regionaler Schienengüterverkehr wird weiter gestärkt

Seit knapp einem Jahr hat das Land Tirol gemeinsam mit der Wirtschaftskammer Tirol den Vorsitz der Aktionsgemeinschaft Brennerbahn (AGB) inne. Am 27. November fand die PräsidentInnenkonferenz in Innsbruck statt. „Im Rahmen der Tiroler Präsidentschaft liegen unsere Anstrengungen vor allem auf der Stärkung des regionalen Schienengüterverkehrs. Der Modal-Split, also der Anteil von Warentransporten auf der Schiene im Vergleich zur Straße gibt in Tirol leider wenig Anlass zur Freude – im Gegenteil: Immer noch wird ein Großteil der Waren auf der Straße transportiert. Dabei zeigt eine Studie des Landes, daß der Schienenverkehr nicht nur in Sachen Klimaschutz bedeutend ist, sondern auch aus ökonomischer Sicht viel weniger Energie für den Transport verbraucht wird. Auch im Rahmen der AGB arbeiten wir intensiv daran, den Modal-Split noch vor der Fertigstellung des Brenner-Basistunnels zum Besseren zu verändern“, so Verkehrslandesrat René Zumtobel.

Holztransport: 180 Lkw pro Monat weniger durch Tirol

Ein erstes Vorzeigeprojekt wurde im ersten Jahr der Tiroler Präsidentschaft bereits realisiert. Seit Juni werden einmal wöchentlich Schadholztransporte aus Südtirol bis ins Tiroler Unterland durchgeführt. Ein Zug ersetzt dabei rund 40 Lkw, die andernfalls auf der Brenner- bzw. Inntalautobahn unterwegs wären. Pro Monat sind dies rund 180 Lkw die damit auf die Schiene verlagert werden. Ein weiterer Ausbau ist vorgesehen: Pro Jahr sollen dadurch insgesamt rund 200.000 Tonnen Holz von der Straße auf die Schiene verlagert werden.

Der Südtiroler Mobilitätslandesrat Daniel Alfreider, der online an der Konferenz teilnahm, erklärt die Herausforderungen, die beim grenzüberschreitenden Schienentransport nur gemeinsam bewältigbar sind: „Wir haben gemeinsam mit dem staatlichen Schienennetzbetreiber in Bozen ein neues Verladegleis errichtet, wodurch dieser Transport auf speziellen Güterwagen erst ermöglicht wird. Ich denke, dieses Beispiel zeigt ganz deutlich, daß konkrete regionale Projekte umsetzbar sind, wenn alle Partner an einem Strang ziehen.“



Foto: Land Tirol/Brandhuber

Seit knapp einem Jahr hat Tirol den Vorsitz der Aktionsgemeinschaft Brennerbahn inne.

Anschlußbahnen und regionale Terminals für den kombinierten Verkehr

Mit dem Thema Güterverlagerung auf die Schiene beschäftigte sich heuer bereits eine Landtagsenquete in Tirol. Dabei wurden aktuelle Herausforderungen diskutiert und Best-Practice-Beispiele aufgezeigt. Worin sich alle Beteiligten aus Politik und Wirtschaft einig sind: Damit eine Verlagerung des Warentransports attraktiv ist, braucht es die entsprechende Infrastruktur und den Abbau bürokratischer Hürden im grenzüberschreitenden internationalen Bahnverkehr. Die Errichtung und der Ausbau von lokalen Verladeterminals werden daher in Tirol nach Kräften unterstützt. „Nur durch leistungsstarke regionale Verladeterminals kann es gelingen, Transporte von der Straße auf die Schiene zu verlagern. Dafür braucht es entsprechend gute Anschlüsse sowie verlässliche und unbürokratische Buchungsmöglichkeiten“, zeigt sich auch Gabriel Klammer, Spartengeschäftsführer Transport und Verkehr der WK-Tirol überzeugt.

Ebenfalls relevant für den regionalen Schienengüterverkehr sind die anstehenden Bauarbeiten entlang der Brennerautobahn. „Bei der Landtagsenquete im Juni fand dazu bereits ein sehr guter Austausch zwischen Politik und Wirtschaft statt. Klar ist: Wir müssen uns auf Einschränkungen auf der Straße durch die umfangreichen Bauarbeiten dies- und jenseits des Brenners so gut als möglich vorbereiten – im Sinne der Bevölkerung, der Verkehrsteilnehmenden und damit die Warenströme sichergestellt werden können. Die

Schiene bietet hier viele Möglichkeiten, die es zu nutzen gilt“, ist LR Zumtobel überzeugt.

Potentialerhebung zeigt Verlademöglichkeiten auf

Ein weiteres Projekt der AGB unter der Vorsitzführung Tirols ist eine Bahnterminal-Potentialerhebung, um einen laufend aktuellen Überblick der Terminal- und Anschlußgleisangebote am Brennerkorridor zwischen München und Verona für den kombinierten Verkehr digital anbieten zu können. Das Ergebnis wird nun auf einer interaktiven Webseite dargestellt: „Die Karte liefert den Unternehmen aber auch der verladenden Wirtschaft einen Überblick zum Güterterminalangebot auf der Brennerachse und wird von uns laufend aktualisiert.“

„Die globale Wettbewerbsfähigkeit funktioniert nur durch eine enge Kooperation der Regionen. Dies zeigt sich beispielhaft an der neuen Terminalkarte der AGB. Die Industrie- und Handelskammer (IHK) unterstützte das Land Tirol sehr gerne mit Daten und Informationen. Diese aktuelle Informationsgrundlage dient auch uns zur tiefergehenden Beratung der Unternehmerinnen und Unternehmer. Das ist ein Best Practice Beispiel, welches Relevanz in der täglichen Arbeit aller Handelskammern entlang des Brennerkorridors haben wird“, so der Leiter des Referates für Verkehr und Mobilität der IHK München und Oberbayern, Korbinian Leitner. ■

<https://www.tirol.gv.at/>

<https://www.bbt-se.com/>

<https://www.tirol.gv.at/gueterterminals-brennerkorridor>

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit vorantreiben

Mitgliederversammlung des Vereins Agglomeration Rheintal stellt wichtige Weichen für 2024

Für 2024 hat die Agglomeration Rheintal große Schritte geplant, wie bei der Mitgliederversammlung am Abend des 29. November in Berneck (Kanton Sankt Gallen) deutlich wurde. Vorarlbergs Wirtschaftslandesrat Marco Tittler betonte: „Die beschlossenen Arbeitsschwerpunkte sehen eine Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit vor – im kommenden Jahr werden die ersten geförderten Maßnahmen möglich. Laufende Projekte setzen wir fort und neue in die Tat um. Das Ziel: Die erfolgreiche Zusammenarbeit voranzutreiben.“

Im vergangenen Jahr wurden bedeutende Fortschritte in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit erzielt, die im folgenden Jahr mit dem neuen Agglomerationsprogramm Rheintal 5. Generation (AP5) weiter ausgebaut werden sollen. So wurden als Entwicklungsschwerpunkte im Jahr 2023 Maßnahmen im Bereich Wohnen sowie bezüglich Arbeits- und Betriebsgebiete erarbeitet. Aktuell laufen dazu vertiefende Analysen zu regional koordinierten Betriebsgebieten, zur Quartiers- und Innenentwicklung im Siedlungsbereich sowie zum Ausbau der Bahnhofsareale zu multimodalen Drehscheiben. Die Umsetzung soll dann im AP5 erfolgen. Ebenfalls Fortsetzung finden soll der diesjährige Arbeitsschwerpunkt betreffend die grenzüberschreitende Anpassung an den Klimawandel, für die der Kanton St. Gallen und das Land Vorarlberg gemeinsam Grundlagen und Strategien erarbeitet haben. Die entstandenen Klimawandelmodellierungen wie z. B. Hitzekarten, die Erfassung von Kaltluftentstehungsgebieten und Kaltluftströmen bilden eine Grundlage für das AP5. Darüber hinaus sollen die erarbeiteten Daten den Gemeinden als Basis für die weitere Planung klimaangepasster Siedlungsstrukturen bzw. Entwicklungsschwerpunkte im Rheintal dienen.

Ein weiterer Meilenstein steht kurz bevor: Das Agglomerationsprogramm Rheintal 4. Generation (AP4) soll in den nächsten Tagen durch das Schweizer Parlament beschlossen werden. Dies bedeutet auch einen wichtigen finanziellen Schub und wird die



Foto: Sabina Saeglinger 2023

v.l.: Landesrat Marco Tittler mit Vereinspräsident Friedauer und zwei neuen Bürgermeistern Ralph Lehner, Diepoldsau und Manfred Böhmwalder, Götzis

Umsetzung der ersten geförderten Maßnahmen im Jahr 2024 ermöglichen. Das nächste Programm der 5. Generation (AP5) ist bereits in Bearbeitung. Im Herbst 2024 soll das AP5 dann zur öffentlichen Stellungnahme aufliegen und im darauffolgenden Jahr 2025 beim Schweizer Bund eingereicht werden.

Schwerpunkte für 2024 – Fokus im nächsten Jahr

„Aus Vorarlberger Sicht konzentrieren wir uns 2024 auch darauf, die Zusammenarbeit zwischen dem Verein Agglomeration Rheintal und den Vorarlberger Gemeinden und Regios weiter auszubauen und zu vertiefen“, erklärte Tittler. Dabei sollen Synergien noch besser genutzt werden. Das Budget für das Arbeitsprogramm 2024 wurde einstimmig von der Mitgliederversammlung beschlossen. Vorarlberg leistet einen wesentlichen finanziellen Beitrag und wird als Vereinsmitglied auch in Zukunft seine unterstützende und koordinierende Rolle wahrnehmen, um dieses wichtige Vorhaben gemeinsam voranzutreiben. „Mit diesem Bekennt-

nis investieren wir weiter in die Entwicklung des gemeinsamen grenzüberschreitenden Lebens- und Wirtschaftsraums mit rund 200.000 EinwohnerInnen“, bestätigte der Landesrat.

Agglomeration Rheintal

Der Verein Agglomeration Rheintal wurde 2016 als Ergebnis eines grenzüberschreitenden Zusammenarbeitsprozesses gegründet. Hauptziel ist es, die Zusammenarbeit im Bereich der Verkehrs-, Siedlungs- und Freiraumplanung durch konkrete Umsetzungsmaßnahmen zu intensivieren. Der Verein ist landesübergreifend organisiert und ermöglicht eine strukturierte und enge Zusammenarbeit zwischen dem Kanton St. Gallen und dem Land Vorarlberg über die Gemeinden Altach, Altstätten, Au, Balgach, Berneck, Diepoldsau, Eichberg, Feldkirch, Gaißau, Götzis, Höchst, Hohenems, Koblach, Lustenau, Mäder, Marbach, Meiningen, Oberriet, Rankweil, Rebstein, Rüthi, St. Margrethen und Widnau. ■

<https://vorarlberg.at/>

<https://www.agglomeration-rheintal.org/>

2023 steht Wien im Mercer-Ranking auf Platz 1

Wien ist zum 11. Mal die lebenswerteste Stadt der Welt

Wien ist im Jahr 2023 führend bei der Lebensqualität für internationale Mitarbeiter. Die Lebensqualitätsdaten von Mercer bewerten die praktischen Aspekte des täglichen Lebens für im Ausland tätige MitarbeiterInnen und ihre Familien an Einsatzorten weltweit. Wiens Bürgermeister Michael Ludwig freut sich über die Top-Platzierung: „Wir arbeiten rund um die Uhr mit vollem Einsatz daran, den Menschen in Wien das bestmögliche Leben zu bieten. Natürlich ist es schön zu sehen, daß diese Anstrengungen auch in internationalen Rankings Anerkennung finden. Uns geht es in erster Linie darum, auch weiterhin für die Wienerinnen und Wiener weiterzuarbeiten und unsere Stadt laufend weiterzuentwickeln.“

Nach Jahren beispielloser und unvorhersehbarer Zeiten haben die Faktoren, die die Weltwirtschaft beeinflussen, direkte Auswirkungen auf die Lebensqualität. Viele Arbeitnehmer überdenken ihre Prioritäten und bewerten ihre Work-Life-Balance. Dabei sind die Orte, an denen sie leben und arbeiten, und die Lebensqualität, die sie dort mit ihren Familien haben können, von großer Bedeutung. Die Lebensqualitätsdaten von Mercer liefern wertvolle Informationen und Empfehlungen für Härtefallprämien für die meisten Großstädte der Welt.

Wien führt die Rangliste der Lebensqualität für 2023 an. Die Stadt ist bekannt für seine reiche Geschichte, seine beeindruckende Architektur und seine lebendige Kulturszene und bietet seinen BewohnerInnen in vielerlei Hinsicht einen hohen Lebensstandard. Auf den Plätzen zwei und drei folgen Zürich in der Schweiz und Auckland in Neuseeland.

Top 10 der Städte mit der höchsten Lebensqualität 2023

Unter den Top 10 der Städte mit hoher Lebensqualität befinden sich in diesem Jahr sieben Standorte in Westeuropa, zwei im pazifischen Raum und eine in Nordamerika. Neben Wien und Zürich belegt die dänische Hauptstadt Kopenhagen den vierten Platz im Ranking. Bekannt für seine fahrradfreundliche Infrastruktur, bietet Kopenhagen eine ho-



© stadt-wien marketing/Foto: Johannes Wiedl

Auch der Christkindlmarkt gehört zu jenen Angeboten, die die Stadt so lebenswert machen.

he Lebensqualität mit Schwerpunkt auf Nachhaltigkeit, Grünflächen und einem hervorragenden Gesundheits- und Bildungssystem.

In Deutschland gibt es mehrere Städte, die in der Rangliste ganz oben stehen. Frankfurt, München und Düsseldorf belegen die Plätze sechs, sieben und zehn. Diese Städte sind bekannt für ihre wirtschaftliche Prosperität, ihren effizienten öffentlichen Nahverkehr und ihr kulturelles Angebot. Es ist wichtig zu wissen, daß das Lebensqualitäts-Ranking verschiedene Faktoren wie politische Stabilität, Gesundheitswesen, Bildung, Infrastruktur und soziokulturelles Umfeld berücksichtigt. Jede Stadt hat ihren eigenen Charme und ihre eigenen Vorteile, die Europa zu einer vielfältigen und attraktiven Region für EinwohnerInnen, internationale MitarbeiterInnen und BesucherInnen machen.

In der Pazifikregion belegt Auckland, Neuseeland, den dritten Platz und hebt seine außergewöhnliche Lebensqualität hervor. Die Stadt bietet den Einwohnern einen hohen Lebensstandard, eine solide Gesundheitsversorgung und eine dynamische Kulturszene. In Australien sichert sich Sydney den 9. Platz mit seinen weltberühmten Sehenswürdigkei-

ten, seiner florierenden Wirtschaft und seinen vielfältigen Lifestyle-Optionen, die zu seiner erstklassigen Lebensqualität beitragen.

In Nordamerika belegt Kanada mit Vancouver den 8. Platz. Vancouver bietet seinen Bewohnern eine einzigartige Mischung aus Freizeitaktivitäten in der Natur und kosmopolitischem Leben und trägt damit zu einem hochwertigen Lebensstil bei.

Internationale Unternehmen und Talente anziehen

Neben der Lebensqualität, die ein Standort bieten kann, beeinflussen die Lebenshaltungskosten, wie attraktiv ein Standort für ArbeitnehmerInnen und Unternehmen ist. Im Allgemeinen bemühen sich Länder und Städte kontinuierlich darum, internationale Unternehmen sowie digitale Nomaden und mobile MitarbeiterInnen anzuziehen. Die erfolgreichsten Standorte sind derzeit diejenigen, die eine flexible Verwaltung für mobile Talente, eine hohe Lebensqualität und angemessene Lebenshaltungskosten miteinander verbinden. ■

<https://www.wien.gv.at/>

<https://www.mercer.com/>

Schwedens EU-Ministerin besucht Klinik Floridsdorf

Lungenkrebsforschung als Paradebeispiel für innovative Forschungsk Kooperationen – Treffen mit Gesundheitsstadtrat Peter Hacker und WIGEV-Vorstand Michael Binder

Am 29. November gab es hochkarätigen Besuch in der Klinik Floridsdorf in Wien. Schwedens Ministerin für EU-Agenden, Jessika Roswall, traf auf Wiens Gesundheitsstadtrat Peter Hacker und den Medizinischen Direktor des Wiener Gesundheitsverbunds, Michael Binder. Gemeinsam besuchten sie das Karl Landsteiner Institut für Lungenforschung und pneumologische Onkologie an der Klinik Floridsdorf. Ebenfalls unter den Delegierten befanden sich etwa die schwedische Botschafterin in Wien, Annika Markovic, sowie der Präsident von AstraZeneca Österreich, Filippo Fontana, da es eine enge Kooperation mit dem Unternehmen gibt, um im Rahmen klinischer Studien modernste Technologien zu nutzen, um neuartige Therapien zu entwickeln.



Schwedens Ministerin Jessika Roswall, hier im Gespräch mit Gesundheitsstadtrat Peter Hacker...

Innovative Diagnose- und Behandlungsmethoden verbessern die Lebensqualität der Betroffenen

Österreichweit sterben jährlich knapp 4.000 Menschen an Lungenkrebs. Die gute Nachricht: Moderne Medikamente verbessern sowohl die Behandlungsergebnisse als auch die Verträglichkeit deutlich. Zunehmend gelingt es immer öfter, individuell optimale Therapien anzubieten. Dafür braucht es innovative Forschungsk Kooperationen. Das Karl Landsteiner Institut für Lungenforschung und pneumologische Onkologie an der Klinik Floridsdorf widmet sich daher mit höchster Priorität der Lungenkrebsforschung, um gemeinsam mit PartnerInnen aus der pharmazeutischen Industrie innovative Diagnose- und Behandlungsmethoden zu entwickeln und so letztendlich die Lebensqualität der Betroffenen zu verbessern.

„Unsere Forschung konzentriert sich auf vielfältige Ansätze zur Behandlung von Lungenkrebs. Ziel ist es, die Wirksamkeit von zielgerichteten onkologischen Therapien und Immuntherapien zu optimieren und neue innovative Behandlungsoptionen zu entwickeln“, so Arschang Valipour, Leiter des Karl Landsteiner Instituts und der Abteilung für Innere Medizin und Pneumologie an der Klinik Floridsdorf.



... wird vom Medizinischen Direktor des Wiener Gesundheitsverbunds, Michael Binder durch das Karl Landsteiner Institut für Lungenforschung und pneumologische Onkologie geführt.

Ebenso gewinnbringend erweist sich die Einbettung des Forschungsinstituts in die Infrastruktur der Klinik Floridsdorf, die den direkten Kontakt zu den Erkrankten sowie deren enge Betreuung durch Studententeams, ärztliches und pflegerisches Personal ermöglicht, wodurch nachweislich nicht nur der therapeutische Output und somit auch die Lebensqualität der Betroffenen verbessert, sondern auch das Gesundheitssystem am Forschungsstandort Wien entlastet wird. Der

Austausch von Know-how und Ressourcen zwischen Pharmaindustrie, Institut und Stadt Wien wird nicht nur die Forschung vorantreiben, sondern auch dazu beitragen, innovative Therapien schneller auf den Markt zu bringen und letztendlich global das Leben von PatientInnen zu verbessern, waren sich die ExpertInnen im Rahmen des Besuchs einig. ■

<https://www.wien.gv.at/>

<https://gesundheitsverbund.at/>

Europa braucht Frieden, Solidarität, christlichen Beitrag

Vatikan-»Außenminister« Gallagher sieht Welt in »Unordnung« und Europa gefordert, sich wieder neu zu finden. Papst ortet »humanitäres Desaster« bei Migration und will zu einfühlsamer und humaner Haltung ermutigen. Kardinal Schönborn: »Europa muß bei Synodalität aufholen«

Die Krisen in der Welt können nur durch einen Einsatz für Frieden und Solidarität gelöst werden und Christen sollen sich dafür einsetzen: Das hat Kurienerzbischof Paul Gallagher anlässlich seiner Wien-Visite am 24. und 25. November betont. Anlaß für Gallaghers Österreich-Visite war ein zweitägiges Treffen der Bischofskonferenz-Generalsekretäre aus Mitteleuropa.

Der Vatikan-Außenminister bezeichnete die sich abzeichnende neue Weltordnung aufgrund des Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine als „Unordnung“. Niemand hätte gedacht, daß es wieder zu einem großen Krieg in Europa kommen würde und das schockiere die Menschen. Europa sei nun gefordert, sich wieder neu zu finden. Die Christen und Spitzen der Kirchen sollten dabei einen „demütigen Beitrag“ leisten.

Angesichts der zahlreichen Krisen müsse das europäische Projekt überdacht und belebt werden: „Welches Europa wollen wir gemeinsam bauen“, diese Frage habe für einen „Kontinent mit jüdisch-christlichen Wurzeln“ auch eine große Bedeutung für die Kirchen. Es gehe dabei um „Prinzipien, Werte, Prioritäten“.

„Papst Franziskus ist sehr besorgt über die Zukunft Europas, gleichzeitig ist er nach wie vor begeistert von der Gründungsvision eines vereinten Europas in Frieden, getragen von Zusammenarbeit, Konfliktvermeidung“, so Gallagher wörtlich. Das gelte es zu erneuern. „Europa braucht Frieden und Solidarität, darüber soll die Kirche nicht nur reden, sondern sie soll es auch bezeugen. Wir brauchen heute Friedensstifter, mehr als je zuvor“, betonte Gallagher.

»Humanitäres Desaster« bei Migration

Die zahlreichen Konflikte und Krisenherde in der Welt waren auch Thema eines Gesprächs mit Österreichs Außenminister Alexander Schallenberg am 24. November. Im Zentrum des anschließenden Gesprächs mit Innenminister Gerhard Karner standen die Herausforderungen im Blick auf Migration,



© Kathpress/Paul Wuthe

Anlaß für Gallaghers Österreich-Visite war ein zweitägiges Treffen der Bischofskonferenz-Generalsekretäre aus Mitteleuropa.

führte der Kurienerzbischof weiter aus. In der Frage der Migration hätten der Heilige Stuhl und ein Land wie Österreich naturgemäß aber unterschiedliche Funktionen und Perspektiven.

Anschließend an diese beiden Gespräche traf der vatikanische Außenminister mit Kultusministerin Susanne Raab zusammengetroffen. „Themen des Gesprächs waren unter anderem die Situation in Israel und der



© Kathpress/Paul Wuthe

Anlaß für Gallaghers (r.) Österreich-Visite war ein zweitägiges Treffen der Bischofskonferenz-Generalsekretäre aus Mitteleuropa

Österreich, Europa und die Welt

schreckliche Angriffskrieg der Hamas auf die israelische Bevölkerung, der steigende Antisemitismus sowie die weltweite Christenverfolgung“, hieß es nach der Begegnung im Bundeskanzleramt in einer Aussendung der Ministerin. Weiters habe Raab beim Gespräch „das gute Kooperationsverhältnis zwischen Staat und Kirchen und Religionsgemeinschaften in Österreich“ betont.

Raab zeigte sich für den Austausch mit Kurienerzbischof Gallagher dankbar und hielt fest: „Das gute Klima des Miteinanders der Kirchen und Religionsgesellschaften in unserem Land prägt den Zusammenhalt und hat auch eine wichtige Vorbildwirkung im Dialog der Religionen und Menschen. Die katholische Kirche spielt bei diesem interreligiösen Dialog eine ausschlaggebende Rolle.“

Österreich habe in der Frage um die Bewältigung der Probleme an den Staatsgrenzen einen pragmatischen Ansatz, so Gallagher. Diesen könne der Heilige Stuhl auch verstehen, müsse doch die Politik in einem demokratischen System die Reaktion der Öffentlichkeit und der Wähler berücksichtigen.

Laut dem Vatikan-Außenminister ortet der Papst derzeit ein „humanitäres Desaster“ im Zusammenhang mit Migration. Es gehe dem Pontifex daher primär um eine einfühlsame und prinzipientreue Haltung, zu der er Menschen wie Regierungen ermuntern wolle. Es gelte „Migranten als Menschen zu sehen, und nicht als Statistik“. Dem Papst gehe es um eine „gute, humane, mitfühlende und christliche Antwort“, erklärte Gallagher. Der Kurienerzbischof erinnerte auch daran, daß das Schicksal von Flüchtlingen und Migranten Papst Franziskus immer ein Herzensanliegen gewesen sei. Nicht nur bei seiner allerersten Reise als Papst, dem Besuch auf Lampedusa, auch jetzt während der Synode im Oktober im Vatikan habe es dazu eine einfühlsame Feier gegeben.

Unterschiedliche innerkirchliche Haltungen

Angesprochen auf das Treffen der Bischofskonferenz-Generalsekretäre aus Mitteleuropa in Wien, bei dem Gallagher am 24. November den Hauptvortrag hielt, konstatierte der Kurienerzbischof unterschiedliche innerkirchliche Haltungen und Sichtweisen in den verschiedenen Ländern.

Die Kirche in Deutschland sei derzeit sehr auf das dortige Projekt des „synodalen Weges“ fokussiert, was in anderen Ortskirchen Sorgen auslöse. Unterschiedliche Sichtweisen und Haltungen in der Kirche seien



Foto: BMEIA/Gruber

Am 24. November empfing Außenminister Alexander Schallenberg den Außenminister des Vatikan. Paul Gallagher in Wien



Foto: BKA/Alexander Zillbauer

Am 24. November empfing Bundesministerin Susanne Raab den vatikanischen Außenminister Erzbischof Paul Richard Gallagher zu einem Arbeitsgespräch.

aber verständlich und berechtigt. Insofern sei der gemeinsame Austausch sehr wichtig.

Schönborn: Europa muß bei Synodalität aufholen

Unterstützung und Dank für das Treffen der Bischofskonferenz-Generalsekretäre bekundete auch Kardinal Christoph Schönborn. Es sei sein „sehnlicher Wunsch, daß wir als Kirche auf der europäischen Ebene weiterkommen“, sagte der Kardinal am 25. November bei der Tagung der Generalsekretäre im Wiener Erzbischöflichen Palais und verwies dabei auf den weltweiten Synodalen Prozeß. „Ich hoffe, daß die Kirche in Europa beim Synodalen Prozeß aufholt“, so der Wiener Erzbischof, der auch Mitglied des vatikanischen Synodenrates ist. Ein Vergleich

zeige, daß hier die kontinentalen Zusammenschlüsse der Bischofskonferenzen in Lateinamerika (CELAM) und Asien (FABC) schon weiter seien als Europa (CCEE).

An der Tagung der Generalsekretäre der Bischofskonferenzen nahmen Bischof Gjergj Meta (Albanien), Ivo Tomasevic (Bosnien-Herzegowina), Beate Gilles (Deutschland), Krunoslav Novak (Kroatien), Robert Pastyk (Serbien), Ivan Ruzicka (Slowakei), Sr. Mojca Maria Simenc (Slowenien), Stanislav Pribyl (Tschechien) und Tamas Toth (Ungarn) sowie Peter Schipka (Österreich) teil. Das erste Treffen dieser Art hatte 2017 auf Initiative der Österreichischen Bischofskonferenz in Wien stattgefunden. ■

<https://www.erzdioezese-wien.at/>

Quelle: <https://www.katholisch.at/>

Österreichs SpitzenforscherInnen leisten entscheidenden Beitrag

Bundesminister Univ.-Prof. Martin Polaschek reiste gemeinsam mit hochrangiger Delegation zu Arbeitsgesprächen nach Genf und Bern



Foto: CERN/Marina Cavazza

Bundesminister Univ.-Prof. Martin Polaschek mit CERN-Generaldirektorin Fabiola Gianotti (beide in der Bildmitte), den Mitgliedern der Delegation und österreichischen ForscherInnen am CERN

Im Zuge der Reise traf der Minister für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Prof. Martin Polaschek, am 23. Oktober den Bundesrat Guy Parmelin, Vorsteher des Eidgenössischen Departments für Wirtschaft, Bildung und Forschung, zu einem Gespräch, um die bilateralen Beziehungen der beiden Länder in Bildung und Wissenschaft zu erörtern, wobei die Beziehungen der Schweiz zur EU einen thematischen Schwerpunkt darstellten.

Polaschek erklärte: „Österreichs Forscherinnen und Forscher gehören zu den besten der Welt. Davon habe ich mich bei meinem Besuch am CERN in der Schweiz ein weiteres Mal überzeugen können. Für mich ist klar, daß wir weiterhin alles tun müssen, um den exzellenten Forschungs- und Wissenschaftsstandort Österreich zu fördern. Dafür setze ich mich mit voller Kraft seit dem Tag meiner Angelobung ein.“

Am CERN, der Europäischen Organisation und Großforschungseinrichtung für Kernforschung in der Nähe von Genf, tauschte sich der Minister mit Generaldirektorin Fabiola Gianotti aus. Dabei wurde ein tiefer Dialog zu den Forschungsaktivitäten geführt. Im Gespräch selbst hob er die Leistungen

von österreichischen SpitzenforscherInnen hervor, die unter anderem auch am CERN in der Schweiz einen entscheidenden Beitrag zur internationalen Grundlagenforschung leisten.

Im Zuge der Besichtigungen traf Polaschek auch weitere hochrangige VertreterInnen zu Gesprächen über Erkenntnisgewinne und Anwendungsgebiete der Forschungsergebnisse. Besonderer Fokus lag auch auf einem Kennenlernen der österreichischen JungakademikerInnen vor Ort, deren Forschungsgebieten und Österreich-Bezügen im Rahmen eines Vernetzungstreffens am neu eröffneten Science Gateway, welches eine Brückenfunktion zwischen Forschung und Zivilgesellschaft einnehmen soll.

Diese Ausrichtung steht im Einklang mit des vom Bundesminister ins Leben gerufenen Initiative zur Stärkung des Vertrauens in Wissenschaft und Forschung: Wissen, der Austausch darüber, und gemeinsame Werte sind stets Grundvoraussetzung und gute Basis für vertrauensvolle Zusammenarbeit und positive gesellschaftliche Entwicklungen.“

Im Anschluß reiste Polaschek weiter nach Bern, um Regierungsrätin Christine Häsler, die Vorsteherin der dortigen Bildungs- und

Kulturdirektion, zu treffen. Am Programm standen die Präsentation der neuen kompetenzorientierten Lehrpläne für die österreichischen Pflichtschulen und ein Austausch über die digitale Schule sowie die jeweiligen Maßnahmen gegen den Mangel an Lehrpersonen, aber auch an Fachkräften im Bereich der Pflege.

In dem Kontext besuchte der Minister eine Fachmittelschule mit Spezialisierung auf Gesundheit, Erziehung oder soziale Arbeit, ein sehr erfolgreich eingeführter Schweizer Schultyp, der ein wichtiger Zubringer zu den Berufsfeldern mit hohem Fachkräftebedarf ist.

Großes Interesse an den ersten Erfolgen der österreichischen Lehrkräfteinitiative und dem Quereinstieg „Klasse Job“ wurde im Rahmen eines Arbeitsgesprächs mit dem Rektor der Pädagogischen Hochschule Bern signalisiert. Die Schweiz steht vor den gleichen demografischen Herausforderungen betreffend das Schulpersonal wie Österreich, setzt aber bei der Ausbildung von Lehrpersonen vergleichsweise auf eine geringere Studiendauer. Hier möchte der Minister mit seiner Reform der österreichischen PädagogInnenbildung, wo auch mehr berufsbegleitend-

Österreich, Europa und die Welt

de Angebote und eine bessere Verbindung von Praxis und Theorie geplant sind, ansetzen. Analog zur Schweiz wird damit die Erhöhung der Attraktivität von Studium und Beruf angestrebt.

Konkreter Anlaß des Arbeitsbesuchs war der seit 2011 institutionalisierte Bilaterale Informations- und Meinungsaustausch Österreich-Schweiz, der das Ziel verfolgt, die bestehenden bi- und multilateralen Beziehungen auf institutioneller und Verwaltungsebene zu intensivieren.

Ein weiterer Zweck der regelmäßigen Treffen liegt darin, den kontinuierlichen direkten politischen Diskurs über aktuelle Themen und bekannte und neue gemeinsame Herausforderungen, Prozesse und Entwicklungen im Hochschul- und FTI-Bereich im bewährten Format zu pflegen.

Die Arbeitsreise trug erneut zur Stärkung der bilateralen Beziehungen der Schweiz und Österreich in Bildung, Wissenschaft und Forschung bei. Die hervorragende bi-, aber auch multilaterale Zusammenarbeit auf institutioneller und politischer Ebene wurde gewürdigt, die Kontinuität von beiden Seiten geschätzt und die nachbarschaftliche Konkurrenz als eine positive wahrgenommen. Der Bundesminister sprach eine Einladung an Staatssekretärin Hirayama nach Wien aus, wo 2025 turnusmäßig das nunmehr sechste Treffen im Rahmen des bilateralen Informations- und Meinungsaustausches im Bereich Hochschulbildung, Forschung und Innovation stattfinden soll.

„Mit der Schweiz als verlässlichem Partner verbindet uns eine vertrauensvolle Erfolgsgeschichte der nachbarschaftlichen Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung, Wissenschaft & Forschung. Die Zusammenarbeit auf Ebene der Hochschul- und Forschungseinrichtungen läuft sehr gut, bestehen hier doch mit über 200 Abkommen und Projekten zahlreiche Kooperationsaktivitäten. Der bilaterale Informations- und Meinungsaustausch Österreich – Schweiz im Bereich Hochschulbildung, Forschung und Innovation, welcher heuer bereits seine 5. Auflage erlebte, ist ein weiterer Grundpfeiler unserer erfolgreichen und kontinuierlichen Zusammenarbeit und genießt einen hohen Stellenwert in der Beziehung unserer beiden Länder. Dieser garantiert, unabhängig von tagespolitischen Entwicklungen, Stabilität im Austausch und der Zusammenarbeit auf Verwaltungsebene“, schloß Minister Martin Polaschek. ■

<https://www.bmbwf.gv.at/>

<https://home.cern/>



Foto: BMEIA

v.l.: Celine Caversaccio, Referentin an der österreichischen Botschaft Bern, Barbara Schrotter, BMBWF, Ministerbüro, Maria Rotheiser-Scotti, Österreichische Botschafterin in der Schweiz, Bundesminister Martin Polaschek, Regierungsrätin Christine Häsler, Vorsteherin der Bildungs- und Kulturdirektion Bern, Daniel Schönmann, Bildungs- und Kulturdirektion Bern, Vorsteher Amt für Hochschulen, Marcel Cuttat, Bildungs- und Kulturdirektion Bern, und Generalsekretärin Barbara Gisi, Bildungs- und Kulturdirektion Bern, Vorsteherin Amt für Mittelschulen und Berufsbildung



Foto: CERN/Marina Cavazza

Bundesminister Univ.-Prof. Martin Polaschek mit CERN-Generaldirektorin Fabiola Gianotti



Foto: CERN/Marina Cavazza

Nobelpreis für Physik 2023

Am 10. Dezember erfolgte die feierliche Verleihung der Preise an Pierre Agostini, Ferenc Krausz und Anne L'Huillier in Stockholm.*)



Foto: Königliche Schwedische Akademie der Wissenschaften / Quelle: youtube

Ferenc Krausz beim Festakt der Verleihung des Nobelpreises für Physik durch König Carl XVI. Gustaf von Schweden

Die drei Nobelpreisträger für Physik 2023 wurden für ihre Experimente ausgezeichnet, die der Menschheit neue Instrumente zur Erforschung der Welt der Elektronen in Atomen und Molekülen geliefert haben. Pierre Agostini, Ferenc Krausz und Anne L'Huillier haben einen Weg zur Erzeugung extrem kurzer Lichtimpulse aufgezeigt, mit denen sich die schnellen Prozesse messen lassen, bei denen sich Elektronen bewegen oder ihre Energie verändern.

Der ungarisch-österreichische, 1962 in Ungarn geborene, Ferenc Krausz studierte Theoretische Physik an der Eötvös-Loránd-Universität und Elektrotechnik an der Technischen Universität Budapest. Nach der Habilitation an der Technischen Universität Wien wurde Krausz Direktor des Max-Planck-Instituts für Quantenoptik und übernahm einen Lehrstuhl für Experimentalphysik an der Ludwig-Maximilians-Universität in München. 2004 wurde Krausz korrespondierendes ÖAW-Mitglied der mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse im Ausland, mit der ÖAW ist er zudem auch als Mitglied des Forschungskuratoriums eng verbunden.

*) Siehe unseren Bericht in der Ausgabe 208 unseres „Österreich Journals“ vom 5. Oktober 2023 <https://kiosk.oesterreichjournal.at/ausgabe-208/68469216/102>

Der 1941 in Tunis, französisches Protektorat Tunesien (heute Tunesien) geborene Pierre Agostini gehörte zum Zeitpunkt der Preisverleihung der Ohio State University, Columbus, USA, an.

Anne L'Huillier wurde 1958 in Paris geboren, und gehörte zum Zeitpunkt der Preisverleihung der Universität Lund in Schweden an.

Die Begründung der Akademie

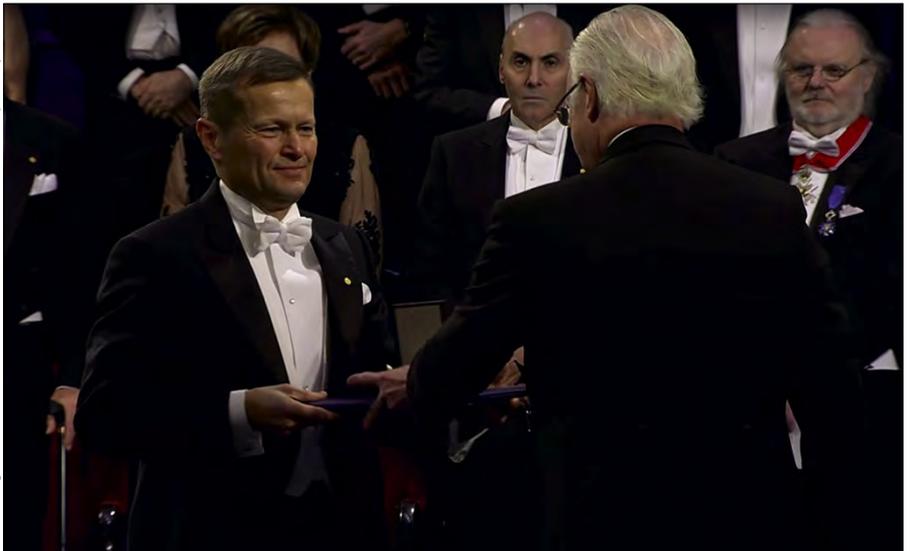
Eva Olsson, Mitglied der Königlich Schwedischen Akademie der Wissenschaften und Vorsitzende des Nobelkomitees für Physik hielt am 10. Dezember die Laudatio auf die drei Preisträger und zitierte eingangsenden finnlandschwedischen Schriftsteller Zacharias Topelius: „Die Welt ist so groß, so groß ... größer, als man es sich je vorstellen kann...“ Dies seien Worte, die verdeutlichen, daß „wir Teil eines riesigen Systems sind. Einem System, das wir gerade erforschen. Das Große wird jedoch von den kleinsten Details gesteuert, die jenseits der Fähigkeiten unserer fünf traditionellen Sinne – Sehen, Riechen, Tasten, Schmecken und Hören – liegen. Diese kleinen Details haben einen großen Einfluß auf unser Leben und bieten faszinierende Möglichkeiten, unser Wissen zu erweitern. Sie geben uns die Möglichkeit,

Materialien und Methoden für die Erforschung, für die Nachhaltigkeit der Zukunft und für die Förderung der Gesundheit zu entwickeln. Dies gilt sowohl für Längen- als auch für Zeitskalen“, so Eva Olsson. Der diesjährige Nobelpreis für Physik konzentrierte sich auf kleine Zeitskalen, genauer gesagt auf Attosekunden. „Ein Herzschlag dauert eintausend tausend tausend tausend tausend tausend Attosekunden. Das ist die gleiche Anzahl von Sekunden, seit es das Universum gibt. Die Attosekunde ist die Zeitskala der Welt der Elektronen – eine Welt, die wir jetzt erforschen können. Bereits 1925 vertrat Werner Heisenberg die Ansicht, daß man diese Welt nicht sehen kann, aber dank der Attosekunden-Lichtimpulse beginnt sich dies zu ändern. Die Herausforderung war die extrem kurze Zeitskala. Es dauerte mehrere Jahrzehnte, um dieses Hindernis zu überwinden. Die Attosekundenforschung ermöglicht es uns, grundlegende Fragen zu klären, wie etwa die Zeitskala des photoelektrischen Effekts, für den Albert Einstein 1921 den Nobelpreis für Physik erhielt“, so Eva Olsson weiter. Mit Attosekundenpulsen könne man untersuchen, wie die Verteilung der Elektronen in Molekülen und Materialien schwanke. Diese Informationen über Ladungsfluktuationen würden Geheim-

Österreich, Europa und die Welt

nisse und Lösungen für die Kontrolle der elektronischen Migration bergen. „Mit der Attosekundenchemie können bestimmte chemische Bindungen selektiv gebrochen oder gebildet werden, was uns die Kontrolle über die Herstellung neuer Verbindungen gibt. Mit der Attosekundenphysik können wir Ladungstransferprozesse in Materialien untersuchen. Sie sind die Schlüsselemente für die Funktion und Optimierung von Solarzellen, Batterien, Katalysatoren und Elektronik. Der Ursprung des diesjährigen Preises geht auf die späten 1970er- und frühen 1980er-Jahre zurück, als Atome in starken Laserfeldern untersucht wurden. Unsere Preisträger“, so Eva Olsson weiter, „entdeckten, daß es möglich ist, Attosekundenpulse zu erzeugen, indem sie die Wechselwirkung zwischen Lasern und Atomen kontrollieren. Sie entwickelten Methoden zur Messung der Dauer von Lichtpulsen. Außerdem entwickelten sie Techniken zur Erzeugung von Impulsfolgen und isolierten Einzelimpulsen. Emeritierter Professor Agostini, Professor Dr. Krausz und Professor L’Huillier, Sie haben den Nobelpreis für Physik 2023 ‚für experimentelle Methoden zur Erzeugung von Attosekunden-Lichtpulsen für die Untersuchung der Elektronendynamik in Materie‘ erhalten. Es ist eine Ehre und ein Privileg, Ihnen im Namen der Königlich Schwedischen Akademie der Wissenschaften unsere herzlichsten Glückwünsche zu übermitteln. Ich bitte Sie nun, nach vorne zu treten, um den Nobelpreis aus den Händen Seiner Majestät des Königs entgegenzunehmen“, schloß Eva Olsson ihre Rede.

Foto: Königlich Schwedische Akademie der Wissenschaften / Quelle: youtube



Ferenc Krausz bekommt die Nobelpreis-Urkunde aus den Händen von König Carl XVI. Gustaf

© Gruppe Nobel Prize Outreach/Foto: Nanaka Adachi



Ferenc Krausz, Anne L’Huillier und Pierre Agostini erhielten den Nobelpreis für Physik 2023

Dankesrede von Anne L’Huillier

„Pierre Agostini, Ferenc Krausz und ich danken der Königlich Schwedischen Akademie der Wissenschaften und der Nobel-Stiftung für die Verleihung des Nobelpreises für Physik 2023. Vor 122 Jahren erhielt Wilhelm Röntgen den ersten Nobelpreis für Physik für die Entdeckung einer neuen Art von Licht, der Röntgenstrahlung. Dieses Licht ist für uns unsichtbar, aber es ermöglicht uns, unsichtbare Knochen in unserem Körper zu sehen“, so Anne L’Huillier. Als Röntgen diese Entdeckung aus Neugierde machte, habe er nicht ahnen können, wie wichtig sie für die Menschheit werden würde! „Wir erhalten den Nobelpreis für Physik für die Entdeckung einer neuen Art von Licht, die aus Neugierde gemacht wurde. Vor etwa 36 Jahren habe ich zusammen mit Kollegen ein neues Phänomen beobachtet: Ein intensiver Laser, der mit einem Gas von Atomen wechselwirkt, erzeugt Obertöne hoher Ordnung des Lasers, viele

Obertöne hoher Ordnung. Das war neu, unerwartet, nicht vorhergesagt und sehr aufregend“, erklärte die Wissenschaftlerin. „Bald wurde vorausgesagt, daß diese Oberwellen zu extrem kurzen Lichtpulsen im Attosekundenbereich führen könnten. Eine Attosekunde ist ein Milliardstel einer Milliardstelsekunde, das ist eine unglaublich kurze Zeit! Im Jahr 2001, nach vielen Jahren engagierter Arbeit, bestätigten meine beiden Kollegen diese Vorhersage und beobachteten unglaublich kurze Lichtimpulse im Attosekundenbereich. Dieses Licht ist für uns unsichtbar, aber es erlaubt uns, unsichtbare Elektronen oder Elektronenwellen zu sehen, die sich in Atomen und Molekülen unglaublich schnell bewegen. Dies öffnet neue Türen sowohl in der Grundlagenforschung als auch für Anwendungen“, so Anne L’Huillier. „Wir haben unsere Forschung in vielen Ländern durchgeführt: Österreich, Frankreich, Deutschland, Ungarn, die USA und Schweden! Die Wis-

senschaft ist wirklich international und verbindet Menschen über Grenzen hinweg. Vor 120 Jahren war Marie Skłodowska Curie die erste Frau, die den Nobelpreis für Physik erhielt. Ich bin die fünfte. Mehr als 100 Jahre lang wurden nur zwei Frauen mit dem Nobelpreis für Physik ausgezeichnet. In den letzten fünf Jahren wurden bereits drei Frauen mit dem Nobelpreis für Physik ausgezeichnet! Ich hoffe, daß dies ein neuer Trend ist, der neue Generationen inspirieren wird!“ Abschließend bedankte sie sich im Namen ihrer beiden Kollegen bei all den Studenten, Postdocs und Kollegen, die zu dieser Forschung beigetragen hätten, den Organisationen und Geldgebern, die diese Forschung ermöglicht haben, und nicht zuletzt unterstützenden Familien. ■

<https://www.nobelprize.org/>

https://de.wikipedia.org/wiki/Ferenc_Krausz

[https://de.wikipedia.org/wiki/Anne_L’Huillier](https://de.wikipedia.org/wiki/Anne_L%E2%80%99Huillier)

https://de.wikipedia.org/wiki/Pierre_Agostini

Korea-Austria Economic Cooperation-Forum

VertreterInnen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik zeigen Potential der Zusammenarbeit zwischen Österreich und Korea auf



Foto: Samsung

Am 9. November lud die Botschaft der Republik Korea in Österreich unter Botschafter Ham Sang Wook zum „Korea-Austria Economic Cooperation Forum“ im Park Hyatt Hotel in Wien. An dem Forum nahmen VertreterInnen aus der Industrie, der Wissenschaft und dem öffentlichen und privaten Sektor teil. Es wurden eingehende Diskussionen über die wirtschaftliche Zusammenarbeit im Allgemeinen und die Zusammenarbeit in Zukunftsbranchen wie Wasserstoff und Raumfahrt geführt.

Mehr als 100 Regierungs- und WirtschaftsvertreterInnen aus Österreich und Korea setzten sich mit der Frage auseinander, wie der bilaterale Handel und die Zusammenarbeit in den Bereichen Zukunftsenergien, Wissenschaft und Technologie zwischen Österreich und Korea weiter ausgebaut werden können. In insgesamt drei Sitzungen wurden dabei sowohl die bisherigen Erfolge als auch die Perspektiven für die Zukunft bei einer Intensivierung der Beziehungen thematisiert. Im Rahmen der Veranstaltung präsentierte der Leiter des Forschungsbereichs regionale Wirtschaftspolitik und Außenwirtschaft von EcoAustria, Wolfgang Schwarzbauer, etwa die Ergebnisse einer Forschungsstudie, die das wirtschaftliche Potenzial für Österreich hervorhob, sollte sich Busan (Südkorea) als Veranstalter der EXPO 2030 durchsetzen.

Insgesamt drei Vortragsblöcke boten einen Überblick über die bilateralen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Korea und Österreich, die künftige Zusammenarbeit im Energiebereich (z. B. bei Wasserstoff) und

die Perspektive einer Kooperation im High-Tech-Bereich wie etwa der Raumfahrt. Die Vortragenden waren sich einig, daß die beiden Länder wichtige Wirtschaftspartner sind. So verzeichneten Österreich und Korea im vergangenen Jahr ihr bisher größtes Handelsvolumen (3,6 Mrd. US\$) und Südkorea hat in der ersten Hälfte dieses Jahres Japan überholt, was es nun zum zweitgrößten Handelspartner Österreichs in Asien (nach China) macht.

Es sprachen Botschafter Ham Sang Wook, Philipp Gady, Vizepräsident der Wirtschaftskammer Österreich, Jürgen Schneider, Generaldirektor des österreichischen Ministeriums für Klima, Umwelt, Energie, Verkehr und Innovation, und andere hochrangige RegierungsvertreterInnen sowie GeschäftsführerInnen großer österreichischer Unternehmen (Beyond Gravity Austria, Peak Technology, Green Energy Center Europe) und koreanische WirtschaftsvertreterInnen.

Arbeits- und Wirtschaftsminister Martin Kocher übermittelte per Video Grußworte an die Gäste und betonte darin die guten wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern, die sich in letzter Zeit noch weiter verstärkt haben: „In Zeiten der Unsicherheit sind Beziehungen zwischen Partnern mit gemeinsamen Werten, wie wir sie zwischen Österreich und Südkorea haben, umso wichtiger. Österreichs Know-how in der Wasserstoff-Wertschöpfungskette und Koreas Stärken in der industriellen Nutzung von Wasserstoff etwa machen eine Vertiefung der Zusammenarbeit auch in Zukunft in diesem Be-

reich für beide Länder vorteilhaft.“ Auch in der Digitalisierung gibt es zwischen beiden Ländern Anknüpfungspunkte: „Als erstes Land, das die 5G-Technologie eingeführt hat, ist Südkorea führend in der digitalen Transformation“, so Florian Tursky, Staatssekretär für Digitalisierung und Telekommunikation, der sich ebenfalls per Video-Nachricht an die Gäste wandte. „Sowohl Korea als auch Österreich sind Halbleiter-Powerhouses, die ein großes Potential für die Zusammenarbeit haben.“

Im Rahmen der Veranstaltung wurden auch die Ergebnisse einer Forschungsstudie des EcoAustria Wirtschaftsinstitutes zu den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und Korea präsentiert. Der Leiter des Forschungsbereichs regionale Wirtschaftspolitik und Außenwirtschaft, Wolfgang Schwarzbauer, ging dabei auf den Anstieg der österreichischen Exporte (+23 Prozent) nach Südkorea seit dem Abschluß des Freihandelsabkommens zwischen der EU und Südkorea 2016 und den damit einhergegangenen positiven Effekte auf das BIP und die Beschäftigung in Österreich ein. Er führte dabei aus, daß es für Österreich auch in Zukunft essentiell sein wird, sich auf dem koreanischen Markt stärker zu etablieren. Die Kandidatur Busans für die Veranstaltung der EXPO 2030 sieht Schwarzbauer dabei als „einmalige Gelegenheit“ für österreichische Unternehmen, durch die Ausrichtung der Weltausstellung in Korea noch stärker Fuß zu fassen. ■

<https://overseas.mofa.go.kr/at-de/index.do>

Europa muß schneller, innovativer und einflußreicher werden

Anläßlich der Generalversammlung der Deutschen Handelskammer in Österreich warnte Präsident Hans Dieter Pötsch vor einer De-Industrialisierung Europas.



Foto: DHK/Martina Draper

Präsident Hans Dieter Pötsch bei der Eröffnung der Generalversammlung der Deutschen Handelskammer in Österreich

Kritische Worte zur Wettbewerbsfähigkeit Europas fand der Präsident der Deutschen Handelskammer in Österreich (DHK) und Aufsichtsratsvorsitzende der Volkswagen AG, Hans Dieter Pötsch, bei der 68. DHK Generalversammlung, die am 29. November im Palais Ferstel stattfand.

„Österreich und Deutschland liegen bei der europäischen Wirtschaftsentwicklung auf den letzten Plätzen“, zeigte Pötsch die aktuell herausfordernde Lage auf. Er tritt daher für die Suche nach gemeinsamen Lösungen ein, um wieder auf den Wachstumspfad zurückzukehren. Dafür sei auch mehr Dynamik erforderlich. Pötsch: „Wir müssen mehr denn je verstehen, daß andere Länder und Weltregionen mittlerweile vieles sehr gut können, auch oft schon besser. Diesem Druck müssen wir durch unsere eigene Dynamik entgegenwirken.“



Foto: DHK/Martina Draper

Hans Dieter Pötsch: „Europa muß schneller, innovativer und einflußreicher werden.“

Österreich, Europa und die Welt

Aktive Energiepolitik gefordert

Pötsch ist kürzlich mit einem 6-Punkte-Plan in die Öffentlichkeit getreten, in dem er eine Belastungsreduktion der Wirtschaft, eine aktive Energiepolitik in Europa und die Priorisierung von Bildungsaktivitäten fordert.

„Die aktuellen Veränderungen bei Energiepreisen, Inflation, Arbeitskräftemangel, gravierende Defizite bei der Digitalisierung und eine nur halbherzige und nicht ganzheitlich gedachte Transformation könnten zu einem massiven Verlust in der industriellen Fertigung führen“, warnte Pötsch. „Wollen wir im internationalen Wettbewerb bestehen, muß Europa schneller, innovativer und einflussreicher werden“, so der DHK Präsident.

Das Berichtsverlangen der EU-Kommission sei inzwischen überbordend und habe wirtschaftsfeindliche Ausmaße angenommen, so Pötsch. Die EU-Kommission solle daher Regulierungen stärker priorisieren und Reportingpflichten minimieren.

Zweiter Schwerpunkt müsse eine bessere Abstimmung der Energiepolitik in Europa sein. Pötsch: „Um wettbewerbsfähig zu bleiben und die Dekarbonisierung voranzutreiben, brauchen wir endlich mehr Europa in der Energiepolitik, in der jeder Mitgliedsstaat seinen fairen Beitrag zur Energiewende leistet. Österreich und Deutschland gehen mit ihrer länderübergreifenden energiepolitischen Zusammenarbeit mit gutem Beispiel voran.“

Punkt drei: Der Auf- und Ausbau eigener Halbleiter- und Batteriekapazitäten in Europa. Die stark vernetzte Automobilindustrie habe als transformatives Zugpferd das Problem erkannt und gehe dies mit Nachdruck



Foto: DHK/Martina Draper

Michael Kretschmer, Ministerpräsident des Freistaates Sachsen

und großen Investitionen an. Doch nur der Schulterschluss mit der Politik könne zu den dringend benötigten Ergebnissen führen.

Viertens fordert Pötsch von der Politik eine Priorisierung der Bildungsaktivitäten bei und für Zukunftstechnologien von der Grundschule bis zur universitären Hochschule. Nur so könne die Innovationskraft erhöht werden.

Fünftens sei es die Aufgabe der Politik, für Klarheit und Planungssicherheit zu sorgen. Als Negativbeispiel führte Pötsch die monatelange Diskussion um die Einführung eines Industriestrompreises in Deutschland an.

Als sechsten Punkt fordert der DHK-Präsident die Regierungen zu mehr Mut in der Steuer- und Finanzpolitik auf. Insbesondere

Mittelstand und Familienunternehmen müssen entlastet werden.

Bei der DHK Generalversammlung wurde Axel Kühner (Vorstandsvorsitzender Greiner AG) zum Mitglied des DHK Präsidiums ernannt und der Vorstand wurde mit Reinhard Wolf (Vorstandsvorsitzender und Generaldirektor der RWA Raiffeisen Ware Austria AG) und Hans Peter Schützing (Sprecher der Geschäftsführung Porsche Holding Salzburg) um zwei Mitglieder erweitert.

Im Anschluß luden der Ministerpräsident des Freistaates Sachsen, Michael Kretschmer und der DHK-Präsident zum Empfang des Freistaates Sachsen unter dem Motto „Sächsische Weihnacht“.

<https://oesterreich.ahk.de/>



Foto: DHK/Martina Draper

Weltrekord im Tunnelbau

STRABAG knackt 25,8-Kilometer-Marke beim TBM-Vortrieb für Woodsmith-Projekt in Nordengland – Tunnelbohrmaschine »Stella-Rose« bewältigte bereits rund 26 km Tunnelvortrieb am Stück

Seit Juni 2019 bohren die STRABAG-TunnelbauspezialistInnen mit einer Herrenknecht-Tunnelbohrmaschine (TBM) einen 37 km langen Tunnel unter dem North York Moors National Park. Nun gab es für das Projektteam ganz besonderen Anlaß zur Freude: Der Tunnelvortrieb für die Woodsmith Mine in der Nähe von Whitby, im Nordosten Englands, hat die 25,8-Kilometer-Marke erreicht und so einen neuen Weltrekord für den längsten durchgehenden Vortrieb einer Tunnelbohrmaschine aufgestellt. Seit mehr als viereinhalb Jahren frißt sich die 1.775 t schwere, auf den Namen „Stella-Rose“ getaufte Maschine mit 6 Metern Durchmesser durch den Untergrund.

Doch nicht nur der Tunnelvortrieb kann beim Woodsmith-Projekt mit Superlativen aufwarten: STRABAG baut hier im Auftrag von Anglo American den weltweit längsten Fördertunnel für ein permanentes Mineraltransportsystem (MTS), mit dem das weltweit größte Polyhalit-Vorkommen aus dem Untergrund des North York Moors zur Weiterverarbeitung nach Wilton/Teesside trans-

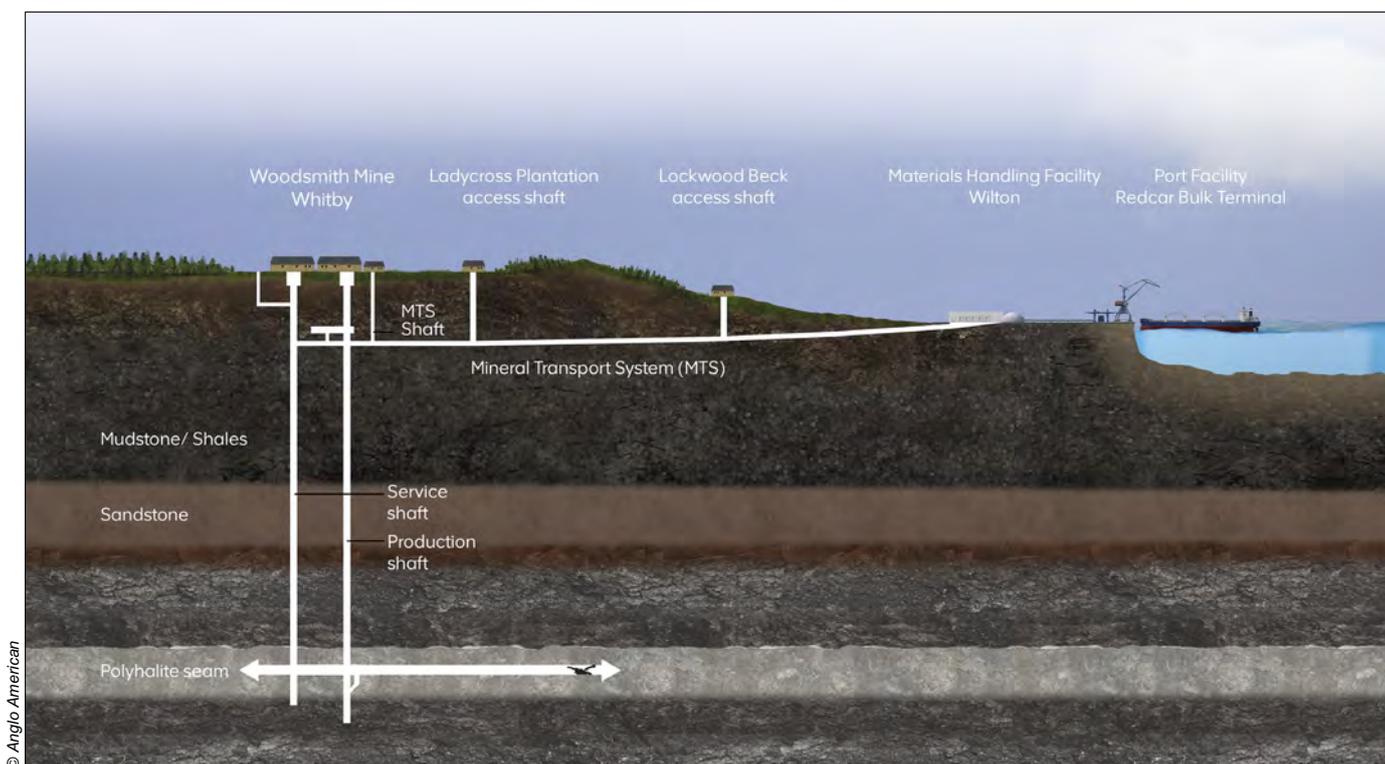
portiert wird. Polyhalit ist ein natürlich vorkommendes Mineral, das als Dünger im ökologischen Landbau eingesetzt werden kann. Abgebaut wird das Erz in der Woodsmith Mine über zwei 1,6 km tiefe Schächte, die an das unterirdische Förderband angeschlossen sind, um so Umwelteinflüsse an der Oberfläche zu minimieren. Mit einem Innendurchmesser von 4,9 m ist der Fördertunnel samt Transportsystem in der vollen Ausbaustufe für einen Durchsatz von bis zu 20 Mio. t Material pro Jahr ausgelegt.

Nach der Fertigstellung des Gesamtprojekts möchten Anglo American und STRABAG ihre sodann erreichte, endgültige Weltrekordmarke auch offiziell von Guinness World Records bestätigen lassen. Bis es im Jahr 2026 so weit ist, muß sich das STRABAG-Team vor Ort in Geduld üben. Rund 450 MitarbeiterInnen sind im Woodsmith-Projekt beschäftigt, rd. 75 Prozent von ihnen kommen aus dem Bezirk Teesside. Zudem setzt STRABAG bevorzugt auf lokale Baupartner oder Zulieferer und hat so viele weitere Arbeitsplätze für die Region geschaffen.

„Wir sind sehr stolz auf das Team des Woodsmith-Projekts, das diesen unglaublichen Meilenstein erreicht und den bisherigen Weltrekord für den längsten durchgehenden Tunnelvortrieb überboten hat. Dies ist ein weiteres Beispiel für unsere wachsende Präsenz im Nordosten Englands sowie in Großbritannien und der Beweis für unsere internationale Tunnelbaukompetenz“, betonte Simon Wild, Geschäftsführer STRABAG UK.

Andrew Johnson, Anglo American-Projektleiter beim Woodsmith-Projekt, fügte hinzu: „Wir sind sehr erfreut, daß wir im Rahmen unseres Pionierprojekts im Vereinigten Königreich diesen unglaublichen Meilenstein erreicht haben. Eindrucksvoll zeigt sich hier, wie gut die Teamarbeit mit unseren Geschäftspartnern funktioniert. Wir werden weiter fokussiert nach vorne schauen und jeden Tag einen neuen Weltrekord aufstellen. Der Woodsmith-Tunnel ist ein wesentlicher Bestandteil unseres Einsatzes für eine nachhaltige Mine mit minimalen Umweltauswirkungen.“

<https://www.strabag.com/>



Über eine 37 km lange Tunnelröhre samt Förderband erfolgt der umweltschonende Materialtransport von der Woodsmith Mine nach Wilton.

AT&S erweitert Kapazitäten für AMD

Starker Partner für AMD: AT&S liefert hochwertige IC-Substrate für AMD-Hochleistungsprozessoren

AT&S, ein weltweit führender Hersteller von IC-Substraten und Leiterplatten mit Sitz im steirischen Leoben, hat sich rasch als zuverlässiger Lieferant für AMD etabliert und bereitet aktuell eine bedeutende Erweiterung der Kapazitäten für AMD vor. „Die Qualitätsanforderungen unseres Kunden AMD sind sehr hoch, daher sind wir besonders stolz darauf, daß uns der Ramp-up so schnell gelungen ist. Aktuell arbeiten wir daran, unsere Kapazitäten für AMD mit Anlagen in unserem neuen Werk in Kulim, Malaysia, auszubauen“, sagt AT&S-CEO Andreas Gerstenmayer. Die Nachfrage nach CPUs und GPUs für Rechenzentren soll in den kommenden Jahren weiter steigen und so zur Stärkung der Partnerschaft von AMD und AT&S beitragen: „Getrieben von neuen Technologien wie KI, VR und AR, nimmt die Nachfrage für Datenspeicher, -übertragung und -analyse weltweit zu“, so Gerstenmayer.

Um der rasant steigenden Nachfrage nach leistungsstarken und nachhaltigen Computing-Anwendungen Rechnung zu tragen, erweitert AMD in den Bereichen Chipdesign und Packaging die Grenzen der Innovation und bietet damit schnellere und energieeffizientere Chips. „AT&S kann in diesem Bereich umfangreiches Know-how vorweisen. Wir arbeiten bereits an neuen Technologien für Substrate, die es unserem Kunden ermöglichen werden, eine hohe Anzahl an Chips in sehr schnelle und effiziente Packaging-Systeme zu integrieren, mit denen Daten in der Cloud schnell und zuverlässig analysiert und übertragen werden können“, sagt Ingolf Schröder, AT&S EVP Business Unit Microelectronics.

„Die vergangenen Jahre haben die kritische Rolle von Halbleitern für die Welt von heute unter Beweis gestellt und deutlich gezeigt, wie wichtig es ist, über eine starke und geografisch breit aufgestellte Lieferkette zu verfügen“, sagt Keivan Keshvari, AMD Senior Vice President of Global Operations, und betont: „Bei AMD arbeiten wir eng mit allen Lieferanten zusammen, um Business-Continuity-Pläne zu optimieren. Wir freuen uns, mit AT&S einen weiteren innovativen



Foto: AT&S

AT&S kann in Bereichen Chipdesign und Packaging umfangreiches Know-How vorweisen.

und zuverlässigen Partner für hochwertige Substrate gefunden zu haben, und den neuen Standort zu nutzen, um leistungsstarke und anpassungsfähige Computing-Produkte zu liefern, die das Marktwachstum im Bereich Rechenzentren und KI weiter vorantreiben.“

Zukunftsmarkt »Advanced Packaging«

AT&S ist ein Marktführer in der Einbettung von Mikrochips und Komponenten, die die damit verbundenen Leistungs- und Informationsflüsse steuern, sodaß Daten mit maximaler Geschwindigkeit und ohne nennens-

werte Verluste übertragen werden können. Die großen Substrate, die für den Aufbau dieser integrierten Systeme notwendig sind, werden mithilfe der ausgereiften Simulationstechnologie von AT&S hinsichtlich Effizienz und Zuverlässigkeit optimiert.

„Wir gehören zu den Technologieführern im Substratemarkt und können als zusätzlichen Vorteil nicht nur in China, sondern auch in Malaysia und Österreich Produktionskapazitäten anbieten“, so AT&S-CEO Gerstenmayer. ■

<https://ats.net/>



Foto: AT&S

In Clean Rooms gibt es praktisch keine Art der Luftverschmutzung, was für die Herstellung höchstempfindlicher Produkte unerlässlich ist.

Wiener Hauptbahnhof ist der zweitbeste Bahnhof Europas

Europäische Bahnhofsindex 2023 des Consumer Choice Center ist erschienen – der Bahnhof Wien Meidling und der Olsoer Hauptbahnhof teilen sich Platz 10

Während sich die Welt mit dem Aufschwung nach der Erholung nach Covid auseinandersetzt, erleben die Bahnhöfe eine komplexe Mischung aus Kontinuität und Wandel. Im Vereinigten Königreich erholen sich die Fahrgastzahlen stetig und erreichen nach einem weltweiten Rückgang von 70 wieder 95 Prozent des Niveaus vor Covid. Dieser Aufschwung hat jedoch auch Herausforderungen mit sich gebracht, wie z. B. große Zugverspätungen und längere Wartezeiten. Länderspezifische Faktoren wie das deutsche Subventionsprogramm, das sich auf Bahnhöfe wie München auswirkt, und die Folgen des russischen Einmarsches in der Ukraine, bei dem Millionen von Menschen in Europa Zuflucht suchen, führen zusätzlich zur Überlastung der Züge. Vor diesem Hintergrund stellt das in Washington ansässige Consumer Choice Center den vierten jährlichen Europäischen Bahnhofsindex vor, in dem 50 große Bahnhöfe bewertet werden, um den Verbrauchern inmitten dieser sich verändernden Realitäten die besten Reiseerlebnisse zu bieten.

Über die Studie

Das Team hat, wie gesagt, 50 der größten Bahnhöfe Europas (gemessen am Fahrgastaufkommen) in eine Rangliste aufgenommen, um den Verbrauchern zu helfen, den besten Bahnhof für ihre nächste Reise auszuwählen und dabei das bestmögliche Erlebnis zu genießen. Man hat verschiedene Faktoren herangezogen, die von Fahrkarten über die Anzahl der Dienstleistungen im Bahnhof bis hin zu Zugänglichkeitsoptionen, Verkehrsverbindungen, kostenlosem WLAN, Bahnabdeckung und Mitfahrgelegenheiten reichen. Die nunmehr vierte jährliche Ausgabe des Europäischen Bahnhofsindexes baut auf der bestehenden Analyse des Unternehmens auf, die auf Berichten nationaler Behörden, Online-Statistiken, Bahnplänen, Echtzeit-Updates und eigener Forschung beruht. Das Fahrgastaufkommen spiegelt die neuesten verfügbaren Informationen wider. Neben den neu hinzugefügten und den entfernten Bahnhöfen haben hat man sich bemüht, das um-



Erster Platz für den Hauptbahnhof Zürich (im Bild mit dem Alfred-Escher-Brunnen)



Zweiter Platz für den Wiener Hauptbahnhof

fangreiche Feedback, das das Consumer Choice Center beim letzten Mal erhalten hat, zu berücksichtigen. Man hat den Datensatz auf der Grundlage von Metastudien zu den Verbrauchererwartungen verbessert, indem die Maßwerte für Dichte und Abdeckung verfeinert und weitere Variablen hinzugefügt wurden, die für die Fahrgäste wichtig sind, wie

Fahrscheintypen, Apps, Wartezeiten und der Prozentsatz der verspäteten Züge.

Ergebnisse

Sowohl Kontinuität als auch Wandel beschreiben den Zustand der Bahnhöfe in diesem Jahr. Einige der besten Bahnhöfe aus früheren Indizes stehen weiterhin an der Spitze

Österreich, Europa und die Welt

der Rangliste – Zürich bleibt die Nummer eins, und der Berliner Hauptbahnhof liegt auf dem dritten Platz. In anderer Hinsicht haben sich die Plazierungen seit dem letzten Eintrag jedoch radikal verändert:

Der Wiener Hauptbahnhof, ein Neuling in unserem Datensatz, liegt nun auf dem zweiten Platz. Bern, ein älterer Mieter, liegt gemeinsam mit dem Berliner Hauptbahnhof auf dem dritten Platz. Wien Meidling, der andere Neuzugang, liegt gemeinsam mit dem Osloer Hauptbahnhof auf dem zehnten Platz des Indexes. München, das einst an zweiter Stelle lag, ist auf den 22. Platz zurückgefallen. Aufgrund seiner geringeren Passagierzahlen (18.995.020 bis 2022) schaffte es Londons St. Pancras International nicht in die Top 50. Leider konnten für die ukrainische Strecke Kyiv-Pasazhyrskyi nicht genügend Informationen gefunden werden. Nichtsdestotrotz inspiriert das Team die Widerstandsfähigkeit der ukrainischen Eisenbahn angesichts der russischen Aggression (85 Prozent der Züge verkehrten 2022 pünktlich, obwohl sie bombardiert wurden) weiterhin. Und man freut sich darauf, Kiew und andere Einträge bald wieder in den Datensatz aufzunehmen.

Vorteile für Verbraucher

Die Wahl eines der fünf besten Bahnhöfe für die An- oder Abreise hat mehrere Vorteile, z. B. kürzere Wartezeiten auf Züge, günstigere Öffnungszeiten der Fahrkartenschalter, mehr Fahrkartenpakete zur Auswahl, leichter Zugang zu Eingängen, Bahnsteigen und Toiletten für Rollstuhlfahrer, mehr Geschäfte, Kioske, Restaurants und First-Class-Lounges, bessere Netzabdeckung, einfachere Verbindungen zum und vom Bahnhof und weniger Probleme beim Reisen mit dem Zug in andere Länder.

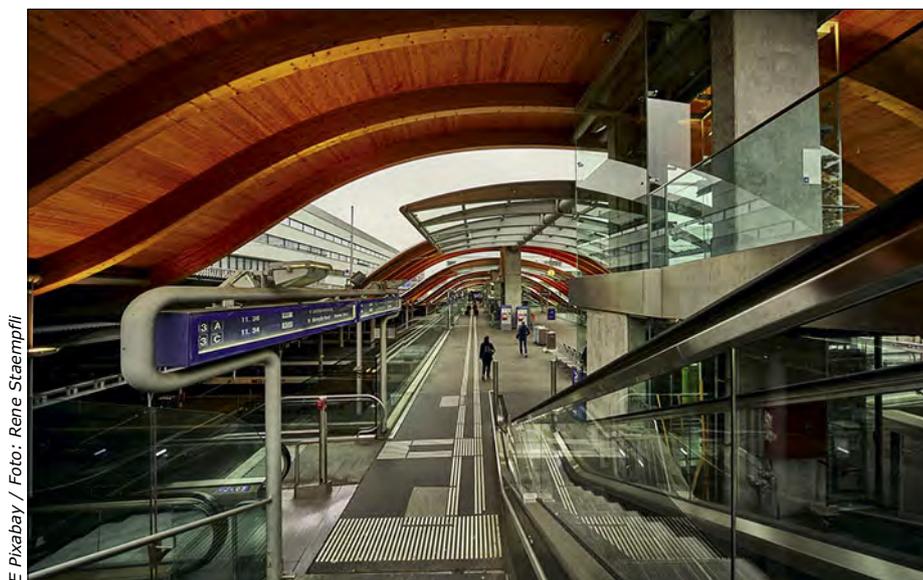
Die Top 5 der Auswahl bieten das beste Erlebnis in allen Bereichen Zentral- und Nordbahnhöfe im Vergleich zu den südlichen und östlichen Drehkreuzen weiterhin bequeme europäische Verbindungen.

Die Bahnhöfe haben sich mehr bemüht, Menschen, die auf einen Zugang für Rollstuhlfahrer angewiesen sind, entgegenzukommen und Schilder und Wegbeschreibungen für Menschen mit Behinderungen anzubringen – die Werte für alle Bahnhöfe haben sich in der Kategorie Barrierefreiheit verbessert. Die jüngste Enttäuschung der Verbraucher über die Bahndienste ist nicht nur anekdotischer Natur, sondern Teil einer beobachtbaren Qualitätsverschlechterung der meisten Bahnhöfe unter den derzeitigen Bedingungen. ■

<https://consumerchoicecenter.org/>



Dritter Platz für den Berliner Hauptbahnhof, Ansicht von Südosten...



... ex aequo mit dem Bahnhof Bern



Platz 10 teilen sich der Bahnhof Wien Meidling und der Osloer Hauptbahnhof

JKU Kooperation führt zu Meilenstein in der Robotik

Stabile und effiziente künstliche Roboter Muskeln auf Basis neuer Materialkombinationen: Eine internationale Kooperation der Johannes Kepler Universität Linz mit der Scuola Superiore Sant'Anna di Pisa und der Universität Trient verbindet technologischen Fortschritt mit ökologischer Nachhaltigkeit.

Das gemeinsame Projekt führte zu einer bahnbrechenden Methode für die Entwicklung neuartiger weicher Aktuatoren und künstlicher Roboter Muskeln mit verbesserter Leistung und deutlich reduziertem Energieverbrauch. Federführend bei dieser Arbeit waren Univ.-Prof. Martin Kaltenbrunner von der Abteilung für Physik weicher Materie an der Johannes Kepler Universität Linz (JKU) und Marco Fontana, Professor am Institut für mechanische Intelligenz der Scuola Superiore Sant'Anna di Pisa. Ihre innovativen Ergebnisse, die zur Entwicklung dieser neuen Methode zur Schaffung stabilerer und effizienterer künstlicher Muskeln geführt haben, wurden nun in der renommierten Fachzeitschrift *Nature Electronics* veröffentlicht.

Bisherige Elektromotoren zu sperrig

Aktuatoren, die elektrische Energie in Bewegung oder Kraft umwandeln, spielen in unserem täglichen Leben eine zentrale Rolle, auch wenn sie oft unbemerkt bleiben. Bislang werden hauptsächlich Elektromotoren verwendet, die zwar gut funktionieren, aber aus Metall bestehen. Sie sind daher sperrig und schwer. Eine neue Generation von Aktuatoren, die auf weichen Materialien wie Polymerfolien basiert, bietet hingegen einzigartige Eigenschaften wie geringes Gewicht, hohe Leistung pro Gewicht, geräuschlosen Betrieb und sogar biologische Abbaubarkeit.

„Wir verwenden dazu Multimaterialstrukturen“, erklärt Univ.-Prof. Martin Kaltenbrunner. „Das sind quasi ‚Taschen‘ aus flexiblen Kunststofffolien, die mit Ölen gefüllt und mit Elektroden beschichtet sind. Wenn eine Spannung angelegt wird, verdrängen die Folien die Flüssigkeit und die Tasche zieht sich zusammen, ähnlich wie ein biologischer Muskel sich bewegt.“

Mit diesem System lassen sich künstliche Muskeln für Roboter, verstellbare Linsen oder taktile Oberflächen bauen. Durch das Anlegen einer konstanten Spannung sind jedoch bisher nur kurzzeitige Muskelkontraktionen



Foto: JKU/Kaltenbrunner

Univ.-Prof. Martin Kaltenbrunner: „Wenn eine Spannung angelegt wird, verdrängen die Folien die Flüssigkeit und die Tasche zieht sich zusammen, ähnlich wie ein biologischer Muskel sich bewegt.“

möglich, was eine erhebliche Einschränkung für praktische Anwendungen darstellt. Gemeinsam mit JKU-ForscherInnen konnte das der Forscher Ion-Dan Sirbu von der Scuola Superiore Sant'Anna di Pisa während eines Forschungsaufenthalts an der JKU nun ändern.

JKU Technologie als Ausgangspunkt

„Wir haben aufbauend auf einer Kunststoffolie experimentiert, die der JKU Physiker David Preninger für seine Arbeit an biologisch abbaubaren künstlichen Muskeln verwendet hat. So fanden wir ein Material, das eine konstante Kraft über beliebig lange

Zeiträume aufrechterhalten kann. Uns war klar, daß wir eine bedeutende Entdeckung gemacht hatten“, so Sirbu.

Seitdem hat das Team an einem theoretischen Modell gearbeitet und eingehende Materialcharakterisierungen durchgeführt. „Das Schöne an unserem Modell ist seine Einfachheit und daß es nicht auf bestehende Aktuatoren beschränkt ist. Wir glauben, daß unsere Ergebnisse der wissenschaftlichen Gemeinschaft ein einfaches, aber leistungsfähiges Werkzeug für den Entwurf und die Untersuchung neuer Systeme an die Hand geben werden“, beschreibt David Preninger, Co-Erstautor der Studie und Doktorand an der Abteilung für Physik weicher Materie der JKU.

Enorme Energieersparnis

Institutsleiter Martin Kaltenbrunner bestätigt die Bedeutung der Entdeckung: „Das Interessante ist, daß wir diese Technologie nicht nur viel besser nutzbar gemacht haben. Mit unseren Ergebnissen kann man auch Materialkombinationen finden, die den Energieverbrauch um das Tausendfache reduzieren.“

Unter Verwendung der identifizierten Materialkombinationen haben die WissenschaftlerInnen bereits erfolgreich verschiedene Arten von künstlichen Muskeln, verstellbaren Linsen und taktile Displays hergestellt und betrieben. Prof. Fontana betont: „Das Verständnis der grundlegenden Mechanismen weicher Aktuatoren, wie sie in dieser Studie ermittelt wurden, hat das Potential, einen bedeutenden Sprung im Bereich der unterstützenden Geräte, automatischen Maschinen und mobilen Roboter für die Erforschung der Erde, des Meeres und des Welt-raums zu bewirken.“

Damit leistet das Projekt einen wesentlichen Beitrag bei der Suche nach kostengünstigen, leistungsstarken Lösungen in der Robotik, die im Sinne der Nachhaltigkeit auch einen geringen Verbrauch und geringe Umweltauswirkungen gewährleisten sollen. ■

<http://www.jku.at/>

Die unsichtbaren Helden der Wirtschaft

In Wien fand das 1. International Supply Chain Community Meeting statt

In den eindrucksvollen Räumlichkeiten des Schloß Schönbrunn fand Ende November das 1. International Supply Chain Community Meeting 2023 (kurz: ISCCM 2023) statt, gestaltet vom Verein Netzwerk Logistik (VNL). Über einen Zeitraum von knapp drei Tagen versammelten sich erfahrene sowie aufstrebende Supply Chain ManagerInnen unter dem Motto „Gegenwart und Zukunft im Supply Chain Management“.

Mit dem Anstieg der Komplexität und Anforderungen in den Lieferketten stehen Supply Chain ManagerInnen mehr denn je vor der Herausforderung, den Überblick zu bewahren und den reibungslosen Ablauf vom Rohstoff bis zum Endprodukt zu steuern. Dem nicht genug, müssen sie auch die Anforderungen des Lieferkettensorgfaltsgesetzes berücksichtigen. Damit wird ein funktionierendes Supply Chain Management zur Überlebensfrage. Zusätzlich spielen sie eine entscheidende Rolle bei der Optimierung von Kosten und der Minimierung von Risiken. Für Supply Chain ManagerInnen ist dabei eine solide Aus- und Weiterbildung genauso unerlässlich wie der kontinuierliche Austausch von Wissen und Erfahrungen. Das 1. International Supply Chain Community Meeting 2023 wurde aus diesem Grund ins Leben gerufen. Eine Community für diese Zukunftsdisziplin und Plattform für den Austausch auf höchstem Niveau.

Franz Staberhofer, VNL-Obmann und ISCCM 2023-Initiator, zeigt sich über den Verlauf und die Ergebnisse des International Supply Chain Community Meetings mehr als zufrieden: „Supply Chain ManagerInnen sind die bisher oft übersehenen Helden in der Wirtschaft. In ihren Unternehmen vernetzen und gestalten sie. Gefehlt hat bis jetzt eine Community, in der sie das Thema Supply Chain Management vorantreiben. Das 1. ISCCM 2023 hat gezeigt, wie wichtig die Vernetzung dazu ist. Wir haben gemeinsam mit den TeilnehmerInnen einen kraftvollen Weg mit einer Reihe von Projekten und Maßnahmen bis zum 2. ISCCM 2024 festgelegt.“

„Es war für mich sehr hilfreich und erfrischend, daß wir beim 1. International Supply Chain Community Meeting, anders als bei



Foto: VNL

Gruppenfoto der TeilnehmerInnen am 1. International Supply Chain Community Meeting

vielen anderen Veranstaltungen, die Problemstellungen in der Supply Chain, mit unterschiedlichen Unternehmen, sehr konkret besprechen konnten. Zusätzlich konnte ich sehr gute Kontakte zu den verantwortlichen Supply Chain Manager knüpfen, mit denen ich mich in der Zukunft in weiterführenden Treffen zu speziellen Themen und Problemstellungen austauschen kann“, so Gerhard Mühlhans, Vice President Supply Chain Center of Excellence bei RHI Magnesita.

Roland Lechner, Managing Director International Supply Chain Management der Aldi Süd KG, ebenfalls ISCCM 2023-Teilnehmer, strich die notwendige Positionierung hervor, „Die Herausforderungen im Management von internationalen Lieferketten sind branchenübergreifend nahezu identisch. Themen wie das Finden von qualifizierten MitarbeiterInnen, Technologie und IT, gesetzliche Rahmenbedingungen und vor allem der Fokus auf Nachhaltigkeit beschäftigen kleine wie große Unternehmen. Ein gut im Unternehmen verankertes Supply Chain Management ist in der Lage, Herausforderungen mit zum Teil gegensätzlichen Zielen im Sinne der Kund:innen nachhaltig zu meistern.“

Karl Josef Haussteiner, Vice President Logistics Worldwide & Business Process Owner – Logistics Vishay Semiconductor (Austria) GesmbH zeigte sich über das 1. ISCCM 2023 begeistert. „Unter den zahlreichen Konferenzen, an denen ich im Laufe

der Jahre teilgenommen habe, sticht das ISCCM besonders hervor. Die Veranstaltung zeichnete sich durch eine offene Atmosphäre und lebhaft Diskussionen unter Gleichgesinnten aus, wobei ein inspirierender Austausch zwischen Wissenschaft/Forschung und der aktuellen Geschäftswelt stattfand. Besonders beeindruckend war die engagierte Beteiligung der SCM-Studenten.“

Wie sehen die Erwartungen der jungen Talente aus?

Im Zuge der Vorbereitungen zum wurden angehende Supply Chain ManagerInnen zu deren Erwartungen an Unternehmen befragt. Neben einer laufenden Weiterbildung steht bei Ihnen eine gesunde Work-Life Balance ganz oben auf der Prioritätenliste. Mindestens ein bis zwei Home-Office Tage pro Woche werden ebenso vorausgesetzt, wie ein nachhaltiges Agieren des Unternehmens. Die Identifikation mit der Philosophie und den Werten des Arbeitgebers ist für die meisten ebenfalls von hoher Priorität. Organisatorisch sehen die Nachwuchskräfte das Supply Chain Management als Stabsstelle unterhalb der Unternehmensführung am besten angesiedelt.

Unter den TeilnehmerInnen an dem Meeting waren auch Markus Gerschberger, Professor Georgia Institute of Technology, und Sina Mirshani, iranischer Student am Logistikum FH Steyr.

<http://www.vnl.at/>

Österreich, Europa und die Welt

Ehrenkreuze für zwei koreanische Kulturmanager

Im Beisein von Sabine Haag, Generaldirektorin des KHM-Museumsverbands, überreichte der österreichische Botschafter in Korea, Wolfgang Angerholzer, am 3. November das Österreichische Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst in Seoul.

Verliehen wurde die Auszeichnung von Bundespräsident Alexander van der Bellen an zwei koreanische Kulturmanager: Yoon Sung Yong, Generaldirektor des Nationalmuseums Korea, und Kim Jung-ho, Präsident der koreanischen Wirtschaftszeitung Korea Economic Daily, deren großes persönliches Engagement wesentlich zum außerordentlichen Publikumserfolg der Großausstellung Six Centuries of Beauty in the Habsburg Empire beitrug.

Die herausragende Schau, entstanden in Kooperation mit dem Kunsthistorischen Museum und mit tatkräftiger Unterstützung der Österreichischen Botschaft in Seoul, war von 25. Oktober 2022 bis 15. März 2023 im Nationalmuseum Korea zu sehen. Sie lockte über 320.000 BesucherInnen an und präsentierte insgesamt 96 Meisterwerke aus dem Kunsthistorischen Museum.

Sabine Haag hielt die feierliche Laudatio auf den Generaldirektor des Nationalmu-



Foto: ÖB Seoul/ES Jung

v.l.: Wolfgang Angerholzer, österreichischer Botschafter, Yoon Sung-yong, Generaldirektor des Nationalmuseums, Kim Jung-ho, Präsident der koreanischen Wirtschaftszeitung „Korea Economic Daily“ und Sabine Haag, Generaldirektorin des KHM-Museumsverbands

seums von Korea, der Botschafter jene für den Sponsor. In ihrer Rede hob sie insbesondere die produktive wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem KKHM und dem Nationalmuseum Korea hervor und unterstrich die didaktisch exzellent aufbereitete und besonders ästhetische Präsentation der

Kunstobjekte aus Wien im Nationalmuseum in Seoul. Das Österreichische Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst wird vom österreichischen Staatsoberhaupt für herausragende Leistungen im Bereich der Wissenschaften und der Kunst verliehen. ■

<https://www.khm.at>

50-Jahr-Jubiläum des ÖW-Büros in Tokio

Die Österreich Werbung feierte am 13. November im Zuge einer Marktreise von Geschäftsführerin Astrid Steharnig-Staudinger gemeinsam mit zahlreichen Stakeholdern und lokalen Würdenträgern das 50jährige Bestehen ihres Marktbüros in Tokio. Im Zuge der Veranstaltung wurde das ÖW-Büro auch offiziell zur Tourismusabteilung der österreichischen Botschaft in Japan ernannt und der japanische Rockstar HYDE wurde als „Travel Ambassador“ für Österreich vorgestellt.

„Das 50jährige Bestehen unseres Marktbüros in Tokio verdeutlicht die langjährige tiefe Verbindung zwischen unseren Urlaubsländern. Wir sehen das heutige Jubiläum aber auch als Kick-off: Wir möchten den pandemiebedingten Einbruch endgültig hinter uns lassen und nach vorne blicken. Wir wissen um die Interessen und Bedürfnisse unserer japanischen Gäste und ich bin davon überzeugt, daß wir mit der heutigen Aufwertung des ÖW-Büros zur Tourismusabteilung und mit unserem neuen Travel Ambassador sowohl organisatorisch als auch strategisch



Foto: ÖW/Kogiku

Botschafterin Elisabeth Bertagnoli (r.) und ÖW-Geschäftsführerin Astrid Steharnig-Staudinger im ÖW-Büro Tokio

den perfekten Grundstein für die Zukunft gelegt haben“, sagte ÖW-Geschäftsführerin Astrid Steharnig-Staudinger.

Die österreichische Botschafterin in Japan, Elisabeth Bertagnoli, betonte die Bedeutung der Aufwertung zur Tourismusabteilung der Botschaft: „Die Aufwertung des ÖW-Büros zur Tourismusabteilung der Botschaft ist ein großer Schritt in Richtung einer verstärkten Zusammenarbeit als Team Österreich‘ hier in Japan. Unser Ziel ist es, den interkulturellen Austausch zwischen unseren beiden Ländern zu fördern. Die Kooperation ermöglicht eine noch engere Zusammenarbeit, um die Schönheit Österreichs und die österreichische Gastfreundschaft den Menschen in Japan zu vermitteln.“

Japan war vor der Pandemie Österreichs zweitgrößter Herkunftsmarkt im asiatischen Raum. Auch wenn der touristische Restart nach Corona vergleichsweise zäh verläuft: Das Potential ist groß. Die Reisetätigkeit in Japan ist im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen und soll 2026 wieder das Niveau von 2019 erreichen. Und auch das Interesse an Urlaub in Österreich wächst konstant. ■

<https://www.austria.info>

<https://www.bmeia.gv.at/oeb-tokio>

Gäste aus Australien, den USA und England

Das Jewish Welcome Service hatte wieder zu einer Reise nach Wien eingeladen – 21 Personen aus Israel konnten aber wegen des Kriegs nicht teilnehmen.



Foto: Laura Heinschink/HBF

Bundespräsident Alexander Van der Bellen empfängt Holocaust-Überlebende und ihre Nachfahren in der Wiener Hofburg

An sich hätten insgesamt 40 Personen der Zweiten Generation im Alter der Jahrgänge 1946 bis 1971 auf Einladung des Jewish Welcome Service nach Wien kommen sollen. Aber durch den Krieg in Israel war es 21 Personen nicht möglich anzureisen. Die Gäste waren diesmal aus Australien, USA und England. Das Programm von vom 15. bis 22. Oktober war offizieller als sonst, da man bei Bundespräsident Alexander van der Bellen, Europaministerin Karoline Edtstadler und im Stadträtin Veronica Kaup-Hasler eingeladen war.

Bundespräsident Alexander Van der Bellen Van der Bellen sagte in seiner Ansprache an die Gäste, er hoffe, daß Jüdinnen und Juden mit österreichischen Wurzeln durch einen Besuch in Wien und die Annahme der österreichischen Staatsbürgerschaft zum „neuen“ Österreich eine Verbindung herstellen könnten. Ein 2019 geändertes Gesetz ermöglicht es Opfern des Nationalsozialismus und ihren Nachkommen eine doppelte Staatsbürgerschaft zu erlangen.

Europaministerin Karoline Edtstadler wies anlässlich ihrer Einladung ins Bundeskanzleram darauf hin, daß Österreich an der

Seite Israels stehe und der Kampf gegen Antisemitismus wichtiger sei denn je.

Stadträtin Kaup-Hasler betonte beim Empfang im Wiener Rathaus, wie wichtig es



Foto: BKA/Regina Aigner

Selfies mit unserem Staatsoberhaupt in dessen Amtsräumen

Österreich, Europa und die Welt

sei, gegen Fremdenhaß und Antisemitismus aufzustehen.

Bundespräsident, Europaministerin und Kulturstadträtin gaben ihrer Hoffnung Ausdruck, daß dieser Krieg bald zu Ende gehen sollte und alle Geiseln befreit werden sollten. Die Gäste fühlten sich sehr wohl und waren sehr erfreut, daß sich die Möglichkeit ergab, mit den drei hochrangigen Persönlichkeiten ins Gespräch zu kommen.

Der Besuch der Namensmauer am Otto-Wagner-Platz, wo die Gäste Namen ihrer Verwandten suchten und auch fanden, war natürlich sehr emotional und aufwühlend. Die Republik Österreich hatte das Gedenkjahr 2018 zum Anlaß für intensive Reflexionen über Österreichs Vergangenheit genommen. Mit der Errichtung einer Gedenkstätte für die in der Shoah ermordeten jüdischen Kinder, Frauen und Männer aus Österreich soll das Bewußtsein für das Gedenken bewahrt bleiben, für das heutige Österreich sowie auch für seine zukünftigen Generationen. Die Shoah-Namensmauern-Gedenkstätte soll einen ebenso zentralen wie ruhigen Ort bieten, wo des Schicksals der rund 65.000 Opfer gedacht und ihr Leben geehrt werden kann.

Bei der Wien Tour wurden das Aspang Memorial und die von Leo Luster initiierte Gedenktafel mit dem Psalm 23 (Leo Luster wurde vom Aspang Bahnhof nach Auschwitz deportiert) am Aron Menczer Campus besucht – auch das war für einige nicht einfach auf Grund ihrer Familiengeschichten.

Wie immer war diese Woche in Wien für einige nicht einfach und weckte zwiespältige Gefühle – jedoch fanden schließlich alle die Stadt wunderbar und viele fühlen sich, vor allem die auch die österreichische Staatsbürgerschaft angenommen haben, nach so einem Besuch, unserem Land wieder verbunden. ■

<https://jewish-welcome.at/>



Foto: BKA/Regina Aigner

Am 17. Oktober lud Bundesministerin Karoline Edtstadler AuslandsösterreicherInnen des Jewish Welcome Service ins Bundeskanzleramt.



Foto: PID/Schaub-Walzer

v.l.: Wiens Kulturstadträtin Veronica Kaup-Hasler, Joanna Bryk, Susanne Traunek, Generalsekretärin des Jewish Welcome Service, Raymond Bryk und mit allen Gästen beim Empfang im Rathaus (unten)



Foto: PID/Schaub-Walzer

Gute kirchliche und europäische Nachbarschaft

Diözesanbischof Ägidius J. Zsifkovics zelebrierte auf Einladung von Erzbischof Bernard Bober den Festgottesdienst zum Elisabethfest im slowakischen Košice.

Im Zeichen des Gebets um Frieden in der Ukraine, im Heiligen Land und in allen Kriegsgebieten sowie im Zeichen des Aufbaus einer „guten kirchlichen und europäischen Nachbarschaft“ stand der Besuch von Burgenlands Diözesanbischof Ägidius J. Zsifkovics zum Elisabethfest am 19. November in der ostslowakischen Stadt Košice auf Einladung von Erzbischof Bernard Bober. Höhepunkt war die Festmesse in der örtlichen Kathedrale, bei der Zsifkovics auch die Predigt hielt.

Bischof Zsifkovics erinnerte in der Begrüßung an die vielfachen Verbindungen zwischen der Kirche im Burgenland und der Diözese Košice. Familiäre, durch den aus dem Burgenland stammenden Vater eines Bischofs von Košice – es war Zigmund Bubits –, humanitäre, durch die Tätigkeit der Schwestern vom Göttlichen Erlöser aus Eisenstadt im Spital von Košice in den 1940er-Jahren, und durch die gemeinsame Ernennung zum Bischof – Zsifkovics und Bober – in beiden Fällen war es der Juli 2010.

Schließlich verbinde die ostslowakische Herkunft eines kompetenten Eisenstädter Diözesanmitarbeiters, Miroslav Mochnáč, Bischöflicher Zeremoniär und Direktor der Pastoralen Dienste, die beiden Diözesen.

Die hl. Elisabeth von Thüringen (1207-1231), der der Dom von Košice geweiht ist, steht für Bischof Zsifkovics, wie er in seiner Predigt sagte, für drei zentrale Haltungen des Christen: Spiritualität, Synodalität und Solidarität.

Was Spiritualität betrifft, so hätten Christen „auf der anderen Seite des ehemaligen Eisernen Vorhangs“ mit großer Bewunderung auf das Glaubenszeugnis der Slowaken während der kommunistischen Diktatur geschaut. „Danke euch und euren Vorfahren für dieses treu gelebte Glaubenszeugnis in Zeiten der Unterdrückung und Verfolgung! Dieses Zeugnis braucht es auch jetzt im sogenannten ‚freien und geeinten Europa‘, auch in der Slowakei. Nur zügellose Freiheit und Konsum erfüllen nicht. Ohne das Glaubensleben in den Familien und Pfarrgemeinden gibt es kein Christsein“, so Zsifkovics.



Foto: Diözese Eisenstadt/Mochnáč

Diözesanbischof Ägidius J. Zsifkovics feierte mit Erzbischof Bernard Bober die Festmesse zum Elisabethfest in Kathedrale der ostslowakischen Stadt Košice

Im Blick auf Synodalität verwies er auf das Wort von Papst Franziskus, wie alle Glieder der Kirche den Weg gemeinsam gehen sollten: „Die Kirche ist kein Parlament, sondern eine Weggemeinschaft, in der sich die Einheit mit Gott und die Einigkeit unter den Menschen verwirklicht.“ Auf diesem gemeinsamen Weg sei „jeder und jede Getaufte berufen, mit seinen Charismen-Talenten an der Sendung der Kirche mitzuwirken, um Christus zu den Menschen zu bringen. Das holt uns aus der bequemen Rolle des Besserwissens, Kritisierens und Forderns heraus und nimmt uns als Getaufte in die Verantwortung für unsere Kirche, für die Diözesen, die Pfarrgemeinden, auch für die Gesellschaft“, appellierte der Bischof. Dabei brauche es dringend heute „nicht nur in der Kirche, sondern auch in der Politik und Gesellschaft auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene“ solche Synodalität.

Schließlich erläuterte Zsifkovics, was christliche Solidarität bedeute: „Die hl. Elisabeth zeigt uns einfach, aber eindrucksvoll, was christliche Solidarität ist. Die barmherzige Tat Elisabeths galt den vielen Armen und Kranken ihrer Zeit, letztlich aber Christus selbst. Elisabeth wird so zur Mittlerin und zum Wasserrohr, durch das die Gabe

Christi die Armen erreicht.“ Es gehe nicht darum, große Taten zu vollbringen, sondern „Wasserrohr zu sein“ und die Not zu sehen: „Zeigt uns unsere Zeit nicht viele neue Arten der Armut, die wir als Kirche und Christen erkennen sollten?“

Am Fest der hl. Elisabeth, das zugleich der Welttag der Armen ist, laute daher die Bitte, die „uns allen“ gelte, „in unserer Umgebung konkrete Taten wie Elisabeth“ zu setzen: „Scheuen und schämen wir uns nicht, damit christliche Nächstenliebe und Solidarität hier bei Euch in Košice, in der Slowakei, in Europa und in der ganzen Welt weiterleben“, so der Gastbischof aus Österreich beim Elisabethfest in Košice.

Im Zuge des Besuchs wurden dem einladenden Erzbischof von Košice Bernard Bober, der zugleich Vorsitzender der Slowakischen Bischofskonferenz ist, 30.000 Euro für die Renovierung des Daches der gotischen Kathedrale übergeben. Sie ist die größte Kirche der Slowakei. Zusätzlich brachte der Bischof auch 5.000 Euro aus den Mitteln der Caritas der Diözese Eisenstadt für Menschen in Not in der Erzdiözese in Košice mit. In der Region lebt auch eine große Roma-Minderheit. ■

<https://www.martinus.at/>

Stift Klosterneuburg: Proud Partner von CONCORDIA

Das Stift Klosterneuburg unterstützt mit dem Verein „Ein Zuhause für Straßenkinder“ die „Concordia-Sozialprojekte“ seit dem Jahr 2000 und war bei vielen Projekten von Anfang an dabei. Nun wurde die langjährige Partnerschaft mit der Vereinbarung als Mitglied des CONCORDIA Proud Partner Clubs nochmals besiegelt.

Nur eine gute Flugstunde von Österreich entfernt herrscht nach den politischen Umbrüchen vor mehr als 30 Jahren immer noch bitterste Armut. Die Hauptleidtragenden sind Kinder, die oft auf der Straße leben. Ihnen geben diese Hilfsprojekte ein Zuhause und eine Zukunft.

Menschenliebe, Hilfsbereitschaft und schier unendliches Engagement zeichnen die Spezialprojekte von Concordia aus. Seit mittlerweile 23 Jahren unterstützt das Stift Klosterneuburg Projekte dieser Hilfsorganisation in Rumänien, der Republik Moldau, Bulgarien und nun auch im Kosovo. Dafür wurde vom Stift Klosterneuburg eigens der Verein „Ein Zuhause für Straßenkinder“ zum Sammeln von Spenden gegründet, der mit dem Österreichischen Spendengütesiegel geprüft und ausgezeichnet ist.



Foto: Stift Klosterneuburg

Propst Anton Höslinger und Bernhard Drumel, Geschäftsführer Concordia Sozialprojekte International, im Sozialzentrum von Tudora in der Republik Moldau

Das Stift Klosterneuburg unterstützt seit 23 Jahren die Arbeit von Concordia mit dem Verein „Ein Zuhause für Straßenkinder“. Bei einem Besuch im Sozialzentrum von Tudora, in der Republik Moldau, haben Propst Anton Höslinger und der Geschäftsführer

der Concordia Sozialprojekte International, Bernhard Drumel, die Partnerschaft mit einer Vereinbarung als Mitglied des CONCORDIA Proud Partner Clubs nochmals besiegelt. ■

<https://www.stift-klosterneuburg.at/>

Pius-Parsch-Preis 2023 an Josef Rauffer verliehen

Überreicht wurde der mit 6.000 Euro dotierte Preis durch Propst Anton Höslinger nach einem Festgottesdienst am 2. Dezember in der Klosterneuburger Kirche St. Gertrud. Der vom Stift Klosterneuburg und dem Pius-Parsch-Institut heuer zum achten Mal ausgeschriebene Preis wurde von einer internationalen Jury dem Münchner Diözesanpriester Josef Rauffer zuerkannt. Ausgezeichnet wird seine Doktorarbeit „Tagzeitengebet als Gebet aller Getauften. Ansätze des Zweiten Vatikanischen Konzils und Rezeption im deutschen Sprachgebiet“, ein zentrales Anliegen von Pius Parsch. Rauffer war während seines Dissertationsstudiums Zeremoniar von Kardinal Reinhard Marx, er wirkt heute als Liturgiereferent der Erzdiözese München-Freising sowie als Pfarrer.

Der mit 6.000 € dotierte und international renommierte Preis ist die bedeutendste liturgiewissenschaftliche Auszeichnung in Europa. Stiftungsentention des seit 2009 im Zweijahresrhythmus ausgelobten Preises ist es, Themen im Geist von Pius Parsch voranzutreiben, junge Nachwuchswissenschaftler zu fördern, sowie liturgiewissenschaftliche Exzellenz anzuregen.



Foto: Stift Klosterneuburg

v.l.: Diözesanpriester Josef Rauffer, Propst Anton Höslinger und der Direktor des Pius-Parsch-Instituts Andreas Redtenbacher nach der Verleihung des Pius-Parsch-Preises 2023

Josef Rauffer in seiner Danksagung: „Ich bin dankbar und geehrt, den Pius-Parsch-Preis empfangen zu dürfen. Dem Stift Klosterneuburg danke ich für die Unterstützung meiner Arbeit.“ Der Preisträger sprach ein rührendes Lob für seinen Doktorvater Prof.

em. Dr. Winfried Haunerland aus, welcher ihn kurz vor seinem Ableben noch ermutigt hatte, sich überhaupt für den Pius-Parsch-Preis zu bewerben. In vielem war Prof. Haunerland ihm Vorbild. ■

<http://www.pius-parsch-institut.at/>

Missio-Krankenhaus in Mosambik

Missio-Nationaldirektor Pater Karl Wallner hat mit einem Team die Baustelle besucht

Baustein für Baustein entsteht in Mecua im Norden Mosambiks das von Missio Österreich unterstützte Sankt-Karl-Borromäus-Krankenhaus. „Die Situation der Menschen in Mecua nahe Nampula ist dramatisch. Sie leben in größter Armut und haben kaum Zugang zu medizinischer Versorgung und Wasser“, sagte Missio-Nationaldirektor Pater Karl Wallner Mitte November nach dem Baustellenbesuch vor Ort in Mosambik. „Ich freue mich sehr, daß die Missionsbenediktiner von Ndanda hier tatkräftig mit der Unterstützung so vieler Missio-Spenderinnen und Spender das Sankt-Karl-Borromäus-Krankenhaus bauen, das 100.000 Menschen eine fundierte medizinische Versorgung sichern wird!“

Die Menschen verdienen kaum das Nötigste zum Überleben, medizinische Versorgung kann sich kaum jemand leisten. „Viele Menschen verlieren bereits wegen leichter Erkrankungen ihr Leben. Das nächste Krankenhaus ist 40 Kilometer entfernt. Viel zu weit und zu teuer für die meisten“, so Pater Karl Wallner. Das Sankt-Karl-Borromäus-Krankenhaus der Missionsbenediktiner soll zukünftig eine niederschwellige und unkomplizierte Anlaufstelle für Menschen in medizinischer Not sein.

Auf dem rund 103 Hektar großen Grundstück sollen in den nächsten Jahren neben dem Spital, Schulen, Werkstätten und vor allem eine Kirche und das Kloster der Missionsbenediktiner dazukommen. „Die entstehende Klosterstadt wird eine Belebung der Region werden, wo wirklich großes Elend und Armut herrschen“, sagt Pater Karl Wallner. Aktuell wird das erste Haus auf dem

Grundstück errichtet. Es wird ab März nächsten Jahres die vier Benediktinerbrüder beherbergen, die bereits in Mosambik tätig sind. Außerdem gibt es bereits die Zufahrtsstraße und einen Brunnen, der täglich 10.000 Liter Wasser befördert und somit den Zugang zu sauberem Wasser sichert. Die nächsten Bauschritte beinhalten die ersten Teile des Krankenhauses: eine Notfall- sowie eine Geburtsstation.

Hinter dem Krankenhausbau in Mosambik befindet sich ein symbolischer Wert der Dankbarkeit wie Pater Karl Wallner betont: „Am Höhepunkt der ersten Corona-Fälle im Frühjahr 2020 habe ich gelobt, nach der Überwindung der Covid-Pandemie aus Dankbarkeit ein Krankenhaus in Afrika zu bauen. Der

Heilige Karl Borromäus gilt als Patron vor Seuchen und ist somit ein optimaler himmlischer Fürsprecher für den Bau in Mosambik.“

Zunächst war geplant, das Krankenhaus in Cabo Delgado in der nördlichsten Provinz Mosambiks zu bauen. Wegen islamistischer Angriffe mußten die Missionsbenediktiner von ihrer dortigen Niederlassung fliehen. Nach intensiver Suche fanden die Ordensmänner schließlich das Grundstück in Mecua.

Missio Österreich bittet um Ihre Unterstützung beim Bau des Sankt-Karl-Borromäus-Krankenhauses in Mosambik. Als himmlische Fürsprecher können Spenderinnen und Spender Heiligen-Bausteine ab 25 € erwerben. Sie können online Spenden auf <https://www.missio.at/skb>



© Missio/ Foto: Simon Kupferschmid

Missio-Nationaldirektor Pater Karl Wallner mit Missionsbenediktinern beim Baustellenbesuch des Sankt-Karl-Borromäus-Krankenhauses in Mosambik



© Missio/ Foto: Simon Kupferschmid

Vorkämpferin gegen Sklaverei in Afrika

»Kulturtag« der Orden widmete sich der österreichischen Seligen Ordensgründerin Sr. Maria Theresia Ledochowska

Die Zeugnisse des vielseitigen Schaffens der seligen Ordensgründerin Sr. Maria Theresia Ledochowska (1863-1922) sollen für künftige Generationen aufbereitet werden: Derzeit werden über 2.000 Glas-Lichtbilder aus Missionsländern, welche die österreichische Ordensfrau bei ihren Vorträgen in ganz Europa verwendete, digitalisiert, berichtet die Oberin der von Ledochowska gegründeten Missionsschwestern des Hl. Petrus Claver, Sr. Ursula Lorek, am 29. November beim Kulturtag der Orden im Wiener Kardinal-König-Haus. Aufgrund krankheitsbedingter Abwesenheit wurde das Referat von der Ökonomin des Ordens, Sr. Jeanine van Ooteghem, vorgetragen.

Ledochowska war eine der wichtigsten Vorkämpferinnen gegen die Sklaverei aus den Reihen der katholischen Kirche, indem sie von Österreich und später Rom aus Unterstützung für in Afrika tätige Missionare mobilisierte und über ihr Wirken informierte. Einen großen Teil ihres Wirkens verbrachte die Ordensfrau aus adeligem Hause mit Vortragstätigkeit. Dabei nutzte sie ein für ihre Zeit äußerst fortschrittliches „multimediales Marketing-Konzept“, erklärte Lorek: Neben mündlichen Vorträgen und Druckschriften – Ledochowska war Herausgeberin mehrerer Missionszeitschriften – nutzte sie auch visuelle Medien und Lichtbilder aus Afrika, die sie von den Missionaren ständig anforderte.

Bis heute bewahrt das Salzburger Missionshaus Maria Sorg den Bildprojektor, mit dem Ledochowska – eine „äußerst moderne Frau für diese Zeit“ – auf Reisen nach Italien, Deutschland, Belgien, Holland, Frankreich, die Schweiz, Polen und Böhmen ging, erklärte Sr. Van Ooteghem im Frageteil des Vortrags. Die Selige habe kleine Filme über die Missionsländer erstellen lassen und in jeder Niederlassung ihrer Kongregation eine ethnografische Wanderausstellung oder ein afrikanisches Museum eingerichtet. Auch viele der tausenden Briefe, welche sie den Missionaren verschiedener Kongregationen geschrieben und von ihnen erhalten habe, seien bis heute wertvolle Zeitdokumente.

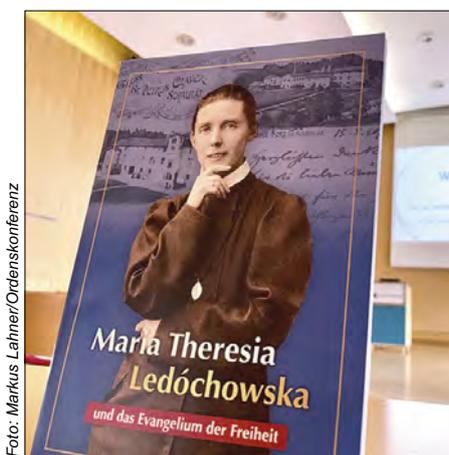


Foto: Markus Lehner/Ordenskonferenz

Sr. Maria Theresia Ledochowska

Aufgrund der regen Korrespondenz sei sie von vielen als „Mutter Afrikas“ gesehen worden, ohne je selbst dort gewesen zu sein.

Die aus Loosdorf bei Melk stammende Gräfin Ledochowska wirkte in ihrer Jugend zunächst als Hofdame für die toskanischen Habsburger in der Salzburger Residenz. Von einem Bericht über den hl. Petrus Claver war sie so berührt, daß sie abrupt ihr Leben änderte. Der Heilige hatte im 17. Jahrhundert afrikanischen Sklaven geholfen, die nach Südamerika verschleppt worden waren. Nach ihrem „Bekehrungserlebnis“ wirkte Ledochowska selbst für die Befreiung der Menschen Afrikas. Zuerst schriftstellerisch: Sie verfaßte Theaterstücke, führte regen Briefwechsel mit Missionaren aus Afrika und gab auf dieser Basis ab 1890 die Zeitschrift „Echo aus Afrika“ heraus. Eng arbeitete sie dabei mit dem algerischen Kardinal Charles-Martial Lavignerie, Gründer der Ordensgemeinschaft „Weiße Väter“, zusammen.

Mit Mitstreiterinnen begründete Ledochowska schließlich die Laienvereinigung „St. Petrus Claver Sodalität“, die 1894 die päpstliche Approbation erhielt und 1897 zur Ordensfamilie diözesanen Rechts wurde. Europaweit gab sie Impulse zur Gründung mehrerer Druckereien, ethnografischer Museen und religiöser Unterstützerverkreise. In der Druckerei ihres Missionshaus Maria Sorg bei Bergheim (Salzburg) wurden neben Zeitschriften auch Gebets- und Gesangbücher,

Katechismen und biblische Geschichten in den einheimischen Sprachen Afrikas gedruckt, sowie Wörter- und Grammatikbücher für Missionare. Ab 1900 versandten die Schwestern Bücher in großen Kisten nach Afrika, und bis zum Zweiten Weltkrieg war die Druckerei auf Hochtouren in Betrieb.

Nach Ledochowskas Tod breitete sich die Kongregation auf alle Kontinente aus, 1928 nach Nord- und Südamerika, 1929 nach Australien, 1955 nach Afrika und 1972 nach Indien. Seit 1975 ist die Ordensgründerin eine Selige der katholischen Kirche, 2022 wurde ihr 100. Todestag mit einem großen Jubiläum gefeiert. Die rund 300 Schwestern, die heute in den 44 Gemeinschaften der Kongregation in 24 Ländern auf allen Kontinenten leben, tragen das Charisma ihrer Gründerin weiter. Sechs Missionarinnen vom hl. Petrus Claver leben in Maria Sorg und geben immer noch drei Missionszeitschriften – darunter auch, mit inzwischen erweitertem Namen „Echo aus Afrika und anderen Erdteilen“ – heraus. Weiterhin erhalte das Missionssekretariat in Rom rund 2.000 Gesuche aus den Missionen, von denen 80 Prozent gutgeheissen werden.

Die Mission habe nichts von ihrer Aktualität verloren und bleibe „wesentlich“, betonte die Ordensökonomin Sr. Van Ooteghem bei dem Vortrag. „Alle Kulturen suchen nach den Antworten auf die drei Lebensfragen ‚Woher kommen wir?‘, ‚Warum sind wir hier?‘ und ‚Wohin gehen wir?‘.“ Die Frohbotschaft des Evangeliums müsse „Befreiung bringen“, was kein romantischer Auftrag sei. „Auch heute leben viele Menschen in Angst, sind gefangen von Aberglaube und schwarzer Magie oder fühlen sich bedrängt“ – was nicht mit einem christlichen Gottesbild vereinbar sei. Bleibender Auftrag sei, „unsere Kultur und sogar Subkultur zu evangelisieren“, erst recht in Europa angesichts eines verschwundenen Glaubens. Viele Schwestern ihres Ordens seien heute daher auch in der Katechese von Kindern tätig. ■

<https://www.kathpress.at/>

<https://www.mariasorg.at/>

https://de.wikipedia.org/wiki/Maria_Theresia_Led%C3%B3chowska

Erfolgreicher »Mongolei-Tag« im Wiener Prater

Daß die Exotik der Mongolei für Feste der Kultur, Tradition und Gastfreundschaft ganz besonders prädestiniert ist, zeigte der am 7. Oktober im Wiener Prater veranstaltete Mongolei-Tag sehr deutlich.

Dieses einzigartige Ereignis wurde von der Mongolischen Botschaft in Wien veranstaltet und von der Österreichisch-Mongolischen Gesellschaft „Otschir“ (PaN) unterstützt und ermöglichte BesucherInnen, das kulturelle und soziale Flair dieses Landes in verschiedener Hinsicht kennenzulernen. Dieses interkulturelle Vorhaben stand auch unter einem guten Stern, wie der beachtliche Zustrom zahlreicher sehr interessierter Gäste zeigte. An diesem Tag hatten Groß und Klein aus Wien und aller Welt die Gelegenheit, eine einzigartige Kultur in großer Diversität kennenzulernen.

Kulturelle Darbietungen

reichten von traditioneller mongolischer Musik (darunter der Klang der berühmten Pferdekopfgeige) bis hin zu farbenfrohen Trachtenpräsentationen und faszinierenden Kunstperformances – die Mongolei hat Volkskultur in großer Vielfalt zu bieten. Bemerkenswert ist in der Mongolei auch eine Sensibilität der Gesellschaft für künstlerische Ausdrucksformen im Alltag. Dies äußert sich in der Anerkennung der rituellen Bedeutung bestimmter Orte (Quellen, Ovoos), im Vorhandensein von Alltagsriten (Opfergesten für



Foto: Peter Stummer

Vor einer mongolischen Jurte mit Nationalflagge fanden sich auch PaN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz mit „Otschir“-Präsident Peter Stummer (beide Bildmitte) sowie ÖMG-PaN Ex-Präsident Franz Greif (2. v.r.) und Tsogoo (r.), „Motor“ des Fests, mit Vorstandsmitgliedern

Himmel und Erde), selbstverständlich zelebriert, oder im Verständnis für Symbole des Alltags auch bei „ganz einfachen“ Leuten, wie etwa für die Aussagekraft von Musik

und Poesie, ja auch für das ausdrucksvolle Staatszeichen „Soyombo“.

Auf jeden Fall bereichert Musik, wo immer möglich, den mongolischen Alltag.



Foto: Peter Stummer

Stimmgewaltige Sänger begleiteten eine Pferdekopfgeige

Österreich, Europa und die Welt / PaN

Das „nationale“ Instrument ist die „Morin Khuur“, die zweiseitige Pferdekopfgaige, auf der Virtuosen jede Art von Musik spielen. Klänge und Rhythmen erinnern an solche aus der Tierwelt (Vögel, ganz besonders Pferde), auch an Wind und rauschende Wasser. Und noch viele andere Instrumente, etwa Tierhörner oder die Maultrommel, haben ihren Ursprung im zentralasiatisch-sibirischen Raum. Überaus seltsam in ihrer Exotik sind v.a. „Khöömii“-Klänge, welche auch den schwierigen Oberton- und Kehlkopfsang umfassen.

Eindrucksvoll war ein kraftvoll klingender Männerchor mit dem Lied „Ich bin ein Mongole“ – und bewundernswert war auch das Können einer Tänzerin. Zum Ausklang des Mongoleitages gab es zum Schluß noch einen Publikumstanz, der großen Zuspruch fand.

Bildung und Information

Der Vertreter der MongolInnen in Wien, Tsoqbadral Tsoqoo, würdigte in seiner Begrüßung sowohl das gute Verhältnis zwischen ÖsterreicherInnen und MongolInnen, als auch die Integrationsbereitschaft der Zuwanderer aus dem zentralasiatischen Land. Konsul Munkhbaatar Davaasambuu, als Vertreter des Botschafters der Mongolei zeigte sich in seiner Grußadresse insbesondere vom Gelingen eines reichhaltigen interkulturellen

Bild rechts: Die farbenprächtige Bekleidung der MongolInnen sticht sofort ins Auge.

Bild unten: Botschaftssekretär Munkhbaatar Davaasambuu-Mongol (l.) mit „Otschir“ Präsident Peter Stummer



Foto: Peter Stummer



Foto: Peter Stummer

Austauschs zwischen den beiden Nationen beeindruckt. Zweifellos zeigt sich darin auch eine Wirkung der bereits seit über 60 Jahren bestehenden diplomatischen Verbindung zwischen Österreich und der Republik Mongolei. In seiner Festansprache wies schließlich Peter Stummer, Präsident der Österreichisch-Mongolischen Gesellschaft „Otschir“, auf die Mongolei als „Land der Vielfalt und Gastfreundschaft“ hin, welches in seiner historischen Deutung und Einordnung lange Zeit verkannt wurde, jedoch immer schon eine „Kulturelle Brücke zwischen Ost und West“ gewesen ist.

Kinderfreundliche Aktivitäten

Auch die Jugend konnte die Mongolei spielerisch entdecken. Besonders beliebt ist das Geschicklichkeitsspiel „Shagai“, bei welchem vier Schafknöchelchen die Tiere Schaf, Ziege, Pferd und Kamel symbolisieren.

Österreich, Europa und die Welt / PaN

Kulinarische Genüsse

Besonderen Zuspruch erfuhren sodann von der Gastronomie des Gastlandes präsentierte authentische Köstlichkeiten, darunter speziell die traditionellen Gerichte „Buuz“ und „Khuushuur“. Erstere sind Teigtaschen, die v.a. beim Neujahrsfest „Tsaagan Sar“ im Februar nicht fehlen dürfen, die zweiten eine Art nomadische Pizza, ohne die sich Mongolen ihr Nationalfest „Naadam“ im Juli – auch genannt die „Drei Spiele der Männer“ – nicht vorstellen können.

Natürlich darf bei einem mongolischen Fest das traditionelle Getränk „Ayrag“ nicht fehlen, welches aus Stutenmilch vergoren wird. Diese Erfrischung existiert unter der bekannteren kasachischen Bezeichnung „Kumys“ in ganz Zentralasien und wird auch von europäischen Pferdefarmen hergestellt.

Die mongolische Community in Österreich hat ihrerseits einige typische Charakteristika: So etwa zeichnet sie eine beachtliche Dichte von Vereinen unterschiedlicher Interessen aus, die in den jeweiligen Städten oder Bezirken bestehen; anwesend waren Vertreter der Mongolen nicht nur aus Wien, sondern auch aus Graz, Linz und Wiener Neustadt. Bemerkenswert ist auch das Bestehen von Kindergruppen, die schon der frühesten Jugend Wesen und Bedeutung der Kultur ihrer Herkunft spielerisch näherbringen und ihr Verständnis dafür fördern möchten. Mit welcher Leichtigkeit das gelingen kann, zeigten am Mongoleitag etliche Kindergruppen mit Begrüßungsworten, Rezitationen, Liedern und Tänzen.

Was freilich beim Anblick von Mongolen sofort ins Auge sticht, ist ihre farbenprächtige Bekleidung. Bei vielen gesellschaftlichen Ereignissen ist es zum Brauch geworden, eine Art Modenschau der mongolischen Nationaltracht anzuschließen – was auch diesmal mit dem Programmpunkt „Deeltei Mongol“ geschah. Besonders drei Kleidungsstücke stehen dabei im Mittelpunkt, nämlich der mongolische Mantel „Deel“, Mützen in großer Vielfalt und nicht zuletzt das Schuhwerk der „Gutuls“.

Der seit jeher übliche „Deel“ ist ein gewickelter Mantel aus Filz, Baumwolle oder Seide, im Winter auch aus Leder, der nicht nur von Mongolen, sondern auch von Turkvölkern und sibirisch-mongolischen Stämmen getragen wird. Er hat normalerweise keine Taschen, dafür eine Stoff- oder Leder-schärpe, genannt „Bus“, woran Accessoires des täglichen Bedarfs oder Werkzeuge befestigt werden.

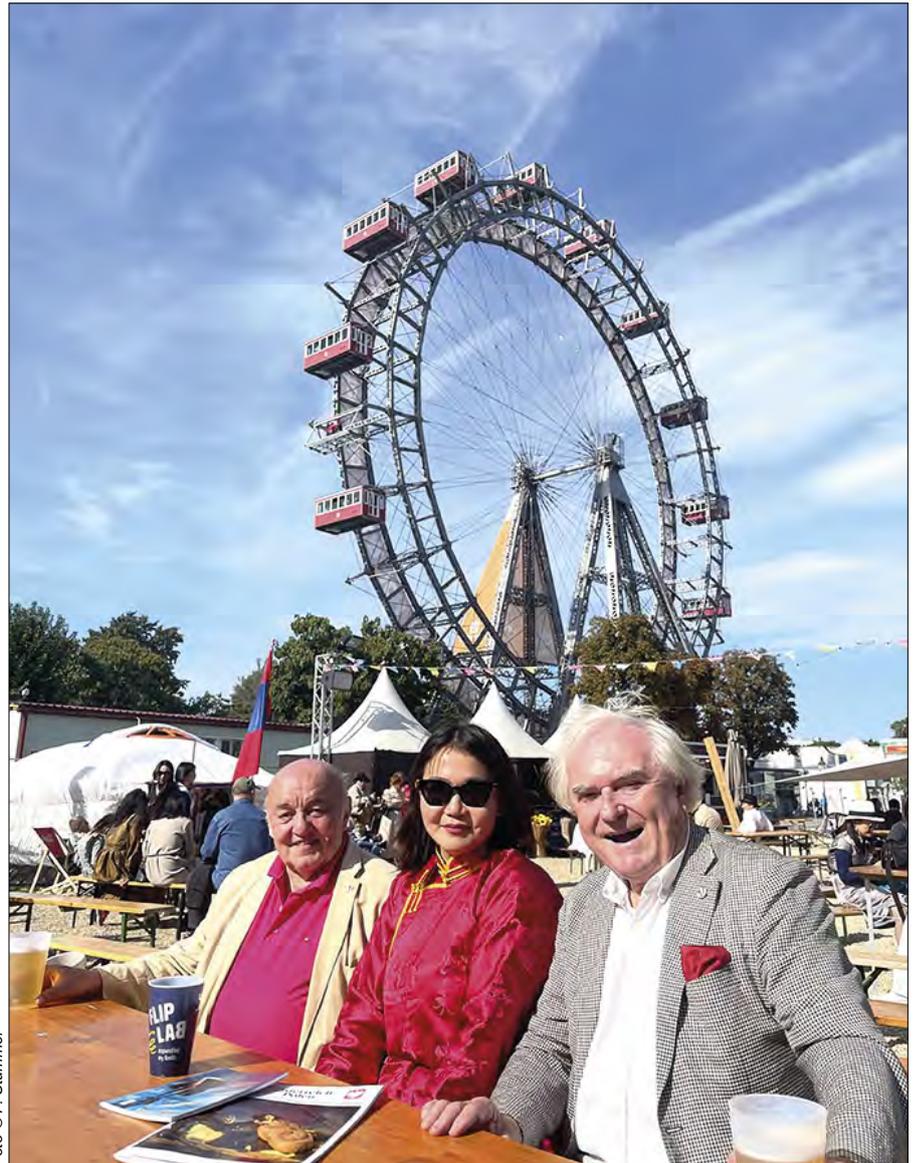


Foto © P. Stummer

Hermann Kroihner, Präsident der Österreichisch-Isländischen Gesellschaft-PaN, Mongolei-Tag-Besucherin Manlaa Darjaa und PaN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz

Wichtig sind in extrem kalten Klimaten besonders auch Kopfbedeckungen, die speziell in der Mongolei eine übergroße Vielfalt erlangten. Der bekannte zugespitzte Mongolenhut „Janjing Malgai“ ist so nicht die einzige Art, denn die Mongolei kennt über 200 verschiedene Hutarten. Diese werden je nach verschiedenen Gelegenheiten gewählt und wechseln auch nach Jahreszeit sowie Alter und Geschlecht der Träger. Unerlässlich ist eine gute Fußbekleidung, die für Mongolen aus dem Lederstiefel „Gutul“ besteht. Er ist halbhoch, hat keine Absätze, dafür aber weiche Sohlen aus gestepptem Filz und Leder. Typisch ist die hochgestellte Stiefelspitze, die für den Mongolen ein Zeichen seiner Rücksicht auf Mutter Erde samt Flora und Fauna darstellt, die nicht verletzt werden dürfen.

Und auch die Österreichisch-Mongolische Gesellschaft „Otschir“ beteiligte sich aktiv

am ersten Mongolei-Tag, der vor der Kulisse des berühmten Wiener Riesenrades im Wiener Prater stattfand. Für diesen Verein war es eine neuerliche Gelegenheit, die Verbindung zwischen den beiden Nationen zu stärken und die reiche kulturelle Vielfalt der Mongolei zu feiern.

Ein Hauptanliegen von „Otschir“ ist ja der kulturelle Austausch zwischen Österreich und der Mongolei durch Initiativen und Veranstaltungen.

Denn nur ein gegenseitiges Verständnis für die jeweiligen Kulturformen zusammen mit gegenseitiger Akzeptanz der Wesenszüge unserer Gesellschaften stärkt ja die Beziehungen zwischen den Ländern. Dies in besonderer Weise zu fördern war das erklärte Anliegen des Ersten Mongoleitages im Wiener Prater.

wHR Franz Greif

<https://www.mongolei.or.at/>

Ein Fest der Freude

Die Botschaft der Republik Polen in Wien lud die Mitglieder und Freunde der Österreichisch-Polnischen Gesellschaft und der Internationalen Chopin-Gesellschaft in Wien zu dieser Veranstaltung am 19. Oktober in die Botschaft ein.

Nach einer musikalischen Einleitung durch den polnischen Pianisten Piotr Kościk mit Chopins Impromptu N°2 Fis-Dur op.36 begrüßte Gesandter Janusz Styczek, Chargé d'affaires der Republik Polen in Österreich, die Gäste von beiden Gesellschaften mit herzlichen Worten, darunter deren Vizepräsidenten Univ.-Prof. Johann Günther, Walter Resl, Architekt Walter Hildebrand, Clara Biermasz, die Präsidentin des Verbandes der Polen in Österreich Strzecha Janina Glowacki, den Generalsekretär des Dachverbandes aller Österreichisch-Ausländischen Gesellschaften PaN Senator Walter J. Gerbautz und den langjährigen Direktor des Polnischen Fremdenverkehrsamtes in Wien Włodzimierz Szelağ.

Der Präsident beider Gesellschaften Prof. Theodor Kanitzer, dankte Gesandten Styczek für die großzügige Einladung. Er berichtete, daß die beiden Gesellschaften trotz Pandemie, großen finanziellen Problemen und den Auswirkungen durch den verbrecherischen Überfall von Putins russischer Armee auf die Ukraine mit Einschränkungen ihre Tätigkeit erfolgreich fortsetzen konnten.

Bei den wenige Tage vor dieser Veranstaltung stattgefundenen Wahlen zum polnischen Sejm (Parlament), die nicht nur für Polen, sondern für ganz Europa von großer Bedeutung waren, haben sich über 74 Prozent der polnischen Wähler im In- und Ausland beteiligt. Von den zahlreichen in- und ausländischen Kommentaren die über dieses sensationelle Wahlergebnis berichteten, verlas Prof. Theodor Kanitzer eine kurze Zusammenfassung von Petr Janyška in der tschechischen Tageszeitung „Deník N“ über einige der wesentlichen Änderungen, welche diese Wahlen bewirken werden.

Dann folgte das Konzert mit großartigen SolistInnen, Mitgliedern und Freunden der Gesellschaften aus Österreich, Polen, Ungarn, Niederlande, Bulgarien und Serbien mit Werken von Frederic Chopin, Henryk Wieniawski, Wolfgang Amadeus Mozart, Franz Schubert, Camille Saint-Saens dargeboten von den Pianisten Elżbieta Wiedner-Zajac, Clara Biermasz, Natalia Rehling, Nataša Veljković, Donka Angatscheva und Piotr Kościk, dem Violinsten Edward Zienkowski und den



Gesandter Janusz Styczek, Chargé d'affaires der Republik Polen in Österreich, bei der Begrüßung der Gäste – rechts im Bild: Prof. Theodor Kanitzer, Präsident der Österreichisch-Polnischen Gesellschaft PaN und der Internationalen Chopin Gesellschaft



Die Violoncellistin Anna Maria Niemiec bei ihrem musikalischen Vortrag

Violoncellisten Anna Maria Niemiec und Adam Javorkai, die ohne Honorar spielten.

Es herrschte große Freude und es gab frenetischen Beifall im vollbesetzten Saal der prachtvollen Botschaft der Republik Polen in Wien Hietzing. An der Festveranstaltung

nahmen auch StudentInnen eines internationalen Masterprogramms der Donau-Universität für Weiterbildung Krems aus Europa, Asien, Amerika und Afrika von Univ.-Prof. Johann Günther teil.

<https://www.chopin.at/>

10 Jahre Partnerschaft PaN und Österreichisches Bundesheer

Übergabe einer Urkunde durch Verteidigungsministerin Klaudia Tanner – PaN-Vorstand am Nationalfeiertag bei der Angelobung am Heldenplatz



Foto: BMLV Presse

Die von Verteidigungsministerin Klaudia Tanner ausgezeichneten langjährigen Kooperationspartner des Österreichischen Bundesheeres vor dem Hangar der „Black Hawk-Flotte“ am Flughafen „Brumowski“

Bei herrlichem Wetter fand am 12. Oktober das diesjährige Zentrale Partnerschaftsseminar im Beisein von Verteidigungsministerin Klaudia Tanner am Fliegerhorst Brumowski in niederösterreichischen Langenlebarn statt. Neben zahlreichen Einweisungen und Vorträgen wurden viele Jubilare durch Tanner geehrt. Auch dem strategischen Partner Dachverband-PaN mit dessen Präsidenten Univ.-Prof. Hermann Mückler und Generalsekretär Senator Walter J. Gerbautz sowie dem Chef des Stabes der Direktion 1, Generalmajor Gerhard Christiner, konnte die Urkunde über das mittlerweile zehnjährige Bestandsjubiläum übergeben werden.

Als runder Abschluß dieser Veranstaltung wurde den zivilen Partnern die Möglichkeit geboten, bei bestem Flugwetter einen Einweisungsflug im umliegenden Donautal zu absolvieren.

Nationalfeiertag am Heldenplatz

Auch heuer nahm eine Abordnung des PaN-Vorstandes auf Einladung des Kooperationspartners des österreichischen Bundesheeres Streitkräftekommando an der Angelobung von RekrutInnen im Beisein des Bundespräsidenten und der Bundesregierung so-



PaN/Dachverband

v.l.: Verteidigungsministerin Klaudia Tanner mit (v.l.) Generalmajor Gerhard Christiner, Chef des Stabes der Direktion 1., PaN-Präsident Univ.-Prof. Hermann Mückler, PaN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz und PaN-Beirat Ernst Huber

wie zahlreichen Repräsentanten des öffentlichen Lebens am Wiener Heldenplatz teil.

Die Vorstände des Dachverbandes nutzen diese Gelegenheit mit mehreren Entscheidungsträgern des öffentlichen Lebens in Kontakt zu treten, um die aktuellen Belange des Dachverbandes sowie seiner bilateralen Gesellschaften zu ventilieren. Im Vorder-

grund standen aber die bereits geplanten völkerverbindenden PaN-Aktivitäten im Jahr 2024, speziell die jährlichen und traditionellen Mitgliederzusammenkünfte wie das PaN-Sommerkonzert und das PaN-Gartenfest in Hirschstetten, sowie die Veranstaltungen im Wiener Rathaus und im Außenministerium. ■

<https://www.bundesheer.at>

Österreich, Europa und die Welt / PaN



Bild 1



Bild 2



Bild 3



Bild 4



Bild 5

Fotos: 1-4 PaN/Dachverband/5 VAE-Botschaft Wien

Bildunterschriften (gelten immer von links nach rechts)

Bild 1: Wiens Landeshauptmann und Bürgermeister Michael Ludwig und PaN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz

Bild 2: Wiens Militärkommandant Brigadier Kurt Wagner, PaN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz, Verteidigungsministerin Klaudia Tanner und PaN-Vorstandsmitglied Marguerite Machek-Vos

Bild 3: PaN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz und Kabinettschef Christian Stella, BMI

Bild 4: PaN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz, Generalleutnant i. R. Franz Reissner, Silvia Angerbauer, BMLV, und PaN-

Vorstandsmitglied Marguerite Machek-Vos und ÖAG-PaN Präsident Friedrich Schwank

Bild 5: Empfang anlässlich des 44. Nationalfeiertags der VAE im Kursalon Hübner (v.l.): Verteidigungsminister a.D. Herbert Scheibner, Österreichisch-Syrische Gesellschaft-PaN, ÖVAEG-Ehrenpräsident Walter Hildebrand, ÖVAEG-PaN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz, SE Botschafter Hamad Alkaabi, ÖVAEG-Vizepräsident Omar Al Rawi, AACC-Präsident Verteidigungsminister a.D. Werner Fasslabend, ÖVAEG-Beirat Angelika Ornig-Persterer, und ÖVAEG-Vorstand und AACC-Generalsekretär Mouddar Khouja

VAE-Botschafter besuchte das »Haus des Sports«

S.E. Hamad Alkaabi, Botschafter der Vereinigten Arabischen Emirate in Österreich, besuchte das »Haus des Sports« und das Österreichische Leistungssport-Zentrum Südstadt



Foto: ÖVAEG-PaN

Bei der Besichtigung des Österreichischen Leistungssport-Zentrums Südstadt (v.l.): Nicole Hirsch (BSFZ Südstadt), Badr Soliman (BSFZ Südstadt), Sonja Schromm, SE Botschafter Hamad Alkaabi, LH a.D. Hans Niessl (Präsident von Sport Austria und der ÖVAEG), PaN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz, Wolfgang Gotschke (Vorstand Leistungssport Austria), Christoph Triska (Leitung Sportwissenschaft - Leistungssport Austria), Marion Maruska (Sportkoordinatorin ÖTV und Präsidentin Verein ÖLSZ Südstadt), ÖVAEG-Vorstand Robert Schneider Robert Schneider und Univ.-Prof. Ernst Wolner (Mitgründer Verein ÖLSZ Südstadt)

Auf Einladung des Präsidenten von Sport Austria, LH a.D. Hans Niessl und Präsident der Österreichischen-Vereinigten-Arabischen-Emirate-Gesellschaft-PaN, besuchte SE Botschafter Hamad Alkaabi am 2. Dezember „Das Haus des Sportes“ in der Prinz Eugen-Strasse in Wien-Wieden, sowie im Anschluß das Österreichische Leistungssport-Zentrum in der Südstadt in Niederösterreich.

Zur Begrüßung empfing eine Delegation der Österreichischen Arabischen Emirate Gesellschaft-PaN (ÖVAEG) S.E. Botschafter Alkaabi vor dem „Haus des Sports“, von wo es zu einem intensiven Meinungs- und Erfahrungsaustausch ging. Präsident Niessl begrüßte als Hausherr den Botschafter und gab seiner Freude Ausdruck, daß der Vertreter der Vereinigten Arabischen Emirate in Österreich für die Organisation von Sport Austria und die verschiedenen sportlichen Einrichtungen und Sportaktivitäten in Österreich so großes Interesse zeigt.

In der Folge stellte der Projektleiter von „Sport Austria-Finals“, Daniel Döllner, das in



Foto: ÖVAEG-PaN

v.l.: Robert Schneider ÖVAEG-Vorstand, Präsident von Sport Austria und der ÖVAEG LH a.D. Hans Niessl, SE Botschafter Hamad Alkaabi und PaN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz vor dem „Haus des Sports“ in Wien-Wieden

Österreich kreierte sportliche Erfolgsmodell vor. Die „Sport Austria Finals“ wurde erst-

malg 2021 in Graz durchgeführt, 2023 zum dritten Mal in Folge ebenda, wobei 6500

Österreich, Europa und die Welt / PaN

Foto: ÖVAEG-PaN



Im „Haus des Sports“ in Wien-Wieden (v.l.): PaN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz, SE Botschafter Hamad Alkaabi, Geschäftsführer-Stv. von „Sport Austria“ Christian Gormasz, Präsident von Sport Austria und der ÖVAEG LH a.D. Hans Niessl, Martin Domes von „Sport Austria“ und ÖVAEG-Vorstand Robert Schneider

AthletInnen aus 28 Sportarten um 200 Titel-Entscheidungen kämpften und 45.000 ZuschauerInnen live dabei waren. Knapp zwei Millionen Menschen kamen 2023 mit den „Sport Austria Finals“ direkt oder indirekt in Kontakt.

Vom 29. Mai bis 2. Juni 2024 werden die „Sports Austria Finals“ erstmalig in Innsbruck stattfinden, kündigte Projektleiter Döller erfreut an.

Christian Gormasz, der stellvertretende Geschäftsführer von „Austria Sport“ vermittelte danach den organisatorischen Aufbau von Sport Austria als Interessenvertretung des organisierten Sports in Österreich mit 15.000 Sportvereinen, 67 Sportverbänden und rund 2,1 Millionen Mitgliedern.

Nach dem eindrucksvollen Besuch im „Haus des Sports“ fuhr die Delegation ins Österreichische Leistungssport-Zentrum Südstadt (ÖLSZ), wo der Delegation ein freundlicher Empfang durch die sportlichen Leiter und Experten der „Austria Sports Resorts-BSFZ-Südstadt“ und dem ÖLSZ bereitet wurde.

Die eineinhalbstündige Führung durch die weitläufigen modernsten Sportanlagen hinterließen einen nachhaltigen Eindruck bei SE Botschafter der VAE Hamad Alkaabi sowie den Vorständen der Österreichisch-Vereinigten-Arabischen-Emirate-Gesellschaft PaN.

- <https://www.oevaeg.at/>
- <https://www.sportaustria.at/>
- <http://www.sportaustriafinals.at/>
- <http://www.sportaustriafinals.tv/>



Foto: ÖVAEG-PaN

PaN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz, SE Botschafter Hamad Alkaabi, Präsident von Sport Austria und der ÖVAEG LH a.D. Hans Niessl,



Foto: ÖVAEG-PaN

Fechten ist einer der Schwerpunkte im „Austria Sports Resorts-BSFZ-Südstadt“

PaN-Gesellschaften »Vor den Vorhang« 2023

Im Wappensaal des Wiener Rathauses
präsentierten drei Gesellschaften ihre Projekte



Foto: PaN/Florian Wieser

PaN-Vorstandmitglieder, die Repräsentanten der drei vor den Vorhang gebetenen PaN-Gesellschaften und die zwei rumänischen Musikerinnen

Der Dachverband aller österreichisch-ausländischen Gesellschaften – PaN lud am 3. November zur traditionellen Veranstaltung „PaN-Gesellschaften vor den Vorhang“ in den Wappensaal des Wiener Rathauses. Dabei wurden die Preisträgerinnen der PaN-Projektunterstützungspreise 2023 – Austrian-Indonesian Society, Österreichisch-Rumänische Gesellschaft, Österreich-Südafrika (SADOCC – Dokumentationszentrum für das Südliche Afrika) – vorgestellt, die ihre ausgezeichneten Projekte präsentierten. Die Keynote „Wie wirkt die österreichische Entwicklungszusammenarbeit?“ hielt Gunter Schall, der Leiter der Presseabteilung der Austrian Development Agency (ADA).

Die Grußworte des Wiener Bürgermeisters Michael Ludwig überbrachte der Abgeordnete zum Wiener Landtag und Gemeinderat Michael Aichinger.

PaN-Präsident Hermann Mückler begrüßte die zahlreichen Ehrengäste und rund 130 VertreterInnen der bilateralen Freundesgesellschaften.

Gunter Schall stellte in seiner Rede die österreichische Entwicklungszusammenarbeit und die Austrian Development Agency



Foto: PaN/Florian Wieser

PaN-Präsident Hermann Mückler bei der Begrüßung der rund 130 Gäste

(ADA) vor, ging auf ihre Finanzierung sowie thematischen und geographischen Schwerpunkte ein und brachte drei Best Practice-Beispiele aus Bhutan, dem Kosovo und Georgien.

Der PaN-Präsident die heurigen stellte die Preisträgerinnen vor, leitete die Projekt-

vorstellungen ein und bedankte sich bei allen 14 PaN-Gesellschaften, die Projekte für einen PaN-Projektunterstützungspreis 2023 eingereicht hatten, sowie der Jury für ihre sorgfältige und ausgewogene Wahl.

Die Generalsekretärin der Austrian-Indonesian Society, Brigitte Holzner, präsentierte

Österreich, Europa und die Welt / PaN

Foto: PaN/Florian Wieser



PaN-Präsident Hermann Mückler, PaN-Vorstandsmitglied Marguerite Machek-Vos und die Generalsekretärin der Austrian-Indonesian Society, Brigitte Holzner

Foto: PaN/Florian Wieser



Michael Aichinger, Abgeordnete zum Wiener Landtag und Gemeinderat, überbrachte Grußworte des Wiener Bürgermeisters

Foto: PaN/Florian Wieser



v.l.: PaN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz, Generalsekretär der Österreichisch-Rumänischen Gesellschaft, Lukas Marcel Vosicky, Botschafterin Isabel Rauscher (BMEIA) und PaN-Präsident Hermann Mückler

Foto: PaN/Florian Wieser



v.l. PaN-Vorstandsmitglied Oskar Wawra, SADOCC-Präsident Walter Sauer mit Gattin, Südafrikas Botschafter S.E. Rapulane Sydney Molekane und PaN-Präsident Hermann Mückler

ihre Gesellschaft und das Projekt einer SDG-Vortragsserie zu kulturellen, sozialen und wissenschaftlichen Themen.

Der Generalsekretär der Österreichisch-Rumänischen Gesellschaft, Lukas Marcel Vosicky, erzählte die Vorgeschichte von mehreren Konzertzyklen der Panflötistin Andreea Chira und von deren sozialintegrativen Engagement in Schulen für das preisausgezeichnete erste Panflötenkonzert mit Antonio Vivaldis „Die vier Jahreszeiten“ im Wiener Musikverein, das sie mit dem Südwestdeutschen Kammerorchester und Mercedes Echerer als Erzählerin gegeben hat. Und SADOCC-Vorsitzender Univ.-Prof. Walter Sauer stellte das Simon’s Town Museum vor und argumentierte die Unterstützung von dessen Workshops für Jugendliche aus historisch benachteiligten Communities.

Die Preisverleihungsfeier mit Überreichung von Urkunden und Blumen wurde musikalisch von der aus Rumänien gebürtigen Panflötistin Andreea Chira und der Wiener Pianistin Mitra Kotte gestaltet, was der Veranstaltung nicht nur eine festliche Note verlieh, sondern dank höchster Qualität auch einen großen Kunstgenuß bereitete.

Im Anschluß lud die Stadt Wien zu einem Buffetempfang, wo sich die vertretenen PaN-Gesellschaften bei einem Get-together über weitere Projekte austauschen konnten – denn auch im kommenden Jahr sollen wieder PaN-Projektunterstützungspreise verliehen werden. ■

<http://austria-indonesia.com>

<http://www.austrom.eu>

<http://www.sadocc.at>

30 Jahre Österreichisch-Ukrainische-Gesellschaft-PaN

Feierliche Veranstaltung im Festsaal des Akademischen Gymnasiums Wien



Foto: ÖUG-PaN

Der Vorstand der Österreichisch-Ukrainischen-Gesellschaft-PaN mit Mitgliedern und Festgästen

Am 11. November konnte die Österreichisch-Ukrainische Gesellschaft-PaN im prunkvollen Festsaal des Akademischen Gymnasiums Wien ihr 30jähriges Bestandsjubiläum feiern. Nach Grußbotschaften des Botschafters der Ukraine in Österreich, S.E. Vasyl Khymynets, und des Generalsekretärs von Partner aller Nationen – PaN, Walter J. Gerbautz, wurde in einem kurzen Vortrag auch des Gründers der Gesellschaft, Borys Jaminskyj, gedacht.

Der Generalsekretär: „Verehrte Festgäste, Exzellenzen, sehr geehrter Herr Präsident Woldan, geschätzte Frau Generalsekretärin Strujak, ich freue mich sehr, daß ich nach fünf Jahren wieder aus dem selben Anlaß, allerdings heute zum 30jährigen Jubiläum der Österreichisch-Ukrainischen Gesellschaft (ÖUG) ein paar Worte an sie richten darf. Damals konnte niemand ahnen, auch wir hier im historischen akademischen Gymnasium, daß sich die politischen Verhältnisse in der Ukraine, in Europa, ja sogar in der ganzen Welt, so dramatisch verändern werden. Es ist



Foto: ÖUG-PaN

Der Botschafter der Ukraine in Österreich, S.E. Vasyl Khymynets, bei seiner Begrüßungsrede vor Mitgliedern und Gästen der Österreichisch-Ukrainischen Gesellschaft-PaN

Österreich, Europa und die Welt / PaN

leider eine bittere Tatsache, daß das Friedenswerk Europa durch den Angriff Rußlands auf ein friedliches Nachbarland einen schweren und vermutlich nachhaltigen Schaden erlitten hat. Nun muß alles unternommen werden, daß das Schiff Europa wieder in friedvolles, ruhigeres Gewässer gelangen kann“, so Gerbautz. Und weiter: „Gerade in unsicheren Zeiten haben die bilateralen Gesellschaften des Dachverbandes aller österreichisch-ausländischen Gesellschaften, kurz PaN – „Partner aller Nationen“ genannt, immer ihren gewichtigen völkerverbindenden Auftrag auf der „people to people-Ebene“ wahrgenommen. Dies geht bis zur Gründung der ersten bilateralen Freundschaftsgesellschaften gleich nach dem 2. Weltkrieg zurück“, ging der PaN-Generalsekretär kurz auf die Entstehung des Dachverbandes ein. Damals hatten sich die vier Besatzungsmächte entschlossen, sogenannte Freundschaftsgesellschaften auf Vereinsbasis zu genehmigen, die auf der „people to people- Ebene“ ihre völkerverbindende Arbeit auf verschiedenen Gebieten des sozialen Lebens aufgenommen haben.

So entstanden die österreichisch-russische (1945), die österreichisch-amerikanische (1945), die österreichisch-britische (1946), und die österreichisch-französische (1945) bilaterale Freundschaftsgesellschaft mit hochrangigen Persönlichkeiten aus allen politischen und gesellschaftlichen Bereichen, die für den Wiederaufbau Österreichs und letztendlich für die Zielsetzung eines freien Österreichs wertvolle Arbeit leisteten.

Bereits vier Jahre nach der Erlangung des österreichischen Staatsvertrages konnte im Jahr 1959 ein Dachverband für mittlerweile 20 bilateralen Gesellschaften gegründet werden.

Heute zählt der Dachverband aller österreichisch-ausländischen Gesellschaften über 120 Mitglieder mit 1200 ehrenamtlichen Vorständen und über 12.000 Mitgliedern.

Im Jahr 1993 wurde die ÖUG-PaN als ordentliches Mitglied in den Dachverband aufgenommen, sodaß wir heute ihren 30. Geburtstag feiern dürfen. Bereits kurz nach der Unabhängigkeitserklärung der Ukraine im Jahr 1992 nahm die ÖUG mit dem geschäftsführenden Präsidenten Boris Jaminsky (1946-2010) an der Spitze ihre bemerkenswerte völkerverbindende Tätigkeit mit vielen kulturellen Veranstaltungen in beiden Ländern auf. Durch dessen plötzlichen Tod im Jahr 2010 entstand ein Vakuum, welches nur mit großen Anstrengungen beseitigt werden konnte. Der erfreuliche Neustart gelang mit



Foto: ÖUG-PaN

Der Generalsekretärs von Partner aller Nationen – PaN, Walter J. Gerbautz



Foto: ÖUG-PaN

ÖUG-Präsident Univ. Prof. em. Alois Woldan zog Bilanz seiner Präsidentschaft mit Dank an sein Vorstandsteam und Unterstützer der ÖUG-PaN



Foto: ÖUG-PaN

Mitglieder der ÖUG-PaN: Svitlana Kosachenko mit ihrem Gatten

Österreich, Europa und die Welt / PaN

der Präsidentschaftsübernahme im Jahr 2016 durch Univ.-Professor Alois Woldan und einem neu gewählten Vorstandsteam.

Gerbautz: „Vor besondere Aufgaben wurde die Gesellschaft seit dem russischen Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 gestellt. Das Hauptaugenmerk der ÖUG galt ab diesem Zeitpunkt, vorhandene Mittel der Gesellschaft für die Soforthilfe zur Verfügung zu stellen bzw. auch neue Mittel und Unterstützer und Helfer zu finden. Auch der Dachverband-PaN hat im Frühjahr 2022 der ÖUG einen namhaften, außerordentlichen Betrag für die Soforthilfe zur Verfügung gestellt“, erinnerte der Generalsekretär und wandte sich dann dem eigentlichen Anlaß des Abends zu: „Auf Vorschlag des Dachverbandes-PaN wurde im Herbst 2022 der ÖUG für ihre vorbildlichen völkerbindenden Aktivitäten der PaN-Preis des BMEIA in Höhe von 2000 Euro im Rahmen eines Festaktes im ‚Alois Mock Saal‘ zuerkannt. Am heutigen Festtag gilt es vor allem dem Vorstandsteam der ÖUG-PaN für den unermüdlischen, ehrenamtlichen Einsatz die Beziehungen beider Länder zu verbessern und ständig zu pflegen, Dank zu sagen. Das runde Jubiläum dient aber auch dazu, sich ins Bewußtsein zu rufen, daß ein motiviertes zivilgesellschaftliches Engagement eine wesentliche Säule einer funktionierenden, weltoffenen und zukunftsfähigen Gesellschaft ist. Ich darf abschließend die Glückwünsche des PaN-Vorstandes und der gesamten PaN-Familie an Dich, verehrter Präsident Alois Woldan, und an Dein Vorstandsteam übermitteln und der Gesellschaft weitere erfolgreiche 30 Jahre wünschen“, schloß PaN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz.

Darauf erfolgte eine Vorstellung der humanitären Projekte, welche die Gesellschaft gerade jetzt, in Zeiten des Krieges in der Ukraine, durchführt.

Zu den Höhepunkten der Feier gehört die Überreichung einer Urkunde, in der der Vorstand der PaN der Gesellschaft seinen Dank ausspricht, die vom Generalsekretär überreicht wurde, und auch die musikalischen Einlagen, die von der jungen ukrainischen Geigerin Vira Zhuk und ihrer georgischen Begleiterin Mariam Vardzelashvili dargebracht wurden.

Die BesucherInnen wurden mit einem Buchgeschenk, einer eben erst erschienenen Anthologie von Texten der ersten ukrainischen Emigration in Wien, zusammengestellt vom Präsidenten der ÖUG, Univ.-Prof. Alois Woldan, entlassen. ■

<http://oeug.at/>



Foto: ÖUG-PaN

ÖUG-PaN-Generalsekretärin Dzwinka STRUJAK mit XXX Orest



Foto: ÖUG-PaN

Viktoria Kettner vom Ivan-Franko-Zentrum für Kultur und Ausbildung



Foto: ÖUG-PaN

Der Musiker Bohdan Shutka mit seiner Bandura

BMEIA PaN-Preis 2023 an Österreichisch-Polnische Gesellschaft

Deren im 98. Lebensjahr stehende Präsident, Prof. Theodor Kanitzer, ist immer noch aktiv und rege – sowohl körperlich als auch geistig



Foto: Sebastian Kocoon

Die Vorstände der österreichisch-polnischen Gesellschaft (PaN) sowie Freunde und Unterstützer mit Botschafter Clemens Koja (BMEIA, 3. v.l.)

Am 24. November wurde der jährliche PaN-Preis des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten (BMEIA) an die Österreichisch-Polnische Gesellschaft (ÖPG)-PaN verliehen. Sie wurde für das Engagement im Bereich der kulturellen Beziehungen zwischen Österreich und Polen mit dem mit 2.000 Euro dotierten Preis ausgezeichnet. Die Preisverleihung fand im Alois-Mock-Saal des BMEIA statt, wo Österreichs Geschichte lebendig wird.

Unter den 50 geladenen Gästen waren u.a. die polnische Botschaftssekretärin Małgorzata Stefanowicz-Pecela, Botschafter Christoph Thun-Hohenstein (Leiter der Sektion für internationale Kulturangelegenheiten), Prof. Theodor Kanitzer (Präsident der ÖPG), sowie der Präsident des Dachverbandes PaN, Univ.-Prof. Hermann Mückler. Der Leiter der Abteilung für Angelegenheiten der multilateralen Kulturpolitik, Botschafter Clemens Koja, führte durch die abendliche Veranstaltung.



Foto: Sebastian Kocoon

v.l.: Botschafter Christoph Thun-Hohenstein, ÖPG-Präsident Prof. Theodor Kanitzer und PaN-Präsident Prof. Hermann Mückler bei der Überreichung der Urkunde

Österreich, Europa und die Welt / PaN

Botschafter Thun-Hohenstein hob die besondere Bedeutung der österreichisch-polnischen Freundschaft hervor und verwies auf die Leistungen und Projekte welche zwischen Österreich und Polen durchgeführt wurden. Des Weiteren wurde auf die Wichtigkeit der bilateralen Zusammenarbeit und gegenseitigem Wissensaustausch aufmerksam gemacht.

Die polnische Botschaftssekretärin bedankte sich für die Kooperation und das Engagement der ÖPG. Weiters unterstrich sie zusätzlich die engen und intensiven Beziehungen zwischen Österreich und Polen in den Bereichen Kultur und Wissenschaft.

Hermann Mückler ging in seiner Laudatio auf die Entwicklung der ÖPG und des PaN-Dachverbandes ein. Professor Kanitzer führte in seiner Dankesrede aus, wie wichtig die Zusammenarbeit von Polen und Österreich ist, besonders im Hinblick auf die Geschichte und Zukunft der beiden Länder.

ÖPG-Präsident Prof. Theodor Kanitzer dankte für den Preis und brachte einen sehr emotionalen Rückblick der Gesellschaft: Kurz nach Kriegsende 1946 wurde die ÖPG gegründet. Sie hatte in einer Zeit der Besatzungsmächte in Österreich eine wichtige Funktion. Es gab noch keine österreichischen Botschaften und dieser „Verein“ konnte die Beziehung zu Polen aufrechterhalten. Nach Abzug der Besatzung behielt die ÖPG ihre Bedeutung gegenüber Polen, weil sie wirtschaftliche Kontakte pflegte und die Ausreise aus dem kommunistischen Polen nach Österreich ermöglichte.

Bereits 1952 übernahm Theodor Kanitzer Funktionen in der Gesellschaft und wurde 1972 geschäftsführender Präsident und steht dieser nach über 50 Jahren immer noch als in dieser Funktion vor.



Foto: Sebastian Kocou

Małgorzata Stefanowicz-Pecela, Sekretärin der polnischen Botschaft in Österreich, überbrachte eine Grußbotschaft

In seiner Rede trat er als Zeitzeuge auf und berichtete aus persönlichen Erfahrungen. Sein Vater war als Soldat im Ersten Weltkrieg an der Front zu Italien verwundet worden. Er war Halbjude und der Bub Theodor Kanitzer wurde als 12-jähriger nach Holland geschickt, wo er vor den Nazis sicher sein sollte. Als die deutsche Wehrmacht in Holland einmarschierte, schickte man Theodor mit dem Zug allein nach Österreich zurück, wo er eine Lehre absolvierte. Nach dem Krieg durfte er wieder in die Schule gehen und studierte Jus. Durch eine polnische Tante kam er zur ÖPG und hat dort unzählige Veranstaltungen organisiert.

Herausragend nannte Theodor Kanitzer in seiner Rede die große Festveranstaltung im Jahre 1983 mit dem Thema „300 Jahre Entsatz von Wien mit König Jan III Sobieski“.

Im Laufe der Geschichte waren mehrere Bundeskanzler und Bundespräsidenten sowie Minister Mitglieder und Förderer der Gesellschaft.

Der im 98 Lebensjahr stehende Präsident ist immer noch aktiv und rege – sowohl körperlich als auch geistig. Die Auszeichnung der ÖPG war demnach eine Auszeichnung für deren Präsidenten Prof. Theodor Kanitzer.

Musikalisch untermalt wurde der Abend durch ein polnisches Streichquartett bestehend aus Zuzanna Budzyńska-Ogryzek (Violine), Zuzanna Kuklińska (Violine), Weronika Izert (Viola) und Weronika Strugała (Violoncello). Nach der Urkundenverleihung wurde zum Empfang geladen und der Abend endete in entspannter und freundschaftlicher Atmosphäre. ■



Foto: Sebastian Kocou

Ein Blick in den Alois-Mock-Saal des BMEIA – am Wort ist ÖPG-Präsident Prof. Theodor Kanitzer

Österreich, Europa und die Welt / PaN



v.l.: ÖPG-Vizepräsident Manfred Wagner-Artzt, ÖPG-Vizepräsident-Johann Günther, PaN-Vorstand Greet Machek-Vos, PaN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz, ÖPG-Präsident Theodor Kanitzer, PaN-Präsident Hermann Mückler und Sektionsleiter Botschafter Chrostoph Thun-Hohenstein



Botschafter Clemens Koja moderierte die Festveranstaltung



Laudator PaN-Präsident Univ.-Prof. Hermann Mückler



ÖPG-Präsident Prof. Theodor Kanitzer bei seiner Rede...



... und während des Beifalls zu seinem beeindruckenden Schaffen



Untermalt wurde der Abend durch ein polnisches Streichquartett



ÖPG-Präsident Prof. Theodor Kanitzer mit den Musikerinnen

Foto: Sebastian Koczon

13th Arab-Austrian Economic Forum & Exhibition

Ministeraufgebot und zukunftsweisende Technologien beim 13. Arabisch-Österreichischen Wirtschaftsforum in Wien



Blick auf die TeilnehmerInnen des 13. Arabisch-Österreichischen Wirtschaftsforums im Haus der Wiener Wirtschaft

Technologische Innovationen und Geschäftsideen mit arabischen Ländern wurden beim diesjährigen, 13. Arabisch-Österreichischen Wirtschaftsforum vorgestellt, das am 27. November im Haus der Wiener Wirtschaft mit über 200 Teilnehmenden in Wien stattfand.

Das diesjährige Forum wurde von der Österreichisch-Arabischen Handelskammer (AACC) und der Wirtschaftskammer Wien (WKW), in Kooperation mit offiziellen Institutionen, internationalen Organisationen und diplomatischen Vertretungen veranstaltet und setzte den Fokus auf Energiestrategien und Wirtschaftszusammenarbeit mit arabischen Ländern. Im Rahmen der Eröffnung sprachen AACC-Präsident Bundesminister a.D. Werner Fasslabend, der stellvertretende Direktor der Wirtschaftskammer Wien und Standortanwalt für Wien Alexander Biach, der Wiener Landtagsabgeordnete und Gemeinderat Omar Al-Rawi in Vertretung der Stadt Wien, S.E. Hamad Alkaabi, Botschafter der Vereinigten Arabischen Emi-



v.l.: Jemenitischer Botschafter S.E. Haitham Shoja'adin, Libanesischer Botschafter S.E. Ibrahim Assaf, Minister Al-Ashwal, Jemen, Minister Bouchikian, Libanon, S.E. Botschafter Abdulaziz Almikhlafi und Generalsekretär Ghorfa

rate und aktueller Vorsitzender des Arabischen Botschafterrates in Österreich, Tareq Alnassar, stellvertretender Generaldirektor des OPEC Fund for International Development

Fotos: AACC, WKW / Philipp Hutter, Florian Wieser

Österreich, Europa und die Welt / PaN



AACC-Präsident Bundesminister a.D. Werner Fasslabend



Direktor-Stellvertreter der Wirtschaftskammer Wien Alexander Biach



Landtagsabgeordneter und Gemeinderat Omar Al-Rawi



S.E. Hamad Alkaabi, Botschafter der Vereinigten Arabischen Emirate



Stv. GD Tareq Alnassar, OPEC Fund for International Development



AACC-Generalsekretär Mouddar Khouja



Ahmed Abu Hisa, Industrieminister von Libyen



Mohammed Al-Ashwal, Industrieminister von Jemen

Fotos: AACC, WKW / Philipp Hutter, Florian Wieser

Österreich, Europa und die Welt / PaN



v.l.: Bundesminister a.D. Werner Fasslabend, Peter Lieber, (CEO SparxSystems Software GmbH Europe), Mario Müller (SFL Technologies GmbH GMBH), Handelsattaché Slaiman Alhomidan, Rakan AlGaraawi (Associate International Office Director), AACC- Generalsekretär Mouddar Khouja, Ahmed Alrakhis (Erster Sekretär der Botschaft Saudi-Arabiens in Wien)

sowie AACC- Generalsekretär Mouddar Khouja, der die Session moderierte.

Mit einer Trauerminute für die zahlreichen zivilen Opfer, Kinder und Frauen, sowie einem starken Appell für Frieden im Heiligen Land wurde dabei auch auf die aktuelle Lage in der Region Bezug genommen. Als besondere Ehrengäste nahmen der libysche Minister für Industrie & Mineralien S.E. Ahmed Abu Hisa, der jemenitische Minister für Industrie & Handel S.E. Mohammed Al-Ashwal, der libanesische Minister für Industrie S.E. George Bouchikian, ÖVAEG-PaN Präsident, LH a.D. Hans Niessl, sowie zahlreiche weitere Delegierte aus Libyen, Saudi-Arabien, Algerien, Jordanien, Syrien, Kuwait, Griechenland, Deutschland, Chile, Slowakei, Ungarn, Österreich und andere Länder teil.

In zwei hochkarätig besetzten Workshops unter der Leitung von BM aD Werner Fasslabend und Alexander Biach wurden innovative Ansätze zum Thema Erneuerbare Energie, Investmentpotential und Erfolgsgeschichten österreichisch-arabischer Zusammenarbeit in den Vereinigten Arabischen Emiraten und dem Königreich Saudi-Arabien präsentiert. In Präsenz des Botschafters von Saudi-Arabien. S.E. Abdullah Tawlah, sowie des Botschafters der Vereinigten Arabischen Emirate, S.E. Hamad Alkaabi, stellten offizielle Institutionen und Unternehmen ihre Portfolios sowie Ideen zur Kooperation mit arabischen Partnern vor.

Neben S.E. Botschafter Alkaabi nahmen folgende Sprecher am Workshop zu den Vereinigten Arabischen Emiraten teil: Markus Horcher, Director Sustainability & Public Affairs, Borealis AG; Andreas Harrer, Head of Subsurface Systems, Underground Ener-



v.l.: Walter J. Gerbautz (PaN-Generalsekretär), SE der jemenitische Botschafter Haitham Shojaa'adin, der Minister für Industrie und Handel von Jemen, SE Mohammed Al-Ashwal, und Eilika Gauhl von der Botschaft der Vereinigten Arabischen Emirate in Wien

gy Storage Technologies GmbH; Erwin Greiler, CEO, Royal Hydrogen LLC und Hassan Al Hashemi, Abu Dhabi Investment Office, Foreign Direct Investment (FDI) Department, der online zugeschaltet war.

Sprecher des Workshops zu Saudi-Arabien waren Rakan AlGaraawi, Associate International Office Director Germany, Ministerium für Investment, Saudi-Arabien; Eng. Slaiman A. Alhomidan, Commercial Attaché, Botschaft der Königreichs Saudi-Arabien in Berlin; Mario Müller, Head of R & D, Emerald Horizon AG; Peter Lieber, CEO SparxSystems Software GmbH Europe, Country Coordinator Ecomai Project und Ahmed Alomar, Business Development Manager – Energy Sector, Ministerium für Investment, Saudi-Arabien, der ebenfalls online teilnahm.

AACC-Präsident Fasslabend, der auch im Namen des Arabischen Präsidenten und Grün-

derters der Kammer KR Nabil Kuzbari trat, betonte die Wichtigkeit der respektvollen und offenen Zusammenarbeit sowohl im globalen und wirtschaftlichen Kontext.

Im Ausstellungsbereich boten die Botschaften von Irak, Jemen, Kuwait, Libyen, Palästina, Saudi-Arabien, Sudan, Syrien, Tunesien und Vereinigte Arabische Emirate den zahlreichen BesucherInnen mit Handwerkskunst, kulinarischen Köstlichkeiten und Informationsmaterial einen farbenfroh gestalteten Einblick in Kultur, Geschichte und Potential ihrer Länder.

Im Anschluß an das Forum nutzen die Gäste und BesucherInnen die Möglichkeit zum Netzwerken und Austausch, und wurden mit einem Buffet orientalischer Delikatessen verwöhnt, großzügig gesponsert von OMV AG und VimpeX HandelsgmbH. ■

<https://aacc.at/>

Nationalfeiertag am 26. Oktober



Foto: Peter Lechner/HBF

»Wir gehören zusammen und wir sollten füreinander da sein«

TV-Ansprache von Bundespräsident Alexander Van der Bellen

Liebe Österreicherinnen und Österreicher und alle, die in Österreich leben: Ich wünsche Ihnen einen schönen Nationalfeiertag.

Heute vor 68 Jahren beschloß der österreichische Nationalrat die immerwährende Neutralität Österreichs. Und heute vor 68 Jahren war der erste Tag, an dem nach Ende des Zweiten Weltkrieges keine fremden Truppen mehr auf unserem Hoheitsgebiet stehen durften. Ein großer Tag, ein wichtiger Tag für unser Land und alle, die hier leben.

Wir feiern heute unsere Heimat. Wir feiern Österreich.

Wir feiern heute, daß wir ein selbstbestimmtes, durch repräsentative Demokratie von seinem Volk regiertes Land im Herzen Europas sind.

Wir feiern, daß wir ein freies, ein wirtschaftlich starkes Land sind.

Wir feiern, daß Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern ein hohes Gut in unserer Gesellschaft ist, auch wenn wir diese noch nicht in allen Bereichen erzielt haben.

Wir feiern, daß wir die Menschenrechte achten. Und die Menschenpflichten einfordern von allen, die hier leben und leben wollen.

Wir feiern, daß wir ein friedvolles, friedliebendes Land sind.

Meine Damen und Herren, wir können für diesen Frieden nicht dankbar genug sein. Denn wir leben in einer Welt, in der dieser Friede alles andere als selbstverständlich ist.

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine tobt nach wie vor ungebrochen. Die grausame Terrorattacke der Hamas kann Israel nicht einfach hinnehmen. Und wohin diese Konflikte noch führen werden, ist unabsehbar.

Genauso wie die Folgen für die ganze Welt. Die Erschütterungen, die vielen Krisen, die als Konsequenz dieser und ähnlicher Konflikte um den Globus gehen, sind auch bei uns spürbar.

Und lassen Sie es mich an dieser Stelle ganz deutlich sagen: der terroristische Angriff der Hamas auf Israel ist schrecklich und verachtenswert. Die kalte, berechnende und systematische Art, wie gegen Kinder, Mütter, Väter gezielt vorgegangen wurde, wie sie gequält und getötet wurden ohne jedes Mitgefühl, das erinnert in ihrer tiefen, hoffnungslosen Dunkelheit an die schwärzesten Zeiten unserer Geschichte.

Es ist unsere immerwährende Verantwortung, gerade auch angesichts der schrecklichen, barbarischen Taten, die auf unserem

Boden an jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern verübt wurden, strikt und entschieden und aus tiefstem Herzen gegen jede Form von Antisemitismus aufzutreten. Antisemitismus hat hier keinen Platz. Haß hat hier keinen Platz.

Die Folgen des Hamas Terrors trugen und tragen zum überwiegenden Teil Zivilisten auf beiden Seiten. Am Ende sind es die Unschuldigen, unbeteiligte Kinder, Frauen, Männer, Familien, jene, die sich am wenigsten wehren können, die es am Schrecklichsten trifft. Das ist die unerbittliche Logik von Hass, Aggression, Terror und Krieg.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, unsere Gesellschaft in Österreich stellt diese und andere Belastungen auf die Probe: Wie reagieren wir als Gemeinschaft auf den Streß, der angesichts der Weltlage auf uns einwirkt?

Wie reagieren wir auf den Streß, der auf uns durch Faktoren wie Inflation und Teuerung einwirkt?

Auf uns, die wir die große Herausforderung einer Pandemie kaum erst bewältigt haben?

Wie gehen wir um mit der Belastung, die sich auch auf individueller Ebene spürbar

Innenpolitik

erhöht hat? Und all das vor dem Hintergrund der Klimakatastrophe, die sich zuspitzt und konkretes Handeln von uns verlangt?

Das ist viel. Sehr viel, ich weiß. Ich verstehe alle, denen das zu viel wird.

Wenn man täglich mit immer neuen schlimmen Nachrichten konfrontiert wird, die einen mit dem Gefühl zurücklassen, eh nichts ändern zu können, dann gerät man in Gefahr, abzustumpfen.

Ich habe Verständnis für Bürgerinnen und Bürger, die sich ab und zu aus dem Nachrichtenstrom ausklinken. Aber ich bitte Sie: Verlieren Sie trotz allem das Wesentliche nie ganz aus den Augen. Es darf uns niemals egal sein, wohin sich unser Land und unsere Welt bewegen.

Wir dürfen niemals soweit kommen, daß wir am Ende die Welt in die Einen und die Anderen aufteilen.

Die Einen, das wären wir und die Anderen wären dann die, die Schuld haben, die sogenannten Eliten oder die Andersdenkenden oder die Andersglaubenden oder die, die anders aussehen.

Das darf nicht passieren. Das dürfen wir nicht zulassen.

Es ist unsere Verantwortung als Politikerinnen und Politiker, daß wir nicht aus Gründen der Stimmenmaximierung in vermeintlich simple Erklärungsmodelle fallen, die unsere Gesellschaft am Ende auseinanderreiben. Es gibt diese einfachen Lösungen nicht. Populismus löst unsere Probleme nicht! Wir müssen uns um Wahrhaftigkeit bemühen. Und wir müssen zusammenarbeiten.

Ich fordere alle Politikerinnen und Politiker auf: Verlieren Sie sich nicht in Nebenschauplätzen und Scheindiskussionen. Das hilft niemandem weiter.

Liebe Politiker, liebe Politikerinnen, und ich meine damit alle Parteien: konzentrieren Sie sich auf Ihre wesentlichen Aufgaben und die Lösung von konkreten Problemen und verzichten Sie auf Vernebelung und Ablenkung.

Und allen Bürgerinnen und Bürgern wünsche ich Unterscheidungskraft. Zu erkennen, welche Nachrichten nur gemacht wurden,

um Klicks zu generieren, Aufmerksamkeit zu binden und so zu einer Überreizung und Abstumpfung beitragen.

Und zu erkennen, welche Nachrichten wesentlich und wichtig sind. Vertrauen Sie dabei auf die zahlreichen Journalistinnen und Journalisten, die ernsthaft und mit glaubwürdigen Quellen recherchieren.

Und bitte vergessen wir nicht, daß es in dieser Zeit, so dunkel und verwirrend sie auch scheinen mag, immer noch Licht gibt: Uns selber! Denn wir haben einander. Wir gehören zusammen und wir sollten füreinander da sein. Trotz all der Meinungsverschiedenheiten, die es geben mag: Österreich ist unser aller Heimat.

Und das Österreich, das ich kenne und an das ich glaube, ist mitfühlend, hilfsbereit, intelligent, vorausschauend, liberal, gastfreundlich, gesellig, frei und friedliebend.

Liebe Österreicherinnen und Österreicher und alle, die hier leben: Wir alle gemeinsam sind Österreich. Lassen Sie uns dieses Land und einander wertschätzen!

<https://www.bundespraesident.at/>



Foto: Bundesheer

Die Gardemusik marschiert auf den Wiener Heldenplatz

Innenpolitik

Hunderttausende Besucher, die auf den geschichtsträchtigen Platz gekommen waren, begleiteten die Angelobung von 950 Rekruten, darunter 25 Soldatinnen, die das Treuegelöbnis auf die Republik Österreich sprachen.

Die aktuellen Krisen und Konflikte und die damit verbundene Sicherheitslage sind am Nationalfeiertag im Zentrum der politischen Ansprachen gestanden. Sowohl Bundespräsident Alexander Van der Bellen als auch Bundeskanzler Karl Nehammer verurteilten bei ihren Reden anlässlich der Angelobung der Rekruten am Heldenplatz den Angriff der Hamas auf Israel scharf.

Bundespräsident Alexander Van der Bellen

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und der „grauenhafte und verabscheuungswürdige Angriff der Hamas auf die israelische Bevölkerung“ hätten aufgezeigt, „wie wichtig es ist, als Staat zur Verteidigung vorbereitet zu sein“, sagte Van der Bellen. Obwohl Österreich im Herzen Europas umgeben von befreundeten und friedliebenden Nachbarn liege, könne niemand „exakt“ voraussagen, wie sich die Sicherheitssituation Österreichs und Europas in der Zukunft darstellen wird. Daher sei es wichtig, als Staat resilient zu sein, so das Staatsoberhaupt: „Unverzichtbarer Teil einer solchen Resilienz ist ein leistungsfähiges Bundesheer.“

Van der Bellen brach einmal mehr eine Lanze für die „lange nicht für möglich gehaltene Aufwärtsbewegung“ des Heeres, die von „einem breiten Konsens“ getragen wer-



Foto: BKA/Florian Schrötter

Traditionelle Kranzniederlegung im Weihraum am Wiener Heldenplatz: Im Bild Bundeskanzler Karl Nehammer (r.) und Vizekanzler Werner Kogler

de. „Ich unterstütze diesen Fähigkeitsaufbau ausdrücklich“, betonte Van der Bellen: „Als Staatsoberhaupt und als Oberbefehlshaber des Bundesheeres erwarte ich, daß die Weiterentwicklung des Bundesheeres auch in den kommenden Jahren außer Streit stehen wird.“ Van der Bellen lobte zudem ausdrücklich die Aufstockung der Mittel für das Bundesheer.

Bundeskanzler Nehammer

„Es ist ein Privileg, den Menschen in unserem Land zu dienen. Und heute am Nationalfeiertag sind wir uns dem im besonderen Ausmaß bewußt. Das Neutralitätsgesetz,

das an diesem Tag im Jahr 1955 beschlossen wurde, steht im Vordergrund und steht für so vieles, was dieses Land und die Menschen in diesem Land ausmacht. Es sind tatsächlich fordernde Zeiten, auch die Neutralität ist so gefordert, wie schon lange nicht mehr. Wir sind im vollumfassenden Bekenntnis militärisch neutral und gleichzeitig haben wir eine Haltung und gerade in Zeiten wie diesen ist es notwendig, sie zu zeigen“, sagte Bundeskanzler Karl Nehammer in seiner Rede zur Angelobung der Rekrutinnen und Rekruten am Heldenplatz.

Gerade der Angriffskrieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine zeige, wie



Foto: BKA/Florian Schrötter

v.l.: Bundesministerin Klaudia Tanner, Bundeskanzler Karl Nehammer, Vizekanzler Werner Kogler und Generalstabschef Rudolf Striedinger

Innenpolitik

wichtig Haltung auch für ein militärisch neutrales Land und einen Teil der Europäischen Union sei: damit im Zusammenhang stehe, Verantwortung in der internationalen Gemeinschaft wahrzunehmen, Vertriebene aufzunehmen, humanitäre Hilfe zu leisten und an der Seite eines Landes zu stehen, das sein Territorium verteidige. „Das ist richtig und wichtig, denn das Völkerrecht ist das stärkste Fundament, gerade auch für jene Staaten, die sich militärisch neutral erklären“, so der österreichische Regierungschef.

In seiner Rede nahm der Bundeskanzler auch Bezug zur derzeitigen Situation in Israel, wo die Bevölkerung gerade eine Tragödie durchleide. Der Kanzler, der am Vortag für einen Solidaritätsbesuch nach Israel gereist war, berichtete von unfaßbarem Leid und Angst. „Ausgelöst und klar verantwortlich zu machen, ohne Wenn und Aber, ist die Terrororganisation Hamas, die unendlich viel Leid über die Menschen ins Israel gebracht hat, und auch derzeit viel Leid über die Palästinenserinnen und Palästinenser im Gazastreifen bringt, denn die Hamas nimmt auch sie als Geiseln“, bezog Nehammer klar Stellung.

In Zeiten wie diesen sei Geschlossenheit, Solidarität und Klarheit so wichtig und die Entschiedenheit im Kampf gegen den Terror ein Gebot der Stunde. „Wir gedenken bald dem Terroranschlag in Wien vor 3 Jahren. 4 Tote, mehr als 20 Verletzte, für die Angehörigen noch immer eine persönliche Katastrophe. Das ist das Verheerende am Terror, daß er die Menschen so sehr und so stark trifft“,



Foto: Dragan TATIC

Bundeskanzler Karl Nehammer bei seiner Rede zum Nationalfeiertag

so der Bundeskanzler, der festhielt, daß es daher so wichtig sei, eine wehrhafte Demokratie zu sein und Terrororganisationen mit aller Entschiedenheit zu verfolgen und zu bekämpfen: „Denn Terror will destabilisieren, Terror will Neid und Missgunst und vor allem Misstrauen säen, will die Einen gegen die Anderen ausspielen, Haß säen, daraus Emotion schüren und damit Gewalt provozieren.“

Die österreichische Gesellschaft müsse daher wachsam sein und Terrororganisationen, die in den sozialen Medien sehr präsent seien, keine Chance geben. Das sei eine gemeinsame Verantwortung. Nehammer zeigte

sich daher erfreut darüber, daß auch Vertreter der Religionsgemeinschaften am Festakt am Heldenplatz teilnahmen. Denn die Terrormaßnahmen seien kein Ausdruck von religiösen Konflikten, sondern ein Deckmantel, um die wahren Ziele, nämlich die Abschaffung von Grund- und Freiheitsrechten und das Beenden von Vielfalt zu erreichen.

Ein wesentlicher Garant für die Sicherheit sei das österreichische Bundesheer. Die Politik habe dafür die entsprechenden Rahmenbedingungen zu garantieren. Gerade auch der Krieg in der Ukraine habe gezeigt, wie wichtig eine militärische Landesverteidigung sei. Die Bundesregierung habe auf die



Foto: Bundesheer

Angelobung von 950 Rekruten, darunter 25 Soldatinnen, die das Treuegelöbnis auf die Republik Österreich leiseten

Innenpolitik



Foto: Bundesheer

Verteidigungsministerin Klaudia Tanner ermutigte die Anwesenden dazu, den SoldatInnen Respekt und Anerkennung entgegenzubringen.

angespannte finanzielle Lage des Bundesheeres reagiert und für das bisher höchste Verteidigungsbudget gesorgt. Mit dem europäischen Raketenabwehrprogramm „Sky Shield“ gehe man neue Wege, um eine Selbstverteidigungsfähigkeit im Bereich der Abwehr von Drohnen und Raketen zu haben. „Ja, es gibt viel zu tun, aber es dient der Sicherheit und der Schutz der Republik steht hier im Vordergrund“, führte der Bundeskanzler aus.

Den Rekrutinnen und Rekruten, die im Mittelpunkt der Feierlichkeiten standen, wünschte der Bundeskanzler alles Gute für den Dienst. Mit dem Eid auf die Verfassung der Republik und Österreich zu dienen gehe ein gutes Gefühl einher: „Denn Österreich ist ein gutes Land, ein starkes Land der Vielfalt und der Innovation. Es ist einer der schönsten Momente, wenn man als Soldatin, als Soldat für Sicherheit der Menschen in unserem Land sorgen kann. Dieser fordernde, herausfordernde Dienst liegt vor Ihnen. Als Bundeskanzler gebe ich Ihnen das Versprechen, daß wir die Rahmenbedingungen schaffen werden, damit Sie Ihrer Arbeit nachkommen können und wir gemeinsam weiter an der Zukunft dieses Landes bauen können: im Glauben an Österreich, an die Freiheit, Vielfalt und Toleranz“, so Bundeskanzler Karl Nehammer abschließend.

Verteidigungsministerin Klaudia Tanner

Die Verteidigungsministerin betonte in ihrer Ansprache die tiefgehende Symbolik der rot-weiß-roten Fahne, die weit über ein bloßes Stück Stoff hinausgeht. „Sie ist das

Sinnbild unserer Republik, unserer Gesellschaft und Gemeinschaft, ja unserer Familie und Heimat. Sie gibt uns Halt und Orientierung, sie ist es, die alles symbolisiert, für das es sich zu kämpfen lohnt.“ Weiters rief Tanner zur Wachsamkeit angesichts der instabilen geopolitischen Lage in der Welt auf und betonte die essenzielle Bedeutung einer gut ausgerüsteten und starken Armee für die Sicherheit der Heimat. „Nur wer sich im Frieden auf den Kampf vorbereitet, ist im Ernstfall in der Lage zu kämpfen, sich zu verteidigen, um das, was wir lieben, zu schützen.“

Tanner ermutigte die Anwesenden dazu, den Soldatinnen und Soldaten Respekt und Anerkennung entgegenzubringen. „Es sind Männer und Frauen, Töchter und Söhne, Mütter und Väter, Menschen aus der Mitte der Gesellschaft, die für unsere Gesellschaft alles geben.“

„In den vergangenen Jahren hat unser Heer Unglaubliches geleistet. Denken wir nur



Foto: Bundesheer

Das Österreichische Bundesheer präsentierte sich auch heuer wieder rund um den Nationalfeiertag traditionell mit einer Informations- und Leistungsschau an vier Standorten in Wien.

Innenpolitik

an die unzähligen Naturkatastrophen oder die Corona-Pandemie, bei der unser Heer alles getan und gegeben hat, um zu helfen. Doch nun müssen wir uns wieder unseren Kernaufgaben widmen. Die Hauptaufgabe ist es, unser Land mit der Waffe zu verteidigen – als Soldatinnen und Soldaten“, so Verteidigungsministerin Klaudia Tanner.

Am Nachmittag des Nationalfeiertags beschloß der Ministerrat die weitere Verlängerung der Auslandseinsätze des Bundesheeres. Etwa 770 SoldatInnen sorgen derzeit in 16 Auslandsmissionen für Stabilität und Sicherheit in Krisenregionen Europas und Afrikas, im Nahen Osten und in der Kaukasusregion. Darüber hinaus hält das Bundesheer in Österreich Verstärkungskräfte für internationale Aufgaben bereit.

„Österreich bekennt sich dazu, aktiv an der Bewältigung von Krisen und zur Sicherung des Friedens an internationalen Friedenseinsätzen teilzunehmen, um den neuen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden. Die Bewältigung aktueller sicherheitspolitischer Herausforderungen kann nur durch internationale Zusammenarbeit im europäischen Verbund erfolgen. Dies bedeutet, daß neben der Hauptaufgabe, der militärischen Landesverteidigung, auch die Teilnahme an internationalen Friedenseinsätzen eine bedeutende Priorität für das Bundesheer darstellt. Österreichs Soldatinnen und Soldaten haben sich dazu immer als verlässliche Partner erwiesen. Ich freue mich, daß wir als Regierung diesen Weg weiter konsequent beschreiten“, so Verteidigungsministerin Klaudia Tanner.

Die Auslandseinsätze des Bundesheeres

Seit 1960 waren über 100.000 Frauen und Männer in über 100 verschiedenen Einsätzen im Ausland: unter der Obhut der UNO, zunehmend auch der EU, der NATO, der OSZE oder anderer Organisationen. So versehen SoldatInnen beispielsweise in den drei großen Auslandsmissionen Österreichs unter Leitung der Europäischen Union in Bosnien und Herzegowina, unter NATO-Führung in der Kosovo-Mission und in der Blauhelm-Mission der UNO im Libanon ihren Auslandseinsatzdienst. Mit Beginn der 1990er-Jahre gehören die Auslandseinsätze – nach der militärischen Landesverteidigung – zu den Hauptaufgaben des Bundesheeres. Diese hohe Bedeutung der Auslandseinsätze hat in vielen Bereichen Auswirkungen auf die militärische Organisation und Ausbildung. ■

<https://www.bundesheer.at>



Foto: BKA/Florian Schrötter

Ministerrat der Österreichischen Bundesregierung am Nationalfeiertag



Foto: Bundesheer

KFOR-Soldaten errichten immer wieder überraschend Kontrollstellen, sogenannte Checkpoints.



Foto: Bundesheer

Patrouillentätigkeit des Österreichischen Bundesheers in Kabul

Demokratie in stürmischen Zeiten

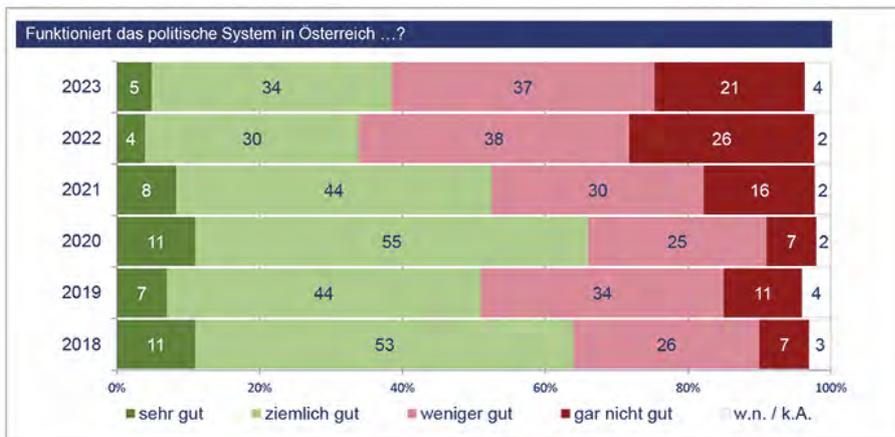
Demokratie Monitor 2023: Erste Ergebnisse liegen vor

Die Demokratie steht unter Druck: Global betrachtet ist ihr Niveau auf den Stand von 1986 zurückgefallen und zum ersten Mal seit zwei Jahrzehnten gibt es wieder mehr geschlossene Autokratien als liberale Demokratien¹⁾. Auch etablierte Demokratien sind vermehrt mit PolitikerInnen konfrontiert, die Wahlen gewinnen und ihre Macht auf Kosten der Parlamente, einer unabhängigen Justiz und der Grundrechte ausbauen²⁾. In derart stürmischen Zeiten hängt die Widerstandskraft einer Demokratie von zahlreichen Faktoren ab³⁾, auch ein demokratischer Grundkonsens unter den BürgerInnen ist Teil der Resilienz einer Demokratie. Hier setzt der Demokratie Monitor 2023 vom SORA Institute for Social Research and Consulting an:

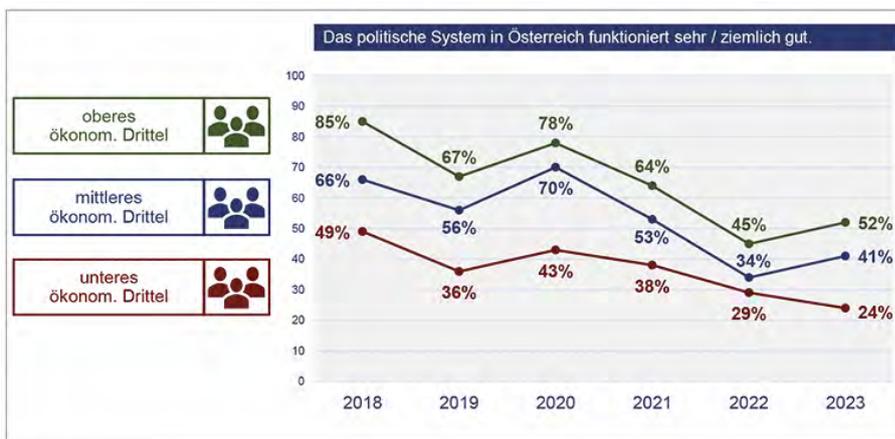
Seit 2018 untersucht der Demokratie Monitor einmal pro Jahr, was die Menschen in Österreich über das politische System und die Demokratie im Allgemeinen denken. Die diesjährige repräsentative Befragung von 2.081 Menschen ab 16 Jahren fand zwischen dem 30. September und dem 12. Oktober statt, die Interviews wurden telefonisch und online durchgeführt.

Zufriedenheit mit dem politischen System steigt etwas an, verbleibt jedoch auf niedrigem Niveau

Derzeit denken 39 % der Menschen, daß das politische System in Österreich gut funk-



Frage: „Alles in Allem betrachtet: Funktioniert das politische System in Österreich derzeit sehr gut, ziemlich gut, weniger gut oder gar nicht gut?“ (dargestellt: sehr / ziemlich gut)



Frage: „Alles in Allem betrachtet: Funktioniert das politische System in Österreich derzeit sehr gut, ziemlich gut, weniger gut oder gar nicht gut?“ (dargestellt: sehr / ziemlich gut)

tioniert. Das ist ein Anstieg von fünf Prozentpunkten im Vergleich zu 2022, als die Zufriedenheit ihren tiefsten Wert seit Erhebungsbeginn erreicht hatte (34 %). Im Jahresvergleich hat sich die Zufriedenheit also etwas verbessert, sie liegt jedoch immer noch deutlich unter dem Ausgangswert von 2018: Im ersten Demokratie Monitor waren knapp zwei Drittel (64 %) der Menschen davon überzeugt, daß unser politisches System gut funktioniert.

In den mittleren und oberen Etagen der Gesellschaft erholt sich die Zufriedenheit, im unteren Drittel setzt sich ihr Sinkflug fort

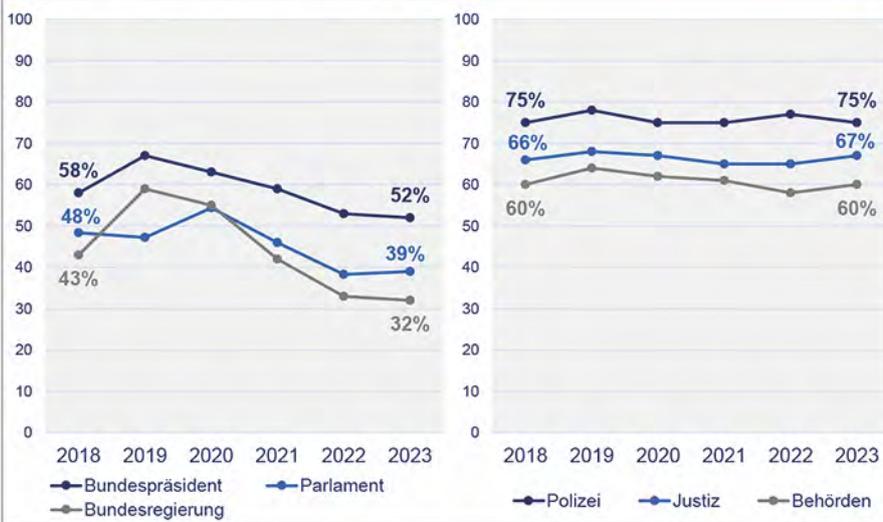
Das Ausmaß der Zufriedenheit hängt v.a. mit der ökonomischen Lage der Menschen zusammen⁴⁾, wobei im Zeitverlauf zwei unterschiedliche Entwicklungen zu beobachten

sind: Im mittleren und oberen Drittel⁵⁾ ist die Zufriedenheit mit dem politischen System von 2020 bis 2022 erodiert. Mit zunehmender Dauer der Pandemie, dem wiederholten Aufflammen von Korruptionsvorwürfen und der steigenden Inflation dachten 2022 nur noch halb so viele Menschen wie 2020, daß das politische System in Österreich gut funktioniert – im oberen Drittel ist die Zufriedenheit von 78 % auf 45 %, im mittleren Drittel von 70 % auf 34 %, gefallen. Nun kann eine erste Erholung festgehalten werden: Aktuell denken 52 % der Menschen im oberen und 41 % der Menschen im mittleren Drittel, daß das politische System gut funktioniert – ein Plus von jeweils sieben Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr. Im unteren Drittel fällt die Zufriedenheit dagegen über alle Erhebungsjahre hinweg gering aus und sie schwankt auch weniger entlang aktueller Er-

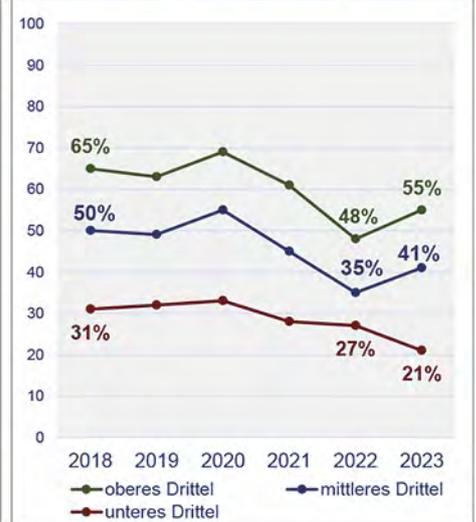
¹⁾ V-Dem Institute (2023): Democracy Report 2023. Gothenburg: V-Dem Institute.
²⁾ Levitsky, Steve / Ziblatt, Daniel (2018): How democracies die. New York: Penguin. Przeworski, Adam (2019): Crises of democracy. Cambridge: University Press. Keane, John (2020): The new despotisms. Cambridge: University Press.
³⁾ Merkel, Wolfgang / Lührmann, Anna (2021): Resilience of democracies: responses got illiberal and authoritarian responses. In: Democratization, 28(5), 869-884.
⁴⁾ Im statistischen Modell wurden außerdem berücksichtigt: Geschlecht, Alter, formale Bildung, Berufsqualifizierung, Stadt/Land, Parteipräferenz.
⁵⁾ Die ökonomischen Drittel werden auf Basis des Äquivalenzeinkommens (netto) und der Einschätzung zur finanziellen Absicherung für die Zukunft berechnet. Das Äquivalenzeinkommen ist der Wert, der sich aus dem Gesamteinkommen des Haushalts und der Anzahl sowie dem Alter der von diesem Einkommen lebenden Personen ergibt. Das untere Drittel verfügt über eine Äquivalenzeinkommen von unter 1600 Euro, das mittlere Drittel von unter 2200 Euro.

Innenpolitik

Vertraue folgenden Institutionen sehr oder ziemlich:



Vertraue dem Parlament sehr oder ziemlich:



Frage: „Vertrauen Sie folgenden Institutionen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht?“ (dargestellt: sehr / ziemlich)

ereignisse. Ihr höchster Wert wurde 2018 gemessen: Im ersten Demokratie Monitor war immerhin noch die Hälfte (49 %) der Menschen davon überzeugt, daß das politische System gut funktioniert, inzwischen ist es nur mehr ein Viertel (24 %). Hinzu kommt, daß die Zufriedenheit im unteren Drittel seit 2020 kontinuierlich sinkt. Im Gegensatz zum oberen und mittleren Drittel gilt dies auch für die vergangenen zwölf Monate – die aktuelle Zufriedenheit liegt erneut fünf Prozentpunkte unter jener des Vorjahres.

Auch das Repräsentationsdilemma entschärft sich im mittleren und oberen Drittel, während es sich im unteren Drittel zuspitzt

Vergangenes Jahr hat der Demokratie Monitor festgehalten, daß über einen Zeitraum von zumindest zwei Jahren das Vertrauen in jene Institutionen stark gesunken ist, denen BürgerInnen die Vertretung ihrer politischen Anliegen übergeben – dazu zählen das Parlament, die Parteien oder die Bundesregierung.

Im Gegensatz dazu blieb das Vertrauen in die Polizei, das Justizsystem oder die Behörden konstant. Letzteres gilt nach wie vor: Derzeit vertrauen der Polizei 75 % der Menschen, der Justiz 67 % und den Behörden 60 % – das sind ebenso viele wie in den Jahren zuvor.

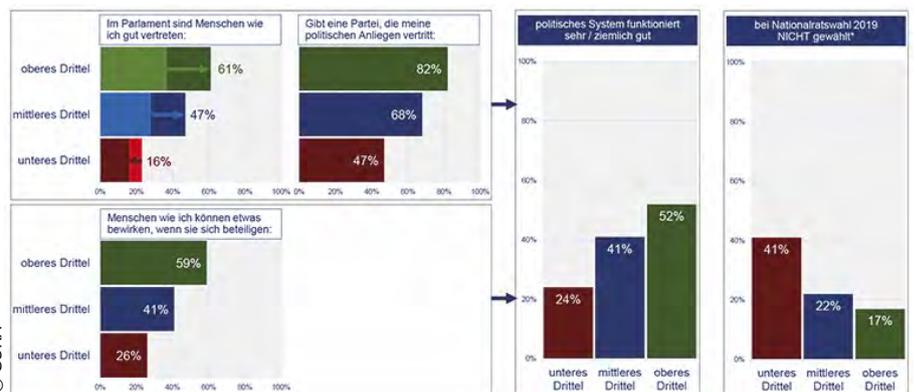
Insgesamt betrachtet scheint sich heuer auch das Vertrauen in die repräsentativen Institutionen stabilisiert zu haben, allerdings

auf deutlich niedrigerem Niveau: Dem Bundespräsidenten vertrauen derzeit 52 %, dem Parlament 39 % und der Bundesregierung 32 % – genauso viele wie im Vorjahr. Dasselbe gilt für die Parteien: Anschließend an letztes Jahr berichtet auch heuer wieder etwas mehr als jede/jeder Dritte (36 %), keine Partei zu finden die die eigenen politischen Anliegen vertritt (zum Vergleich: 2018 waren es 13 %).

Diese Stabilisierung auf Ebene der Gesamtbevölkerung speist sich jedoch aus zwei einander entgegengesetzten Entwicklungen: Während das Vertrauen in die repräsentativen Institutionen unserer Demokratie im mittleren und oberen Drittel angestiegen ist, ist es im unteren Drittel erneut gesunken. So vertrauen dem Parlament derzeit 41 % im mittleren und 55 % im oberen Drittel – ein Plus von 6 bzw. 7 Prozentpunkten im Vergleich zum Vorjahr. Im unteren Drittel liegt das Vertrauen in das Parlament aktuell bei 21 % und damit um 6 Prozentpunkte niedriger als vor einem Jahr.

Erfahrung von mangelnder Repräsentation schwächt das Systemvertrauen und die politische Beteiligung

Je häufiger von mangelnder Repräsentation berichtet wird, desto geringer ist das Systemvertrauen. Erfahrungen von unzureichender politischer Vertretung sind wiederum eng an die Lebenslage der Menschen geknüpft und im unteren Drittel, wo wenig Ressourcen, niedriger sozialer Status und geringe gesellschaftliche Anerkennung zusammentreffen, am weitesten verbreitet. Im Zeitverlauf sticht außerdem hervor, daß mangelnde Repräsentation eine kontinuierliche Erfahrung des unteren Drittels ist⁶⁾, während sie in der Mitte und im oberen Drittel eher punktuell auftritt. Derzeit sind z.B. 61% der Menschen im oberen und 47% im mittleren Drittel davon überzeugt, im Parlament gut vertreten zu sein – vor einem Jahr waren es mit 37% bzw. 28% noch deutlich weniger. Im unteren Drittel dachten demgegenüber bereits 2018 lediglich 26%, daß sie im Parlament gut vertreten sind, letztes Jahr waren es 23% und



Frage: „Stimmen Sie folgenden Aussagen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu?“ (dargestellt: sehr / ziemlich)

⁶⁾ Siehe hierzu auch: Ehs, Tamara / Zandonella, Martina (2021): Demokratie der Reichen? Soziale und politische Ungleichheit in Wien. In: Wirtschaft und Gesellschaft 47(1), 63-102.

Innenpolitik

derzeit sind es nur mehr 16 %. Der Großteil des oberen Drittels (82 %) und die Mehrzahl des mittleren Drittels (68 %) findet inzwischen auch wieder eine Partei, die die eigenen politischen Interessen vertritt. Im unteren Drittel gilt dies nach wie vor für nicht einmal die Hälfte der Menschen.

Dies hat weitreichende Auswirkungen, nicht nur auf das Systemvertrauen: Im unteren Drittel sind derzeit nur mehr 26 % davon überzeugt, mit politischer Beteiligung etwas bewirken zu können. Mit Blick auf die kommende Nationalratswahl ist an dieser Stelle daran zu erinnern, daß bereits bei der letzten Wahl 41 % der wahlberechtigten Menschen im unteren Drittel ihre Stimme nicht abgeben haben – im Vergleich zu 22 % im mittleren und 17% im oberen Drittel⁷⁾.

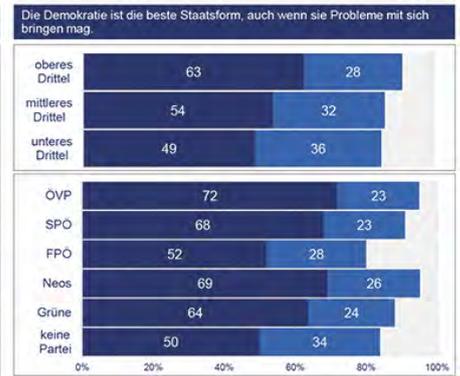
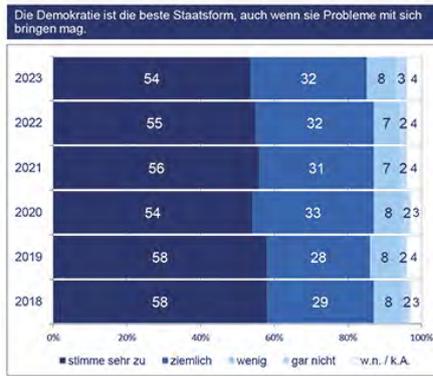
Stabiler Konsens: Beinahe neun von zehn Menschen von der Demokratie überzeugt

Während die Zufriedenheit mit dem politischen System und das Vertrauen in seine Institutionen aktuellen Schwankungen unterliegen, bleibt die Haltung der Menschen zur Demokratie über die Jahre hinweg stabil: Derzeit denken 86 %, daß die Demokratie die beste Staatsform ist – das sind ebenso viele wie in den Jahren zuvor.

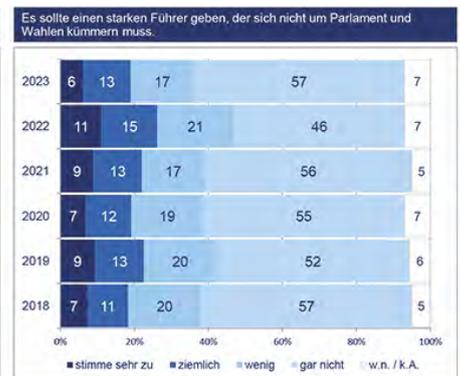
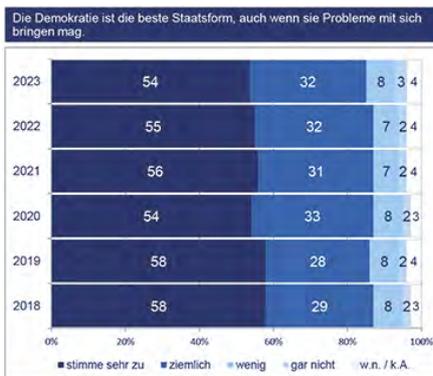
Meinungsunterschiede zwischen gesellschaftlichen Gruppen fallen entlang der ökonomischen Drittel und entlang der Parteipräferenz am stärksten aus⁸⁾. In beiden Fällen geht es jedoch nicht um gänzlich unter-

⁷⁾ Demokratie Monitor 2019

⁸⁾ Im statistischen Modell wurden außerdem berücksichtigt: Geschlecht, Alter, formale Bildung, Berufsqualifizierung, Stadt/Land.



Stabiler Konsens: Überwiegende Mehrzahl von der Demokratie überzeugt



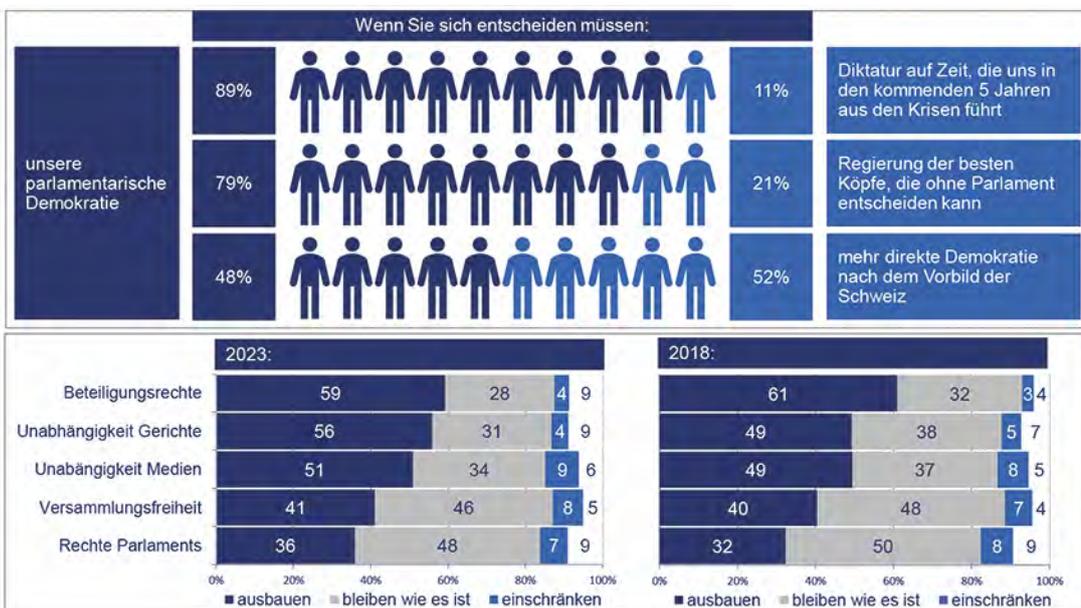
Der Wunsch nach einem „starken Führer“ hat wieder abgenommen

schiedliche Mehrheiten, sondern um graduelle Unterschiede bei weitgehendem Konsens: In jeder Gruppe – also sowohl im unteren, mittleren und oberen Drittel, als auch bei den unterschiedlichen Parteianhängern – sprechen sich zumindest 80% für die Demokratie als bester Staatsform aus und jeweils zumindest die Hälfte stimmt dem „sehr“ zu: Die gegenteilige Ansicht – daß es einen starken Führer geben sollte, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern

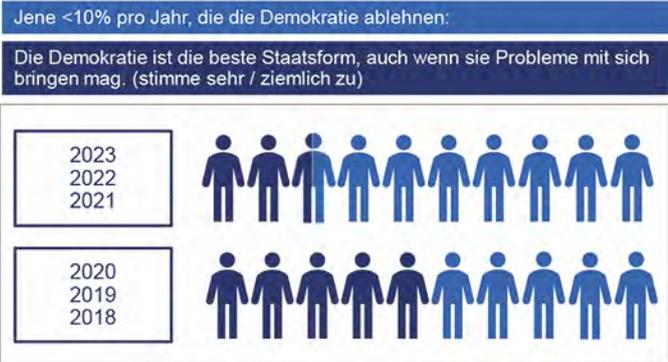
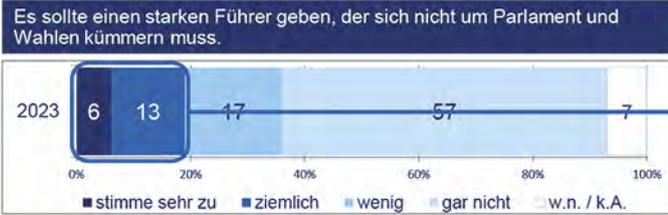
muß – vertreten derzeit 19 % der Menschen in Österreich. Nach einem deutlichen Anstieg im Vorjahr ist die Zustimmung hierzu heuer wieder auf das Vorkrisenniveau von 2018 gefallen (im Vergleich zum Vorjahr: minus sieben Prozentpunkte).

Demokratie deutlich attraktiver als ihre Alternativen

Werden wir konkreter: Wie viele Menschen sind dazu bereit, unsere bestehende



Innenpolitik



© SORA

Demokratie gegen ein anderes politisches System einzutauschen? Vor die Wahl gestellt zwischen der parlamentarischen Demokratie österreichischen Zuschnitts und einer

„Diktatur auf Zeit“, die das Land in den kommenden fünf Jahren aus den Krisen führen soll, sprechen sich 11 % für letztere aus. Eine „Regierung der besten Köpfe“, die ohne das Parlament Entscheidungen treffen kann, ziehen 21 % der parlamentarischen Demokratie vor.

Deutlich stärkere Konkurrenz bekommt unser System von der anderen Seite – nicht weniger, sondern mehr Mitbestimmung überzeugt die Menschen. Demnach fällt die Entscheidung zwischen der parlamentarischen Demokratie und mehr direkter Demokratie nach Schweizer Vorbild dann auch mit 48 % zu 52 % knapp zugunsten letzterer aus.

Nun bedeutet mehr direkte Demokratie nicht automatisch eine bessere demokratische Qualität – vor allem dann nicht, wenn parlamentarische Prozesse ausgehöhlt und durch polarisierende ja/nein-Abstimmungen ersetzt werden⁹⁾. Für die Einschränkung der Rechte des Parlaments spricht sich in Österreich jedoch kaum jemand aus (8 %), im Gegenteil: Während 48 % mit dem Status Quo zufrieden sind, fordern 36 % deren Ausbau.

Aber: Ein zunehmend radikalierter, antidemokratischer Rand

Auch bei jenen 19 %, die derzeit einem „starken Führer, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muß“ zustimmen, fällt die Entscheidung im Zweifelsfall für die

Demokratie. Das Ergebnis ist zwar deutlich knapper als in der Gesamtbevölkerung, dennoch eindeutig: Werden die Menschen gebeten, eine Wahl zu treffen, stimmen zwei von drei für unsere parlamentarische Demokratie, eine/einer von drei für eine „Diktatur auf Zeit“.

Schränken wir diese Gruppe auf jene ein, die die Demokratie tatsächlich ablehnen, bleibt ihr Anteil mit jeweils etwas unter 10 % über die Jahre hinweg konstant. Innerhalb dieser Minderheit hat in den vergangenen Jahren jedoch eine bedeutende Veränderung stattgefunden: Mit zunehmender Dauer der Pandemie fiel bereits 2021 eine Konsolidierung dahingehend auf, daß die Ambivalenzen in ihren antidemokratischen Einstellungsmustern geringer wurden¹⁰⁾.

Inzwischen spricht diese Gruppe sich auch doppelt so häufig wie noch 2018 für die Einschränkung demokratischer Rechte aus: Jede/jeder vierte bis jede/jeder Dritte von

ihnen denkt derzeit, daß die Bundesregierung die Rechte des Parlaments, die Unabhängigkeit der Gerichte, die Unabhängigkeit der Medien, die Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie Beteiligungsrechte einschränken sollte.

Studienautorin Martina Zandonella: „Der sich radikalisierende Rand ist eine besorgniserregende Entwicklung. Sich allein darauf zu konzentrieren, verdeckt jedoch eine zweite zentrale Erkenntnis: Auch in stürmischen Zeiten kann sich die Demokratie auf den Großteil ihrer BürgerInnen verlassen.“

Das SORA Institut wurde im Jahr 1996 von Christoph Hofinger und Günther Ogris gegründet und zählt zu den führenden privaten sozialwissenschaftlichen Instituten in Europa. SORA forscht im Auftrag der Europäischen Kommission, von Bund, Ländern und Gemeinden sowie namhafter Privatunternehmen.

<https://www.sora.at>

Datengrundlage des Demokratie Monitor: Sechs Repräsentative Bevölkerungsbefragungen

	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Grundgesamtheit	in Österreich lebende Menschen ab 16 Jahren					
Art der Befragung	Telefon (CATI*)- und Online (CAWI**) Interviews, durchgeführt von Jaksch & Partner OG, Linz					
Stichprobenziehung	CATI: Zufallsstichprobe aus dem öffentlichen Telefonbuch & RLD***-generierte Telefonnummern CAWI: Ziehung aus dem offline rekrutierten Access-Panel					
Stichprobe	2.158 Befragte	2.165 Befragte	2.188 Befragte	2.003 Befragte	2.164 Befragte	2.081 Befragte
Gewichtung	Geschlecht, Alter, formale Bildung, Erwerbstatus, Region, Stadt / Land					
maximale Schwankungsbreite****	+/- 2,1%	+/- 2,1%	+/- 2,1%	+/- 2,2%	+/- 2,1%	+/- 2,1%
Befragungszeitraum	16.08. bis 02.10.	12.08. bis 30.09.	17.08. bis 10.10.	13.08. bis 06.10.	07.09. bis 21.10.	30.08. bis 12.10.

*Computer Assisted Telephone Interviews. **Computer Assisted Web Interviews. ***Random Last Digit (zufällige letzte Ziffer). ****Bereich um den Stichprobenwert, innerhalb dessen der tatsächliche Wert in der Grundgesamtheit mit 95% Wahrscheinlichkeit liegt

⁹⁾ Müller, Jan Werner (2016): Was ist Populismus? Berlin: Suhrkamp.

¹⁰⁾ Demokratie Monitor 2019

Wirtschaft

Konjunkturlage in Österreich bleibt angespannt

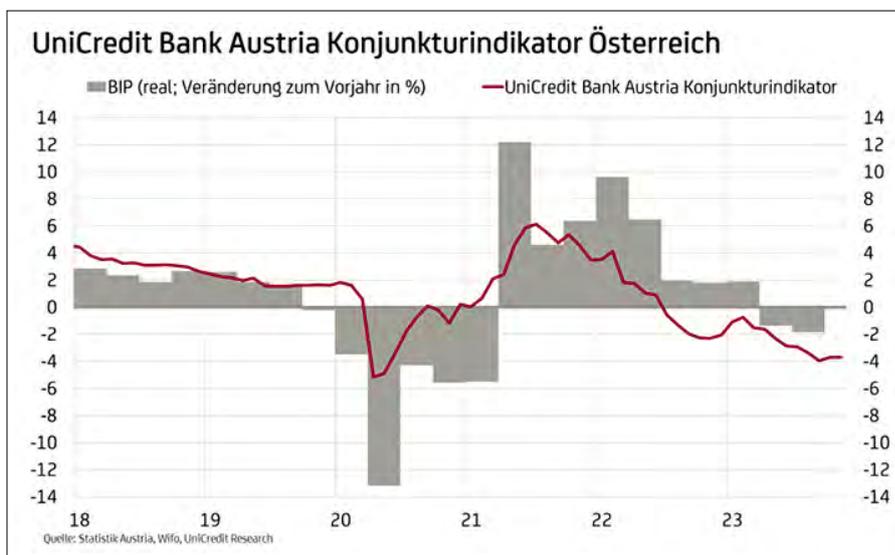
Bodenbildung, aber noch keine Erholung zum Jahresausklang: Der UniCredit Bank Austria Konjunkturindikator verharrte im November bei minus 3,7 Punkten

Die Schwächephase der österreichischen Wirtschaft hält unvermindert an. „Der UniCredit Bank Austria Konjunkturindikator verharrte im November bei 3,7 Punkten. Damit setzt sich die konjunkturelle Bodenbildung zwar fort, doch ein Aufwärtstrend der österreichischen Wirtschaft ist vorerst weiterhin nicht in Sicht“, meint UniCredit Bank Austria Chefökonom Stefan Bruckbauer. In keinem Bereich der österreichischen Wirtschaft ist derzeit ein stabiler Trend zu erkennen, der eine positive Richtung für die Gesamtwirtschaft vorgeben würde.

„Während sich in der Bauwirtschaft der Pessimismus etwas abgebaut hat, trübte sich in der heimischen Industrie die Stimmung gegen Jahresende erneut ein, obwohl sich das globale Umfeld leicht verbesserte. Auf den Dienstleistungssektor wirkten sich die herausfordernden Vorgaben aus dem Produktionssektor wieder stärker negativ aus und sorgten für eine spürbare Stimmungsver schlechterung trotz abflauenden Gegenwinds des Verbrauchervertrauens“, so Stefan Bruckbauer.

Pessimismus in allen Wirtschaftssektoren

Der UniCredit Bank Austria Konjunkturindikator konnte im November die Verbesserung des Vormonats nicht fortsetzen. Grund dafür war die erneute Verschlechterung der Stimmung in der heimischen Industrie infolge weiter sinkender Aufträge und die zunehmenden Sorgen über die Wettbewerbsfähigkeit angesichts einer hohen Kostendynamik. Dies konnte auch die leichte Verbesserung des Exportumfelds durch positive Vorgaben insbesondere aus den Wachstumsmärkten nicht ändern. Während sich der Pessimismus im Dienstleistungssektor trotz guter Nachfrage im Tourismus aufgrund der rückläufigen Einzelhandelsumsätze wieder erhöhte, verbesserte sich die Stimmung in der Bauwirtschaft. Während sowohl in der Industrie als auch im Dienstleistungssektor die Stimmung in Österreich zum Jahresausklang 2023 deutlich im pessimistischen Bereich liegt, erreichte die Geschäftseinschät-



zung der heimischen Bauunternehmer wieder den langjährigen Durchschnitt. Im Vergleich zum Euroraum ist die Stimmung in der österreichischen Wirtschaft in allen Sektoren weiterhin klar im Rückstand.

Aussicht auf zumindest geringes Erholungstempo ab 2024

Die österreichische Wirtschaft befindet sich seit dem Frühjahr in einer Rezession, die sich bis zum Jahresende 2023 ziehen dürfte. Aufgrund des noch relativ guten Starts ins vJahr wird sich der Rückgang des BIP im Gesamtjahr 2023 mit rund 0,5 Prozent jedoch in Grenzen halten.

„Wir gehen davon aus, daß im Jahresverlauf 2024 eine moderate Erholung einsetzt, die einen leichten Anstieg des BIP um 0,3

Prozent ermöglichen sollte. Für 2025 erwarten wir eine Fortsetzung des moderaten Wachstumskurses mit einem Anstieg des BIP um rund 1,5 Prozent“, meint UniCredit Bank Austria Ökonom Walter Pudschedl. Unterstützt durch die weitere Verlangsamung der Inflation werden steigende Reallöhne einen Aufwärtstrend des Konsum ermöglichen. Nach dem starken Abbau der Lagerbestände im Jahr 2023 wird zudem die Trendwende im Lagerzyklus für Wachstumspulse sorgen. Auch der langsam wieder stärker in die Gänge kommende Welthandel dürfte die österreichische Wirtschaft unterstützen. Die weiterhin restriktive Geldpolitik wird jedoch auch 2024 eine große Herausforderung für die Investitionstätigkeit darstellen und damit das Erholungstempo be-

Österreich Konjunkturprognose	Prognose								
	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Wirtschaftswachstum (real, Vdg. z. Vorjahr)	2,3	2,4	1,5	-6,6	4,2	4,8	-0,5	0,3	1,5
Industrieproduktion (real, Vdg. z. Vorjahr)	4,2	4,2	0,0	-7,1	11,0	6,1	-2,0	1,0	3,5
Privater Konsum (real, Vdg. z. Vorjahr in %)	2,0	1,1	0,5	-8,5	4,2	5,7	-0,5	0,3	1,9
Investitionen (real, Vdg. z. Vorjahr in %) ^{*)}	4,2	4,4	4,5	-5,5	6,1	0,1	-2,4	0,5	2,4
Inflationsrate (Vdg. zum Vorjahr in %)	2,1	2,0	1,5	1,4	2,8	8,6	7,8	3,6	2,3
Arbeitslosenquote (nationale Definition)	8,5	7,7	7,4	9,9	8,0	6,3	6,4	6,7	6,5
Beschäftigung (Vdg. zum Vorjahr in %) ^{**)}	2,0	2,5	1,6	-2,0	2,5	3,0	1,1	0,5	1,1
Öff. Haushaltssaldo (in % des BIP)	-0,8	0,2	0,6	-8,0	-5,8	-3,5	-2,8	-2,5	-2,5
Öff. Verschuldung (in % des BIP)	78,5	74,1	70,6	83,0	82,5	78,4	76,8	76,6	76,3

^{*)} Bruttoanlageinvestitionen ^{**)} ohne Karenzgelddesbezieher, Präsenzdiener und Schulungen
Quelle: UniCredit Research

Wirtschaft

grenzen. Auch das durch die hohe Inflation gesunkene Sparvermögen sowie der auslaufende Nachholbedarf von z.B. touristischen Dienstleistungen und die weniger unterstützende Fiskalpolitik werden ihre Wirkung zeigen.

Während der Dienstleistungssektor, gestützt durch die steigende Kaufkraft der Haushalte, bei der wirtschaftlichen Erholung zeitlich voranschreiten dürfte, wird die Lage am Bau, insbesondere im Hochbau, und vor allem in der Industrie noch länger angespannt bleiben und voraussichtlich erst im Jahr 2025 eine klare Aufwärtstendenz zeigen.

Arbeitslosigkeit steigt vorerst noch weiter, doch Trendwende für Herbst 2024 erwartet

Infolge der schwachen Konjunktorentwicklung hat sich die Lage am Arbeitsmarkt mittlerweile spürbar verschlechtert. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote ist in Österreich von 6,2 Prozent zu Jahresbeginn auf aktuell 6,6 Prozent gestiegen. Während in einigen Dienstleistungsbranchen die Arbeitslosigkeit 2023 sogar gesunken ist, wird der Aufwärtstrend durch die Entwicklung am Bau und in der Sachgüterindustrie bestimmt. Der stärkste Anstieg zeigt sich jedoch bei Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen. Diese Branche inkludiert die Vermittlung von Leiharbeitern, somit ist dieser Zuwachs ursächlich auch vor allem den Produktionsbereichen zuzuschreiben.

Die günstige Entwicklung zu Jahresbeginn hat den Anstieg der Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 2023 auf 6,4 Prozent nach 6,3 Prozent im Vorjahr begrenzt. „Die Lage auf dem Arbeitsmarkt dürfte sich trotz der Aussicht auf eine beginnende Erholung der Konjunktur vorerst noch weiter verschlechtern. Wir erwarten für 2024 einen Anstieg der Arbeitslosenquote auf durchschnittlich 6,7 Prozent. Erst ab dem Herbst sollte das stärkere Wirtschaftswachstum eine Trendwende ermöglichen, die die Arbeitslosenquote 2025 auf voraussichtlich 6,5 Prozent senken dürfte“, meint Pudschedl. Die relativ rasche Trendumkehr wird durch die Enge am heimischen Arbeitsmarkt ermöglicht werden. Bedingt durch demografische Effekte, wie dem Ausscheiden geburtenstarker Jahrgänge aus dem Arbeitsprozeß, wird die Entwicklung der Beschäftigung und des angebotenen Arbeitszeitvolumens in Österreich kaum mit dem Bedarf schritthalten können.

Inflationrückgang setzt sich fort, aber langsamer

Nachdem die Inflation zu Beginn des Jahres einen zweistelligen Höchststand erreicht hatte, haben vor allem niedrigere Energie- und Rohstoffpreise einen deutlichen Rückgang ermöglicht, der jedoch gegen Jahresende an Tempo eingebüßt hat. Während der erneute Rückgang des Rohölpreises infolge der Abschwächung der globalen Nachfrage sowie das Nachlassen des Preisauftriebs bei Nahrungsmittelpreisen die Teuerung spürbar dämpfen, sorgen starke Zweitrundeneffekte sowie in manchen Dienstleistungsbranchen eine weiterhin starke Nachfrage für eine verhaltene Verlangsamung der Kerninflation. Da die Teuerung zum Jahresausklang weiterhin über 5 Prozent betragen sollte, wird sich die Inflation in Österreich 2023 nur auf durchschnittlich 7,9 Prozent reduzieren, nach 8,6 Prozent im Vorjahr.

Die Inflation wird damit 2023 deutlich den Jahresdurchschnitt im Euroraum von voraussichtlich 5,5 Prozent übersteigen. Der erwartete Rückgang der Teuerung im Jahr 2024 und 2025 wird in Österreich auch weiterhin langsamer erfolgen als im Euroraum. Dies ist auf stärkere Energiepreisanstiege zurückzuführen, die höhere Folgeeffekte, z. B. durch die indexierten Mieten, ausgelöst haben. „Trotz eines moderaten Anstiegs vieler Dienstleistungspreise durch die spürbaren Lohnerhöhungen erwarten wir eine Verlangsamung der Inflation 2024 auf 3,6 Prozent und im Jahr 2025 auf 2,3 Prozent“, so Pudschedl.

Zinswende steht vor der Tür

Die Straffung der Geldpolitik hat den Höhepunkt erreicht, die geldpolitische Wende kommt in Sicht. „Angesichts der schwachen Konjunktur und des deutlichen Rückgangs der Inflation im Euroraum wird der nächste Schritt der EZB eine Absenkung der Leitzinsen sein. Wir erwarten eine erste Lockerung der Geldpolitik jedoch erst im Juni 2024 und eine vorsichtige Annäherung an das neutrale Zinsniveau. Bis Ende 2024 dürften die Leitzinsen um 75 Basispunkte und 2025 um weitere 100 Basispunkte gesenkt

	BIP real Veränderung zum Vorjahr	UniCredit Bank Austria Konjunktur- Indikator
Dez.98	3,0	3,1
Dez.99	4,3	4,1
Dez.00	3,3	3,6
Dez.01	0,0	1,1
Dez.02	1,1	2,1
Dez.03	1,4	2,5
Dez.04	3,4	2,6
Dez.05	2,8	2,6
Dez.06	3,7	3,6
Dez.07	3,5	2,9
Dez.08	-1,5	-1,3
Dez.09	-1,3	0,9
Dez.10	2,6	2,4
Dez.11	1,4	0,6
Dez.12	0,2	0,6
Dez.13	0,2	1,5
Dez.14	0,4	0,9
Dez.15	1,3	1,6
Dez.16	2,5	2,9
Dez.17	2,7	4,6
Dez.18	2,7	2,6
Mär.19	2,6	2,2
Jun.19	1,9	1,6
Sep.19	1,7	1,6
Dez.19	-0,2	1,6
Mär.20	-3,5	0,6
Jun.20	-13,2	-3,4
Sep.20	-4,3	0,1
Dez.20	-5,6	0,2
Mär.21	-5,5	2,1
Jun.21	12,2	5,9
Sep.21	4,6	4,8
Dez.21	6,4	3,5
Mär.22	9,6	1,8
Jun.22	6,5	0,9
Sep.22	2,0	-2,0
Dez.22	1,8	-2,0
Mär.23	1,9	-1,5
Jun.23	-1,4	-2,9
Sep.23	-1,8	-4,0
Okt.23		-3,7
Nov.23		-3,7

Q: UniCredit Research

werden, so daß sich der Refinanzierungssatz von aktuell 4,50 Prozent schrittweise auf 2,75 Prozent Ende 2025 verringern wird“, meint Bruckbauer abschließend. ■

<https://www.bankaustria.at>

Konjunktorentwicklung mit schwacher Dynamik

Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom November 2023

Die Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests zeigen im November weiterhin skeptische Konjunkturbeurteilungen der österreichischen Unternehmen. Der WIFO-Konjunkturklimaindex notierte mit -6,9 Punkten (saisonbereinigt) zwar um 0,8 Punkte über dem Wert des Vormonats (-7,7 Punkte), blieb aber im pessimistischen Bereich.

Die Lagebeurteilungen blieben nahezu unverändert zum Vormonat und notierten

insbesondere in der Sachgütererzeugung tief im negativen Bereich. Die Konjunkturerwartungen verbesserten sich geringfügig, signalisieren jedoch weiterhin skeptische Konjunkturausblicke. Die Kreditnachfrage der Unternehmen stieg im November leicht an. Dennoch schätzen die Unternehmen die Bereitschaft der Banken zur Kreditvergabe mehrheitlich als restriktiv ein.

Der Index der aktuellen Lagebeurteilungen der Gesamtwirtschaft blieb im Novem-

ber nahezu gleich zum Vormonat (-0,1 Punkte) und notierte mit -8,1 Punkten weiter im negativen Bereich. In der konjunkturell besonders reagiblen Sachgütererzeugung gewann der Lageindex 0,3 Punkte, lag aber mit -22,1 Punkten weiterhin deutlich unter der Nulllinie, die positive von negativen Lageeinschätzungen trennt. In der Bauwirtschaft hingegen ging der Lageindex leicht zurück (-1,7 Punkte) und notierte mit -2,0 Punkten unter der Nulllinie. In den Dienst-

Index der aktuellen Lagebeurteilungen

Zusammenfassung der aktuellen Lagebeurteilungen und der jüngsten wirtschaftlichen Entwicklung.



Q: WIFO-Konjunkturtest. Angaben in Indexpunkten (%-IP) zwischen +100 und -100. Werte über 0 zeigen eine insgesamt positive Einschätzung der aktuellen Lage, Werte unter 0 zeigen eine negative Einschätzung an. x-Achse schneidet im Mittel der letzten 15 Jahre.

Index der unternehmerischen Erwartungen

Zusammenfassung der von den Unternehmen für die kommenden Monate erwarteten Entwicklungen.



Q: WIFO-Konjunkturtest. Angaben in Indexpunkten (%-IP) zwischen +100 und -100. Werte über 0 zeigen insgesamt optimistische Erwartungen an, Werte unter 0 zeigen pessimistische Erwartungen an. x-Achse schneidet im Mittel der letzten 15 Jahre.

Anmerkung: Die neu berechneten gesamtwirtschaftlichen Indexwerte enthalten seit dem Bericht vom September 2021 auch den von der KMU-Forschung Austria erhobenen Einzelhandel.

Wirtschaft

leistungsbereichen gewann der Index leicht hinzu (+0,2 Punkte), notierte aber mit einem Wert von -1,1 Punkten wie in den Vormonaten weiter im negativen Bereich. Im Einzelhandel blieb der Lageindex nahezu unverändert (-0,1 Punkte) und notierte mit -6,0 Punkten unter der Nulllinie.

Der Index der unternehmerischen Erwartungen der Gesamtwirtschaft gewann im November 1,5 Punkte hinzu, notierte aber mit

-5,9 Punkten nach wie vor unter der Nulllinie, welche negative von positiven Konjunkturerwartungen trennt. Im Einzelhandel gewann der Erwartungsindex 4,2 Punkte gegenüber dem Vormonat, notierte aber mit -20,6 Punkten weiter tief im negativen Bereich. In den Dienstleistungsbereichen stieg der Erwartungsindex um 0,7 Punkte an und notierte mit 1,8 Punkten über der Nulllinie. In der Bauwirtschaft stieg der Erwartungsindex

an (+3,8 Punkte) und notierte mit 4,4 Punkten wieder über der Nulllinie, allerdings blieben die Produktionserwartungen deutlich negativ. In der Sachgütererzeugung zeigte sich im November beim Erwartungsindex eine leichte Verbesserung (+1,0 Punkte). Der Index notierte mit -17,1 Punkten jedoch tief im Bereich pessimistischer Konjunkturerwartungen. ■

<https://wifo.ac.at>

Aktuelle wettbewerbsökonomische Herausforderungen in Europa

Fachtagung von WIFO zusammen mit der Bundeswettbewerbsbehörde (BWB) und der Österreichischen Nationalbank (OeNB)

An der Veranstaltung am 4. Dezember nahmen zahlreiche hochkarätige ExpertInnen aus dem Bereich der Wissenschaft und des Wettbewerbsvollzugs teil. Neben WIFO-Direktor Gabriel Felbermayr diskutierte auch die Generaldirektorin der BWB, Natalie Harsdorf-Borsch, zum Thema „Stärkung des Wettbewerbs gegenüber aktuellen Herausforderungen“. Dabei stand vor allem die Gegenüberstellung von Theorie und Praxis im Mittelpunkt.

Das anschließende Expertenpanel wurde von Justus Haucap (DICE, Universität Düsseldorf), Viktoria Robertson (Wirtschaftsuniversität Wien), KOG Senatspräsident Georg Kodek (Wirtschaftsuniversität Wien), Tomaso Duso (DIW, Monopolkommission) und Philipp Schmidt-Dengler (Universität Wien) bestritten.

Zum Thema Wettbewerb und Marktkonzentration gaben Fiona Scott Morton von der Yale University, Tomaso Duso und Philipp Schmidt-Dengler spannende Vorträge. Dabei spielte vor allem die wissenschaftliche Sicht sowie empirische Blickpunkte eine wichtige Rolle. „Der Austausch zwischen den ExpertInnen gab einen ausgezeichneten Überblick darüber, wo wir beim Wettbewerb in Österreich und in der EU stehen. Als Wettbewerbsbehörde muß man den Fokus insbesondere auf die neuen Herausforderungen der Digitalisierung, einen offenen Marktzugang und eine starke Fusionskontrolle setzen. Der Fokus liegt daher klar auf einer Zukunft in der sich Wettbewerb nachhaltig entwickeln kann. Damit Märkte für die Menschen positiv und effizient wirken können“, so Natalie Harsdorf-Borsch.

„Anlässlich der Teuerungskrise macht es Sinn, über weitere Wettbewerbsreformen



v.l.: Natalie Harsdorf-Borsch (BWB), Gabriel Felbermayr (WIFO), Tomaso Duso (DIW), Robert Holzmann (OeNB), Fiona M. Scott Morton (Yale School of Management), Philipp Schmidt-Dengler (Uni Wien)

nachzudenken und von erfolgreichen Beispielen im Ausland zu lernen. Denn Wettbewerbsvollzug und -politik können wesentlich zu fairen Marktbedingungen, Innovation, Qualität, niedrigeren Preisen und letztlich zur Wettbewerbsfähigkeit Österreichs auf internationalen Märkten beitragen“, so WIFO-Direktor Gabriel Felbermayr.

„Wettbewerb schafft Arbeitsplätze und Wohlstand. Er sorgt nicht nur für Preiswettbewerb in Österreich, sondern fungiert auch als kraftvoller Motor für Innovation und erstklassige Qualität. Somit ist er von essenzieller Bedeutung für den voranschreitenden technologischen und wirtschaftlichen Fortschritt. Die Bedeutung des Wettbewerbs erstreckt sich über nationale Grenzen hinaus – er ist nicht nur der Antrieb für Exzellenz, sondern auch die treibende Kraft für globale Prosperität. Daher braucht es internationale Wettbewerbsregeln als unverzichtbares Regelwerk, das sicherstellt, daß der Wettbewerb

fair und ausgewogen ist, um Innovation, Effizienz und nachhaltiges Wirtschaftswachstum weltweit zu fördern“, so Arbeits- und Wirtschaftsminister Martin Kocher.

„Wettbewerb ist die Grundlage des Fortschritts sowie ein Garant für Innovation sowie Veränderung und damit letztlich gesellschaftlichen wie individuellen Wohlstand“, so der Gouverneur der Österreichischen Nationalbank, Robert Holzmann.

„This is an important moment for the competition community because of the strong evidence of the benefits of competition enforcement and a recognition that societies have been doing too little of it. Competition enforcement provides benefits across the economy like higher productivity, wage increases, open digital markets, lower prices and more innovation“, erklärte Fiona M. Scott Morton, Wirtschaftswissenschaftlerin der Yale School of Management. ■

<https://wifo.ac.at>

So geht's uns heute

IHS und Statistik Austria: Finanzielle Belastungen sind deutlich gestiegen – Neue Studie beleuchtet die Entwicklung über die vergangenen sieben Erhebungswellen

Das Institut für höhere Studien IHS und Statistik Austria veröffentlichten am 1. Dezember einen neuen Bericht der Erhebung „So geht's uns heute“, die einen Überblick über die bisher durchgeführten sieben Wellen gibt. Ziel der gemeinsam von Eurostat und dem Sozialministerium finanzierten Studie ist es, zeitnahe und aussagekräftige Informationen über Veränderungen der sozialen Lage in un sicheren und herausfordernden Zeiten zu gewinnen. Insgesamt beteiligen sich elf EU-Staaten an dem Projekt. In Österreich werden 3.000 bis 3.600 Personen im Alter von 16 bis 74 Jahren quartalsweise wiederholt befragt, um Veränderungen gezielt zu messen. Insgesamt nahmen 1.119 Personen an allen Befragungswellen zwischen Jahresende 2021 und Frühjahr 2023 teil, was die Analysetichprobe für diesen Längsschnittbericht bildet.

Die wichtigsten Ergebnisse der sieben Befragungswellen und die Entwicklungen von Ende 2021 bis zum zweiten Quartal 2023 lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Insgesamt ist der Anteil der Personen, die Schwierigkeiten haben, mit ihrem Haushaltseinkommen auszukommen, von Q4/2021 bis Q2/2023 leicht gestiegen. Gleichzeitig hat eine beträchtliche Anzahl derjenigen, die Ende 2021 angaben, sehr leicht mit ihrem Haushaltseinkommen auszukommen, im Verlauf der Zeit eine Verschlechterung erlebt. Diese Personen gaben im zweiten Quartal 2023 an, nunmehr nur noch eher leicht oder eher schwer mit ihrem Einkommen auszukommen.
- Die Unzufriedenheit mit der finanziellen Situation des eigenen Haushaltes ist in der Bevölkerung im Laufe des Beobachtungszeitraumes leicht gestiegen. Während im vierten Quartal 2021 12 % der Personen angaben, nicht mit der finanziellen Situation ihres Haushaltes zufrieden zu sein, waren dies im zweiten Quartal 2023 15 %.
- Die Zahlung der Wohnkosten entwickelte sich für eine steigende Anzahl von Menschen, vor allem seit dem Frühjahr 2022, zu einer erheblichen finanziellen Herausforderung. Im zweiten Quartal 2023 lag der Anteil der Personen mit hoher Wohn-

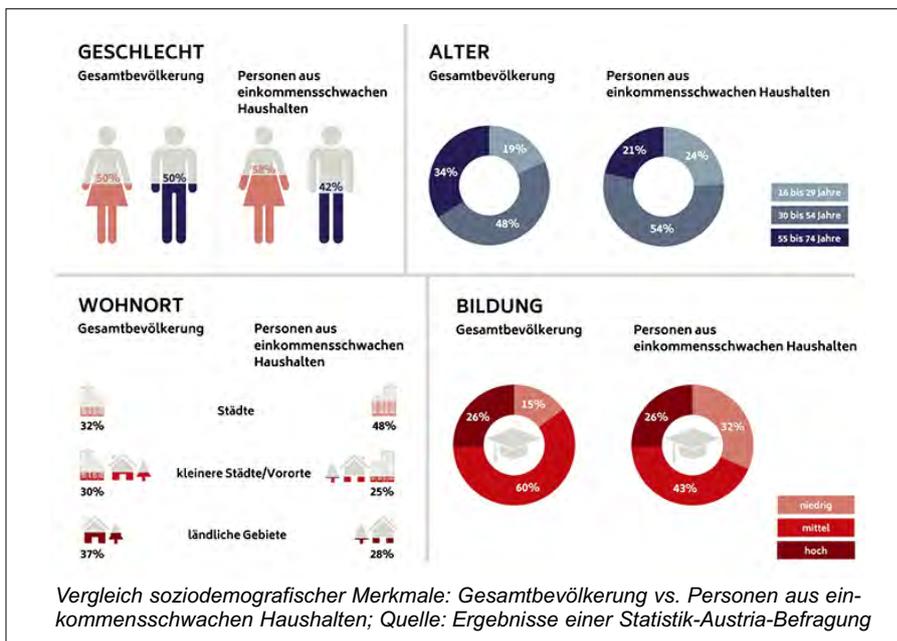
kostenbelastung fast 60 % über dem Ausgangsniveau von Q4/2021. Gleichzeitig ist der Anteil an Personen, für die die Wohnkosten keine finanzielle Belastung darstellen, gesunken.

- Knapp 8 % der Befragten gaben im zweiten Quartal 2023 an, in den letzten vier Wochen immer oder meistens einsam gewesen zu sein – ein leichter Rückgang im Vergleich zum Ende des Jahres 2021. Diese Verbesserung steht im zeitlichen Zusammenhang mit dem Ende aller durch die Corona-Pandemie bedingten Einschränkungen Anfang 2022.
- Mehr als die Hälfte der Befragten blickte zu Beginn des Beobachtungszeitraumes pessimistisch in die wirtschaftliche Zukunft Österreichs. Diese negative Einstellung verstärkte sich im Verlauf des Jahres 2022 noch einmal deutlich. Mit Beginn des Jahres 2023 kehrte der Anteil an Personen mit negativen Zukunftserwartungen jedoch wieder auf das Ausgangsniveau von Q4/2021 zurück.
- Insbesondere ab dem zweiten Quartal 2022 verschärften sich die sozialen und finanziellen Herausforderungen in den Haushalten. Dieser Zeitpunkt steht in Verbindung mit den wirtschaftlichen Turbulenzen aufgrund des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine sowie dem star-

ken Anstieg der Inflation. Die Ergebnisse deuten daher darauf hin, daß sich die vielfachen Krisen des letzten Jahres unmittelbar auf die Lebensumstände der Bevölkerung ausgewirkt haben.

- Über alle sieben Befragungswellen hinweg waren Personen aus einkommensschwachen Haushalten deutlich stärker von wirtschaftlichen und sozialen Problemlagen betroffen als die Gesamtbevölkerung. Dennoch ist zu bemerken, daß die Gefährdungslagen bei Personen aus einkommensschwachen Haushalten in vielen Bereichen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung weniger stark angestiegen sind.
- Der Verlust der Erwerbstätigkeit stellt einen bedeutenden Risikofaktor für die finanzielle und soziale Gefährdung von Haushalten dar. Die Ergebnisse zeigen, daß nach dem Eintritt in die Arbeitslosigkeit die subjektive Belastung durch Wohnkosten, die Schwierigkeiten beim Umgang mit dem Einkommen sowie die Nicht-Leistbarkeit bestimmter Güter, Bedürfnisse oder sozialer Aktivitäten deutlich häufiger zunahm als bei Personen, deren Haushalte nicht von Arbeitslosigkeit betroffen waren. ■

<https://www.ihs.ac.at/>
<https://www.statistik.at/>



Weltweit modernstes Edelstahlwerk in Kapfenberg

Die voestalpine setzt einen technologischen Meilenstein in der Herstellung zukunftsweisender Hochleistungswerkstoffe für die internationale Automobil-, Energie- und Luftfahrtindustrie.

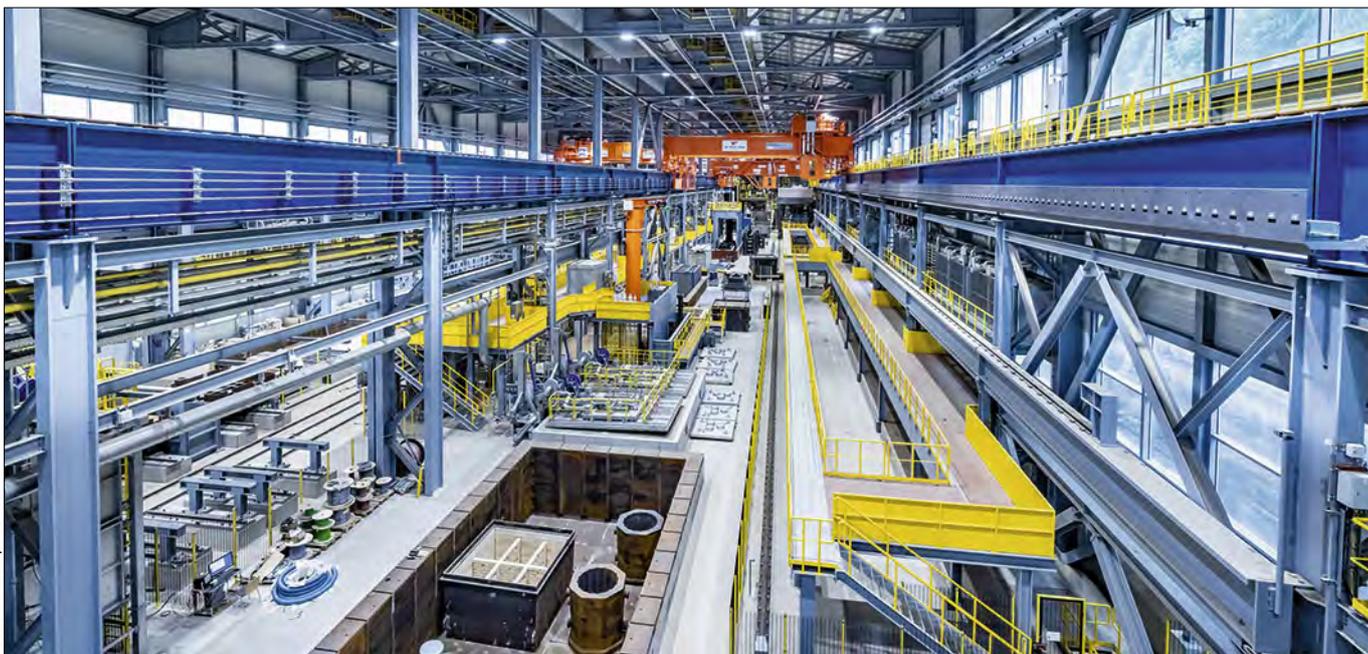


Foto: voestalpine AG

In diesem Werk werden im Vollbetrieb 205.000 Tonnen Spezialstähle für anspruchsvollste Kundensegmente produziert werden.

Am 18. Oktober eröffnete die voestalpine ihr neues Werk im steirischen Kapfenberg, das hinsichtlich Digitalisierung und Nachhaltigkeit eine weltweite Vorreiterrolle einnimmt. Es ist das erste seiner Art, das in Europa seit vier Jahrzehnten errichtet wurde. Die Region profitiert durch die Investition in das Großprojekt von erheblichen wirtschaftlichen Effekten. Im Vollbetrieb können an den neuen Anlagen jährlich 205.000 Tonnen Spezialstähle für anspruchsvollste Kundensegmente produziert werden.

„Die heutige Eröffnung des Edelstahlwerks in Kapfenberg ist ein historischer Moment und ein entscheidender technologischer Schritt für den voestalpine-Konzern, mit dem wir unsere globale Wettbewerbsfähigkeit weiter stärken können. Gleichzeitig trägt diese Großinvestition zum langfristigen Erhalt von Wohlstand und Arbeitsplätzen in der Region bei“, so Herbert Eibensteiner, CEO der voestalpine AG.

Durch die Neuerrichtung werden an den steirischen voestalpine-Standorten Kapfenberg und Mürzzuschlag (voestalpine Böhler Edelstahl, voestalpine Böhler Aerospace und



Foto: voestalpine AG

Bei der Eröffnung des neuen Werk in Kapfenberg: Herbert Eibensteiner, CEO der voestalpine AG (r.) und Franz Rotter, Vorstandsmitglied der voestalpine AG und Leiter der High Performance Metals Division, mit MitarbeiterInnen

voestalpine Böhler Bleche) rund 3.500 Arbeitsplätze abgesichert; rund 150 MitarbeiterInnen werden direkt im neuen Werk tätig sein.

„Das umfassende Know-how unserer ExpertInnen vor Ort war der ausschlaggebende Grund, warum die Standortwahl für das neue Edelstahlwerk auf Kapfenberg

Wirtschaft

gefallen ist. Mein besonderer Dank gilt allen MitarbeiterInnen, die in den vergangenen Monaten und Jahren mit großem Engagement die heutige Eröffnung dieses Jahrhundertprojekts möglich gemacht haben, und in Zukunft mit ihrem täglichen Einsatz dazu beitragen, unsere führende Position im Bereich Werkzeug- und Spezialstähle weiter auszubauen“, ergänzte Franz Rotter, Vorstandsmitglied der voestalpine AG und Leiter der High Performance Metals Division

Hoher Digitalisierungsgrad erfordert Top-Ausbildung

Das neue Werk entspricht den fortschrittlichsten Industrie-4.0-Standards: Rund 8.000 Prozeßdaten werden laufend parallel erfaßt, umgesetzt und ausgewertet. Die Steuerung sämtlicher Schmelzprozesse erfolgt über einen zentralen Steuerstand. Die dafür notwendige Qualifizierung der MitarbeiterInnen in den Bereichen Robotik, Sensorik oder Datenanalyse erfolgt über ein hauseigenes Kompetenzzentrum für Digitalisierung. Bereits in der Ausbildung von zukünftigen Fachkräften im hochmodernen Ausbildungszentrum in Kapfenberg liegt der Fokus auf einer digitalisierten Arbeitswelt. Um die Fachkräfteausbildung am Standort auch weiterhin sicherzustellen, wird dort ein neuer Lehrlingscampus für 60 Lehrlinge errichtet. Der Baustart erfolgte im Sommer 2023, die Fertigstellung ist für Herbst 2025 geplant.

Benchmark bei Nachhaltigkeit

Nicht zuletzt liegt das Augenmerk beim neuen Edelstahlwerk auf der umwelt- und ressourcenschonenden Stahlproduktion: Eine Auskopplung der Wärme aus den Schmelzaggregaten in das Fernwärmenetz ist vorgesehen, die Kühlung erfolgt über einen geschlossenen Kreislauf und die Anlage arbeitet in hohem Maß energieeffizient. Der Elektrolichtbogenofen – das Kernstück der Anlage – wird zu 100 Prozent mit Strom aus erneuerbaren Energiequellen betrieben.

Maßgebliche wirtschaftliche Impulse

Der Spatenstich zum neuen Edelstahlwerk, welches das alte Stahlwerk ablöst, erfolgte 2018. Aktuell werden der Testbetrieb und der Zertifizierungsprozeß des Produktspektrums an den neuen Anlagen durchgeführt. Bis das Zertifizierungsverfahren abgeschlossen ist, wird das neue Edelstahlwerk im Testmodus mit dem alten Werk parallel betrieben. Die Vollinbetriebnahme erfolgt noch im laufenden Geschäftsjahr 2023/24. Das Investitionsvolumen beläuft sich auf rund



Foto: voestalpine AG

467 Mio. Euro, wobei der ursprüngliche Investitionsplan von 350 Mio. Euro aufgrund der schwierigen Rahmenbedingungen während der Covid-19-Pandemie bzw. Liefer-schwierigkeiten von Schlüsselaggregaten, verursacht durch Zulieferunternehmen, angepaßt werden mußte. Die sechsjährige Investitionsdauer löst beachtliche volks- und regionalwirtschaftliche Effekte aus, wie eine Studie des Industriewissenschaftlichen Institutes vom September 2023 zeigt. Die Errichtung des neuen Werks generiert eine Wertschöpfung von rund 350 Mio. Euro – davon entfallen bis zu 230 Mio. Euro auf die Steiermark. Während der Bauphase sicherte die Investition außerdem – zusätzlich zu den 3.500 Jobs an den steirischen voestalpine-Standorten Kapfenberg und Mürzzuschlag – rund 2.500 in der Steiermark und mehr als 4.200 Arbeitsplätze in Österreich.

High Performance Metals Division

Die High Performance Metals Division des voestalpine-Konzerns ist auf die Produktion und Verarbeitung von Hochleistungswerkstoffen und kundenspezifische Services, wie Wärmebehandlung, hochtechnologische Oberflächenbehandlung und additive Fertigungsverfahren unter zunehmendem Einsatz digitaler Technologien fokussiert. Sie bietet ihren Kunden durch ihr einzigartiges Vertriebs- und Servicenetzwerk an rund 140 Standorten weltweit Materialverfügbarkeit und -bearbeitung sowie lokale Ansprechpartner. Die Division ist globaler Marktführer bei Werkzeugstahl und einer der führenden Anbieter von Schnellarbeitsstählen, Ventil-stählen sowie anderen Produkten aus Spezialstählen, Pulverwerkstoffen, Nickelbasis-Legierungen, Titan und nach Bedarf einbau-

fertige Komponenten auch auf Basis additiver Fertigungstechnologien. Die Division hat sich zum Ziel gesetzt, alle Aspekte der Nachhaltigkeit in ihre tägliche Arbeit zu integrieren. Wichtigste Kundensegmente sind die Bereiche Automobilzulieferindustrie, Öl- und Gasexploration, Maschinenbau sowie die Konsumgüterindustrie und die Luftfahrt. Im Geschäftsjahr 2022/23 erzielte die Division einen Umsatz von 3,8 Mrd. Euro, davon rund 50 Prozent außerhalb Europas, ein operatives Ergebnis (EBITDA) von 562 Mio. Euro und beschäftigte weltweit rund 13.700 Mitarbeitende.

Der voestalpine-Konzern

Die voestalpine ist ein weltweit führender Stahl- und Technologiekonzern mit kombinierter Werkstoff- und Verarbeitungskompetenz. Die global tätige Unternehmensgruppe verfügt über rund 50 Konzerngesellschaften und -standorte in mehr als 50 Ländern auf allen fünf Kontinenten. Sie notiert seit 1995 an der Wiener Börse. Mit ihren Premium-Produkt- und Systemlösungen zählt sie zu den führenden Partnern der Automobil- und Hausgeräteindustrie sowie der Luftfahrt- und Öl- & Gasindustrie und ist darüber hinaus Weltmarktführer bei Bahninfrastruktursystemen, bei Werkzeugstahl und Spezialprofilen. Die voestalpine bekennt sich zu den globalen Klimazielen und verfolgt mit greentec steel einen klaren Plan zur Dekarbonisierung der Stahlproduktion. Im Geschäftsjahr 2022/23 erzielte der Konzern bei einem Umsatz von 18,2 Milliarden Euro ein operatives Ergebnis (EBITDA) von 2,5 Milliarden Euro und beschäftigte weltweit rund 51.200 Mitarbeitende. ■

<https://www.voestalpine.com/>

Gipfeltreffen der österr. Luftfahrtbranche

»Luftfahrtsymposium 2023« holte hochkarätige Experten aus Luftfahrt, Politik und Wirtschaft zum Flughafen Wien

Hochkarätige Vertreterinnen und Vertreter aus Luftfahrt, Politik und Wirtschaft kamen am 5. Dezember beim „21. Luftfahrtsymposium“ des Branchenverbands Aviation Industry Austria (AIA) im AirportCity Space am Flughafen Wien zusammen. Peter Hanke, Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit und Internationales der Stadt Wien, Francesco Sciortino, COO von Austrian Airlines, Valerie Hackl, Managing Director Austro Control, Julian Jäger und Dr. Günther Ofner, Vorstände der Flughafen Wien AG, Katharina List, CEO F-List, Hannes Hecher, CEO Schiebel, Alexander Vagacs, CEO Avconjet, Barbara Achleitner, Managing Director DHL Air Austria und viele weitere Experten diskutierten dabei die Top-Themen der Branche und mittels Videobotschaft sprach sich auch Martin Kocher, Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft für die Weiterentwicklung der Luftfahrt aus. Im Mittelpunkt der Diskussion standen die Bedeutung des Luftverkehrs zur Standortqualität, die durch den Luftverkehr für die Gesamtwirtschaft entwickelten, technischen Innovationen und die Bedeutung eines verlässlichen Luftverkehrs in Krisen.

Das Luftfahrtsymposium bot eine spannende Auseinandersetzung mit zentralen Themen der Luftfahrt, etwa mit der Bedeutung von Flugverbindungen für die Wettbewerbsfähigkeit des Landes und den Wirtschaftsstandort sowie die Rolle der Luftfahrt für die Versorgungssicherheit in Krisen. Diskutiert wurden außerdem internationale Trends, zukunftsweisende technische Innovationen, die auch für Wirtschaftszweige außerhalb des Luftverkehrs wichtig sind und warum Luftfahrt für alle wichtig ist, auch für diejenigen, die wenig oder gar nicht selbst fliegen.

„Die Luftfahrt ist ein wesentlicher Teil der Mobilität und der Vernetzung – in der Gegenwart und in der Zukunft. Sie ist nicht nur ein wichtiger Wirtschaftsmotor, sondern trägt auch entscheidend zum internationalen Austausch und zur Völkerverständigung bei. In Österreich sind wir in der außergewöhnlichen Situation, daß sich ein Firmennetzwerk an innovativen Luftfahrtunternehmen gebildet hat, das weltweit führend Service-



Foto: Flughafen Wien

Über 150 Gäste waren im AirportCity Space am Flughafen Wien zusammengekommen

und Technologielösungen für die Mobilität von morgen entwickelt. Wir haben als Service- und Technologiepartner einen entscheidenden Wettbewerbsvorteil und haben uns bei der Etablierung neuer Lösungen weltweit einen Namen gemacht. Gemeinsam können wir dazu beitragen, die Luftfahrt – nicht nur in Österreich, sondern global – noch nachhaltiger zu machen“ sagt Robert Machtlinger, Präsident der AI Austria und CEO der FACC AG.

„Die österreichische Luftfahrt hat in der Krise ihre Resilienz bewiesen und verzeichnet wieder Wachstum. Darauf können wir gemeinsam als Branche stolz sein. Der Flughafen Wien ist einer der pünktlichsten Hubs in Europa und bietet eine exzellente Konnektivität mit vielen Direktdestinationen. Dabei wachsen wir nachhaltig – seit Jänner 2023 führen wir unseren Flughafenbetrieb CO₂-neutral und investieren bereits in unser nächstes Klimaziel: NetZero bis 2033. Damit die Luftfahrt noch nachhaltiger wird, braucht es richtige Rahmenbedingungen, Forschungsförderung und dringend Unterstützung sowie Investition in Dekarbonisierung und Herstellung von nachhaltigem Treibstoff“ ergänzt Julian Jäger, Vizepräsident des AI Austria und Vorstand der Flughafen Wien AG.

„Die Luftfahrt ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Wettbewerbsfähigkeit des Landes. Wirtschaft und Tourismus brauchen gute Konnektivität. Ohne Luftfahrt wäre Wien keine Kongreßstadt, kein Sitz der Vereinten Nationen und es gäbe nicht hunderte Niederlassungen ausländischer Unternehmen in Österreich“ meint Peter Malanik, Geschäftsführer der AI Austria und fügt hinzu: „Luftverkehr bedeutet Standortsicherung, Innovation und Krisenbewältigung – Leistungen, auf die die Luftfahrt zu Recht selbstbewußt verweisen kann.“

Neben VertreterInnen aus der Politik und Wirtschaft holte das Symposium auch Experten aus der internationalen und nationalen Luftfahrtbranche zum Airport, um einen tiefen Einblick in aktuelle Themen der Branche zu bieten. Etwa 150 Gäste kamen beim Event zusammen, um sich zu informieren und mit Experten auszutauschen.

Der Dachverband Aviation Industry Austria ist die größte Interessensvertretung der österreichischen Luftfahrt Die Organisation bündelt Interessen der Luftfahrtindustrie wie etwa Flughäfen, Airlines, Luftfahrtzulieferindustrie und Business Aviation und vertritt derzeit direkt oder indirekt rund 100 Mitgliedsunternehmen. ■

<https://www.aiaustria.at>

Zuwanderung läßt Bevölkerung weiter wachsen

Österreich wird Mitte der 2060er-Jahre die Zehn-Millionen-Marke durchbrechen

Österreichs Bevölkerung wird bis 2080 weiter wachsen und altern. Das geht aus der aktuellen Bevölkerungsprognose von Statistik Austria hervor. Nachdem die Bevölkerungszahl Österreichs durch die Zuwanderung aus der Ukraine die Neun-Millionen-Marke bereits 2022 erreicht hat, wird sie bis 2040 um 6,6 % auf 9,7 Mio. wachsen, bis 2080 schließlich um 13,1 % auf 10,2 Mio.

„Österreichs Bevölkerung wächst – und das allein durch Zuwanderung. 2022 hat die Fluchtmigration aus der Ukraine zu einem markanten Anstieg der Bevölkerungszahl geführt und auch für die Zukunft erwarten wir, daß die Bevölkerung aufgrund von Zuwanderung weiter wächst. Bereits Mitte der 2060er-Jahre wird Österreich die Zehn-Millionen-Marke knacken. Österreich wird aber auch immer älter: Bis 2040 wird der Anteil der Personen im Alter von 65 und mehr Jahren von derzeit 19,5 % auf 26,6 % der Gesamtbevölkerung steigen. Das setzt umlagefinanzierte Sicherungssysteme, wie Pensionen, Pflege oder Gesundheit, unter Finanzierungsdruck und verstärkt den Fach- und Arbeitskräftemangel. Während 1950 auf eine Person im Pensionsalter noch sechs Personen im erwerbsfähigen Alter kamen, so sind es heute nur noch drei Personen und 2040 werden es nur noch zwei sein“, sagt Statistik Austria-Generaldirektor Tobias Thomas.

Wanderungsgewinne übertreffen prognostizierte Geburtendefizite

Der zukünftige Bevölkerungszuwachs ist ausschließlich auf erwartete Wanderungsgewinne von langfristig rund 28.000 bis 35.000 Personen pro Jahr zurückzuführen. Damit würde sich ein langjähriger Trend fortsetzen.

Seit der Jahrhundertwende ist die EinwohnerInnenzahl Österreichs vor allem durch Wanderungsüberschüsse gestiegen: Zur Volkszählung 2001 zählte Österreich erstmals knapp über 8 Mio. EinwohnerInnen, bis 2022 ergab sich eine Zunahme um 12,6 % auf 9,1 Mio. Von dem Zuwachs entfielen nur rund 1,4 % auf Geburtenüberschüsse, der überwiegende Teil waren Wanderungsgewinne. Während in den Jahren 2020 bis 2022

Tabelle 1: Bevölkerungsprognose Österreich nach Alter (Jahresdurchschnitt)

	Gesamtbevölkerung, absolut			In Prozent			
	Insgesamt	Bis unter 20 Jahre	20 bis unter 65 Jahre	65 und mehr Jahre	Bis unter 20 Jahre	20 bis unter 65 Jahre	65 und mehr Jahre
2022	9 052 856	1 751 019	5 536 287	1 765 550	19,3	61,2	19,5
2025	9 198 644	1 765 890	5 549 419	1 883 335	19,2	60,3	20,5
2030	9 367 379	1 784 832	5 416 993	2 165 554	19,1	57,8	23,1
2040	9 654 080	1 780 419	5 304 127	2 569 534	18,4	54,9	26,6
2050	9 852 951	1 810 573	5 297 001	2 745 377	18,4	53,8	27,9
2060	9 945 083	1 857 170	5 221 043	2 866 870	18,7	52,5	28,8
2070	10 065 663	1 892 366	5 256 460	2 916 837	18,8	52,2	29,0
2080	10 235 200	1 918 442	5 337 792	2 978 966	18,7	52,2	29,1

Q: STATISTIK AUSTRIA, Bevölkerungsprognose 2023, Hauptvariante (gerundete Ergebnisse).

die Covid-19-Pandemie zu einem Anstieg der Sterbefälle und damit zu negativen Geburtenbilanzen führte, dürfte die Zahl der Sterbefälle die Zahl der Geburten auch langfristig übertreffen, da die starken Geburtsjahrgänge des Babybooms der 1950er und 1960er Jahre zunehmend in höhere Altersklassen rücken. Trotz einer absehbar negativen Geburtenbilanz wird gemäß Hauptvariante ein weiterer Bevölkerungsanstieg prognostiziert, da die Wanderungsgewinne die Verluste aus der Geburtenbilanz übertreffen.

Stärkstes Bevölkerungswachstum im Pensionsalter

Die Bevölkerung der Generation 65+ wird entsprechend der Hauptvariante der Bevölkerungsprognose zahlen- und anteilmäßig stark an Gewicht gewinnen. 2022 lebten österreichweit rund 1,77 Mio. Personen im Alter von 65 und mehr Jahren. Die Zahl der unter 20jährigen war mit rund 1,75 Mio. etwas niedriger. Dafür sind neben stagnierenden Geburtenzahlen insbesondere die starken Geburtsjahrgänge der 1950er- und 1960er-Jahre verantwortlich, die sukzessive ins Pensionsalter aufrücken. 2040 dürfte die Bevölkerung ab dem Alter von 65 Jahren um 45,5 % (bzw. rund 804.000 Personen) größer sein als 2022. Zugleich erhöht sich ihr Anteil an der Bevölkerung von derzeit 19,5 % auf 26,6 % im Jahr 2040 (siehe Tabelle 1). Die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter von 20 bis unter 65 Jahren erreicht 2023 und 2024 mit 5,57 Mio. ihr vorläufiges Maximum, bis 2037 wird sie um rund 268 000 Personen (-4,8 %) unter diesen Wert sinken.

Danach bleibt die Zahl der Erwerbsfähigen der Prognose zufolge bis 2050 auf einem Niveau von 5,30 Mio. bis 5,32 Mio. weitgehend konstant, bevor sie abermals absinkt und 2063 mit 5,21 Mio. ihren Tiefpunkt erreicht. Ab dann steigt die Zahl der 20- bis 64jährigen wieder an, bis 2080 auf 5,34 Mio. Der Anteil der unter 20jährigen an der Gesamtbevölkerung sinkt im gesamten Prognosezeitraum nur leicht (2022: 19,3 %; 2040: 18,4 %). In absoluten Zahlen wächst die Altersgruppe der unter 20jährigen leicht (2022: 1,75 Mio.; 2040: 1,78 Mio.; 2080: 1,92 Mio.).

Zahl der Erwerbspersonen stagniert trotz Bevölkerungswachstum

Die Zahl der Erwerbspersonen, also die Summe aus Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen, unselbständig Beschäftigten und Arbeitslosen sowie Präsenz- und Zivildienern, wird gemäß Trendvariante der Erwerbspersonenprognose im Jahr 2040 um nur 0,6 % höher sein als 2022, trotz eines Bevölkerungswachstums von 6,6 % (siehe Tabelle 2). In Absolutzahlen sind das rund 31.000 zusätzliche Erwerbspersonen (2022: 4,71 Mio.; 2040: 4,74 Mio.). Ab Mitte der 2040er-Jahre sinkt die Zahl der Erwerbspersonen, der Tiefpunkt wird im Jahr 2061 mit 4,68 Mio. erreicht. Danach steigt die Zahl der Erwerbspersonen bis 2080 wiederum auf 4,78 Mio. an. Würde die alters- und geschlechtsspezifische Erwerbsbeteiligung auf dem Niveau von 2022 konstant bleiben, so wäre bis 2040 mit einem Rückgang um 2,8 % auf 4,58 Mio. Erwerbspersonen zu rechnen.

Chronik

Wien: Zwei-Millionen-Marke 2023

Das für Österreich prognostizierte Bevölkerungswachstum von 13,1 % bis 2080 wird sich regional sehr unterschiedlich verteilen. Migrationsbedingt überdurchschnittlich starke Zuwächse sind in Wien zu erwarten. Auf die Bundeshauptstadt entfällt mehr als ein Drittel der internationalen Zuwanderung nach Österreich. Wien hat, entsprechend vorläufiger Ergebnisse zum Bevölkerungsstand, bereits mit 1.10.2023 – wie zuletzt vor etwas über 100 Jahren – die Zwei-Millionen-Marke überschritten. In Kärnten ist hingegen mit leichten Bevölkerungsverlusten zu rechnen. Die EinwohnerInnenzahl ist bereits mit 1.4.2023 hinter Salzburg zurückgefallen. Salzburg ist damit zum bevölkerungsmäßig sechstgrößten Bundesland aufgestiegen. Neben Wien wird bis 2040 auch für Vorarlberg und Oberösterreich ein überdurchschnittliches Bevölkerungswachstum prognostiziert, die Entwicklung in Niederösterreich entspricht in etwa dem Bundesschnitt. In den übrigen Bundesländern wachsen die Bevölkerungszahlen langsamer (siehe Tabelle 3).

Informationen zur Methodik und Definitionen

Die Bevölkerungsprognose schätzt die Bevölkerung Österreichs und der Bundesländer gegliedert nach einjährigem Alter und Geschlecht bis zum Jahr 2080 voraus. Als Ausgangspunkt dient der nach Alter, Geschlecht, Wohnbundesland und Geburtsland differenzierte Bevölkerungsstand zum 1.1.2023. Zudem werden Annahmen über die künftige Entwicklung der demographischen Indikatoren zu Fertilität, Mortalität und Migration getroffen. Mit dem Berichtsjahr 2022 erfolgte eine Umstellung der Methodik von der bislang verwendeten Kohorten-Komponenten-Methode auf ein Mikrosimulationsmodell. Im Rahmen der Mikrosimulation wird jede Person in ihren demographischen Prozessen (Geburten, Sterbefälle, Wanderungsbewegungen) einzeln simuliert. Die neuen Geburtsjahrgänge eines Prognosejahres werden mittels altersspezifischer Fertilitätsraten (Lebendgeburten nach Alter der Mutter) berechnet. Die Sterbefälle ergeben sich aus alters- und geschlechtsspezifischen Sterbewahrscheinlichkeiten, die mit den Bevölkerungsständen multipliziert werden. Die internationale Zuwanderung wird in Absolutzahlen vorgegeben, jeweils nach Alter, Geschlecht und Geburtslandgruppen bzw. Bundesländern (für die in Österreich Geborenen). Zur Berechnung der internationalen Abwanderung werden in Abhängigkeit von

Tabelle 2: Erwerbspersonenprognose Österreich nach Geschlecht, Alter und Prognosevariante

	Trendvariante				Konstante Variante		
	2022	2040	2060	2080	2040	2060	2080
Männer	2 511 675	2 480 864	2 450 299	2 506 037	2 450 912	2 412 789	2 467 665
15 bis 34 Jahre	870 779	781 833	793 945	823 344	814 074	828 379	859 264
35 bis 54 Jahre	1 150 550	1 177 489	1 119 214	1 139 136	1 174 332	1 116 775	1 136 473
55 u. mehr Jahre	490 347	521 542	537 140	543 557	462 506	467 635	471 928
Frauen	2 195 439	2 256 759	2 231 141	2 278 272	2 124 464	2 082 831	2 129 178
15 bis 34 Jahre	743 195	706 486	718 563	744 202	710 581	722 312	748 223
35 bis 54 Jahre	1 084 400	1 100 207	1 060 752	1 077 644	1 073 668	1 033 935	1 050 246
55 u. mehr Jahre	367 845	450 066	451 826	456 426	340 215	326 584	330 709
Zusammen	4 707 115	4 737 623	4 681 440	4 784 309	4 575 376	4 495 620	4 596 843
15 bis 34 Jahre	1 613 974	1 488 319	1 512 508	1 567 546	1 524 655	1 550 691	1 607 487
35 bis 54 Jahre	2 234 950	2 277 696	2 179 966	2 216 780	2 248 000	2 150 710	2 186 719
55 u. mehr Jahre	858 191	971 608	988 966	999 983	802 721	794 219	802 637

Q: STATISTIK AUSTRIA, Erwerbspersonenprognose 2023 (gerundete Ergebnisse).

Tabelle 3: Bevölkerungsprognose Österreich nach Bundesländern (Jahresdurchschnitt)

Bundesland	2022	2025	2030	2040	2050	2060	2070	2080
Burgenland	299 968	303 601	308 048	315 163	317 794	318 035	321 296	327 152
Kärnten	567 196	567 782	566 686	561 522	551 425	537 093	529 267	527 724
Niederösterreich	1 711 341	1 733 727	1 764 967	1 821 610	1 868 255	1 895 252	1 932 090	1 982 414
Oberösterreich	1 515 781	1 539 113	1 570 592	1 622 361	1 653 891	1 667 834	1 691 422	1 723 582
Salzburg	565 851	573 706	584 053	600 075	609 262	613 054	618 818	628 089
Steiermark	1 260 016	1 270 238	1 282 250	1 298 055	1 298 756	1 285 304	1 279 759	1 284 499
Tirol	767 795	778 977	792 856	812 095	821 873	821 191	822 841	829 170
Vorarlberg	404 253	412 104	422 414	440 579	453 627	460 499	466 566	474 908
Wien	1 960 655	2 019 396	2 075 513	2 182 620	2 278 068	2 346 821	2 403 604	2 457 662
Österreich insgesamt	9 052 856	9 198 644	9 367 379	9 654 080	9 852 951	9 945 083	10 065 663	10 235 200

Q: STATISTIK AUSTRIA, Bevölkerungsprognose 2023, Hauptvariante (gerundete Ergebnisse).

der Aufenthaltsdauer in Österreich Raten geschätzt, mit denen die Personen in einem bestimmten Zeitintervall auswandern (sogenannte Hazard-Raten). Langfristig wird mit jährlich 147.350 Zuwandernden gerechnet. Bei etwa 116.350 Wegziehenden ergibt dies jährliche Wanderungsgewinne von rund 31.000 Personen. Die Binnenwanderungen zwischen den neun Bundesländern Österreichs werden mittels alters-, geschlechts- und richtungsspezifischer Abwanderungswahrscheinlichkeiten modelliert.

Die Erwerbspersonenprognose basiert auf einer Extrapolation von alters- und geschlechtsspezifischen Erwerbsquoten nach fünfjährigen Altersgruppen. Multipliziert mit der Hauptvariante der aktuellen Bevölkerungsprognose ergibt dies die vorausgeschätzten Zahlen der Erwerbspersonen. Die zugrundeliegenden Erwerbsquoten basieren auf dem ILO-Konzept. Demnach basiert die Zuordnung von Personen zu Erwerbstätigen, Arbeitslosen und Nicht-Erwerbspersonen auf den Richtlinien der internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Als erwerbstätig gilt eine Person, wenn sie in der Referenzwoche mindestens eine Stunde gearbeitet hat, als arbeitslos, wenn sie in diesem Sinne nicht erwerbstätig war, aktuell aktive Schritte zur Arbeitssuche getätigt hat und kurzfristig zu arbeiten beginnen könnte. Im Rahmen der Er-

werbspersonenprognose gelten auch Präsenz- und Zivildienstler als erwerbstätig. Die historischen Erwerbsquoten sind auf Österreichebene aus den Jahresdurchschnittswerten der Erwerbspersonen gemäß Arbeitskräfteerhebung/Mikrozensus seit dem Jahr 2004 abgeleitet. Die Abgestimmte Erwerbsstatistik wird zur Zuschätzung von Erwerbspersonen in Nicht-Privathaushalten herangezogen.

Die Erwerbspersonenprognose wird in zwei Varianten erstellt: als konstante Variante und als Trendvariante. Die konstante Variante hält die alters- und geschlechtsspezifischen Erwerbsquoten auf dem Niveau von 2022 konstant. Die Trendvariante berücksichtigt einerseits die beobachteten Trends in der Erwerbsbeteiligung seit 2004, andererseits werden auch darüberhinausgehende Veränderungen, wie bspw. der Anstieg der Erwerbsbeteiligung 60- bis 64-jähriger Frauen im Zuge der Anhebung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters, in die Annahmen integriert. Es kommt somit zu einer Änderung des Variantenkonzepts im Vergleich zu früheren Prognosegenerationen, bei denen für die Trendvariante in den meisten Altersgruppen eine reine Trendfortschreibung vorgenommen wurde, während die sog. Aktivierungsvariante die Erwerbsquoten der Trendvariante deterministisch erhöht hat. ■

<https://www.statistik.at/>

Krisenübung am Airport Wien

...mit Flughafen Wien, Austrian Airlines, Gesundheitsbehörden sowie mehreren Blaulicht- und Rettungsorganisationen aus Niederösterreich und Wien



Foto: Flughafen Wien

Übungsszenario war der Umgang mit einem Flugpassagier an Bord eines Flugzeuges, bei dem eine hochinfektiöse Erkrankung festgestellt wurde.

Wie die Zusammenarbeit im Notfall mit Behörden, Blaulicht- und Rettungsorganisationen und Unternehmen optimal funktioniert, wurde am 16. November im Rahmen einer großangelegten Krisenübung am Wiener Flughafen trainiert. Übungsszenario war der Umgang mit einem Flugpassagier an Bord eines Flugzeuges, bei dem eine hochinfektiöse Erkrankung festgestellt wurde. Dabei wurde trainiert, welche Maßnahmen an Bord und nach der Landung zu setzen sind, wie die Abstimmungen mit den Behörden und Einsatzorganisationen erfolgen und welche Auswirkungen so ein Ereignis auf betriebliche Abläufe haben kann. Beteiligt waren die Landessanitätsdirektion Niederösterreich, die Bezirkshauptmannschaft Bruck an der Leitha, die Abteilung Feuerwehr und Zivilschutz des Landes Niederösterreich, das Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, die Flughafen Wien AG, Austrian Airlines, Notruf Niederösterreich (Leitstelle), die Sonderinfektions- und Unterstützungseinheit Niederösterreich des Österreichischen Roten Kreuzes und des Arbeiter-Samariter-Bundes Österreich, das Stadtpolizeikommando Schwechat, die Klinik Favoriten und das Hygiene-



Foto: Flughafen Wien

Julian Jäger, Vorstand der Flughafen Wien AG, Ulrike Königsberger-Ludwig, Gesundheitslandesrätin in Niederösterreich, und Günther Ofner, Vorstand der Flughafen Wien AG

zentrum der Stadt Wien. Stattgefunden hat die Übung von 12.00 Uhr bis 16.00 Uhr an Bord einer Austrian-Maschine, am Flughafen-Vorfeld und in einem abgegrenzten Terminalbereich. Involviert waren rund 80 Personen aus allen beteiligten Organisationen, darunter etwa 30 Testpassagiere an Bord des Flugzeuges.

NÖ Gesundheitslandesrätin

„Es freut mich, berichten zu dürfen, daß die heutige Großübung sehr erfolgreich verlief. Vor allem das professionelle Zusammenspiel der involvierten Behörden, Organisationen und Einheiten sorgte für einen optimalen Ablauf. Dafür bedanke ich mich bei allen Mitwirkenden ausdrücklich. Mein be-

Chronik

sonderer Dank gilt dem Flughafen Wien und den Austrian Airlines, die es ermöglichten, die Notfallübung unter realistischen Einsatzbedingungen abhalten zu können“, sagt Niederösterreichs Gesundheitslandesrätin Ulrike Königsberger-Ludwig, die vor Ort die Übung mitverfolgte.

Flughafen Wien AG

„Krisenübungen wie diese finden am Flughafen Wien regelmäßig statt und sind sehr wichtig, um die Kommunikation und Zusammenarbeit mit allen beteiligten Organisationen und Partnern zu trainieren. Damit stellen wir sicher, daß im Ernstfall alles reibungslos abläuft. Wir bedanken uns bei allen beteiligten Organisationen, Behörden und Partnern für die sehr gute Zusammenarbeit, die in dieser Übung erfolgreich unter Beweis gestellt wurde“, so die Vorstände der Flughafen Wien AG, Julian Jäger und Günther Ofner.

Austrian Airlines

„In der Luftfahrtbranche ist die Durchführung von Krisenübungen von großer Bedeutung. Verschiedene Prozesse müssen geübt werden, um im Ernstfall einen reibungslosen Ablauf sicherzustellen. Fehler sind in unserer Branche keine Option, dafür ist das nahtlose Zusammenspiel aller Organisationen entscheidend. Wir begrüßen und unterstützen daher die gemeinsamen Übungen der Landesorganisation Niederösterreich, die in enger Zusammenarbeit mit verschiedenen Stakeholdern am Flughafen Wien eine fiktive Krise simulieren. Wir sind stolz, daß Austrian Airlines auch dieses Jahr wieder eine bedeutende Rolle in der Übung übernimmt“, sagt Francesco Sciortino, COO von Austrian Airlines.

Notruf Niederösterreich

„Bei solchen speziellen Einsätzen können Notruf Niederösterreich Supervisor- und Backoffice-Mitarbeiter jederzeit und überall mobile Leitstellenarbeitsplätze einrichten und sofort in Betrieb nehmen. Im Krisen- und Einsatzfall sind wir die Kommunikationsdrehscheibe und sorgen mit modernster Technik für einen reibungslosen Einsatzablauf“, so die beiden Geschäftsführer von Notruf Niederösterreich, Christian Fohringer und Josef Schmall.

Passagier mit hochansteckender Infektion als Übungsszenario

Ziel der Übung war es, die festgelegten Alarmierungswege und die taktische Vorgehensweise bei einem medizinischen Notfall



Foto: Flughafen Wien

Insgesamt waren über 80 Personen involviert, die Zusammenarbeit hat organisationsübergreifend hervorragend funktioniert.



Foto: Flughafen Wien

Unter realistischen Einsatzbedingungen fand die Übung an Bord einer Austrian-Maschine, am Flughafen-Vorfeld und in einem abgegrenzten Terminalbereich statt.

mit einem hochinfektiös erkrankten Passagier an Bord eines Flugzeuges und allen nachfolgenden Abläufen nach der Landung zu trainieren. Dabei wurde das Szenario angenommen, daß ein Flugpassagier von Madagaskar über Addis Abeba und Paris nach Wien reiste und sich sein Gesundheitszustand während des Fluges nach Wien verschlechterte. Ein zufällig mitreisender Arzt stellte den Verdacht einer hochinfektiösen Krankheit fest. Nach der Landung am Flughafen Wien wurde der erkrankte Passagier von Einsatz- und Rettungsorganisationen übernommen und die Klinik Favoriten überstellt, wo noch weitere Einsatzmaßnahmen geübt wurden. Die anderen Passagiere wurden in den Notfallgates des Flughafens entsprechend der Vorgaben der Gesundheitsbehörden betreut.

An der Krisenübung waren alle zuständigen Einsatzorganisationen, Behörden und

relevanten Unternehmen beteiligt: Die Landessanitätsdirektion Niederösterreich, die Bezirkshauptmannschaft Bruck an der Leitha, die Abteilung Feuerwehr und Zivilschutz des Land Niederösterreich, das Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, die Flughafen Wien AG, Austrian Airlines, Notruf Niederösterreich (Leitstelle), die Sonderinfektions- und Unterstützungseinheit Niederösterreich des Österreichischen Roten Kreuzes und des Arbeiter-Samariter-Bundes Österreich, das Stadtpolizeikommando Schwechat, die Klinik Favoriten und das Hygienezentrum der Stadt Wien. Insgesamt waren über 80 Personen in die Übung involviert. Der Flughafen Wien bedankt sich bei allen beteiligten Organisationen, Behörden und Unternehmen für die hervorragende Zusammenarbeit. ■

<https://www.viennaairport.com/>

Koralmbahn in Kärnten eröffnet

Landeshauptmann Peter Kaiser: »Die Inbetriebnahme der Bahnstrecke ist eine Sternstunde für den Arbeits-, Wirtschafts- und Lebensraum Kärnten...«



© ÖBB/ischrom

Ein Railjet kommt aus dem Portal des Koralmtunnels bei St. Paul im Lavanttal

Die Fertigstellung und Inbetriebnahme des Kärntner Abschnittes der Koralmbahn wurde am 7. Dezember am Bahnhof St. Paul im Lavanttal gefeiert. Seitens der Kärntner Landesregierung wohnten Landeshauptmann Peter Kaiser, LH-Stv. Martin Gruber und Landesrat Sebastian Schuschnig der Fertigstellungsfeier bei. Seit 10. Dezember verkehren Nahverkehrszüge am Streckenabschnitt zwischen Klagenfurt und St. Paul im Lavanttal. Die Fahrzeit der S-Bahn reduziert sich auf 26 Minuten. Zeitgleich wird die modernisierte Lavanttalbahn und die Bleiburger Schleife in Betrieb gehen.

Der Landeshauptmann bezeichnete die Inbetriebnahme des Streckenabschnitts als eine Sternstunde für den Arbeits-, Wirtschafts- und Lebensraum Kärnten. „Die Zugfahrt nach St. Paul im Lavanttal war ein Moment, bei dem man gespürt hat, daß man ein Teil etwas ganz Großen ist“, sagte Kaiser und dankte allen, die an der Umsetzung dieses Jahrhundertbauwerks mitgewirkt haben. „Die Koralmbahn wird das Mobilitätsverhalten der Menschen verändern, die Regionen beleben und einen wichtigen Beitrag zum Umwelt-



Foto: LPD Kärnten/Just

v.l.: LR Sebastian Schuschnig, Martin Selmayr von der europäischen Kommission, Bgm Stefan Salzmann, LH Peter Kaiser, Vizekanzler Werner Kogler, ÖBB Vorstand Andreas Matthä und LHStv. Martin Gruber

schutz leisten“, strich Kaiser hervor. Er betonte, daß die Chancen, die sich durch die Hochleistungsbahntrasse zwischen Klagenfurt und Graz ergeben, optimal genutzt wer-

den müssen: „Es entsteht ein neuer Zentralraum, in dem rund 1,1 Millionen Menschen leben. Nutzen wir diese Chance und gestalten wir gemeinsam die Zukunft.“

Chronik

Vizekanzler Werner Kogler erinnerte daran, daß die Koralmbahn zu einem Umdenkprozeß im Bereich der Mobilität führen wird. „Durch die Koralmbahn ist ein attraktives Angebot entstanden, das viele Menschen zum Umsteigen auf die Bahn animieren wird“, zeigte sich Kogler überzeugt. Gleichzeitig ist die Errichtung der Koralmbahn für Kogler aber auch ein Beispiel, wie Wirtschaft und Umweltschutz voneinander profitieren. „Es gilt Wirtschaft und Umwelt unter einen Hut zu bringen um die regionale Wirtschaft zu stärken. Wir können mit der Energie- und Verkehrswende viel gewinnen und diese Chance müssen wir nutzen“, faßte Kogler zusammen.

Stefan Salzmann, Bürgermeister der Gemeinde St. Paul im Lavanttal, rückte stellvertretend für alle BürgermeisterInnen der an der Koralmbahn liegenden Gemeinden, die Vorteile der Bahnstrecke in den Vordergrund. „Wir rechnen mit vielen jungen Menschen, die sich aufgrund der Koralmbahn zwischen den Ballungszentren Klagenfurt und Graz niederlassen. Das ist eine große Chance für alle Gemeinden. Auch viele Betriebe siedeln sich aufgrund der Koralmbahn an dieser Achse an“, berichtete Salzmann.

ÖBB-CEO Andreas Matthä sagte: „Die Koralmbahn ist ein Jahrhundertbauwerk, das



Foto: LPD Kärnten/Just

v.l.: Martin Selmayr von der europäischen Kommission, WKO Präsident Jürgen Mandl, Landesrat Sebastian Schuschnig, Vizekanzler Werner Kogler, Landeshauptmann Peter Kaiser und ÖBB Vorstand Andreas Matthä

nach der Eröffnung 2025 die Lebenswelten der Menschen nachhaltig verändern wird und enorme Chancen für die Region bietet.“

Martin Selmayr, Leiter EU-Vertretung in Österreich, erläuterte, daß die Koralmbahn einen wichtigen Beitrag zu Mobilitätswende leistet. „Die Koralmbahn verbindet nicht nur Staaten, ist ein Teil der Baltisch-Adriatischen-Achse, sondern leistet auch einen wichtigen

Beitrag zur Reduzierung von Treibhausgasen“, führte Selmayr aus.

Die Hochleistungsbahnstrecke zwischen Klagenfurt und Graz wird Ende 2025 in Betrieb gehen. Nach der Fertigstellung reduziert sich die Fahrzeit zwischen den beiden Landeshauptstädten auf 45 Minuten – statt aktuell drei Stunden mit der Bahn bzw. zwei Stunden mit dem Bus. ■



© ÖBB/ZOOM VP.AT

(c) ZOOM VP.A

So werden die Bahnhöfe entlang der koralmbahn aussehen.

50 Jahre Europabrücke

Ein Tiroler Wahrzeichen feiert Geburtstag

Die Europabrücke erfreut sicher vieler Titel und Attribute: „Jahrhundertprojekt“, „ehemals höchste Brücke Europas“ oder „Herzstück der Brenner Autobahn“. Am 17. November 1963 eröffnete der damalige Bundeskanzler Alfons Gorbach die Europabrücke – als Wahrzeichen für Völker- und Mobilität sowie für den damaligen Fortschritt der Baukunst der 60er-Jahre.

Die immensen Dimensionen der Brücke stellte die Ingenieure damals vor gewaltige Aufgaben. 70.000 Kubikmeter Beton, 55.000 Kubikmeter Erd- und Felsmassen, über 6.000 Tonnen Stahl und ein viereinhalb Jahre Bauzeit: Das Jahrhundert-Bauwerk übertraf bei Planung, Bau und im Betrieb alle Erwartungen. „Die Europabrücke ist auf ihre Art ein Tiroler Wahrzeichen. Als Herzstück der Brenner Autobahn ist sie eines der bedeutendsten Bauwerke, die wir betreuen“, ist sich ASFINAG-Geschäftsführer Klaus Fink sicher. 50 Jahre nach Verkehrsfreigabe passieren über zwölf Millionen Fahrzeuge pro Jahr die Europabrücke.

Als Jahrhundertbauwerk wurde die Europabrücke gefeiert, als sie am 30. Mai 1963 fertiggestellt wurde. Die Fakten beeindruckten noch heute: Die Brücke ist 820 Meter lang, steht auf fünf imposanten Stahlbetonpfeilern und misst an der höchsten Stelle 192 Meter. Sie besteht aus 70.000 Kubikmetern Beton, 6.000 Tonnen Stahl wurden verbaut. Am 17. November 1963 – vor genau 50 Jahren – rollten die ersten Fahrzeuge über die damals höchste Brücke Europas.

Immer noch stolze Nummer zwei der höchsten Brücken auf dem Kontinent

„Ingenieure betreten beim Bau dieser Brücke Neuland. Neue Bautechniken kamen zum Einsatz – in dieser Form noch nie dagewesene wissenschaftliche Versuche bildeten die Grundlage für die technische Umsetzung“, erläutert Fink. Die Brücke Viaduc de Millau in Südfrankreich lief zwar der Europabrücke im Jahr 2004 mit einer Höhe von 270 Metern den Rang als höchste Brücke Europas ab. Das tat der großen Bedeutung der Europabrücke jedoch keinen Abbruch. „Die Europabrücke ist mittlerweile eine ältere Dame – jedoch bestens in Schuß“, ist sich Fink sicher. Neben einer permanenten Kon-



Foto: ASFINAG/Wilhelm Wagner

Viereinhalb Jahre betrug die Bauzeit der Europabrücke – sie war damals die höchste Europas.



Foto: ASFINAG/Schär

trolle durch den Streckendienst der zuständigen Autobahnmeisterei Plon finden alle zwei Jahre Kontrollen durch die Abteilung der Bauwerksinspektion statt. Alle sechs Jahre steht verpflichtend eine Brückenprüfung durch externe Experten auf dem Programm. Im Rahmen dessen werden Tragwerk, bewegliche Teile oder Fahrbahnübergänge auf Funktionalität und Verschleißerscheinungen überprüft. Diese Ergebnisse führen bei Bedarf zu baulichen Sanierungsmaßnahmen.

Die Überprüfungen an der Brücke erfordern Schwindelfreiheit: mit einem Brückeninspektionsgerät bewegen sich die ASFINAG-Mitarbeiter auf einer Plattform in über 190 Meter Höhe unter Brücke, um nach dem

Rechten zu sehen. Sogar ein Bungee-Sprung ist seit über zwei Jahrzehnten von der Brücke aus möglich.

Eckdaten der Europabrücke

- Länge: 820 Meter gesamt (inklusive Vorbrücken)
 - Höhe: 192 Meter
 - Anzahl Pfeiler: 5 Stück
 - Bauart der Brücke: Balkenbrücke in Stahlkonstruktion (in der Bauart Balkenbrücke nach wie vor die höchste Balkenbrücke Europas)
 - Spatenstich: 25. April 1959
 - Verkehrsfreigabe: 17. November 1963 ■
- <https://www.asfinag.at/>

Donauturm: höchste Rutsche Europas bietet Adrenalinkick

Die Donauturm-Rutsche, Europas höchste Rutsche, thront in beeindruckenden 165 Metern Höhe am Donauturm. Dieses Kunstprojekt des international renommierten deutschen Objektkünstlers Carsten Höller bietet den BesucherInnen ein faszinierendes Abenteuer: Wagemutige können an der nördlichen Außenseite des Turms vom Mittelgeschoß durch das halbtransparente Kunstwerk auf die Aussichtsebene in 150 Metern Höhe rutschen und sich neben dem atemberaubenden Ausblick auch einen Adrenalinkick holen.

Die Installation erfolgte am 3. Oktober in einem spektakulären Hubschraubereinsatz und verleiht dem Wiener Wahrzeichen eine neue Silhouette. Die Nutzung der Rutsche ist nur mit einem gültigen Eintrittsticket zwischen 11:00 und 21:00 Uhr möglich und wird durch ein Ampelsteuerungssystem und Videoüberwachung gesichert. Durch eine zurückhaltende Beleuchtung des Kunstwerks wird nicht nur das ästhetische Erlebnis, sondern auch die Sicherheit gewährleistet.

Der Donauturm wurde 1964 als Highlight und stolzes Symbol im Rahmen der Wiener internationalen Gartenschau (WIG) erbaut



Foto: Donauturm Aussichtsturm- und Restaurantbetriebsgesellschaft m. b. H

und ist mit einer Gesamthöhe von 252 Metern noch immer das höchste Bauwerk Österreichs. Er ist der einzige Ort in der Bundeshauptstadt, an dem sich BesucherInnen über einen 360-Grad-Panoramablick freuen können. Bei guten Sichtverhältnissen

hat man einen 80 Kilometer weiten Fernblick über das Umland bis zur Rax, Schneeberg, ebenso wie nach Bratislava. Leitender Architekt war der Wiener Professor Hannes Lintl. ■

<https://www.donauturm.at/>

Schwarzenegger-Wachsfigur im Madame Tussauds Wien

12 Jahre nach der ersten Version bekam der Ex-US Gouverneur von Kalifornien, Arnold Schwarzenegger, am 9. Oktober die zweite Wachsfigur im Wiener Prater. Er ist somit die erste Persönlichkeit in der Wiener Dependence, der eine komplett neue und überarbeitete Version erhält. Grund dafür sind unter anderem seine Fans: „Arnold Schwarzenegger erfreut sich weiterhin großer Beliebtheit in unserer Attraktion und seine Figur ist eines der beliebtesten Fotomotive für unsere Besucher. Gleichzeitig hat sich in den letzten 12 Jahren viel in seinem Leben getan. Heute gilt sein großes Engagement dem Umweltschutz. Deshalb ist es uns wichtig, ihn so wie man ihn heute kennt, als Botschafter für die Umwelt, in einem authentischen Setting zu zeigen“, so Lukas Raucher, Marketing Manager von Madame Tussauds Wien.

So ist die neue Version auf einem Fahrrad inmitten der nachgebauten Ringstraße abgebildet. Schwarzenegger ist bekannt dafür, zu seinen jährlich stattfindenden Austrian Summits in Wien mit dem Fahrrad unterwegs zu sein. In seiner Wahlheimat Los Angeles, als auch in anderen Städten dieser



Foto: Madame Tussauds Wien/Christoph Kleinsasser

Welt wurde er ebenso schon öfter bei Fahrradtouren gesichtet.

Das neue Ebenbild zeigt sich sportlich und trägt eine Baseballjacke und schwarze Shorts. Ein Dreitagebart und ein Daumen nach oben runden das Gesamtbild ab.

„Arnold Schwarzenegger nutzt seine Popularität, um weltweit für den Klimaschutz zu mobilisieren“, sagte Bundesministerin Leonore Gewessler in ihrer Laudatio. „Wir brauchen viele Climate Action Heroes, damit wir gemeinsam die Klimakrise meistern und eine gute Zukunft für uns alle schaffen.“

Auch Schwarzeneggers Langzeitfreund Peter Urdl wohnte der Enthüllung bei und fand nur lobende Worte für das Ebenbild: „Ich finde die Figur ist 1000 Prozent. Ich glaube, ich stehe neben dem Arnold.“

Sechs Monate, mehr als 20 KünstlerInnen und knapp 3.000 Arbeitsstunden gingen in die Herstellung der Figur. Die Augen aus Acrylglas wurden handbemalt, individuell an Arnolds Augenfarbe angepaßt und mit feinen Safranfäden, die als Adern dienen, versehen. Die Zähne wurden von einem Zahntechniker hergestellt und an seine echten Zähne angepaßt.

Die Wachsfigur von Arnold Schwarzenegger ist ab sofort im Politikraum im Madame Tussauds Wien beim Eingang zum Wiener Prater zu sehen. ■

<https://www.madametussauds.com/wien>

Bacchuspreis 2023 geht an Erich Giese



Foto: ÖWM / Anna Stöcher

v.l.: Johannes Schmuckenschlager (Österreichischer Weinbaupräsident), Erich Giese (Bacchuspreisträger 2023), Alexander Bernhuber (Abgeordneter zum Europäischen Parlament), Sophie I (Bundesweinkönigin), Chris Yorke (Geschäftsführer ÖWM), Karl Wilfing (Präsident des Niederösterreichischen Landtags, in Vertretung von Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner), Reinhard Zöchmann (Niederösterreichischer Weinbaupräsident), Franz Backknecht (Ehrenpräsident des Niederösterreichischen Weinbauverbands), Richard Kager (Pfarrer von Perchtoldsdorf)

Damit ehrt die heimische Weinwirtschaft den renommierten Wachau-Maler Erich Giese für seine großen Verdienste um den österreichischen Wein. Im Zuge der Weintaufe wurde auch der Jahrgang 2023 feierlich gesegnet.

In seiner Laudatio auf Erich Giese hob der Ehrenpräsident des Niederösterreichischen Weinbauverbands Franz Backknecht dessen Leistungen hervor: „Erich Giese gilt als der bedeutendste lebende Wachau-Maler, hat seine Motive aber auch in allen anderen Weinbaugebieten Österreichs gesucht. Darüber hinaus ist er ein Künstler, der uns mit seinen Bildern durch die Poesie seiner Augen und seiner Hände die Tiefe der Weinkultur nahegebracht hat.“

Für diese Verdienste um den heimischen Wein erhielt er im Rahmen der Bundesweintaufe in der Burg Perchtoldsdorf nun den Bacchuspreis 2023 in der nationalen Kategorie. Der Bacchuspreis in der internationalen Kategorie wird seit heuer nicht mehr bei der

Weintaufe, sondern im Rahmen der Weinmesse VieVinum (25.-27. Mai 2024) verliehen. Mit dem Bacchuspreis ehrt die heimische Weinwirtschaft seit über fünf Jahrzehnten jene Personen, die für den österreichischen Wein – national und international – besondere Leistungen erbracht haben.

»Letzter Wachau-Maler« mit Perfektion in Aquarell und Acryl

1942 im Waldviertel geboren, übersiedelte Giese im Alter von 14 Jahren in die Wachau und begann mit 26 Jahren zu malen. Heute wird er oft als „letzter Wachau-Maler“ bezeichnet, der mit größter Kunstfertigkeit einzigartige Aquarell-Darstellungen des Weinbaugebiets an der Donau schuf – ganz in der Tradition der großen Wachau-Maler wie Suppanschtsch und Geller. Aber auch mit Acryl und einer eigenen, streng geheimen Spachteltechnik malt Giese, unter anderem hyperrealistische Darstellungen von Weinreben, deren dreidimensionale Wirkung

die BetrachterInnen beinahe zum Angreifen der Bilder verleitet.

Weinjahrgang 2023 gesegnet

Umrahmt wurde die Ehrung von der feierlichen Bundesweintaufe, bei der der Jahrgang 2023 offiziell gesegnet wurde. Stellvertretend für alle 2023er-Weine segnete der Pfarrer von Perchtoldsdorf Richard Kager ein Faß Thermenregion DAC Gemischter Satz und taufte ihn auf den Namen „Sonnengold“. Der Taufname stammt von Erich Giese und nimmt auf die warmen Reifeperioden des aktuellen Jahrgangs Bezug.

Trotz vieler Wetterkapriolen weckt der Jahrgang 2023 große Erwartungen. Größtenteils konnten Österreichs WinzerInnen ausgereifte und gesunde Trauben ernten. Diese versprechen harmonische und fruchtige Weine mit einem guten Verhältnis zwischen Körper und Frische. ■

<https://www.oesterreichwein.at/>

<http://wachaumaler.at/>

Der Junker ist da!

Das war die steirische Junkerpräsentation 2023



Foto: Wein Steiermark ©Harry Schiffer ©Fotokuchi

Traditionell laden alljährlich am Mittwoch vor Martini die Wein Steiermark und die Junker-WinzerInnen in die Stadthalle Graz.

Der Startschuß für den Weinjahrgang 2023 ist erfolgreich gelungen! Traditionell laden alljährlich am Mittwoch vor Martini die Wein Steiermark und die Junker-WinzerInnen in die Stadthalle Graz. Bei der bestens besuchten Junkerpräsentation wurde der Vorbote des Weinjahrgangs 2023, der sich jugendlich und frisch präsentiert, von den rund 4.000 Gästen gefeiert. Besonders erfreulich ist das sichtliche Interesse der Jugend für das Fest rund um den Steirischen Wein, Gamsbart & Steirerhut.

Jeder Junker ist, wie der Winzer selbst, ein Original. Aufgrund seiner jugendlichen Frische und Spritzigkeit eignet ist der Jungwein bis zum nächsten Sommer als idealer Begleiter zur saisonalen, regionalen Küche. Erhältlich ist der Junker bei den Junker-WinzerInnen, online, in der Gastronomie und im gut sortierten Handel.

Junker-Botschafter

„Das junge Publikum auf der Junkerpräsentation passt perfekt zum Junker: Lebensfreude, Lebendigkeit und Frische - einfach Steiermark pur!“

Die Junker-BotschafterInnen Sophie, Fabian und Johannes repräsentieren den Junker als Markenbotschafter und geben rund um das Weinjahr Einblick in die Handarbeit und das Handwerk von Weinbauern und Weinbäuerinnen. Als jugendlich-frisches Trendgetränk werden sie den Junker 2023 erstmals



Foto: Wein Steiermark ©Harry Schiffer ©Fotokuchi

v.l.: Werner Luttenberger (GF Wein Steiermark), Landesrätin Simone Schmiedtbauer, Maria Pein (Vizepräsidentin Landwirtschaftskammer Steiermark) und Michael Gradischnig (Leiter Werbung, Steiermärkische Sparkasse)

an der Junker-Bar am Bauernbundball präsentieren. Auf Instagram und Facebook kann man den Junker-Botschaftern folgen.

Jeder Junker ist ein Original, wie der Winzer selbst

Klassisch als trockener Weißwein, als Schilcher-Junker oder ganz in Rot: Jeder Steirische Junker schmeckt erfrischend und spritzig mit jugendlich-frisch und fruchtigen Aromen. Jeder Junkerwinzer kreiert seinen eigenen, individuellen Junker aus Trauben

verschiedener Sorten, gewachsen auf unterschiedlichen Böden und beeinflusst vom jeweiligen Mikroklima. So ist jeder Junker, wie der Winzer selbst, ein Original. Der Steirische Junker eignet sich aufgrund seiner Frische hervorragend als Aperitif und ist bis zum nächsten Sommer ein idealer Begleiter insbesondere zur saisonalen, regionalen Küche. Erhältlich ist der Junker bei den Junker-Winzern ab Hof, online, bei Festen sowie in der Gastronomie und im gut sortierten Handel.

Gastronomie & Kulinarisches

Steirerhut und Gamsbart – Das Original unter den Jungweinen

Der Jungwein, der zum Steirischen Junker ernannt werden will, darf maximal 12 % vol. Alkohol und höchstens 3 g/l Restzucker aufweisen, muß im Labor und vor einer sechsköpfigen Kostkommission als Qualitätswein bestehen. Die Kostkommission prüft, ob der junge Wein die Junker-Kriterien erfüllt. Der echte Steirische Junker trägt auf Flaschenetikett und Kapsel das Junkerzeichen mit dem Steirerhut und Gamsbart und dem ® der registrierten Marke.

Der echte Steirische Junker ist bekannt und beliebt, garantiert Qualität und Geschmack und gibt Sicherheit durch die Bekanntheit der Marke. Das Original unter den Jungweinen kam vor mehr als 35 Jahren als Vorreiter der österreichischen Jungweine auf den Markt und ist die Antwort auf die Wünsche und Sehnsüchte der Kunden nach „echten, authentischen und regionalen Produkten“. Rund 400.000 Flaschen Junker wurden im vergangenen Jahr von rund 150 Junkerweinbauern produziert. Dieses Jahr rechnen wir mit ähnlichen Zahlen.

Steirischer Junker als Vorbote des neuen Jahrgangs

Der Junker verkürzt mit jugendlich-frischen Aromen das Warten auf die DAC-Weine. Der Jungwein aus der Steiermark gibt erste Eindrücke, wie sich der Jahrgang entwickeln wird und lässt Rückschlüsse auf den Jahrgang zu. Den DAC-Weinen gibt das Steirische Herkunftssystem Zeit für Entwicklung und Reife: Gebietsweine kommen ab 1. März, Orts- und Riedenweine ab 1. Mai nach der Ernte auf den Markt.

Der Jahrgang 2023: Fruchtbetonte, etwas leichtere, harmonische Weine

„Nach einer klimatisch turbulenten und herausfordernden Saison, die auch von Unwettern geprägt war, erwarten wir eine mittlere bis kleinere Ernte. Einschätzungen gehen von etwa 200.000 Hektoliter aus. Das wäre im Vergleich zum letzten Jahr ein Minderertrag von etwa 10 Prozent“, schildert Wein Steiermark Geschäftsführer, Werner Luttenberger.

„Ich schätze auch, daß wir eine mittlere, etwas kleinere Ernte bekommen werden, dafür mit sehr hoher Qualität“, meint Stefan Potzinger, Obmann der Wein Steiermark. Der niederschlagsreiche Sommer war arbeitstechnisch fordernd, gleichzeitig sorgte die Feuchtigkeit in den Böden dafür, daß die Reben mit ausreichend Nährstoffen versorgt



Die JunkerbotschafterInnen (v.l.) Fabian Narat-Zitz, Sophie Friedrich und Johannes Rauch



wurden. „Das über Wochen anhaltende perfekte Spätsommerwetter ist uns bei der Reifeentwicklung sehr gelegen gekommen.“

Zucker und Aromen wurden eingelagert und die Säuregehalte haben sich harmonisiert. Erste Verkostungen stimmen äußerst zuversichtlich: Der Jahrgang 2023 verspricht etwas leichter zu werden und zeichnet sich durch Mineralität sowie eine besonders schöne Fruchtigkeit und Frische aus.

Wein Steiermark

Der Junker ist eine Marke des Vereins Wein Steiermark. Die Wein Steiermark ist die Botschafterin der steirischen Weine im In- und Ausland und unterstützt die steirischen

Weinbauern & Weinbäuerinnen. Die Wein Steiermark steht für Abwechslung, Geselligkeit und Tüchtigkeit. Mit Kommunikations- und Absatzförderungsmaßnahmen verfolgt sie das Ziel, die Anerkennung des steirischen Weines und der steirischen Weingüter im In- und Ausland zu erhöhen. Der Verein zählt derzeit rund 460 Mitgliedsbetriebe. Die steirischen Weinbauern & Weinbäuerinnen bewirtschaften 5.096 ha Weingartenfläche laut Weinkataster 2020 rund 11 % der gesamtösterreichischen Fläche und produzierten 2022 gesamt 229.313 Hektoliter Wein laut Statistik Austria, rund 9 % der österreichischen Weinernte. ■

<https://steiermark.wine/>

Erste Trauben für Bgld. Eiswein 2023 gelesen



Foto: Burgenländische Landwirtschaftskammer

Bei der nächtlichen Eiswein-Lese: Mitglieder der Familie Kaiser vom Weingut Magdalenenhof

Die eisigen Temperaturen der Nacht zum 4. Dezember boten die witterungstechnischen Idealvoraussetzungen für die Ernte des ersten Burgenländischen Eisweins des Jahrgangs 2023. Damit liegt der erste Eisweinernte-Termin genau 10 Tage vor dem im Vorjahr. In Leithaprodersdorf nutzten die ProduzentInnen Weinbau Menitz, Venarikeller – Josef Steinlechner und Eder am Spitz die Gunst der Stunde und fuhren die Chardonnay-Eisweinernte erfolgreich ein. Gelesen wurden die Trauben mit 31° KMW händisch um 4:30 Uhr bei Temperaturen von -9°C bis -10,5°C. Weiters konnten in Kleinhöflein die Weingüter Kirchknopf die Sorten Gelber Muskateller und Muskat Ottonel in den Rieden Fehlmühl und Mitterjoch bei -10,8°C und Kaiser Magdalenenhof Weißburgunder-Trauben in der Riede Langau mit 31,7° KMW für einen Eiswein ernten, der zum Jahrgangswein für den Enkel Vinzenz auserkoren wurde.

Auch in Großhöflein, Rust, Illmitz, Mönchhof, Gols und Deutschkreutz konnten Trauben für Eiswein geerntet werden. Insgesamt haben burgenlandweit nach damaligem Stand rund 20 Betriebe eine Absichtsmeldung zur Lese von Eiswein an die Bundeskellereinspektion abgegeben.

Für einen Eiswein gelten grundsätzlich die gleichen gesetzlichen Rahmenbedingun-



Foto: Burgenländische Landwirtschaftskammer

Für hervorragenden Eiswein müssen die WinzerInnen beschwerliche Nachtarbeit leisten...

gen wie für einen Qualitätswein. Das heißt, daß er unter anderem die sensorischen Anforderungen zur Erlangung der staatlichen Prüfnummer erfüllen muß bzw. unterliegt die Erntemenge pro Hektar ebenso einer Höchstmengenbeschränkung. Weiters müssen die Trauben zur Herstellung von Eiswein bei der Lese und der Kelterung gefroren sein und deren Saft ein Mostgewicht von mindestens 25° KMW aufweisen.

„Anteilmäßig macht der Eiswein an der gesamten Erntemenge im Burgenland zwar weniger als drei Prozent aus, jedoch handelt es sich hierbei um ein Nischenprodukt mit

hohem Wiedererkennungswert, das durch seine Witterungsabhängigkeit in der Produktion besonders wertvoll ist“, betont Landwirtschaftskammer-Präsident Nikolaus Berlakovich. Größtenteils liegen die Flächen für die Eisweinproduktion rund um den Neusiedlersee, wobei auch vereinzelte Betriebe in anderen Regionen des Burgenlandes erfolgreich Eiswein produzieren, wie etwa 2021 in Neuhaus am Klausenbach.

Da der Winter gerade erst begonnen hat, besteht noch Hoffnung für weitere Eisweine aus dem Burgenland. ■

<https://bgld.lko.at/>

15. Bierkulturbericht

Studie begleitet Bierkultur am Weg in eine vielfältige Zukunft – Der Bierkulturbericht enthüllt einmal mehr, wie die ÖsterreicherInnen ihr Bier genießen...

Hans Böhm, Vorstandsvorsitzender der Brau Union Österreich erklärt: „Bier hat so viele Aspekte: Es ist Wirtschaftsfaktor und Genuß, Brauereien sind nachhaltige Vorreiter und durch die Nutzung österreichischer Rohstoffe auch quasi Landschaftspfleger. All das wird im jährlichen Bierkulturbericht erzählt, begleitet von Daten und Fakten aus der jährlichen, repräsentativen Studie. Und mit diesem Erfolgsmodell geht die Brau Union Österreich bereits in das 15. Jahr.“

Repräsentative Daten zu Österreichs Bierkultur

Der Bericht ist in den vergangenen Jahren zu einer Pflichtlektüre für Entscheider aus den Bereichen Lebensmittelhandel und Gastronomie geworden, Bierinteressierte lesen ihn ebenso wie Stakeholder aus Politik, Wirtschaft und NGOs. Herausgegeben von der Kommunikationsabteilung der Brau Union Österreich auf Basis einer repräsentativen Studie des Meinungsforschungsinstituts market, dreht sich heuer ein Schwerpunkt um den bierigen Genuß im Jahres

Conrad Seidl, Bierpapst und Journalist, begleitet den Bierkulturbericht bereits seit Anbeginn mit seinen journalistischen Analysen der Studie, trägt bierige Anekdoten bei und erklärt den LeserInnen, was die Studie ergibt: „Neben meinem Brotberuf als Journalist ist mir das Bier Berufung, mit dem ich mich aus Interesse und auch aus Freude schon jahrzehntelang befasse. Ich freue mich, daß ich beim Bierkulturbericht immer wieder mitwirken kann – ich halte ihn mittlerweile für ein unverzichtbares Werk, das die Bierkultur in Österreich braucht. Die Branche wartet schon jedes Jahr auf die neue Ausgabe.“

Bierkulturbericht belegt ungebrochen hohen Stellenwert von Bier in Österreich

Die aktuelle Marktforschung belegt: Der Stellenwert von Bier für die Getränkultur in Österreich ist ungebrochen. Knapp 90 % unserer Landsleute bewerten Bier als „sehr wichtig“ oder „wichtig“ für die österreichische Getränkultur. Bier ist ein fixer Bestandteil vieler Situationen im alltäglichen Leben, erklärt Gabriela Maria Straka, Director Corporate Affairs & ESG Sustainability



Foto: Brau Union Österreich/VOGUS

v.l.: Gabriela Maria Straka, Gabriela Maria Straka, Director Corporate Affairs & ESG Sustainability und Diplom-Biersommelière, Hans Böhm, Vorstandsvorsitzender der Brau Union Österreich, und Bierpapst und Journalist Conrad Seidl



© Brau Union Österreich/Illustration: Carolin Eitel

und Diplom-Biersommelière: „Bier gehört etwa für 43 % der Österreicher und Österreicherinnen zum Grillen, für 39 % gehört es zu Feiern, auf Partys oder Feste.“

59 % unserer Landsleute genießen das Bier regelmäßig, d.h. mindestens mehrmals pro Monat. Wien scheint auch die Hauptstadt der Biergenießer zu sein. Hier genießen 65 % regelmäßig Bier.

„In Österreich trifft eine lange Biergeschichte und unglaubliche Vielfalt auf eine hohe Innovationskraft – und auch das mit langer Tradition. Der österreichische Bier-

kulturbericht, der heuer zum 15. Mal aufgelegt wird, belegt jährlich aufs Neue die hohe Bedeutung und das gute Image der heimischen Bierkultur“, erläutert Conrad Seidl.

Trotz der Vielfalt sind die ÖsterreicherInnen einigermassen beständig, was ihre Vorlieben betrifft: So wählen 56 % gerne ein Märzenbier, es ist die absolut beliebteste Sorte. Ein Pils trifft den Geschmack von 40 % der Befragten, Zwickl liegt bei 37 % Zustimmung und für ein Weizenbier kann sich ein Drittel (33 %) erwärmen.

Bier hat immer Saison

Passend zum heurigen Schwerpunkt zur Bierkultur im Jahreszyklus, hat sich die Studie auch mit saisonalen Effekten beschäftigt. Das Ergebnis: Zwei Drittel unserer Landsleute (genau 66 %) sagen, daß sie ihr bevorzugtes Bier unabhängig von der Jahreszeit genießen. Bei den über 60jährigen sind es sogar 74 %. 50 % sind allerdings überzeugt, daß Bier im Sommer erfrischender schmeckt als im Winter, 40 % freuen sich jedes Jahr explizit auf die ersten warmen Tage und das Öffnen der Biergärten. Männer mit 45 % übrigens deutlich mehr als Frauen (36 %). Radler wird – wenig überraschend – besonders gerne im Sommer getrunken, wie 30 % der Befragten zu Protokoll geben, Bockbiere sind mit 15 % die Winter-Favoriten.

Gastronomie & Kulinarisches

Foto: Brau Union Österreich



Bier trinken spielt für Männer bei vielen Anlässen eine wichtigere Rolle als für Frauen.

Gabriela Maria Straka erklärt: „Auch im Jahreskreis hat Bier für viele eine feste Verankerung: Für gut ein Viertel der Befragten, 27 %, gehört es explizit zu saisonalen Festen und Feiertagen wie Ostern oder Weihnachten.“ Noch mehr ins Detail geht Seidl in seinem Beitrag im heurigen Bierkulturbericht, erzählt er doch von unzähligen Anlässen rund um den Kalender, die mit Bier zu tun haben – bemerkenswert oft durch die jeweiligen Heiligen, derer gedacht wird, und ihren Bezug zum Brauen oder zum Bier.

Mit dem Angebot der saisonalen Biere im Handel sind übrigens 56 % zufrieden, in der Gastronomie sind es 52 %.

Bewußtsein für Bio-Qualität wächst

Bei Lebensmitteln wie Obst und Gemüse achten die Konsumenten schon lange auf Bio-Qualität. Nun wird dieser Anspruch auch an Bier immer häufiger, laut der noch unveröffentlichten Studie zum 15. Bierkulturbericht haben bereits 27 % der ÖsterreicherInnen bewußt Bio-Bier konsumiert, vor sieben Jahren waren es nur 22 %. Bei den 30- bis 39jährigen sind es übrigens überdurchschnittliche 34 %, bei den über 60jährigen nur 19 %.

69 % der ÖsterreicherInnen sind der Überzeugung, daß Bio-Biere nur mit Rohstoffen aus ökologischer Landwirtschaft gebraut werden, ebenso viele bestätigen, daß das gut ist für unsere Landwirtschaft. 63 % sind aber auch der Meinung, daß es eine klare Bestätigung braucht, daß die Biere bio sind. Auch geschmacklich haben die ÖsterreicherInnen eine klare Meinung zu Bio-Bieren: 38 % denken, sie schmecken anders, 29 % attestieren ihnen einen besseren Geschmack und 25 % meinen, sie seien nicht so bitter.

Die ÖsterreicherInnen wünschen sich zu einem Drittel (34 %), daß es eine größere



Foto: Brau Union Österreich

Das Bewußtsein für Bio-Qualität wächst – auch beim Bier

Auswahl an Bio-Bieren gibt – gleichermaßen in Handel und Gastronomie, besonders stark ausgeprägt ist dieser Wunsch in Wien.

Mehrweg und Recycling ist wichtig, vor allem für die Generation 60+

61 % der ÖsterreicherInnen wünschen sich, daß Bier ausschließlich in Mehrwegflaschen verkauft wird. Daß die weitere Verpackung wie Sechserträger oder Kisten 100 % wiederverwendbar ist, ist eine Anforderung von 54 %. 53 % wollen, daß auch bei Dosenbier ein Pfandsystem eingeführt wird – wie nun bereits auf den Weg gebracht. Daß in der Produktion die natürlichen Ressourcen

besonders geschont werden, ist ein Anliegen von jedem Zweiten (49 %). Interessant ist, daß in all diesen Kategorien von den Befragten über 60 Jahren überdurchschnittlich zugestimmt wird, daß diese also die besonders umweltbewußten Biertrinker sind.

Überdurchschnittliche Freunde von Mehrweg sind auch die Gruppen der regelmäßigen BiergenießerInnen mit 76 % und die Landbevölkerung mit 77 %. Argumente, die laut StudienteilnehmerInnen gegen Mehrweg bzw. für Einweg sprechen, sind vor allem Bequemlichkeit (47 %), Gewicht (36 %) und die Handlichkeit (26 %).

Ansprüche an die Gastronomie und die Bedeutung des richtigen Glases

Und weil Bierkultur auch Glaskultur ist, wurde auch gefragt, inwieweit es den ÖsterreicherInnen wichtig ist, ihr Bier aus dem richtigen Glas zu genießen. Tatsächlich ist 64 % wichtig, daß das Bier in der Gastronomie in ein passendes Glas kommt – zuhause genießen es nur 44 % aus einem speziellen Bierglas, 22 % trinken in den eigenen vier Wänden direkt aus der Flasche oder der Dose.

An die Gastronomie gibt es aber noch eine Reihe weitere Anforderungen: An vorderster Stelle steht eine saubere Zapfanlage, die ist für 83 % wichtig. Die perfekte Temperatur des Bieres erwarten sich 82 % der Befragten, perfekt gezapftes Bier ist für drei Viertel (76 %) ein Kriterium. Immerhin jeder Zweite (48 %) erwartet sich kompetente Beratung, ein gutes Drittel (37 %) möchte auch eine Bierkarte bei seinem Wirten vorfinden.

Die größten Unterschiede: Was sich in den letzten 15 Jahren gravierend verändert hat

Zusammenfassend meint Straka im Bierkulturbericht 2023 über die Änderungen in den letzten eineinhalb Jahrzehnten: „Wir haben immer mehr Biersommeliers. Man kann in mehr Lokalen ein gepflegtes Bier genießen. Man legt mehr Wert auf Geschmack, auf Aromen, auf Vielfalt. Heute weiß man, daß sich die Aromen im richtigen Glas entfalten. Auch die positive Entwicklung von Biermischgetränken und der verstärkte Anklang von alkoholfreien Bieren hat mich positiv überrascht.“

Und Conrad Seidl ergänzt: „Die Leute genießen bewußter – auch Leute, die früher vielleicht nicht zum Bier gegriffen haben. Das ist für mich Bierkultur – daß man das Bier nicht einfach runterkippt. Daß man bewußt sagt, Bier ist etwas Besonderes.“ ■

<https://www.brauunion.at/>

Maria Eichlseder erhält Hedy Lamarr Preis 2023

Der mittlerweile sechste Hedy Lamarr Preis der Stadt Wien ging am 21. November an Maria Eichlseder von der TU Graz. „Die Hedy-Lamarr-Preisträgerinnen inspirieren durch ihre technologische Exzellenz und sind Vorbild für zukünftige Generationen von Frauen, die in der IT-Branche Fuß fassen wollen. Die herausragende Forschung von Frauen trägt nicht nur maßgeblich zum Fortschritt der Wissenschaft in allen Bereichen bei, sondern bringt auch eine Vielfalt von Perspektiven und Innovationen hervor, die unsere Gesellschaft nachhaltig prägen.“, so Wissenschaftsstadträtin Veronica Kaup-Hasler.

„Ich freue mich sehr über die Auszeichnung mit dem Hedy Lamarr Preis der Stadt Wien“, sagt Maria Eichlseder in ihrer Dankesrede. Die Kryptographin erforscht neue Methoden zur Kryptoanalyse von Verschlüsselungsverfahren. Anfang des Jahres wurde der von ihr mitentwickelte „ASCON“-Algorithmus vom US-amerikanischen National Institute of Standards and Technology (NIST) als erster Standard für „Lightweight Cryptography“ veröffentlicht. Diese kryptographischen Algorithmen sind für Anwendungsgebiete mit limitierten Ressourcen konzipiert, in denen aktuelle Verfahren etwa aufgrund ihres hohen Energiebedarfs oder möglicher Implementierungsangriffe nicht verwendet werden können. Das betrifft beispielsweise das Internet der Dinge (IoT) oder medizinische Implantate. „Unser Algorithmus ermöglicht es, die in diesen Systemen verarbeiteten sensiblen Daten vor böswilliger Manipulation und unbefugtem Zugriff zu schützen. Wir gehen davon aus, daß unser Algorithmus in den kommenden Jahren in einer Vielzahl von Produkten eingesetzt wird. Ich freue mich sehr, daß der spannende Forschungsbereich Cybersicherheit durch diesen Preis zusätzliche Sichtbarkeit erlangt und vielleicht auch andere Frauen motiviert, hier aktiv zu werden!“

Die Preisträgerin 2023

Maria Eichlseder promovierte 2018 an der TU mit der höchstmöglichen Auszeichnung von Studienleistungen in Österreich. Sie war als Gastforscherin an der Ruhr-Universität Bochum und der Radboud Universität Nijmegen (Niederlande) tätig. Als Co-



Foto: DigitalCity.Wien/Clemens Schmiedbauer

v.l.: Stadträtin Veronica Kaup-Hasler, Maria Eichlseder und Prof.in Laura Kovács

Autorin von 47 von ExpertInnen begutachteten Artikeln in Fachzeitschriften und Konferenzberichten zählt sie weltweit zu den Top zehn Forscherinnen in der Kryptografie in den letzten zehn Jahren.

„Maria Eichlseder ist nicht nur eine junge und brillante Wissenschaftlerin, sondern auch ein Vorbild für die Ausbildung der nächsten Generation von ComputerwissenschaftlerInnen. Ihre Lehrtätigkeit an der TU Graz wurde mehrfach ausgezeichnet. Sie war die erste weibliche Doktorandin an der TU Graz, die die ‚promotio sub auspiciis praesidentis‘-Medaille erhielt, die höchstmögliche Auszeichnung im Bildungswesen in Österreich, die an weniger als ein Prozent der DoktorandInnen vergeben wird“, begründet Jurymitglied und TU-Wien-Professorin Laura Kovács die Wahl von Eichlseder als diesjährige Siegerin. „Mit ihrem aktiven Engagement bei der Präsentation ihres akademischen Weges geht sie gegen falsche Mythen vor und zeigt, daß die Informatik tatsächlich geschlechtsneutral und äußerst vielfältig ist.“

Sicherheit und Effizienz durch kryptografische Algorithmen

„Die europäische Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) betont die Sicherheit und den Datenschutz von Anfang an in der Entwicklung komplexer IT-Infrastrukturen. Moderne Kryptographie spielt dabei eine Schlüsselrolle, indem sie Daten in IT-Systemen schützt und unbefugten Zugriff verhindert. Die von Maria Eichlseder entwickelten kryp-

tografischen Protokolle setzen neue Standards in der Lightweight-Kryptografie zur Abwehr fehlerhafter Datenverschlüsselungen“, so Laura Kovács.

„Durch ihre brandaktuelle Arbeit zeigt Maria Eichlseder, daß Frauen auch in der IT-Forschung brillieren und einen Mehrwert für die gesamte Gesellschaft bringen. Wir brauchen Diversität und Perspektivenvielfalt in allen Bereichen. Sie gehört nun gemeinsam mit den bisherigen Hedy-Lamarr-Preisträgerinnen Shqiponja Ahmetaj, Johanna Pirker, Laura Nenzi, Martina Lindorfer und Verena Fuchsberger-Stauer zu dringend notwendigen Vorbildern für Mädchen und junge Frauen, die ebenfalls Forscherinnen werden möchten“, faßt Wissenschaftsstadträtin Veronica Kaup-Hasler zusammen.

Über den Hedy Lamarr-Preis der Stadt Wien

Die Stadt Wien verleiht den Hedy Lamarr Preis jedes Jahr gemeinsam mit Digital City.Wien und UIV Urban Innovation Vienna. Die DigitalCity.Wien ist eine gemeinsame Initiative der Stadt Wien, der Wiener Digitalwirtschaft, der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft, deren Ziel es ist, Wien zur digitalen Hauptstadt zu machen. Die Digital-City.Wien wird im Auftrag der Stadt Wien (Büro des CIO) von UIV Urban Innovation Vienna, der Klima- und Innovationsagentur der Stadt Wien, einem Unternehmen der Wien Holding, koordiniert. ■

<https://www.digitalcity.wien/>

Polarstern Preis 2023 geht an Niklas Hedman

Österreichisches Weltraumforum würdigt ehemaligen Konferenz-Organisator von COPUOS (UN-Komitee für die friedliche Nutzung des Weltraums)

Am 16. Dezember zeichnete das Österreichische Weltraum Forum (ÖWF) Niklas Hedman mit dem Polarstern Preis – dem Österreichischen Weltraumpreis® – aus: „Mit dem Polarstern Preis würdigen wir Persönlichkeiten aus dem Weltraum-Sektor für ihr herausragendes Engagement und ihre besonderen Errungenschaften. Die diesjährige Auszeichnung ist die 15. und wir hätten keinen würdigeren Empfänger als Niklas Hedman wählen können“, erklärte Willibald Stumptner, Präsident des ÖWF, bei der Verleihung in Wien.

Rudolf Albrecht, wissenschaftlicher Berater des ÖWF-Vorstands, betonte in seiner Laudatio die professionelle, diplomatische und vor allem lösungsorientierte Herangehensweise von Niklas Hedman: „Als Organisator der Konferenzen des UN-Ausschusses für die friedliche Nutzung des Weltraums (COPUOS) spielte Niklas Hedman mehr als ein Jahrzehnt eine entscheidende Rolle bei der Koordinierung weltraumbezogener UN-Aktivitäten. Er führte die COPUOS-Verhandlungen stets mit hoher Professionalität. Als die Position der Leitung der UNOOSA (United Nations Office for Outer Space Affairs) unerwartet frei wurde, verschob er seinen Ruhestand um mehr als ein Jahr, um die UNOOSA durch diese schwierige Zeit zu führen. Niklas Hedman navigierte COPUOS durch eine Reihe schwieriger Situationen: Während seiner Amtszeit als interimistischer Direktor von UNOOSA verschlechterte sich die geopolitische Situation rapide, was erhebliches Fingerspitzengefühl und diplomatisches Geschick erforderte, um sicherzustellen, daß die COPUOS-Konferenzen nicht scheiterten.“

Rudolf Albrecht hob außerdem Niklas Hedmans unschätzbare Unterstützung der Initiative „Dark and Quiet Skies for Science and Society“ (Dunkle und ruhige Nächte für Wissenschaft und Gesellschaft) hervor, indem er bei der Erreichung eines internationalen Konsenses mitwirkte: „Seit einigen Jahren wird die astronomische Forschung durch eine wachsende Zahl von Satelliten bedroht, die laufend in die erdnahe Umlauf-



Foto: ÖWF

Polarstern Preis - Verleihung (v.l.): Laudator Rudolf Albrecht, Preisträger Niklas Hedman, und ÖWF-Obmann Willibald Stumptner

bahn gebracht werden. Unter der Führung der Internationalen Astronomischen Union haben die AstronomInnen der COPUOS-Mitgliedsstaaten versucht, die Auswirkungen dieser Aktivitäten abzumildern. Es liegt auf der Hand, daß dies nur durch einen Konsens auf der Ebene aller COPUOS-Mitglieder gelingen kann. Niklas Hedman war bei der Umsetzung dieser Maßnahmen äußerst hilfreich.“

Niklas Hedman nahm den Polarstern Preis mit Freude entgegen: „Ich fühle mich zutiefst geehrt, den Polarstern Preis 2023 des Österreichischen Weltraum Forums zu erhalten. Es ist in der Tat großartig, daß es einen solchen Preis gibt, um die Arbeit und das Engagement von Menschen in der Weltraumgemeinschaft und der Zivilgesellschaft in einem breiten Spektrum von Bereichen wie Weltraumwissenschaft und -technologie und deren Anwendungen, Weltraumrecht und -politik sowie Öffentlichkeitsarbeit hervorzuheben und zu fördern. Ich habe mich viele Jahre lang für Diplomatie und Multilateralismus bei der friedlichen Erforschung und Nutzung des Weltraums eingesetzt und freue mich sehr, daß diese Bemühungen anerkannt werden.“

Das ÖWF

Das ÖWF gehört im Bereich der Analogforschung weltweit zu den führenden Organisationen, die an der Vorbereitung astronomischer Erforschung anderer Planeten mitarbeiten. Das ÖWF ist federführend an zwei internationalen Cube-Sat Missionen beteiligt, die seit 2022 Weltraumschrott in der nahen Erdumlaufbahn aufspüren. ExpertInnen verschiedener Disziplinen bilden innerhalb des ÖWF die Basis für diese Arbeit. Gemeinsam mit nationalen und internationalen Forschungseinrichtungen, Industrie und Unternehmen unterschiedlicher Branchen wird hier Forschung auf höchstem Niveau betrieben. Dabei nutzt das ÖWF seine ausgezeichneten Kontakte zu MeinungsbildnerInnen, Politik und Medien, um österreichische Spitzenforschung und Technologie international voranzutreiben und bekanntzumachen. Das ÖWF ist zudem einer der wichtigsten Bildungsträger in Österreich, wenn es um Raumfahrt und darum geht, junge Menschen für Wissenschaft und Technik zu begeistern sowie ihnen einen Zugang zu dieser Branche zu ermöglichen. ■

<https://www.oewf.org>

https://en.wikipedia.org/wiki/United_Nations_Office_for_Outer_Space_Affairs

Bayrischer Naturschutzpreis 2023 an Roman Türk

Die höchste Auszeichnung des BUND Naturschutz in Bayern geht heuer an den em. Universitätsprofessor Roman Türk von der Paris Lodron Universität Salzburg

Der Bayerische Naturschutzpreis, die höchste Auszeichnung des BUND Naturschutz in Bayern, des ältesten und größten Naturschutzverbandes des Freistaats, wird im Jahr 2023 an den emeritierten Universitätsprofessor Roman Türk verliehen. Dieser Preis gilt als die bedeutendste Auszeichnung im Bereich des Naturschutzes in Bayern und wird seit 1970 an Persönlichkeiten verliehen, die sich durch herausragende Leistungen im Natur- und Umweltschutz auszeichnen.

Prof. Roman Türk, geboren 1945 in Richterhof (Tschechien) und aufgewachsen in Steyr, wird für seine akademische Karriere, sowie sein außergewöhnliches Engagement geehrt.

Türks Leidenschaft für Biologie entwickelt sich durch das Naturinteresse der Eltern im frühen Kindheitsalter: Als Zehnjähriger betrachtet er im Wohnzimmer Rudolf Baschants die Werke Pauls Klees und Wassily Kandinskys. „Damals habe ich gelernt genau hinzuschauen“, so Türk. Später studiert er Botanik, Zoologie und Ökologie in Wien und arbeitet am Institut für Botanik der Universität Würzburg, sowie ab 1975 als Assistent am Institut für Pflanzenphysiologie der Paris Lodron Universität Salzburg (PLUS). „Mich haben immer zwei Dinge an der Forschung interessiert. Zum einen begeistert mich die Ästhetik, die Schönheit von Flechten. Zum anderen sehe ich ihre Notwendigkeit: Der Mensch muß mit Bioindikatoren dokumentieren, was wir der Natur zumuten.“

Dies führt ihn auf seine akademische Reise: Nach seiner Habilitation 1980 wird er 1983 zum Außerordentlichen Professor für Ökologie und Ökophysiologie der Pflanzen ernannt. Später wird er zum Leiter des Fachbereiches Organismische Biologie und agiert auch als Mitglied des Klimabeirats des österreichischen Umweltministeriums. Seit 2014 ist Türk Mitglied der Europäischen Akademie für Wissenschaften und Künste und bis vor wenigen Monaten war er 12 Jahre Präsident des Naturschutzbundes Österreich (2011-2023). Ebenso lange war er auch als Mitglied des Klimabeirates (ACCC) in Österreich tätig.



Foto: BUND Naturschutz/Heinrich Imkofener

v.l.: Roman Türk, BN-Vorsitzender Richard Mergner, die stellvertretende BN-Vorsitzende Beate Rutkowski und BN-Ehrenvorsitzender Hubert Weiger bei der Überreichung des Preises

Auch über die Landesgrenzen hinweg engagiert sich Türk stets für den Umweltschutz. Vor allem aber geht es ihm immer darum, die komplexen Zusammenhänge der Ökologie zu erforschen und der breiten Bevölkerung zu vermitteln, nicht nur in Österreich, sondern auch in Bayern. So gilt Türk als Initiator für die Kartierung von Flechten in Österreich – er beschäftigt sich bis heute mit der Flechtenflora in Vorarlberg, Kärnten, Salzburg, Oberösterreich, Niederösterreich und Wien, was auch in der Vergangenheit zu vielen Neufunden führte.

Über 300 Publikationen in hochrenommierten Zeitschriften und zahlreiche Auszeichnungen sprechen für sein akademisches Wissen, besonders ist ihm auch die grenzübergreifende Zusammenarbeit im Alpenraum, besonders mit Bayern ein großes Anliegen. Vermutlich auch deswegen setzte er sich für die Erweiterung des Nationalparks Berchtesgaden über die Grenze nach Österreich ein und forschte lange Zeit im Nachbarland. Neben Forschung, Lehre und Ehrenamt hat Türk sich zudem der Umweltbildung angenommen, bietet Führungen an oder hält Vorträge – auch an Schulen. Dabei finden sowohl seine Forschungen als auch die Umweltbildungsaktivitäten grenzübergreifend in Österreich und Bayern statt. So begleitet er die Exkursionsgruppen des Annette-Kolb-Gymnasium in Traunstein seit

Jahren bei der Klimaforscher-Woche in den Tiroler Alpen. Manchmal – wenn es die Zeit zuläßt – begleitet er auch Exkursionen der Paris Lodron Universität Salzburg. Türk ist ein hervorragender akademischer Lehrer und kann auch Laien oder auch Jugendliche mit seiner ansteckenden Begeisterung in den Bann ziehen.

Türk betrachtet sich als Verfechter der Luftqualität, unabhängig von jeglicher politischer Zugehörigkeit. „Wohl auch deswegen sehen mich einige Politiker als eine Art Widersacher“, erklärt er weiter. In Bezug auf die Musik ist er als ehemaliges Mitglied der Wiener Singakademie noch heute in der Lage, das tiefe C zu erreichen und fungiert als zweiter Bass zum Beispiel bei der Seekirchner Liedertafel, was ihn „heiß begehrt“ macht. Ein deutsches Requiem von Johannes Brahms kann er noch immer auswendig. Ein Musikinstrument spielt er nicht, da es damals „einfach kein Geld dafür gab“. „Ich bin in ärmlichen, schwierigen Verhältnissen aufgewachsen, aber glauben Sie mir eins: Das hat mir nicht geschadet. Vielmehr habe ich dadurch eine Frustrationstoleranz entwickelt, die mir besonders in der Forschung zugutegekommen ist.“

Türk ist verheiratet und hat zwei Kinder. Vor einigen Wochen ist der 78jährige Urgroßvater geworden.

■ <https://www.plus.ac.at/>

Personalia

Goldenes Verdienstzeichen des Landes OÖ an Frank Elstner

Im Rahmen einer besonderen Feier im Steinernen Saal des Linzer Landhauses hat Landeshauptmann Thomas Stelzer dem gebürtigen Linzer Frank Elstner am 21. November das „Goldene Verdienstzeichen des Landes Oberösterreich“ und damit die höchste Auszeichnung, die Oberösterreich zu vergeben hat, verliehen.

„Mit Frank Elstner ehren wir nicht nur einen der großen Innovatoren in Radio und Fernsehen. Wir ehren auch einen sympathischen Botschafter unseres Landes, der mit seiner Heimat stets eng verbunden geblieben ist. Er gehört zu jenen Menschen, die in unserem Land geboren und in die Welt hinausgezogen sind, um dort höchst erfolgreich zu sein. Persönlichkeiten wie Frank Elstner stehen damit für Wesenszüge, die wir gerade in herausfordernden Zeiten brauchen“, betonte der Landeshauptmann in seiner Rede.

Frank Elstner wurde am 19. April 1942 in Linz in eine Künstlerfamilie hineingeboren. Zwar verließ er Linz bereits kurz nach seiner Geburt wieder, blieb dem Land OÖ durch seine Lebensgeschichte aber verbunden.

Schon früh machte Elstner Erfahrungen mit dem Medium Rundfunk. Für den Südwestfunk wirkte er in Hörspielen mit. Beispielsweise sprach er im Jahr 1950 „Bambi“ in einer Hörspielproduktion. In den 1960er- und 1970er-Jahren prägte er maßgeblich das Programm von Radio Luxemburg. Elstners Fernsehkarriere begann mit einem Quiz, in dem er in einzelnen Episoden auch als Schau-



Foto: Land OÖ/Max Mayrhofer

Landeshauptmann Thomas Stelzer verlieh Frank Elstner im Linzer Landhaus das „Goldene Verdienstzeichen des Landes Oberösterreich“.

spieler auftrat. 1981 erfand Elstner „Wetten, daß ..?“, das bis heute als eine der erfolgreichsten Fernsehshows Europas gilt. Von 1981 bis 1987 moderierte er die Unterhaltungsshow insgesamt 39 Mal, ehe er an Thomas Gottschalk übergab.

Frank Elstner ist Träger vieler Auszeichnungen. Unter anderem erhielt er bereits 1979 das Verdienstkreuz am Bande der Bundesrepublik Deutschland, im Juni 2017 wurde er mit dem Verdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. Zudem ist er seit 2019 Träger des Luxemburgischen Verdienst-

ordens (Chevalier). Im November 2019 erhielt er den „Bambi“ für sein Lebenswerk. Mit dem Goldenen Verdienstzeichen des Landes Oberösterreich wurde er nun auch in seiner Geburtsstadt geehrt.

„Umso dankbarer sind wir, daß er seine Geburtsstadt Linz niemals vergessen hat und die Bindung hierher weiterhin pflegt. Ich danke und gratuliere ihm zu seinem bisherigen Lebenswerk. Sein Geburtsland ist stolz auf seine Lebensleistung und wird sich an ihm immer ein Vorbild nehmen“, so der Landeshauptmann abschließend. ■

https://de.wikipedia.org/wiki/Frank_Elstner

Landeshauptmann gratulierte der ältesten Oberösterreicherin

Am 13. Dezember feierte Friederike Stranzinger ihren 108. Geburtstag! Als die gebürtige Gaspoltshofenerin anno 1915 das Licht der Welt erblickte, regierte in Österreich noch der Kaiser...

„Friederike Stranzinger ist Teil der bewegten Geschichte unseres Bundeslandes. Sie gehört zu der Generation, die unser Bundesland mit Einsatz, Fleiß und Willenskraft wiederaufgebaut hat. Deshalb ist es mir als Landeshauptmann ein persönliches Anliegen, Menschen wie Friederike Stranzinger zu danken“, sagte Oberösterreichs Landeshauptmann Thomas Stelzer und ergänzte: „Sie, ihre ganze Generation hat Oberösterreich zu dem gemacht, was es heute ist: Ein Land des Friedens und des Wohlstandes – ein Land, in dem man gerne lebt. Ihre Generation hat die Basis geschaffen, auf der wir heute aufbauen.“ ■



Foto: Land OÖ/Max Mayrhofer

Landeshauptmann Thomas Stelzer gratulierte Friederike Stranzinger zum 108. Geburtstag

Deutscher Buchpreis 2023 für Tonio Schachinger

Der Preisträger des Deutschen Buchpreises ist Tonio Schachinger. Er erhielt die Auszeichnung für seinen Roman »Echtzeitalter« (Rowohlt Verlag).

Mit dem Deutschen Buchpreis 2023 zeichnete die Stiftung Buchkultur und Leseförderung des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels am 16. Oktober zum Auftakt der Frankfurter Buchmesse den deutschsprachigen Roman des Jahres aus. Der Preisträger wurde in einem mehrstufigen Prozeß ausgewählt. Die siebenköpfige Jury sichtete 196 eingereichte Titel, die zwischen Oktober 2022 und dem 19. September 2023 erschienen sind. Diesjähriger Preisträger ist Tonio Schachinger. Der 1992 als Sohn eines österreichischen Diplomaten in Neu-Delhi geborene besuchte das Wiener Theresianum und studierte Romanistik und Germanistik an der Universität Wien. Er lebt mit der Schriftstellerin Margit Mössmer in Wien.

Die Begründung der Jury: „Auf den ersten Blick ist Tonio Schachingers ‚Echtzeitalter‘ ein Schulroman. Auf den zweiten viel mehr als das: ein Gesellschaftsroman, der das Aufwachen seines Helden Till an einer Wiener Eliteeinrichtung beschreibt, an der die künftigen LeistungsträgerInnen mit reaktionärem Drill und bildungsbürgerlichen Idealen aufs Leben vorbereitet werden. Aus dieser repressiven Umgebung, verkörpert durch den mephistophelischen Lehrer Dolinar, flüchtet sich Till in die Welt des Gaming. Mit feinsinniger Ironie spiegelt Schachinger die politischen und sozialen Verhältnisse der Gegenwart: Aus gebildeten Zöglingen spricht die rohe Gewalt. Die Welt der Computerspiele bietet einen Ort der Fantasie und Freiheit. Auf erzählerisch herausragende und zeitgemäße Weise verhandelt der Text die Frage nach dem gesellschaftlichen Ort der Literatur.“

„Jedes Jahr ist der Deutsche Buchpreis ein Kaleidoskop aktueller Themen und Theesen. Er fördert die besonderen, außergewöhnlichen Werke zutage und gibt guten Geschichten den nötigen Raum zur Entfaltung. Für uns als LeserInnen macht er die Vielfalt und Lebendigkeit der deutschsprachigen Gegenwartsliteratur erlebbar und beeindruckt uns im besten Fall so, daß wir mit unserer Begeisterung andere anstecken und das Gespräch über Literatur befeuern“, sagt



Tonio Schachinger

Karin Schmidt-Friderichs, Vorsteherin des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels.

Tonio Schachinger erhielt ein Preisgeld von 25.000 Euro; die fünf FinalistInnen erhielten jeweils 2.500 Euro. Der Gewinertitel wurde in mehreren Auswahlstufen ermittelt. Die sieben Jurymitglieder haben seit Ausschreibungsbeginn 196 Titel gesichtet, die zwischen Oktober 2022 und September 2023 erschienen sind. Aus diesen Romanen wurde eine 20 Titel umfassende Longlist zusammengestellt. Daraus hat die Jury sechs Titel für die Shortlist gewählt. Die Preisverleihung fand im Kaisersaal des Frankfurter Römers statt.

Mit dem Deutschen Buchpreis 2023 zeichnet die Stiftung Buchkultur und Leseförderung des Börsenvereins des Deutschen

Buchhandels den deutschsprachigen Roman des Jahres aus. Hauptförderer des Deutschen Buchpreises ist die Deutsche Bank Stiftung, weitere Partner sind die Frankfurter Buchmesse und die Stadt Frankfurt am Main. Die Deutsche Welle unterstützt den Deutschen Buchpreis bei der Medienarbeit im In- und Ausland.

Für die Auszeichnung waren außerdem nominiert: Terézia Mora: „Muna oder Die Hälfte des Lebens“ (Luchterhand Literaturverlag, August 2023), Necati Öziri: „Vatermal“ (claassen, Juli 2023), Anne Rabe: „Die Möglichkeit von Glück“ (Klett-Cotta, März 2023), Sylvie Schenk: „Maman“ (Carl Hanser Verlag, Februar 2023), und Ulrike Sterblich: „Drifter“ (Rowohlt Hundert Augen, Juli 2023).

Kunst- und Kulturstaatssekretärin Andrea Mayer gratuliert

„Coming-of-Age-Geschichten gibt es viele, und auch Internatsromane haben in der österreichischen Literatur eine lange Tradition, wenn wir an den Törleß von Robert Musil oder an den Schüler Gerber von Friedrich Torberg denken. Mit dem Roman ‚Echtzeitalter‘ von Tonio Schachinger ist das Genre nun im 21. Jahrhundert angekommen, mit der ambivalenten Hauptfigur Till Kokorda im Zentrum, die ihr Glück im Online-Gaming zu finden hofft“, so die Staatssekretärin. „Tonio Schachinger schaffte es bereits 2019 mit seinem Debüt auf die Shortlist zum Deutschen Buchpreis. Daß er jetzt mit seinem zweiten Buch diesen Preis gewinnen konnte, spricht für das große Talent und die literarische Kraft des jungen Erzählers aus Österreich. Ich beglückwünsche ihn sehr herzlich zu dieser schönen und renommierten Würdigung seiner Arbeit mit dem Deutschen Buchpreis. Es ist eine Auszeichnung für die gesamte österreichische Gegenwartsliteratur, daß sich einer ihrer Vertreter unter der Vielzahl der hochkarätigen Kandidatinnen und Kandidaten in der deutschsprachigen Buchwelt durchsetzen konnte.“

<https://www.deutscher-buchpreis.de>

https://de.wikipedia.org/wiki/Tonio_Schachinger

Reformationstag in Lutherischer Stadtkirche in Wien

Bundespräsident Alexander Van der Bellen:
Das Wir stärken ohne auf »die Anderen« zu zeigen



Foto: epd/T.Dasek

Ins Zentrum seiner Ansprache am Reformationstag stellte Bundespräsident Alexander Van der Bellen die Bergpredigt.

Das Gemeinsame und Verbindende in den Vordergrund zu stellen und dabei das Wir zu stärken, „ohne daß wir auf ‚die Anderen‘ zeigen müssen“ – dazu hat Bundespräsident Alexander Van der Bellen aufgerufen. „Manchmal reicht ein Lächeln, manchmal eine kurze Frage, wie es denn geht. Dann finden sich auch schon ein paar Gemeinsamkeiten und man bemerkt: So unterschiedlich sind wir ja gar nicht“, sagte der Bundespräsident in seiner Rede beim evangelischen Gottesdienst zum Reformationstag am Abend des 31. Oktober in der Lutherischen Stadtkirche in Wien.

Eine Haltung, die das Gemeinschaftsgefühl stärke, brauche es nicht nur in den Kirchen und Glaubensgemeinschaften, nicht nur im eigenen Freundes- und Bekanntenkreis, sondern über diese Grenzen hinweg, „über unseren Tellerrand hinaus“, so der Bundespräsident, der hier von „Nächstenliebe und Übernächstenliebe“ sprach.

Dank an die Kirchen für das zivilgesellschaftliche und soziale Engagement

In seiner Rede am Reformationstag dankte der Bundespräsident der evangelischen

Kirche stellvertretend für alle Glaubensgemeinschaften in Österreich für das zivilgesellschaftliche und soziale Engagement „in Wort und Schrift und konkretem Handeln“, dieses sei „eine unerläßliche Quelle für den Zusammenhalt in diesem Land“.

Ins Zentrum seiner Ansprache stellte der Bundespräsident die Bergpredigt, die zu den „Herzstücken“ des Christentums zähle. Van der Bellen: „Ich denke, als Laie, wenn wir die Bergpredigt zeitgemäß interpretieren, kommen wir über die Grundprinzipien der Französischen Revolution letztendlich zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte – als einer der größten poetischen Zielbestimmungen der Menschheit.“

Die Grundsätze der Bergpredigt, etwa „nicht mit dem Finger auf andere zu zeigen“ oder die sogenannte „Goldene Regel“, was man von anderen erwarte, möge man auch ihnen angedeihen lassen, würden bis heute gelten, führte der Bundespräsident aus.

Zur Solidarität verpflichtet

Jesus spreche in der Bergpredigt „nicht von den sogenannten Leistungsträgern“, sondern „von den Schwachen, von den Ausge-

grenzten, von Jenen am Rande der Gesellschaft“. Damit unterstreiche er: „Auch sie, auch die, auf die wir wenig achten, sie sind gleich viel wert wie alle anderen. Nicht Erfolg bestimmt den Wert eines Menschen, nicht sein Reichtum, nicht seine Gesundheit oder die soziale Stellung. Wir alle sind gleich viel wert. Und – daher sind wir auch zur Solidarität verpflichtet.“

Voraussetzung für die Solidarität sei jedoch Mitgefühl, die Fähigkeit, sich in andere hineinzusetzen, „ihre Ängste und Sorgen ernst zu nehmen, nicht gleichgültig zu sein, und überall dort zu helfen, wo uns dies möglich ist“, erklärte der Bundespräsident.

Mit der Pfarrgemeinde feierten den Konzertgottesdienst Bischof Michael Chalupka, Pfarrerin Julia Schnizlein, Kurator Helmut Tichy und Jugendliche der Stadtkirche. Zu hören war das Ensemble Lutherana der Lutherischen Stadtkirche, das unter der musikalischen Leitung von Erzsébet Windhager-Geréd die Bach-Kantate „Ein feste Burg ist unser Gott“ aufführte. ■

<https://www.bundespraesident.at/>

<https://stadtkirche.at/>

<https://evang.at/>

Dialog, Zusammenarbeit und Einheit

Zeichen der Zusammenarbeit: Treffen aller anerkannten Religionsgemeinschaften im Parlament



Foto: Parlamentsdirektion/Johannes Zimmer

Gruppenfoto mit Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (9. von links) und VeranstaltungsteilnehmerInnen im Hohen Haus am Ring

Am 19. Oktober kamen erstmals VertreterInnen aller staatlich anerkannten Religionsgemeinschaften im Rahmen der Plattform der Kirchen und Religionsgesellschaften im Hohen Haus zusammen, um politische und rechtliche Belange in Österreich zu besprechen. „In einer Zeit, in der die Welt von Spannungen und Konflikten geprägt ist, haben die Vertreterinnen und Vertreter der Religionsgemeinschaften eine besonders wichtige Rolle für Dialog, Zusammenarbeit und Einheit für unsere freie Welt und unsere westlichen Werte“, sagte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka. „Das Treffen betont nicht nur die Religionsfreiheit und das interreligiöse Verständnis in Österreich, sondern ist auch ein starkes Zeichen der überparteilichen Einigkeit.“ Sobotka hatte die KirchenvertreterInnen sowie Abgeordnete aller Fraktionen zu einem Empfang geladen.

Die Zusammenkunft im Parlament unterstreicht die Wichtigkeit des Dialogs zwischen den Religionsgemeinschaften und der Politik, um die pluralistische Gesellschaft Österreichs zu stärken. Das historische Treffen markiert einen bedeutenden Schritt in Richtung einer harmonischeren und inklusiveren Gesellschaft.

An dem Treffen nahmen teil: der Generalsekretär der Österreichischen Bischofskonferenz Peter Schipka, Oberkirchenrätin Ingrid Bachler und Landessuperintendent Thomas Hennefeld der Evangelischen Kir-



Foto: Parlamentsdirektion/Johannes Zimmer

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka bei der Begrüßung der VeranstaltungsteilnehmerInnen

che A. u. H.B., Priester Athanasius Buk der orthodoxen (Griechisch-orientalischen) Kirche, Ladislav Margula der Israelitischen Religionsgesellschaft, Präsident Ümit Vural der Islamischen Glaubensgemeinschaft (IGGÖ), Gemeinderatsvorsteher Jonathan Gabriel und Chorepiskopos Emanuel Aydin der Syrisch-orthodoxen Kirche, Bischöfin Maria Kubin der Altkatholischen Kirche Österreichs, Landessuperintendent Stefan Schröckenfuchs der Evangelisch-methodistischen Kirche, Präsident Simon Soucek der Kirche Jesu Christi der Heiligen der Letzten Tage, Hirte Walter Hessler der Neupostolischen Kirche,

Präsident Gerhard Weißgrab und Vizepräsidentin Erika Erber der Österreichischen Buddhistischen Religionsgesellschaft sowie der Vorsitzende Pastor Franz Gollatz der Freikirchen.

Nach dem Austausch wurden die TeilnehmerInnen von den Abgeordneten Gudrun Kugler (ÖVP), die das Treffen mitorganisiert hatte, und Martin Litschauer (GRÜNE) durch das Haus geführt. Zum Empfang kamen ausserdem die Abgeordneten Elisabeth Feichtinger (SPÖ), Philipp Schrangl (FPÖ) und Karl Arlamovsky (NEOS). ■

<https://www.parlament.gv.at/>

Evangelische Kirche: Ingrid Monjencs Synoden-Präsidentin

Bischof Michael Chalupka: Reicher Erfahrungsschatz

Die neue Synodenpräsidentin der Evangelischen Kirche A.B. heißt Ingrid Monjencs. Die 63jährige Lektorin und Synodale aus Wien wurde von den Delegierten der Synode A.B. am 8. Dezember in Eisenstadt zur Nachfolgerin von Peter Krömer gewählt. Mit Ingrid Monjencs, die vor ihrer Pensionierung die Öffentlichkeitsarbeit der Evangelischen Kirchen in Europa (GEKE) verantwortete, steht erstmals in der Geschichte der Evangelischen Kirche in Österreich eine Frau an der Spitze der Synode. Notwendig wurde die Wahl, weil Langzeitpräsident Peter Krömer sein Amt aus Altersgründen zurückgelegt hatte und der erste Wahlvorgang bei der Synode im Juni kein Ergebnis brachte.

Die nötige Zweidrittelmehrheit erreichte Monjencs im zweiten Wahlgang. Sie erhielt 52 von 61 abgegebenen Stimmen bei 2 ungültigen Stimmen. Nach dem ersten Wahlgang hatte der ebenfalls für die Wahl nominierte Kurator der Pfarrgemeinde A.B. Wien Innere Stadt Helmut Tichy seine Kandidatur zurückgezogen. 34 Stimmen waren im ersten Wahlgang auf Monjencs gefallen, 27 auf Tichy. „Es ist unbedingt notwendig, daß unsere Kirche eine Entscheidung findet“, erklärte Tichy vor den Synodalen und bat um Unterstützung von Ingrid Monjencs. Für diese Wahl nominiert zu sein, habe er als „Ehre und Auszeichnung“ empfunden. Bischof Michael Chalupka, der die Wahl leitete, dankte Tichy für seine Bereitschaft, seine Gaben in den Dienst der Kirche zu stellen.

„Ich freue mich, daß für unsere Kirche eine Entscheidung gefallen ist“, sagte Ingrid Monjencs nach der Wahl. Gleichzeitig zeigte sich Monjencs dankbar, daß Helmut Tichy den Weg für eine rasche Entscheidung geöffnet habe. „Ich bin auch dankbar für den Zuspruch, den ich in der Zeit der Nominierung aus mehreren Superintendentenzen und dann auch im Hearing erfahren habe“, erklärte Monjencs gegenüber dem Evangelischen Pressedienst. „Die Arbeit beginnt mit Minute Eins“, betonte die neue Synodenpräsidentin. Die Evangelische Kirche stehe vor großen Herausforderungen, die Synode befasse sich mit wichtigen Entscheidungen auch in struktureller und finanzieller Hinsicht. Auf die Zusammenarbeit im Präsidium freut sich



Foto: epd/Uschmann

Ingrid Monjencs wurde am 8. Dezember zur Präsidentin der Synode gewählt

Monjencs, die verschiedenen Kompetenzen „decken eine gute Bandbreite ab und ermöglichen eine passende Aufteilung der Aufgabengebiete“.

„Ich freue mich sehr, daß mit Ingrid Monjencs eine Präsidentin gewählt wurde, die über ausführliche Erfahrungen in verschiedensten Ämtern der Evangelischen Kirche in der Pfarrgemeinde und in der Synode verfügt und einen reichen internationalen Erfahrungsschatz bei der Vernetzung der evangelischen Kirchen Europas mitbringt“, unterstreicht Bischof Michael Chalupka. Daß Ingrid Monjencs die erste Frau im PräsidentInnenamt ist, zeige, „daß in den evangelischen Kirchen die Besetzung höchster Funktionen die Lebensrealität der Kirche widerspiegelt“.

Das Amt des/der SynodenpräsidentIn wird ehrenamtlich ausgeübt. Nach der Kirchenverfassung bildet die Synodenpräsidentin das weltliche Pendant zum Bischof.

Ingrid Monjencs – Zur Person

Ingrid Monjencs (geb. 1959) begann ihre berufliche Laufbahn 1986 im Produktmanagement bei Henkel Austria, Wien. 1991 wechselte sie zur Europapier AG, wo sie bis 2010 für die Bereiche Marketing und Öffentlichkeitsarbeit verantwortlich zeichnete. Von 2011 bis zu ihrem Pensionsantritt Ende 2022 hatte Monjencs bei der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) in

Wien die Funktion der Referentin für Öffentlichkeitsarbeit und Finanzen inne. Zudem war sie für die Betreuung diverser Arbeitsprozesse in inhaltlicher und organisatorischer Hinsicht zuständig. Seit 1999 war Monjencs in Gremien der Pfarrgemeinden Floridsdorf, Kaisermühlen und Kagran (dort auch als Kuratorin) und Donaustadt sowie auch in der Wiener Superintendentenversammlung vertreten. Seit 2007 ist sie auch als Lektorin aktiv. Der Synode A.B. und Generalsynode gehört Monjencs seit 2012 an. Dort führt sie derzeit den Vorsitz im Kontrollausschuß. Darüber hinaus studiert Monjencs aktuell im Masterstudium Judaistik an der Universität Wien, davor hatte sie das Bachelor-Studium der Evangelischen Theologie abgeschlossen.

Die Synode ist das höchste gesetzgebende Organ der Evangelischen Kirche. Ihr gehören rund 70 weltliche und geistliche Delegierte aus ganz Österreich an. Die VertreterInnen beraten über die Kirchenverfassung, entscheiden über den wirtschaftlichen Haushalt der Kirche, verabschieden kirchliche Gesetze und Stellungnahmen und befassen sich mit Themen, die die gesamtösterreichische Evangelische Kirche betreffen. Die Synode wählt auch die Kirchenleitung, die Mitglieder des Oberkirchenrates ebenso wie den Bischof. In der Regel kommt die Synode zweimal pro Jahr zu ihren Sitzungen zusammen. ■

<https://evang.at/>

Geistliches Leben in Säben

Anfang November haben die ersten Patres der Zisterzienserabtei Stift Heiligenkreuz Quartier im Südtiroler Kloster Säben bezogen.

Im Jahr 1685 zogen die ersten fünf Benediktinerinnen im Kloster Säben oberhalb von Klausen in Südtirol ein. Genau 335 Jahre nach der offiziellen Gründung des Klosters – am 21. November 2021 – verabschiedete Bischof Ivo Muser die letzten beiden Ordensschwwestern. Anfang November, wieder fast genau zwei Jahre später, kehrte zumindest für einige Wochen wieder klösterliches Leben auf den Säbener Berg zurück. Mehrere Patres aus Heiligenkreuz im Wienerwald lebten für fünf Wochen im Kloster auf Säben, um eine Besiedelung sorgfältig zu prüfen und dann eine endgültige Entscheidung zu treffen. Bis zum 8. Dezember wohnten weitere Mönche mit unterschiedlichen Aufenthaltsdauern im Kloster. Auch Abt Maximilian Heim war nach Säben gekommen und hat für einige Tage auf dem Heiligen Berg Tirols verweilt. Der Abt wünscht sich, daß „Säben ein geistliches und seelsorgliches Zentrum wird. Ob wir aus Heiligenkreuz das schaffen können, ist genau die Frage, um die es in diesen Wochen unseres Aufenthaltes geht.“

„Der Aufenthalt dient der Orientierung und kann nicht bereits jetzt als feste Zusage oder Absage betrachtet werden. Nach den gemachten Erfahrungen aus verschiedenen Perspektiven und der gebotenen Reflexion wird das Kapitulum entscheiden“, erklärte Abt Maximilian. Er betonte, daß die Abtei und die Diözese Bozen-Brixen einen gemeinsamen Weg eingeschlagen haben. „Jetzt sind Mönche vor Ort, und das ist ein Schritt auf diesem gemeinsamen Weg. Die Mönche lernen so den Ort konkret kennen, die Räume, die Gebäude, aber vor allem auch die Menschen vor Ort.“ Während des Aufenthaltes auf Säben haben die Patres aus Heiligenkreuz regelmäßig die Heilige Messe und das Stundengebet gefeiert. Diese Gottesdienste waren öffentlich zugänglich.

„Auch für eine gut aufgestellte Abtei wie die der Zisterzienser von Heiligenkreuz mit etwa 100 Mitbrüdern, darunter auch viele jüngere, stellt die Besiedelung eines Klosters wie Säben eine Herausforderung dar. Daher dient dieser Aufenthalt dazu, die erforderlichen Voraussetzungen für die Wiederbelebung des Klosters zu prüfen und zu verstehen. Die Mönche aus Heiligenkreuz wären meiner



Foto: Diözese Bozen-Brixen

Pater Joseph, Pater Kosmas und Pater Edmund im Kloster Säben in Südtirol



© Wikipedia / CC-BY 4.0 / Foto: Corrado

Das Kloster Säben oberhalb von Klausen in Südtirol

Überzeugung nach eine Garantie dafür, daß das Kloster wieder zu einem geistlichen Ort mit seelsorglicher Ausstrahlung werden könnte. Daher hoffe ich sehr, daß der gemeinsame Weg, den wir nun eingeschlagen haben, in eine gute Richtung führt. Ich bitte alle, diesen Weg mit Offenheit und im Gebet zu begleiten“, sagte Ivo Muser, Bischof der Diözese Bozen-Brixen.

Bischof Muser ist nicht der erste Bischof im deutschsprachigen Raum, der sich bei den Zisterziensern im niederösterreichischen

Stift Heiligenkreuz um eine Wiederbelebung eines Klosters bemüht. Der ostdeutsche Diözesanbischof Wolfgang Ipolt von Görlitzer tat dies für die Neugründung des Zisterzienserklosters in Neuzelle erfolgreich. In diesem Fall wurden 2018 sechs „Gründermönche“ zur Wiederbesiedelung des Klosters Neuzelle ausgesandt, das in der Folge laut dem Portal katholisch.de zu einem „Biotop des Glaubens“ wurde. ■

<https://www.stift-heiligenkreuz.org>

<https://www.bz-bx.net>

Stephanusorden für Axel Baudach

Kardinal Christoph Schönborn ehrte Axel Baudach, Betriebsleiter von Klosterwald, mit dem Stephanusorden der Erzdiözese Wien in Silber für seinen wegweisenden Einsatz der katholischen Bestattungskultur in Österreich.

Das Stift Klosterneuburg, das Stift Heiligenkreuz und das Erzbistum Wien freuen sich, bekannt zu geben, daß Axel Baudach für seine Tätigkeit als Betriebsleiter der Klosterwald GmbH von SE Kardinal Christoph Schönborn mit dem Ehrenzeichen vom hl. Stephanus der Erzdiözese Wien in Silber ausgezeichnet wurde.

Diese Ehrung würdigt sein bedeutendes Engagement im Bereich der Bestattungskultur. Axel Baudach hat als Gründer des führenden deutschen Naturbestattungsunternehmens Friedwald die Bestattungskultur in Mitteleuropa maßgeblich und nachhaltig geprägt. Sein Einsatz für eine beständige katholische Bestattungskultur spiegelt sich auch in der erfolgreichen Arbeit, bei der Klosterwald GmbH, in Österreich wider.

Der Klosterwald, eine Initiative des Stiftes Klosterneuburg in Kooperation mit dem Erzbistum Wien und dem Stift Heiligenkreuz, betreibt mittlerweile sechs Naturbestattungsanlagen und verkörpert mit über 1000 Beisetzungen den größten Naturbestattungsanbieter in Österreich. Die Auszeichnung von Axel Baudach würdigt sowohl sein außergewöhnliches Engagement sowie seine wegweisende Arbeit in den Diensten einer zeitgemäßen Bestattungskultur, als auch seine würdevolle Hingabe an die Mitmenschen im Sinne des 7. Werks der Barmherzigkeit.

Das Ehrenzeichen vom hl. Stephanus (kurz: Stephanusorden) wurde 1964 vom Erzbischof Kardinal Franz König gestiftet und kann vom Erzbischof von Wien für besondere Verdienste um die Erzdiözese Wien verliehen werden.

Klosterwald

Klosterwald bietet mit seinen Wäldern die Chance, eine Vorsorge zu treffen, die über das Leben hinaus blüht und wächst. Ein wichtiger Aspekt dieser Vorbereitung besteht darin, diese Frage zu beantworten: Wo möchte ich meine letzte Ruhestätte finden? Immer mehr Menschen entscheiden sich bei dieser Suche für eine Bestattung in der Natur — unter einem Baum, der das Symbol des Lebens verkörpert. Die Bestattung im Wald ist eine



Foto: Erzdiözese Wien/Schönlaub

Klosterwald-Betriebsleiter Axel Baudach mit SE Kardinal Christoph Schönborn bei der feierlichen Überreichung der Auszeichnung.

Alternative zum klassischen Friedhof. Unabhängig von Konfession, Herkunft und Kultur steht diese Möglichkeit allen Menschen offen. Und so individuell wie jeder Mensch ist, so individuell darf auch die Beisetzung sein.

Klosterwald ist die Gemeinschaft des Erzbistums Wien sowie der Stifte Heiligenkreuz und Klosterneuburg. Diese stellt seit 2019 eigene Klosterwälder als letzte Ruhestätten zur Verfügung. Aktuell gibt es sechs Standorte – fünf in Niederösterreich: Wien Kahlenberg, Heiligenkreuz im Wienerwald, Rohrwald, Kirchberg am Wechsel, St. Pölten

sowie einen Standort am Ingeringsee in der Steiermark. Weitere sind in Planung.

Wie funktioniert die Baumauswahl? Was geschieht vor, während und nach einer Beisetzung im Wald? Was kostet eine Ruhestätte im Klosterwald? Zu diesen und vielen weiteren Fragen bekommt man während der kostenlosen und unverbindlichen Waldführungen Antworten. Abhängig vom Wetter dauert diese ca. 45 Minuten bis eineinhalb Stunden. ■

<https://www.erzdiocese-wien.at/>

<https://www.klosterwald.at/>



Foto: Klosterwald

Andachtsplatz im herbstlichen Klosterwald am Wiener Kahlenberg

Österreichs Quantenwissenschaft startet durch

In Innsbruck fiel der offizielle Startschuß für den FWF-Exzellenzcluster für Quantenwissenschaften. Als Teil der Exzellenzinitiative bilden die Exzellenzcluster österreichische Leuchttürme der Grundlagenforschung.

Der Exzellenzcluster Quantum Science Austria (quantA) treibt die Grundlagenforschung in den Quantenwissenschaften weiter voran. Aufbauend auf der erfolgreichen Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte forschen in dem Exzellenzcluster WissenschaftlerInnen der Universitäten Innsbruck und Wien, TU Wien, JKU Linz, des Instituts für Quantenoptik und Quanteninformation (IQOQ) der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und Institute of Science and Technology Austria (ISTA) an den Quanten-Grundlagen von Raum, Zeit und Gravitation, neuen Paradigmen der Quanteninformation und der Physik von konstruierten Quanten-Vielteilchensystemen. „Wir wollen gemeinsam die Grenzen des Wissens erweitern und so Motor für zukünftige Innovationen sein“, sagt Cluster-Sprecher Gregor Weihs. „Der Exzellenzcluster bietet uns die Möglichkeit, große Fragen der Quantenforschung gemeinsam zu erforschen und Synergien zwischen den Arbeitsgruppen zu nutzen. Daneben wird eine wichtige Aufgabe in der Ausbildung der zukünftigen Quanten-Generation liegen. Österreich ist der beste Ort für Studien und Forschung zu den Grundlagen der Quantenphysik.“

„Der FWF-Exzellenzcluster Quantum Science Austria unterstreicht unseren Exzellenzanspruch in der Forschungsförderung. Nicht zuletzt aufgrund der Kooperation von über 60 Forschungsgruppen wird dieser Forschungscluster auch international zum Aushängeschild für exzellente österreichische Forschungsarbeit in einer der zentralen Zukunftstechnologien. Wissen muß jedoch auch zur Anwendung gebracht werden, daher begrüße ich die Verankerung des Wissenstransfers als wichtige Säule der Clusters of Excellence“, hebt Martin Polaschek, Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung hervor.

Zwölf Forschungsprojekte bereits gestartet

In Innsbruck, Wien, Linz und Klosterneuburg werden innovative Fragen gestellt, die



© Harald Ritsch/Universität Innsbruck

nur durch die Kombination des in Österreich vorhandenen, einzigartigen Know-hows gelöst werden können. Mit weltweit führenden theoretischen Methoden und präzise kontrollierten Modellsystemen, die auf gefangenen Ionen, ultrakalten Atomen, Systemen mit langreichweitiger Wechselwirkung, supraleitenden Quantenschaltkreisen und nanoskopischen Festkörpersystemen basieren, wollen die ForscherInnen die schwierigsten Rätsel der Quantenwelt entschlüsseln. Zu den im Rahmen des Exzellenzclusters geförderten Projektschienen gehören kollaborativ und interinstitutionell angelegte Forschungsprojekte, bei denen durch die gezielte Zusammenarbeit und gemeinsame Nutzung von Geräten die Kernfragen der Quantenwissenschaften erforscht werden. Dadurch wird die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Forschungsgruppen österreichweit nachhaltig gestärkt. Mit Oktober konnten bereits zwölf dieser Forschungsprojekte starten. Insgesamt sind rund 35 QuantenforscherInnen, 12 Postdocs und 25 PhD Studierende an allen beteiligten Institutionen in diesen ersten Projekten tätig. Eine zweite Runde steht kurz vor der Ausschreibung.

Nachwuchs fördern und neue Wege aufzeigen

Daneben ist auch ein eigenes österreichweites PhD-Programm geplant, das zum Ziel hat, die besten Köpfe und internationalen

Talente nach Österreich zu holen und gezielt zu fördern. Die Training Unit des Clusters wird sich um die qualitative Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses kümmern. Durch die Förderung von kleiner angelegten, kurzfristigen „Discovery Projects“ wird ferner versucht, Forschungsziele auch mit unorthodoxen Mitteln zu erreichen oder eine Forschungsfrage abseits der bekannten Pfade zu klären. „Das Ziel dieses Programms ist es, offen für neue Dinge zu sein und innovative Forschungsansätze junger WissenschaftlerInnen zu fördern, die bislang keine andere Förderschiene nutzen konnten“, sagt Gregor Weihs. „Zentrale Aspekte von quantA sind auch das Geschlechtergleichgewicht, die Frauenförderung und die Diversitätsförderung sowie die Einbindung der breiten Öffentlichkeit.“

Gemeinsam mit Forschungsleiter Gregor Weihs von der Universität Innsbruck bilden Markus Aspelmeyer (Uni Wien), Francesca Ferlaino (Uni Innsbruck/ÖAW), Johannes Fink (ISTA), Tracy Northup (Uni Innsbruck), Armando Rastelli (JKU Linz), Oriol Romero-Isart (Uni Innsbruck/ÖAW) und Jörg Schmiedmayer (TU Wien) den Vorstand des Exzellenzclusters Quantum Science Austria. Insgesamt stehen rund 500 beteiligten WissenschaftlerInnen in den nächsten zehn Jahren bis zu 70 Millionen Euro zur Verfügung. ■

<https://iqoqi.at/>

Mit Ethik die Quantenforschung nachhaltig machen

Universität Innsbruck ergänzt preisgekrönte Quantenphysik um Ethik-Denkwerkstatt

Innsbruck ist ein führendes Zentrum in der Entwicklung neuer Quantentechnologien. Um die von diesen Technologien angestoßenen gesellschaftlichen Wandlungsprozesse zu verstehen und entsprechenden Rahmenbedingungen entwickeln zu können, gründet die Universität Innsbruck das Innsbruck Quantum Ethics Lab (IQEL), in dem Expertinnen und Experten aus verschiedenen Disziplinen zusammenarbeiten werden.

Mit den Quantentechnologien zusammenhängende Innovationspotentiale können gesellschaftliche Wandlungsprozesse anstoßen. Deshalb müssen neue technische Entwicklungen stets auf ihre Wirkungen auf Menschen und Gesellschaft befragt und ethisch flankiert werden. Gleichzeitig muß die Freiheit Neues zu schaffen, gewahrt bleiben. „In diesem Spannungsfeld will das Innsbruck Quantum Ethics Lab (IQEL) gesellschaftliche Mehrwerte schaffen“, sagt IQEL-Leiter und Digitalrechtsexperte Matthias C. Kettemann vom Institut für Theorie und Zukunft des Rechts. Angesiedelt am Digital Science Center (DiSC) der Universität Innsbruck wird die neue Einrichtung sicherstellen, daß entsprechende Regulierungsansätze weder zu Innovationseinbußen noch zu sozialen Kosten führen.

Interdisziplinäre Zusammenarbeit

Zur Sicherung der trans- und interdisziplinären Zusammenarbeit wird das IQEL von einem interdisziplinären Konsortium aus führenden Forschungseinrichtungen innerhalb und mit Verbindung zur Universität Innsbruck getragen. Gründungspartnerinnen sind die Universitätsinstitute für Experimentalphysik, Philosophie, Christliche Philosophie und Systematische Theologie und das Institut für Theorie und Zukunft des Rechts. Dazu gesellen sich das Digital Science Center, der Beirat für ethische Fragen in der wissenschaftlichen Forschung und das Center Interdisziplinäre Geschlechterforschung Innsbruck. Ebenfalls beteiligt sind die Quanten-Spin-offs AQT (Alpine Quantum Technologies GmbH) und ParityQC sowie das Gründer- und Innovationszentrum InnCubator.



Foto: Target Group

Prof. Matthias C. Kettemann, Leiter des Instituts für Theorie und Zukunft des Rechts an der Universität Innsbruck

Der richtige Zeitpunkt

Während Quantentechnologie aktuell stark gefördert wird, gibt es in Österreich noch kein Forschungszentrum, das sich den sozialen, politischen, ethischen und rechtlichen Aspekten des Quantenzeitalters widmet. Der richtige Zeitpunkt, wie der Leiter des Instituts für Experimentalphysik, Gregor Weihs, sagt: „Jetzt ist der Zeitpunkt, an ethischen und rechtlichen Fragen von Quantentechnologien zu arbeiten, Netzwerke aufzubauen und vor allem die anerkannte wissenschaftliche Stärke der Universität Innsbruck in der Quantenphysik auch um eine ethische Perspektive zu erweitern.“

An der Universität Innsbruck wird auf höchstem Niveau und vielfach preisgekrönt Grundlagenforschung in der Quantenphysik geleistet. „Die Institute für Theoretische und Experimentalphysik und das Akademie-Institut für Quantenoptik und Quanteninformatik bilden gemeinsam ein weltweit beachtetes Zentrum für die Entwicklung der Grundlagen für zukünftige Quantentechnologien“, sagt Rektor Tilmann Märk. „Die Einrichtung des IQEL zur Erforschung ge-

gesellschaftlicher Aspekte dieser Technologien ist ein logischer nächster Schritt und wird die Alleinstellung der Universität Innsbruck in diesem Bereich nachhaltig stärken.“

Von Philosophie bis Genderforschung

An den Instituten für Philosophie, Systematische Theologie und Christliche Philosophie, am Institut für Theorie und Zukunft des Rechts und am Digital Science Center wird interdisziplinär mit großer Breitenwirkung an der Schnittstelle von Ethik, Recht und Technik geforscht. Das Center Interdisziplinäre Geschlechterforschung Innsbruck (CGI) koordiniert die Genderforschung an der Universität Innsbruck und untersucht strukturelle Machtungleichgewichte in gesellschaftlichen Figurationen. „Technologische Entwicklungen sind nie nur für sich zu betrachten, sondern sind eingebettet in gesellschaftliche Verhältnisse. Es ist deshalb sehr wichtig, solche Entwicklungen auch kultur- und sozialwissenschaftlich zu untersuchen“, betont CGI-Leiterin Gundula Ludwig. ■

<https://www.uibk.ac.at/projects/iqel/>

<https://www.uibk.ac.at/>

Die Quantenphysik befindet sich an einem Wendepunkt

Österreich hat sich als internationaler Hotspot der Quantenforschung etabliert. ÖAW-Quantenphysikerin Francesca Ferlino erklärt, wie es auch mit dem neuen Exzellenzcluster »Quantum Science Austria« des FWF gelingen soll, die heimische Quantenforschung auf der Überholspur zu halten...

Österreichs Quantenforschung ist Weltklasse – das hat nicht zuletzt die Verleihung des Physik-Nobelpreises an Anton Zeilinger 2022 bestätigt. Dazu beitragen, daß die heimische Grundlagenforschung diese Position festigen kann, wird der im Sommer 2023 gestartete Exzellenzcluster „Quantum Science Austria“. Finanziert vom Wissenschaftsfonds FWF, bündeln darin mehrere wissenschaftliche Einrichtungen des Landes ihre Expertise, um den Austausch und Informationsgewinn zu stärken. Francesca Ferlino, wissenschaftliche Direktorin des Instituts für Quantenoptik und Quanteninformation Innsbruck der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) und ÖAW-Mitglied, repräsentiert in diesem quantenphysikalischen Großvorhaben die Akademie. Im Interview erklärt sie, wo die Forschungsschwerpunkte liegen und wie Österreich seine Spitzenposition in der Quantenforschung sogar ausbauen könnte.



Foto: IQOQI Innsbruck/Martin Vandy

Francesca Ferlino, wissenschaftliche Direktorin des Instituts für Quantenoptik und Quanteninformation Innsbruck der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) und ÖAW-Mitglied

Quantenphysikalische Netzwerke

Warum brauchen wir den neuen Quanten-Exzellenzcluster?

Francesca Ferlino: Österreich war historisch gesehen immer ein Zentrum der Quantenphysik. Einige der Schlüsselideen sind hier entwickelt worden. Der Exzellenzcluster wird auf diesem fruchtbaren Boden aufbauen und die hervorragenden WissenschaftlerInnen im Land zusammenbringen. Es gab auch schon bisher sehr gute Quantenforschung in Österreich und im Umfeld der beiden großen Zentren in Wien und Innsbruck ist ein schönes nationales Netzwerk entstanden. Der Exzellenzcluster wird dafür sorgen, daß die Community weiter wachsen kann und wir weiterhin Spitzenforschung betreiben können.

„Quantum Science Austria“ ist also nicht auf ein Institut beschränkt?

Ferlino: Der Exzellenzcluster soll möglichst inklusiv sein und „Verschränkungen“ zwischen den ForscherInnen an verschiedenen Instituten erzeugen, wenn wir im Quan-

tenjargon bleiben wollen. Das Netzwerk im Land soll so weiter wachsen, um den Austausch von Ideen und neue Kooperationen zu fördern. Wichtig ist, daß auch kleine Forschungsgruppen einen Beitrag leisten können. Wir laden alle QuantenphysikerInnen im Land ein, sich zu beteiligen. Wir werden an den Quantenzentren in Innsbruck, Linz und Wien aktiv nach neuen Ideen suchen und diese dann sehr flexibel und kooperativ umsetzen. Auch die Industrie und die Politik sind inzwischen auf die Quantenforschung aufmerksam geworden.

Bekommen QuantenforscherInnen mehr Aufmerksamkeit als früher?

Ferlino: Die Quantenphysik befindet sich derzeit an einem Wendepunkt, weshalb der Exzellenzcluster auch genau zur rechten Zeit kommt. Auch die Industrie und die Politik sind inzwischen auf die Quantenforschung aufmerksam geworden, wie zum Beispiel am EU-Flaggschiffprojekt zum Thema zu erkennen ist.

Verständnis vor Anwendung

Sind vielversprechende Anwendungen wie Quantencomputer oder Quantensensoren der Grund?

Ferlino: Viele interessante praktische Anwendungen stehen kurz davor, Realität zu werden. Das Hauptziel des Exzellenzclusters ist aber, unser Verständnis der Quantenmechanik weiter auszubauen. Es gibt grundlegende Probleme, die gelöst werden müssen, bevor die Quantenphysik uns auf die nächste technologische Stufe heben kann. Jede neue Technologie ist am Ende eine Folge von erfolgreicher Grundlagenforschung, wie wir sie am Cluster betreiben wollen. In weiterer Folge werden daraus aber hoffentlich viele neue Anwendungsmöglichkeiten entstehen.

Was ist der Grund für den neuen Quantenoptimismus?

Ferlino: Wir haben technisch in den vergangenen Jahren einen großen Schritt nach vorne gemacht und hervorragende neue Methoden entwickelt, um Quantensysteme exakt zu kontrollieren. Dadurch können wir jetzt komplexere und ergiebigere Experimente durchführen, die neue Einsichten erlauben und uns praktischen Anwendungen einen Schritt näher bringen.

Wo werden die Schwerpunkte des Exzellenzclusters liegen?

Ferlino: Es gibt drei große Säulen: Quantengravitation, Quanteninformation und Quantenvielteilchensysteme.

Relativitätstheorie

Quantengravitation ist seit Einstein eine der großen offenen Fragen der Physik. Sind wir einer Antwort schon näher gekommen?

Ferlino: Forschung an der Schnittstelle von Quantenmechanik und Gravitation kann die Quantennatur der Raumzeit enträtseln. Wir wissen, daß die Quantenmechanik und die Relativitätstheorie sich irgendwo berühren müssen, aber noch ist unklar, wie und wo genau. Die Quantisierung des Gravitationsfel-

Wissenschaft & Technik

des war lange Zeit Metaphysik, weil es keine Möglichkeit gab, die Theorien zu prüfen. Mittlerweile sind unsere Methoden aber präzise genug, um diesen Bereich experimentell zu erforschen. Wir können Quantensysteme bauen, die so rein sind, daß wir selbst kleinste Einflüsse durch Gravitationsfelder nachweisen können. Zudem gibt es neue theoretische Ansätze, die unsere Experimente leiten.

Was sind die offenen Fragen im Bereich Quanteninformation?

Ferlino: Das Gebiet ist sehr theoriegetrieben und hat einen ganz neuen Blickwinkel auf viele Probleme in der Physik ermöglicht. Im Cluster wollen wir untersuchen, wie verschiedene physikalische Systeme Quanteninformation verarbeiten können und wo die jeweiligen Stärken und Schwächen liegen. Das Ziel ist es, hybride Systeme zu bauen, die

die Vorteile verschiedener Plattformen kombinieren können.

Zudem gibt es auch im Bereich der Quantenlogik neue Optionen: Wir können Quanteninformation nicht nur mit Qbits verarbeiten, sondern auch mit Qdits, die mehr Freiheitsgrade aufweisen und deshalb eine höhere Informationsdichte erlauben. Die Grundlagen dafür müssen aber noch ausgearbeitet werden.

Wechselwirkungen

Wenn wir die Grundlagen besser erforschen, können wir Vielteilchensysteme in Zukunft gezielter nutzen.

Worum geht es bei der dritten Säule?

Ferlino: Die dritte Säule beschäftigt sich mit Komplexität und der Frage, wie man im Labor Quantensystemen mit vielen Elementen

bauen kann. Damit die Quantenphysik ihren Lauf nehmen kann, brauchen wir viele identische kleine Objekte, die wechselwirken können. Solche Systeme können unter anderem auch physikalische Gesetzmäßigkeiten abbilden, die wir dann durch Beobachtungen besser verstehen können. Als Modelle kommen hier exotische Aggregatzustände von Materie ins Spiel, zum Beispiel ultrakalte Gase. Viele dieser neuen Phasen sind derzeit noch nicht ausreichend erforscht und oft so komplex, daß Berechnungen uns nicht weiterbringen können. Die Effekte können wir aber trotzdem schon nutzen: Supraleitung ist ein Phänomen, das auf solchen Phasenübergängen basiert. Wenn wir die Grundlagen besser erforschen, können wir solche Vielteilchensysteme in Zukunft gezielter nutzen. ■

<https://iqoqi.at/>

Aufwind für Vertrauen in die Wissenschaft

ÖAW-Präsident Faßmann: Erfreulicher Aufwärtstrend, auf dem wir uns aber nicht ausruhen sollten.

Gute Nachrichten bringt das neue Wissenschaftsbarometer der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW). Das Vertrauen in die Wissenschaft legt im Vergleich zum Vorjahr leicht zu. 73 % der Befragten bewerteten ihr Vertrauen mit „stark“ oder „sehr stark“. Das ist ein Plus von 3 Prozentpunkten gegenüber 2022, als das ÖAW-Wissenschaftsbarometer erstmals erhoben wurde. Besonders stark zugenommen hat bei der Vertrauensfrage die Antwortkategorie „sehr stark“ mit 6 Prozentpunkten. Auch der Anteil der überzeugten SkeptikerInnen hat sich von 7% auf 6% leicht verringert.

ÖAW-Präsident Heinz Faßmann sagt: „Es ist sehr erfreulich, daß das Vertrauen in die Wissenschaft wieder wächst und wir einen leichten Aufwärtstrend erkennen können. Die Verleihung von zwei Nobelpreisen an österreichische Forscher wird dazu ebenso beigetragen haben wie die Rücknahme aller Corona-Maßnahmen. Immer mehr WissenschaftlerInnen erkennen aber auch, daß sie sich und ihre Arbeit einer breiten Öffentlichkeit erklären müssen. Viele tun das mit Freude und Leidenschaft. Wir dürfen uns aufgrund dieser positiven Nachrichten aber keineswegs ausruhen. Bei einem Viertel der Bevölkerung müssen wir immer noch Überzeugungsarbeit leisten. Darauf werden wir uns künftig noch stärker fokussieren.“ Neben dem Aufwind in der Vertrauensfrage

wächst auch das Ansehen, das WissenschaftlerInnen in der Bevölkerung genießen. Alle in der Umfrage genannten positiven Eigenschaften wie „kompetent“, „qualifiziert“ oder „erfahren“ und „verantwortungsvoll“ legten im Vergleich zu 2022 zu. Zudem sagen 77 % (plus 7), daß Wissenschaft und Forschung unser Leben verbessern, 80 % (plus 4) unterstützen die staatliche Förderung von Wissenschaft und Forschung und 91 % haben positive oder zumindest neutrale Assoziationen, wenn sie die Begriffe Wissenschaft und Forschung hören.

»Gesunder Menschenverstand« weiter hoch im Kurs

Im Kampf gegen die Wissenschaftsskepsis bleibt aber weiter viel zu tun. Noch immer gibt es hohe Zustimmung zu der Aussage, daß man sich mehr auf den „gesunden Menschenverstand“ als auf wissenschaftliche Studien verlassen soll. 12 % stimmen außerdem „voll und ganz“ der Aussage zu, daß die Wissenschaft mit Politik und Wirtschaft unter einer Decke steckt. Mehr Befragte als 2022 halten außerdem den Einfluß von Politik und Wirtschaft auf die Wissenschaft für zu hoch.

Unzufriedene vertrauen weniger

Doch wer sind jene Menschen, die der Wissenschaft besonders skeptisch gegenüberstehen? Eine Spezialauswertung des Wis-

senschaftsbarometers untersuchte die „systemisch Unzufriedenen“, die eine grundsätzlich ablehnende Haltung gegenüber der Gesellschaft haben und auch vom eigenen Leben enttäuscht sind. Diese Gruppe interessiert sich mit einer Zustimmung von 50 % deutlich geringer für Wissenschaft und Forschung als Zufriedene (71 %). Zufriedene vertrauen der Wissenschaft zu 93 %, Unzufriedene nur zu 41 %. Aber: Auch Unzufriedene erwarten zu 78 %, daß sie von Wissenschaftler:innen über ihre Arbeit informiert werden, der Kontakt zu Wissenschaft und Forschung ist noch nicht abgerissen.

- Repräsentative Ergebnisse aus 1.500 Befragungen österreichweit
- Vertrauen in die Wissenschaft leicht auf 73 % gestiegen
- Bereits 77% der Menschen sind überzeugt, daß Wissenschaft das Leben verbessert
- Nobelpreise tragen zum Ansehen von WissenschaftlerInnen in der Bevölkerung bei
- Zustimmung zu staatlicher Unterstützung von Forschung wächst auf 80 %
- Jede/r Vierte zieht „gesunden Menschenverstand“ wissenschaftlichen Studien weiterhin vor
- Knapp die Hälfte der Bevölkerung sieht zu hohen Einfluß von Politik und Wirtschaft auf die Wissenschaft

<http://www.oew.ac.at/>

Wie die Mega-Flut vorhersagbar wird

Wenn man Überflutungen nur auf Basis lokaler Daten vorhersagt, erlebt man immer wieder unliebsame Überraschungen. Eine neue Methode erlaubt, die Vorhersage deutlich zu verbessern – mit internationalen Daten hydrologisch ähnlicher Gebiete.

Womit ist im schlimmsten Fall zu rechnen? In Regionen, in denen es manchmal zu Überflutungen kommt, ist das eine wichtige Frage: Auf welche Extremereignisse müssen die Schutzmaßnahmen ausgelegt werden? Oft wirft man dafür einfach einen Blick in die Geschichte: Man nimmt die schlimmsten Hochwasserereignisse der vergangenen Jahrzehnte oder Jahrhunderte und betrachtet sie als realistische Obergrenze für das, was in Zukunft zu erwarten ist.

Das kann aber irreführend sein, wie sogenannte „Mega-Fluten“ in den letzten Jahren zeigten. Immer wieder kommt es zu extremen Hochwasserereignissen, zu außergewöhnlichen Sonderfällen, die auf Basis lokaler Daten nicht für möglich gehalten wurden.

Ein großes Forschungsprojekt, durchgeführt unter der Leitung der TU Wien konnte nun aber zeigen: Wenn man den ganzen europäischen Kontinent im Blick hat, dann sind diese lokalen Überraschungen überhaupt nicht mehr überraschend. Läßt man Daten über andere Regionen mit ähnlichen hydrologischen Bedingungen mit einfließen, wird das Ausmaß dieser „Mega-Fluten“ plötzlich vorhersagbar. Das hat drastische Auswirkungen auf die Art, wie Hochwasserschutz dimensioniert werden muß. Die Ergebnisse wurden nun im Fachjournal „Nature Geoscience“ präsentiert.

Die simple Extrapolation von Wahrscheinlichkeiten

2021 kam es zu einer verheerenden Flutkatastrophe in Deutschland und Belgien, bei der über 220 Menschen starben. Mit einem Ereignis dieser Größenordnung hatte man nicht gerechnet. „Das Ausmaß solcher Mega-Fluten vorherzusagen, ist sehr schwer“, sagt Prof. Günter Blöschl vom Institut für Wasserbau und Ingenieurhydrologie der TU Wien, der das Projekt leitete. Bisher war die übliche Strategie, bisherige Hochwasserereignisse der Region statistisch zu untersuchen: Es gibt eine hohe Wahrscheinlichkeit für kleiner Überschwemmungen, eine nie-



Foto: <https://pixabay.com/de/users/distelapparth-2726923/>

In einem aufwendigen Forschungsprojekt wurden nun Daten von mehr als 8000 Meßstationen in ganz Europa aus den Jahren 1810 bis 2021 ausgewertet.

drigere Wahrscheinlichkeit für große Überschwemmungen. Daraus kann man versuchen, die Wahrscheinlichkeit für noch größere Überschwemmungen zu extrapolieren.

Doch wie sich nun zeigte, gibt es eine deutlich bessere Strategie: In einem aufwendigen Forschungsprojekt wurden nun Daten von mehr als 8000 Meßstationen in ganz Europa aus den Jahren 1810 bis 2021 ausgewertet.

„Der entscheidende Schritt war, für die Analyse bestimmter Flußgebiete auch Daten aus anderen, ähnlichen Flußgebieten mit einfließen zu lassen“, erklärt Miriam Bertola (Institut für Wasserbau und Ingenieurhydrologie, TU Wien), die Erstautorin der aktuellen Publikation: „Jedem hydrologischen Einzugsgebiet lassen sich andere Einzugsgebiete zuordnen, die klimatisch und hydrologisch ähnliche Parameter aufweisen.“

Aus der Überraschung wird Erwartbares

Wenn man nun die historischen Hochwasserdaten all dieser Gebiete gleichzeitig betrachtet, dann wird plötzlich eine Struktur sichtbar: Man kann dann eine Obergrenze bestimmen, die das Maximum der Hochwas-

serereignisse angibt – und selbst sogenannte „Mega-Fluten“ liegen unter oder knapp an dieser Obergrenze. Durch die Verwendung einer größeren Datenmenge wird somit aus einem statistischen Ausreißer etwas Erwartbares.

Das Forschungsteam konnte zeigen, daß auf diese Weise auch Flutkatastrophen wie jene im Jahr 2021 im Rheingebiet vorhersagbar gewesen wäre – auch sie lag eigentlich im erwartbaren Bereich, wenn man andere Daten miteinbezieht.

Internationaler Blick für bessere Hochwasservorsorge

„Wichtig ist, daß man dabei nicht unbedingt nur geographisch benachbarte Gebiete berücksichtigt, sondern Gebiete mit ähnlichen Bedingungen – die können sich auch weiter entfernt befinden“, betont Günter Blöschl. „Es ist daher von entscheidender Bedeutung, über die nationale Bewertung des Hochwasserrisikos hinauszugehen und Informationen über Mega-Fluten länder- und kontinentübergreifend auszutauschen, um den Überraschungsfaktor ihres Auftretens zu verringern und Menschenleben zu retten.“ ■

<https://www.tuwien.at/>

Durchbruch im Verständnis der genetischen Basis von Immunreaktionen

Studie kann Entwicklung neuer Therapien gegen Krankheiten wie Krebs beschleunigen

Ein US-Forschungsteam unter maßgeblicher Beteiligung der MedUni Wien hat die molekularen Strukturen menschlicher T-Zellen untersucht und so eine noch nie dagewesene detaillierte Beschreibung der Funktionsweise des Immunsystems erstellt. Die jetzt im Top-Journal „Nature“ veröffentlichten Ergebnisse könnten dazu beitragen, die Grenzen der heutigen Immuntherapien zu überwinden und neue Ansatzpunkte zur künftigen Behandlung einer Vielzahl von Krankheiten wie Autoimmunerkrankungen oder Krebs zu finden. Als ein Erstautor der Studie fungierte Ralf Schmidt von der Med Uni Wien.

Bei ihren Forschungen sind die WissenschaftlerInnen tief in die DNA von T-Zellen vorgedrungen. Dabei haben sie bestimmte Nukleotide – die grundlegenden Einheiten der genetischen Information in der DNA – ausfindig gemacht, die beeinflussen, wie Immunzellen auf Reize reagieren. Insgesamt untersuchten sie mehr als 100.000 solcher Bestandteile in fast 400 Genen, die wesentliche Funktionen menschlicher T-Zellen steuern. Nukleotide dienen als Code für den Aufbau von Proteinen in Zellen. Durch die Identifizierung dieser spezifischen DNA-Einheiten haben die WissenschaftlerInnen nun Klarheit über die genauen Bereiche in den Proteinen, die für die Gesundheit wichtige Immunreaktionen kontrollieren. Somit weisen die Studien auf jene Stellen im Immunsystem hin, auf die künftige immunmodulierende Medikamente abzielen können.

Blaupausen für neue Entwicklungen

„Wir haben erstaunlich präzise und informative Karten von DNA-Sequenzen und Proteinabschnitten erstellt, die die menschlichen Immunreaktionen steuern“, sagt Studienleiter Alex Marson von den Gladstone Institutes in San Francisco, California. „Unsere kartierten Stellen geben Aufschluß über Mutationen, die bei PatientInnen mit Immunstörungen auftreten. Der enorme genetische Datensatz kann, so die Einschätzung des Forschungsteams, künftig bei der Entwicklung



Foto: Gladstone/Steinhart Zach

Als ein Erstautor der Studie fungierte Ralf Schmidt vom Klinischen Institut für Labormedizin der MedUni Wien

von Immuntherapien u. a. gegen Krebs, Autoimmun- und Infektionserkrankungen helfen. „Da die Studie mit primären T-Zellen durchgeführt wurde, die von menschlichen Blutspender:innen stammen, sind die Ergebnisse von großer klinischer Relevanz“, betont Ralf Schmidt vom Klinischen Institut für Labormedizin der MedUni Wien, der

während seines Postdoc-Aufenthalts an den Gladstone Institutes als ein Erstautor maßgeblich an der Studie beteiligt war. „Diese Forschungsarbeit gibt tiefe Einblicke in die genetische Basis der Immunzellenfunktionen“, sagt Schmidt. „Wir können jetzt T-Zellen mit Nukleotidauflösung scannen und so Blaupausen für die Entwicklung von Medikamenten, Diagnostik und weitere wissenschaftliche Bemühungen erstellen.“

Noch genauere Einblicke dank neuer Technologie

T-Zellen spielen eine zentrale Rolle bei der Immunantwort und -regulierung, was sie für WissenschaftlerInnen, die komplexe Erkrankungen wie Krebs oder Immunstörungen erforschen wollen, besonders interessant macht. In den vergangenen zehn Jahren wurde die Gen-Editierungstechnologie CRISPR eingesetzt, um zu untersuchen, wie primäre Immunzellen funktionieren. Für diese Studie ging das Team noch einen Schritt weiter und nutzte eine neuere CRISPR-basierte Technologie, das so genannte Base Editing, um noch präzisere Änderungen an Hunderten bis Tausenden von DNA-Stellen in einzelnen Genen vorzunehmen und so ein noch nuancierteres Bild mit hoher Auflösung zu zeichnen. ■

<https://www.meduniwien.ac.at/>



© Pixabay/TheDigitalArtist

Per »Fernsteuerung« kommen Wirkstoffe direkt in die Zelle

Eisenoxid-Nanopartikel für gezielte Wirkstofffreisetzung



Foto: Medizinische Universität Graz

Die Forschungsgruppe rund um Sebastian Schwaminger (l.) an der Medizinischen Universität Graz

In der Entwicklung von Medikamenten und der gezielten Freisetzung von Wirkstoffen bietet der Einsatz von Nanotechnologie zahlreiche neue Möglichkeiten. Eine interessante Innovation ist dabei der Einsatz von Eisenoxid-Nanopartikeln, die mit einer speziellen Beschichtung versehen sind. Damit können Wirkstoffe sicher und direkt in die betroffenen Zellen gebracht werden. Ein internationales Team von WissenschaftlerInnen unter prominenter Beteiligung der Medizinischen Universität Graz hat dazu kürzlich seine Forschungsergebnisse veröffentlicht und macht damit auf mögliche Einsatzgebiete in der Behandlung von Infektionen oder in der Krebstherapie aufmerksam.

Wirkstoffe im »Schutzanzug« im Kampf gegen Bakterien

Antimikrobielle Peptide (AMPs) sind natürliche Substanzen, die Bakterien angreifen, indem sie deren Zellmembran zerstören. Damit könnten sie beispielsweise zur Behandlung bakterieller Infektionen eingesetzt werden, da sie im Vergleich zu herkömmlichen Antibiotika den Vorteil haben, daß sie die Entstehung von Antibiotikaresistenzen reduzieren. Den Grund, weshalb man AMPs aber nicht ohne Weiteres einsetzen kann, beschreibt Sebastian Schwaminger vom Lehrstuhl für Medizinische Chemie der Med Uni

Graz: „Einige AMPs können in ihrer Eigenschaft nicht nur für die Zellen von Bakterien, sondern auch für menschliche Zellen gefährlich werden, wodurch ihre Anwendbarkeit derzeit eingeschränkt wird.“

Diese Herausforderung hat ein internationales Team von WissenschaftlerInnen von Technischer Universität München, University of Limerick (Irland), Technischer Universität Eindhoven (Niederlande) und Medizinischer Universität Graz angenommen und einen möglichen Lösungsweg veröffentlicht, wie Nanotechnologie die breite Verwendung von AMPs ermöglichen kann. Insbesondere wurde hier das AMP Lasioglosin III (LL) verwendet, da es extrem antimikrobiell wirkt.

Magnetische Fernsteuerung bringt Wirkstoff direkt an den Einsatzort

Die von den WissenschaftlerInnen entwickelten Eisenoxid-Nanopartikel sind mit einer supramolekularen Ureido-Pyrimidinon-Beschichtung versehen, welche die antimikrobielle Aktivität des Peptids steigert. Bei der supramolekularen Beschichtung greifen große Moleküle wie bei einem Parkettboden ineinander und stabilisieren sich damit gegenseitig. Doch das ist noch nicht alles, wie Sebastian Schwaminger erklärt: „Die von uns beschriebenen Nanopartikel können durch

das Eisenoxid mithilfe von Magnetismus gesteuert werden, wodurch die Medikamentenfreisetzung genau dorthin erfolgt, wo sie benötigt wird.“ Diese Innovation ist mit einer Reihe von Vorteilen für PatientInnen verbunden:

- Reduktion der Dosierung von AMPs und dadurch Verringerung des Risikos von Nebenwirkungen,
- gezielte Medikamentenabgabe am Ort der Infektion bzw. Erkrankung und
- Verbesserung der Sicherheit durch Kombination von Nanopartikeln mit AMPs, wodurch die Toxizität für menschliche Zellen reduziert wird

Tests im Labormodell sollen Einsatzmöglichkeiten prüfen

„Unsere Forschungsergebnisse könnten in absehbarer Zukunft die Art und Weise, wie wir Krankheiten behandeln, revolutionieren“, blickt Sebastian Schwaminger in die Zukunft. Es konnte gezeigt werden, daß die Partikel sowohl gegen Krebszellen als auch gegen Mikroorganismen (Bakterien) wirksam sind.

Ein nächster Schritt der Entwicklung dieser innovativen Materialien ist der Test im Labormodell, bevor der Einsatz zu Therapie-zwecken umgesetzt werden kann. ■

<https://www.medunigraz.at/>

Steriles Laborequipment aus dem 3D-Drucker

Wiener ForscherInnen des Austrian Centre of Industrial Biotechnology und der BOKU Wien entwickeln ein steriles 3D-Druckverfahren

In Laboren weltweit werden große Mengen an Plastikmüll produziert. Dabei handelt es sich meist um Gegenstände, die nur einmal verwendet werden, weshalb es ein erklärtes Ziel wissenschaftlicher Einrichtungen in den Life Sciences ist, Strategien zur Reduzierung von Einwegkunststoffen zu finden. Dies geschieht im Bemühen, der Verschmutzung des Planeten vorzubeugen und sowohl den Klimazielen 2023 und 2040, den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen als auch hierzulande der österreichischen Einwegkunststoffrichtlinie Rechnung zu tragen. Diese Richtlinien sehen u.a. vor, bestimmte Kunststoffprodukte aus Einwegkunststoff zu vermeiden und zu vermindern.

Derzeit belaufen sich die Kunststoffabfälle aus Laboren weltweit auf über 5,5 Millionen Tonnen pro Jahr. Zum Vergleich ist das mehr, als Indien mit 3 Mio. Tonnen in einem Jahr an Plastik produziert. Hinzu kommt, daß dieser Kunststoffabfall auf der einen Seite weder biologisch erzeugt, noch biologisch abbaubar ist. Auf der anderen Seite sind Labore vollständig von der Lieferkette für Einwegkunststoffe abhängig, was sich insbesondere bei Unterbrechungen wie der Covid-19-Krise oder in Kriegszeiten als sehr problematisch erwies und erweist, da die Lieferzeiten für Einwegkunststoffe teilweise mehr als 6 Monate betragen. Ein Umstand, der die Produktion wichtiger Medikamente, Impfstoffe und Produkte des Alltags gefährdet – und damit direkt die Gesundheit von uns Menschen.

Um nicht länger von Lieferketten und umweltschädlichem Plastik abhängig zu sein, entschied sich ein ForscherInnenteam rund um Peter Satzer, Scientist am Austrian Centre of Industrial Biotechnology (acib) und am Institut für Bioverfahrenstechnik (IBSE) an der BOKU Wien, ein neues Druckverfahren zu entwickeln, um Laborequipment aus umweltfreundlichem Plastik selbst herzustellen: Schüttelkolben für den einmaligen Gebrauch als auch komplette Bioreaktoren konnten mithilfe biokompatibler, kompostierbarer Polymilchsäure (PLA) 3D-gedruckt werden. Dazu wurden handelsübliche



Foto: BOKU/Christoph Gruber

Priv.Doz. Peter Satzer; Scientist am acib und Forscher am Institut für Bioverfahrenstechnik BOKU Wien, mit seiner Instituts-Kollegin Lena Achleitner

3D-Drucker verwendet. Der Vorteil: Die kompostierbaren Schüttelkolben für den Einmalgebrauch haben einem Materialendpreis von lediglich 60 Eurocent. „Im Vergleich dazu kosten entsprechende Schüttelkolben aus Einwegkunststoff bislang rund 10 € pro Stück, mit dem Nachteil, daß diese nicht biologisch abbaubar sind“, erklärt Satzer und weist darauf hin, daß „die selbst gedruckten, kompostierbaren Schüttelkolben im Vergleich zu handelsüblichen Einwegkunststoffen dieselben, strengen Qualitätseigenschaften aufweisen.“ Dies ist insofern wichtig, da in diesen Schüttelkolben u.a. menschliche, embryonische Nierenzellen (HEK), Ovarialzellen des chinesischen Hamsters (CHO) und Insektenzellen kultiviert werden. Satzer: „Diese drei Zelllinien sind derzeit wichtige Ausgangsstoffe für die Forschung als auch die Produktion neuer Arzneimittel, darunter Krebsbehandlungen, Impfstoffe und Gentherapien.“

Dieser neue Ansatz des 3D-Drucks kompostierbarer Biomaterialien soll langfristig eine Demokratisierung der Herstellung ermöglichen und WissenschaftlerInnen den Vorteil bieten, die benötigte Geometrie von Laborequipment frei wählen zu können. „Das Verfahren soll außerdem dabei helfen, nur jene Einwegartikel zu drucken, die tatsächlich benötigt werden, um Ressourcen, Ko-

sten und vielfach nur begrenzt verfügbaren Lagerraum zu sparen“, so Satzer.

Darüber hinaus arbeiten die ForscherInnen an einem Verfahren, mit dem sterile Teile gedruckt werden können. Satzer: „Der derzeitige Stand der Technik sah entweder die Verwendung von teuren Einwegartikeln oder die Verwendung wiederverwendbarer Glasware vor, welche bisher energie- und ressourcenaufwändig gereinigt werden mußte. Durch das sterile 3D-Druckverfahren würde eine bisher notwendige Sterilisation dieser Bauteile nach dem Druck entfallen, was den Energie- und Wasserverbrauch um über 90 Prozent senkt.“ Nimmt man einen kommerziellen, zur Sterilisation von Laborequipment eingesetzten Autoklav in einem durchschnittlichen mikrobiologischen Labor mit 25 ForscherInnen als Rechenbeispiel, verbraucht dieser jährlich das 65fache an Strom wie ein durchschnittlicher österreichischer Haushalt, 1800 m³ an Wasser und das Labor produziert ca. 1.3 Tonnen an Plastikmüll. Bei einer Gesamtzahl von 40.000 MitarbeiterInnen in der – stetig wachsenden – Life-Science-Forschung in Österreich bedeutet dies einen nicht zu unterschätzenden Ressourceneinsatz, der durch den direkten sterilen 3D-Druck aller benötigten Kunststoffe erheblich minimiert werden könnte.

<https://boku.ac.at/>

In drei Tagen das gesamte Erbgut vor Augen

Die »dritte Generation« der medizinischen Genomsequenzierung beginnt an der Medizinischen Universität Innsbruck

Anfang September 2023 wird der Fall eines siebenjährigen Bubens aus Südtirol an das Institut für Humangenetik der Medizinischen Universität Innsbruck herangetragen. Das Kind ist in seiner intellektuellen sowie psychomotorischen Entwicklung deutlich verzögert. Die ÄrztInnen und DiagnostikerInnen unter der Leitung von Institutsdirektor Johannes Zschocke führen eine so genannte Trio-Exomanalyse mit der herkömmlichen „Next Generation“ Sequenzierung durch. Dabei werden alle proteinkodierenden Genabschnitte des Kindes mit jenen der Eltern verglichen. „Unsere Analyse zeigte im Bereich des selten als Krankheitsursache beschriebenen AP1S2-Gens eine fragliche Auffälligkeit, die aber aufgrund der Limitierung der bisherigen Analyseverfahren nicht interpretiert werden konnte“, sagt Zschocke. Seit diesem Sommer hat das Institut für Humangenetik jedoch ein neues, revolutionäres Gerät zur Verfügung, wenn die bisherigen Methoden nicht weiterhelfen: Österreichs ersten und bis dato einzigen diagnostisch verwendbaren Sequenzierer der „dritten Generation“.

Das neue Gerät mit dem Handelsnamen „Revio“ liest erstmals verlässlich das ganze Genom für die medizinische Forschung und Diagnostik, sozusagen vom Anfang bis zum Ende aller Chromosomen. Dabei werden auch sehr lange und komplexe Segmente des Erbguts zuverlässig erfaßt. Bei der Untersuchung der Erbinformation des jungen Patienten mit der neuen Methodik entdeckten die MedizingenetikerInnen, daß es sich bei der Auffälligkeit um eine Inversion handelt, also die Verdrehung eines großen Chromosomenabschnitts ohne Verlust von Sequenzen.

„Man muß sich das so vorstellen als ob in einem Buch zahlreiche Seiten herausgefallen und falsch herum wieder eingeklebt wurden“, erklärt Zschocke. „So eine Veränderung kann ein Gen völlig zerstören, läßt sich



Foto: MUJ/C. Simon

Das Long-Read-Sequenziergerät „Revio“ wird mit vorbereiteten Laborproben beladen.

aber oft nur schwer nachweisen.“ Eine solche Ursache der ohnehin sehr seltenen AP1S2-abhängigen geistigen Behinderung wurde weltweit noch nie beschrieben. Der Fall des Bubens konnte damit gelöst, eine Diagnose gestellt werden. Da die strukturelle Variante bei ihm neu entstanden ist, haben die Eltern Gewißheit, daß sie bei weiteren Kindern diese Variante nicht vererben würden.

Über Nacht das gesamte Genom

„Revio“ wurde von dem US-Unternehmen PacBio entwickelt und kam erst zu Jahresbeginn auf den Markt. Mit allen Zusatzinstallationen hat er knapp eine Million Euro gekostet. „Das Erbgut hat ungefähr 3,1 Milliarden Nukleotide, die genetischen Buchstaben. Bei der seit einigen Jahren üblichen Standardmethode, dem ‚Next Generation Sequencing‘, liest man kleine Schnipsel von 75 bis 150 Nukleotiden und ordnet die erkannten Abschnitte dann den Stellen zu, an denen man sie gemäß der Referenzsequenz^{*)} des Genoms vermutet“, sagt Zschocke. Mit dem neuen long-read Verfahren, das auch als „Third Generation Sequencing“ bezeichnet wird, ist es erstmals möglich, das wirklich ganze Genom an einem Stück lesen. Wenn es sehr dringend ist, geht das auch innerhalb von wenigen Tagen nach Eintreffen der Pro-

be. „Die eigentliche Sequenzierung dauert nur etwa 30 Stunden – es gibt quasi über Nacht ein vollständiges Bild von Sequenz, Struktur und Epigenetik des gesamten Erbguts eines Menschen“, schildert Zschocke. Die neue Technologie soll auch für die umfangreichen molekularonkologischen Leistungen des Instituts verwendet werden.

Internationales Konsortium für medizinisches »Third Generation Sequencing«

Es gibt bislang nur wenige Institute weltweit, die das neue Gerät in die medizinische Versorgung einführen. Mit der Anschaffung des Sequenzierers wurde das Institut für Humangenetik der Medizinischen Universität Innsbruck Teil des globalen Konsortiums „HiFi Solves“. Zentren in weltweit zehn Ländern arbeiten gemeinsam an Projekten, um das Gerät in der genetischen Diagnostik einzusetzen. „Es geht darum, Fragen zu beantworten, die wir bisher nicht beantworten konnten, Daten auszutauschen, neue Verfahren zu etablieren und gemeinsam die Möglichkeiten des Geräts auszuloten“, erklärt Zschocke. Denn auch wenn „Revio“ viele neue Lösungswege eröffnet, die Herausforderung, die enormen Datensätze auszuwerten und für jede Patientin und jeden Patienten zu interpretieren, bleibt bestehen. ■

<https://www.i-med.ac.at/>

^{*)} Referenzgenom: Das Referenzgenom repräsentiert eine prototypische Abfolge des Erbguts eines Menschen. An diesem Modell werden andere Genome verglichen, um Unterschiede, Varianten und Erkrankungen abzuklären.

5.000 Jahre alter Wein für ägyptische Königin

Neue archäologische Entdeckungen am Grab der Meret-Neith in Abydos

Ein deutsch-österreichisches Team unter der Leitung der Archäologin Christiana Köhler von der Universität Wien erforscht im ägyptischen Abydos das Grab der Königin Meret-Neith. Sie war die mächtigste Frau in der Zeit um 3.000 vor unserer Zeitrechnung. Jüngste Ausgrabungen belegen ihre besondere historische Bedeutung: So fanden die ForscherInnen 5.000 Jahre alten Wein und andere Grabbeigaben.

Das Team hat kürzlich mit archäologischen Ausgrabungen im Grab von Königin Meret-Neith aus der 1. Dynastie (ca. 3.000 v.u.Zt.) in Abydos begonnen und wesentliche neue Informationen über diese bedeutende historische Frau entdeckt. Königin Meret-Neith war die einzige Frau, die ihr eigenes monumentales Grab auf Ägyptens erstem königlichen Friedhof in Abydos hatte. Sie war wahrscheinlich die mächtigste Frau ihrer Zeit und heutige ForscherInnen spekulieren, dass Meret-Neith die erste Pharaonin im alten Ägypten und damit Vorgängerin der späteren Königin Hatschepsut aus der 18. Dynastie gewesen sein könnte. Ihre wahre Identität bleibt ein Rätsel. Die neuen Ausgrabungen bringen spannende neue Informationen über diese einzigartige Frau und ihre Zeit ans Tageslicht.

Das ArchäologInnen-Team fand Beweise für eine gewaltige Menge an Grabbeigaben, darunter Hunderte von großen Weinkrügen. Einige von ihnen waren sehr gut erhalten und sogar noch original versiegelt. Darin fanden sich Überreste 5.000 Jahre alten Weins. Ausserdem bezeugen Inschriften, daß Königin Meret-Neith für zentrale Regierungsämter wie das Schatzhaus verantwortlich war, was die Idee ihrer besonderen historischen Bedeutung stützt.

Meret-Neiths monumentale Grabanlage in der Wüste von Abydos, die neben ihrer eigenen Grabkammer auch die Gräber von 41 Höflingen und Dienern umfaßt, wurde aus ungebrannten Lehmziegeln, Lehm und Holz gebaut. Dank der sorgfältigen Ausgrabungsmethode und der verschiedenen neuen archäologischen Technologien konnte das Team zeigen, daß die Gräber in mehreren Bauphasen und über einen relativ langen



Foto: Universität Wien/EC Köhler

5.000 Jahre alte Weinkrüge im Grab der Königin Meret-Neith in Abydos während der Ausgrabung. Die Krüge stehen in ihrem ursprünglichen Kontext und sind z.T. noch versiegelt



Foto: Universität Wien/EC Köhler

Der Grabkomplex der Königin Meret-Neith in Abydos während der Ausgrabung. Die Grabkammer der Königin liegt im Zentrum der Anlage und ist umgeben von den Nebengräbern der Höflinge und Diener

Zeitraum errichtet wurden. Diese Beobachtung stellt zusammen mit anderen Beweisen die in der frühen Forschung oft vermutete, aber niemals wirklich bewiesene Idee eines rituellen Menschenopfers als Teil des königlichen Begräbnisses in der 1. Dynastie radikal in Frage.

Das Team arbeitet in einer interdisziplinären und internationalen Zusammenarbeit zwischen dem ägyptischen Ministerium für

Tourismus und Altertümer, dem Deutschen Archäologischen Institut in Kairo, der Universität Wien und der Technischen Universität Wien in Österreich und der Lund Universität in Schweden. Das Projekt wird vom Fond Wissenschaftlicher Forschung in Österreich (FWF) und der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) finanziert. ■

<https://www.univie.ac.at/>

<https://www.ffg.at/>

Wien Museum

Mit seiner einzigartigen Sammlung hochkarätiger Kunstwerke sowie historischer und zeitgenössischer Exponate bietet das Wien Museum in seinem Haupthaus am Karlsplatz wesentliche Einblicke in die Stadtgeschichte. Am 6. Dezember wurde es nach drei Jahren Umbauzeit von Bürgermeister Michael Ludwig und Kulturstadträtin Veronica Kaup-Hasler wiedereröffnet.



Rednering Certov, Winkler + Ruck Architekten

Mit seiner einzigartigen Sammlung hochkarätiger Kunstwerke und historischer Exponate bietet das Wien Museum in seinem Haupthaus am Karlsplatz Einblicke in die Stadtgeschichte. Das Stadtmuseum wurde von Oswald Haerdtl in den 1950er-Jahren gebaut. Nach dreijähriger Sanierung und einem Ausbau nach dem Entwurf von Certov, Winkler+Ruck Architekten wurde es am 6. Dezember 2023 wiedereröffnet.

Nach dem Umbau bietet das Museum eine klare Struktur: In den ersten drei Etagen, dem Haerdtl-Altbau, wird mit der Dauerausstellung „Wien. Meine Geschichte“ Stadtgeschichte von der Frühzeit bis in unsere Gegenwart in Form eines chronologischen Rundgangs neu erzählt. Der Eintritt in „Wien. Meine Geschichte“ ist frei. Im Erdgeschoß gibt es einen Museumshop und – erstmals – ein Restaurant: „trude & töchter“, betrieben von MS Gourmet.

„Museum, das klingt nach einem Ort der Vergangenheit. Doch unser Wien Museum



Foto: PID/Jobst

v.l.: Bürgermeister Michael Ludwig, Kulturstadträtin Veronica Kaup-Hasler und Wien Museum-Direktor Matti Bunzl nach der Eröffnungsfeier am 6. Dezember

Kultur

ist ein Ort der Zukunft. Ein Ort der Zusammenkunft, ein Ort der Teilhabe, ein Ort des Wissensaustauschs. Mit dem neuen Wien Museum wurde kulturelle Infrastruktur für kommende Generationen geschaffen. Unter anderem wird die große Dauerausstellung ‚Wien. Meine Geschichte‘ frei zugänglich sein. Denn Wien ist nicht nur eine Millionenmetropole, Wien ist ein Lebensgefühl. Leisbar und lebenswert. Nichts verkörpert das aktuell treffender als das neue Wien Museum“, so Michael Ludwig, Bürgermeister und Landeshauptmann von Wien, am Eröffnungsabend.

Im dritten neuen Obergeschoß finden sich drei Ateliers für das umfangreiche Workshop-Angebot für alle Altersgruppen, Veranstaltungssäle, die Caf bar „& töchter“ sowie die große Terrasse mit einem spektakulären Blick auf Wiens Innenstadt.

Das vierte neue Obergeschoß bietet 1.100 m² Fläche für wechselnde Sonderausstellungen. Die erste Schau ist Johann Bernhard Fischer von Erlach gewidmet, die Eröffnung findet am 1. Februar 2024 statt.

„Lange wurde diesem Feiertag entgegengefeiert, an dem sich das Wien Museum endlich wieder seinem Publikum öffnet. Heute ist es so weit: Wir  ffnen einen Raum, der sorgsam die großartige Architektur der Vergangenheit in ein Museum der Zukunft verwandelt hat. Wir erleben in der Dauerausstellung teils Vertrautes in neuen Erzählungen über das, was Geschichte und Gegenwart ausmacht. Dieses Haus mit umbauten Raumgefühl ist gef llt mit neuen Konzepten und Präsentationsformen, macht Platz für Begegnung und Dialog. Das Schönste ist aber die Einladung, die dieses Museum auf so viele Weise jetzt und für zukünftige Generationen ausspricht: die Teilhabe aller Menschen dieser Stadt am kulturellen Reichtum“, sagte Veronica Kaup-Hasler, Stadträtin für Kultur und Wissenschaft.

„Acht intensive Planungs- und drei aufregende Umsetzungsjahre liegen hinter uns. Heute eröffnen wir stolz ein modernes, selbstbewu tes Museum, das die Geschichte der Stadt völlig neu erzählt. Gelingen kann so ein großes Unterfangen nur mit den besten Teams. Auf Seiten der Geldgeber, auf Seiten der Generalplaner und -unternehmer und mit allen Abteilungen im Haus. Wir sagen großen Dank und Tür auf für ein offenes Haus, das ein kultureller und inspirierender Ort für alle, die in Wien leben oder hier zu Besuch sind, sein möchte“, ergänzten Matti Bunzl und Christina Schwarz von Direktion des Wien Museums.



Foto: Lisa Rastl / Wien Museum

Die großzügige Eingangshalle des neuen Wien Museums



Foto: Lisa Rastl / Wien Museum

Ausstellungsansicht „Meine Geschichte – Naturraum und frühe Siedlungen“

Naturraum und frühe Siedlungen

Wo kann man gut leben? Wo bietet die Natur die besten Bedingungen? Solche Fragen waren vor etwa 8.000 Jahren für die Menschen ausschlaggebend, als sie die Gegend des heutigen Wien besiedelten. Die hügelige Landschaft an der Donau und an den Wienerwaldb chen ermöglichte eine vielfältige Nutzung. Ab der Steinzeit ließen sich daher mehrere Gesellschaften in diesem Gebiet nieder. Wie sie lebten, kann aus archäologischen Funden erschlossen werden.

Die jeweiligen Siedlungsplätze wurden jedenfalls bewußt ausgewählt. Gebrauchsgenest nde liefern den Beweis, daß es schon damals einen überregionalen Austausch von Waren und Technologien gab.

Das Verhältnis der Menschen zur Natur wandelte sich mit der Ankunft der Römer. Sie schufen die ersten stadt hnlichen Zentren in der Region und veränderten die Landschaft stark nach ihren Bedürfnissen. Später siedelten sich andere Gesellschaften hier an. Die verlassenen römischen Gebäude blieben vielfach ungenutzt. „Das erste Kapitel umfaßt eine enorme Zeitspanne, von der Entstehung des geologischen Untergrundes von Wien bis kurz vor der Gründung der mittelalterlichen Stadt. Der Naturraum und die Frage, wie die Menschen damit umgehen, steht hier im Mittelpunkt. Gleichzeitig war es uns wichtig, hier verschiedene Themen anzuschneiden, die im Verlauf der Dauerausstellung immer wieder vorkommen: Wohnen,

Foto: Lisa Rastl / Wien Museum



Bild oben: Meine Geschichte – Mittelalter und Renaissance

Bild rechts: Residenz und Festungsstadt

das Klima, sozialer Status, Genderfragen und vieles mehr“, erklärt Kuratorin Sophie Insulander.

Ein Kommen und Gehen Vindobona

Was bedeutet es, wenn Gebiete unter eine neue Herrschaft gelangen und sich das gewohnte Zusammenleben schlagartig ändert? Vor dieser Situation standen die einheimischen keltischen Boier, als die Römer in die Region des heutigen Wien vordrangen und Vindobona zu einer Grenzfestung ausbauten.

Die neuen Herrscher waren keine Fremden, denn Boier und Römer pflegten seit vielen Jahren Handelsbeziehungen. Als nun Soldaten und ZivilistInnen aus dem ganzen Römischen Reich zuzogen, vermischten sich die unterschiedlichen Kulturen und Sprachen.

Vindobona wuchs rasch zu einem städtischen Zentrum mit beeindruckenden Bauten und neuer Infrastruktur. Davon profitierte auch die ansässige Bevölkerung. Manche strebten sogar das römische Bürgerrecht an, das viele Vorteile bot. Wie man es erhalten konnte? Durch Eintritt ins Militär oder durch Heirat. Aus Quellen wissen wir, daß viele Einheimische sich auf diese Weise integrieren. Unbekannt ist hingegen, ob es auch Widerstand gab.

„Nach der Okkupation der Provinz Pannonia wurden auch Wien und sein Umland Teil des Römischen Reichs. Fortan bildete das römische Rechtssystem die Grundlage für das städtisch geprägte Gemeinwesen in Vindobona. Es regelte das Zusammenleben von römischen Soldaten und der Bevölkerung. Rasch mischten sich Einheimische und

Foto: Lisa Rastl / Wien Museum



aus vielen Teilen des Imperiums nach Vindobona Zugezogene. In unserer Dauerausstellung stellen wir die vor 2.000 Jahren hier lebenden Menschen in den Vordergrund. ‚Was wissen wir eigentlich von ihnen?‘ und ‚Wie haben sie Vindobona gebaut?‘, sind Fragen denen wir nachgehen“, weiß Michaela Kronberger, Kuratorin und Projektleiterin.

Städtische Freiheiten? Mittelalter und Renaissance

Wie war das Leben in einem eng umgrenzten Stadtraum? Arm und Reich wohnen zwar Tür an Tür, die jeweiligen Lebensumstände konnten aber unterschiedlicher nicht sein. Ob Bürger und ihre Familien, Adelige, Geistliche, Universitätsangehörige oder Mitglieder der jüdischen Gemeinde: Die Zugehörigkeit zu einer Gruppe entschied darüber, welche Möglichkeiten und welche Rechte eine Person hatte. Aber auch die Pfarrgemeinde sowie Zünfte und Bruder-

schaften waren für das gesellschaftliche Leben bestimmend.

Die mittelalterliche Stadtmauer bot der Bevölkerung Schutz und zeugte von Macht und Ansehen. Der Wohlstand der Stadt war von ihrem Verhältnis zum jeweiligen Landesherrn abhängig. Er konnte eine Vielzahl an Privilegien gewähren, wie die für Wien so bedeutende Verleihung des Stadtrechts im Jahr 1221.

Das Umland mit seinen Vorstädten, Weinbergen und Auen versorgte die Wiener Bevölkerung mit Lebensmitteln und Rohstoffen. Die Lage an der Donau und die meist aus der Römerzeit stammenden Fernstraßen begünstigten den Handel.

„Wien entwickelte sich unter dem Schutz der Babenbergerherzöge zu einem Zentrum mittelalterlichen Lebens. Das Spannungsverhältnis zwischen den Landesfürsten, dem Klerus und der Stadtverwaltung bedingte Phasen des Wohlstandes oder des Konflik-

tes. Das straff reglementierte Gemeinwohl war stark an religiöse Vorstellungen gebunden. Dabei stellte St. Stephan, die zentrale Kirche der Stadt, einen wichtigen Brennpunkt dar. Sie stand unter städtischer Verwaltung, war Zentrum des religiösen Lebens und Repräsentationsbau der Landesherren. In der Sichtachse unserer Präsentation ist ein großes Modell des Stephansdoms zu sehen. Viele Highlights unserer Sammlung sind eng mit diesem Bauwerk verbunden. So lassen sich in diesem Kapitel der Dauerausstellung über die Raumkomposition gut Verknüpfungen zwischen den Kunstwerken, dem Bauwerk und zentralen Themen dieser Zeit erzählen“, erläutert Michaela Kronberger, Kuratorin und Projektleiterin.

**Eine Frage der Macht
Residenz und Festungsstadt**

Wer hat das Sagen? Die Vertreter der Stadt mußten ihren Anspruch auf Selbstbestimmung immer wieder mit den Landesherren aushandeln. Als Wien zur dauerhaften Residenz der Habsburger wurde, bekam es die Macht der Herrscherfamilie besonders zu spüren.

Auch die Religion spielte in diesen Auseinandersetzungen eine Rolle: Martin Luthers Forderung nach Reformen übte großen Druck auf die Kirche aus. Seine neuen Ideen erreichten Wien schnell und fanden hier viele AnhängerInnen. Doch die Habsburger hielten an der alten Lehre fest. Gemeinsam mit der katholischen Kirche begannen sie einen langen Kampf gegen die ProtestantInnen.

Ein weiterer Konflikt bahnte sich an, als Ungarn Teil des Herrschaftsgebiets der Habsburger wurde: Dort trat ihnen das Osmanische Reich als Konkurrent entgegen. Auch Wien war Schauplatz dieser Konfrontation und wurde daher zur Festungsstadt ausgebaut. Unter großen Anstrengungen der Bevölkerung und mithilfe von Bauleuten aus Italien und Deutschland entstanden in jahrzehntelanger Arbeit massive Verteidigungsanlagen. Sie prägten von da an das Stadtbild.

„Nach der ersten Osmanischen Belagerung war offensichtlich, daß die mittelalterlichen Mauern der Stadt aufgrund neuer Entwicklungen in der Waffentechnologie keinen ausreichenden Schutz mehr bieten konnten. Ein neuer Verteidigungsring wurde unter der Federführung italienischer Festungsbaupezialisten geplant. Die Bauarbeiten verwandelten Wien für lange Jahre in eine Großbaustelle, auf der tausende Menschen, auch aus Böhmen und Italien, arbeiteten. Die neue Befestigungsanlage zählte zu den modern-



Foto: Lisa Rastl / Wien Museum

Meine Geschichte – Residenz und Festungsstadt



Foto: Lisa Rastl / Wien Museum

Meine Geschichte – Zweite osmanische Belagerung

sten Festungsbauten im Reich und wurde zum oft abgebildeten Repräsentationsobjekt. Wir versuchen in diesem Kapitel auch die Menschen, die hinter der technischen Meisterleistung stehen, sichtbar zu machen“, ergänzt Michaela Kronberger.

Die Zweite osmanische Belagerung

Im Sommer 1683 stand ein osmanisches Heer vor der Stadt. Die Belagerung endete nach zwei Monaten mit der Befreiung Wiens. Viele Denkmäler erinnern an das Ereignis. Bilder und Geschichten darüber sind weitverbreitet und werden bis heute auch politisch vereinnahmt.

Das Wien Museum war an der Überlieferung einer bestimmten Erzählung aktiv beteiligt: Im Mittelpunkt der Präsentationen

standen heldenhafte Anführer und das militärische Geschehen. Prominent zu sehen war die sogenannte Türkenbeute: osmanische Gegenstände, die bei der Befreiung angeblich aufgegriffen wurden. Dieser Raum versteht sich als Geschichtslabor. Denn die Erforschung der Vergangenheit ist niemals abgeschlossen: Sammlungsobjekte müssen immer wieder neu befragt, Ausstellungen überarbeitet werden. Steht die vermeintliche Beute tatsächlich mit der Belagerung in Verbindung? Und was passierte abseits der kriegerischen Auseinandersetzung?

„Ein historisches Ereignis zu präsentieren, das immer noch für gegenwärtige politische Zwecke mißbraucht wird, stellt eine besondere Herausforderung dar. Im Raum über die Zweite osmanische Belagerung setzen

wir bei unserer eigenen Ausstellungsgeschichte an und hinterfragen die bisher gezeigten Objekte und die damit verbundenen Erzählungen. Er ist bewußt so gestaltet, daß er ‚work in progress‘ zeigt und immer wieder verändert werden kann“, so Kuratorin Sarah Pichlkastner.

**Wie viel Ordnung muß sein?
Barock und Aufklärung**

Was ist wichtiger: Freiheit oder Ordnung? Zwischen diesen beiden Polen fand die Entwicklung Wiens im 18. Jahrhundert statt. Die Aufklärung stellte alte Regelungen infrage. Religiöse Toleranz oder das Ende von Folter und Todesstrafe zeugten von einem neuen Menschenbild. Porträts aus dieser Zeit erzählen von zuvor undenkbaren Möglichkeiten individueller Entfaltung.

Die Reformen und Veränderungen brachten aber auch mehr Kontrolle und Ordnung mit sich: Das macht etwa die Einführung der Unterrichtspflicht deutlich. Die Nützlichkeit des Einzelnen für den Staat trat in den Vordergrund. Für Kranke, Alte oder für Menschen mit Behinderungen wurden spezialisierte Fürsorgeeinrichtungen geschaffen.

Wien wuchs zu einer der größten Städte Europas. Das Stadtbild veränderte sich: Bis zum neu angelegten Linienwall, dem heutigen Gürtel, entstand im Bereich der Vorstädte ein fast geschlossenes Siedlungsgebiet.

„Das 18. Jahrhundert stellt eine wegweisende Epoche dar: Im Zeitalter der Aufklärung wurden viele Weichen in Richtung der gesellschaftspolitischen Werte und Normen gestellt, die unser Zusammenleben noch heute prägen. Unser Ziel war es, in diesem Bereich der Ausstellung auch das damals bereits deutlich vorhandene Spannungsverhältnis zwischen individuellen Freiheiten und staatlichen Nützlichkeits- und Kontrollbestrebungen zu zeigen“, sagt Kuratorin Sarah Pichlkastner.

**Unter der Oberfläche
Biedermeier und Vormärz**

Nach Jahrzehnten der Kriege in ganz Europa begann ab 1815 eine Phase der Stabilität. Aber welchen Preis zahlten die Menschen dafür? Unterdrückung, Überwachung und Zensur brachten die liberalen und demokratischen Ideen, die sich infolge der Französischen Revolution verbreitet hatten, zum Verstummen. Das Leben des städtischen Bürgertums war daher vermehrt auf die Privatsphäre ausgerichtet. Es entwickelte sich eine besondere Wohn- und Freizeitkultur: das Wiener Biedermeier. Erstmals stellten Künstle-



Foto: Lisa Rastl / Wien Museum

Meine Geschichte – Barock und Aufklärung



Foto: Lisa Rastl / Wien Museum

Meine Geschichte – Biedermeier und Vormärz

rInnen den Alltag der Bevölkerung dar, aber nicht in seiner harten Realität.

Was erzählen diese Bilder über Wien? Und was verbergen sie? Tatsächlich war die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts ein Zeitalter rascher technischer Veränderungen, in dem die Industrialisierung auch Wien erreichte. Unter der scheinbar idyllischen Oberfläche verbargen sich soziale Mißstände und politische Ungleichheit. Diese Spannungen entluden sich schließlich in der Revolution von 1848.

„In diesem Kapitel arbeiten wir intensiv mit räumlichen und optischen Eindrücken, um die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Spannungen der Zeit für die BesucherInnen erfahrbar zu machen: Etwa mit einer zur Revolution von 1848 hin immer enger

werdenden Raumflucht oder mit Statistiken und Wandzitataten, die soziale Mißstände verdeutlichen und den Blick „unter die Oberfläche“ ermöglichen sollen“, erläutert Elke Doppler, Kuratorin und Projektleiterin.

**Große Ambitionen:
Die Ringstraßenzeit**

Als schnell wachsende Metropole zog Wien hunderttausende MigrantInnen an. Doch deren Hoffnungen auf ein besseres Leben wurden meist enttäuscht: Die Arbeitsbedingungen in den Fabriken waren erbärmlich, die Wohnsituation in den Unterkünften der ArbeiterInnen katastrophal.

Aber was passiert, wenn der Boom kippt? Der Börsenkrach von 1873 zerstörte die Hoffnungen auf ein endloses Wachstum des

Finanzmarkts. Der verheerende Brand des Ringtheaters 1881 machte die Schattenseiten der Gewinnmaximierung deutlich. Die Angehörigen des verarmten Kleinbürgertums und der ausgebeuteten Arbeiterschaft begannen, gegen ihre Lage zu protestieren.

„Zu Beginn hatten wir viele Fragen und nur eine Antwort: Im Zentrum müssen die Menschen stehen, abseits von Glanz und Gloria. Die werdende Metropole zeigte viele Gesichter. ZuwandererInnen, Männer, Frauen und viele Kinder, erbauten mit ihrer Hände Arbeit Haus um Haus. Nachkommen früherer Zuwanderer:innen lebten als neue Elite am Ring. Eine Gesellschaft, die sich bereits überlebt hatte und 70 Jahre Staub: Zahlreiche Unglücksfälle, tragische Schicksale sowie eine am Ende überschaubare Anzahl von ‚Gewinnern‘ prägten die Ringstraßenära“, sagt Kuratorin Michaela Lindinger.



Foto: Lisa Rastl / Wien Museum

Meine Geschichte – Ringstraßenzeit

Schönheit am Abgrund Wien um 1900

Um die Jahrhundertwende war Wien ein internationales Zentrum der Moderne: Kunst, Musik, Literatur und Philosophie revolutionierten die Art und Weise, wie die Welt gesehen wurde. Bis heute beeinflussen die Errungenschaften dieser Epoche das Selbstbild der Stadt und die Erwartungen vieler BesucherInnen.

Doch das pulsierende kulturelle Leben fand vor dem Hintergrund unvorstellbarer Armut statt. Gewaltige Gegensätze prägten die Stadt: Glanz und Glamour waren einer kleinen Elite vorbehalten, ein großer Teil der Wiener Bevölkerung lebte im Elend.

Die Gemeindeverwaltung versuchte, mit neuen Infrastrukturprojekten den Lebensstandard zu erhöhen, doch die sozialen Ungleichheiten traten immer deutlicher zutage. Die Menschen begannen sich zu wehren: Die Arbeiterschaft forderte ihre Rechte ein. Frauen gingen auf die Straße, sie kämpften für ihr Wahlrecht, für Bildung und ein selbstbestimmtes Leben. Der Erste Weltkrieg änderte schließlich alles.

„Schon 1985 kuratierte ich für die Ausstellung ‚Traum und Wirklichkeit – Wien 1870 – 1930‘ das Kapitel über die Wiener Werkstätte. Daher war es für mich eine großartige Herausforderung und spannende Aufgabe zugleich gemeinsam mit Michaela Lindinger das Wien um 1900 für die neue Dauerausstellung zu konzipieren. Für uns war es wichtig, das Wien um 1900 in all seinen Facetten, aus verschiedenen Gesichtspunkten betrachtet und eingebettet in einem neuen Kontext zu zeigen“, so Kuratorin Regina Karner.



Foto: Lisa Rastl / Wien Museum

Meine Geschichte – Wien um 1900

Utopie im Alltag Das Rote Wien

Wie verbessert man das Leben der breiten Bevölkerung? Jahrzehntlang hatten SozialdemokratInnen visionäre Konzepte für eine gerechtere Gesellschaft entwickelt. Nach dem Ersten Weltkrieg bestand in Wien die Möglichkeit zur Umsetzung: Ein gigantisches Reformprojekt begann, das alle Lebensbereiche miteinander verbinden sollte.

Mit der Errichtung von Gemeindebauten, städtischen Schulen, Kindergärten und öffentlichen Bädern schrieb sich das Rote Wien nachhaltig in die Stadt ein. Gleichzeitig gab es Raum für innovative Entwicklungen in Architektur, Design, Musik, Bühne, Film und Wissenschaft.

Der Austrofaschismus bereitete dieser gesellschaftlichen Modernisierung ein jä-

hes Ende. Die Wirkung der Reformen des Roten Wien wird bis heute international diskutiert.

„Das Rote Wien brachte radikale Veränderungen in die Stadt. Bis heute ist die Geschichte dieser Zeit stark im Stadtbild vertreten und die Errungenschaften dieser Epoche sind in vielen Dimensionen ein Maßstab für gegenwärtige Politik geblieben. Gleichzeitig handelt es sich um eine Zeit, die von starker gesellschaftlicher Polarisierung und zunehmend auch von Auseinandersetzungen geprägt war. Beim Erzählen dieses Abschnitts der Stadtgeschichte fällt der Blick unweigerlich auf die Ursachen der später folgenden Verwerfungen des 20. Jahrhunderts – und auf die Herausforderungen der Gegenwart“, so Kurator Sandro Fasching,

Kultur

Labor der Unmenschlichkeit – Nationalsozialismus in Wien

Massive Gewalt begleitete bereits die ersten Tage der Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich. Das Ausmaß, mit dem sich die Wiener Bevölkerung unmittelbar nach dem „Anschluß“ an der Verfolgung und Beraubung von Jüdinnen und Juden beteiligte, überraschte selbst die neuen Machthaber. Die Nationalsozialisten entwickelten daher bürokratische Modelle zur systematischen Enteignung von Jüdinnen und Juden und machten Wien zu einem Labor der Unmenschlichkeit. Das politische Ziel der Nationalsozialisten war eine „rassisch“ homogene „Volksgemeinschaft“. Wer Teil davon war, fühlte sich überlegen und profitierte vom Regime. Wer nicht der „arischen Rasse“ angehörte oder politisch anders dachte, wurde brutal verfolgt. Orte des nationalsozialistischen Terrors gab es in ganz Wien: vom berühmten Gestapo-Hauptquartier im Hotel Metropole über Außenstellen des KZ Mauthausen bis hin zu zahlreichen Arbeitsstätten für ZwangsarbeiterInnen.

„Im Kapitel zum Nationalsozialismus konzentrieren wir uns auf die wesentlichen Aspekte der Ideologie und zeigen deren unmittelbare Konsequenzen auf die Menschen in Wien. Nach 1945 übte sich die überwiegende Mehrheit in Schweigen und Leugnung der eigenen Verantwortung. In einem eigenen, zentralen Raum zeigen wir die Auswirkungen dieser Haltung, die bis in die Gegenwart immer wieder zu heftigen Auseinandersetzungen führt“, sagt Kurator Gerhard Milchram.

Zwischen den Welten – Vom Wiederaufbau bis zur Ostöffnung

Wie orientierte sich die Stadt nach dem Kriegsende? Und wer redete jetzt mit? Wien war nach 1945 lange Zeit eine alte Stadt, baulich und gesellschaftlich. Die Bevölkerungszahl schrumpfte oder stagnierte. Die Stadt befand sich in einem „Dazwischen“: am Eisernen Vorhang gelegen zwischen Ost und West, aber auch zwischen Stillstand und Erneuerung. Einiges von dem, was Wien heute lebenswert macht, entstand in dieser Phase: das riesige Freizeitareal der Donauinsel, eine moderne U-Bahn oder die schonende Erneuerung alter Stadtviertel. Die Stadt wurde wieder weltoffener: durch Zuwanderung, Tourismus und durch die Ansiedlung internationaler Organisationen.

Der „Wiener Weg“ der Modernisierung erwies sich als zögernd und moderat, man neigte nicht zu radikalen Lösungen. Es gab



Foto: Lisa Rastl / Wien Museum
Meine Geschichte – Das Rote Wien



Foto: Lisa Rastl / Wien Museum
Labor der Unmenschlichkeit – Nationalsozialismus in Wien

aber auch innovative Aspekte: Nicht nur Politik und Verwaltung bestimmten das Geschehen. Erstmals kamen bei der Planung der Stadt auch die BewohnerInnen selbst zu Wort oder erkämpften sich mit Protesten mehr Mitsprache.

„Mein Eindruck ist, daß es sich hier um eine in der kollektiven Wahrnehmung unterschätzte Phase unserer Stadtgeschichte handelt. Obwohl sie viel Neues, Relevantes und Bleibendes für Wien und seine BewohnerInnen gebracht hat, steht sie gewissermaßen im Schatten von ‚Wien um 1900‘ oder vom ‚Roten Wien‘ der Zwischenkriegszeit. Doch dies gilt nicht nur für positive Aspekte, sondern auch für manche Problemfelder, die bis heute nachwirken“, erläutert Kurator Sándor Békési.

Eine wachsende Stadt – Geschichten der Gegenwart

Wie hat sich Wien in den letzten Jahrzehnten verändert? Und wie erleben die BewohnerInnen den Wandel der Stadt seit 1989? Wiens Bevölkerung ist seit dem Fall des Eisernen Vorhangs stark gewachsen. Gründe dafür waren unter anderem die Kriege auf dem Balkan, der österreichische EU-Beitritt, die Osterweiterungen der EU sowie die Fluchtmigration aus Syrien, Afghanistan und der Ukraine. Die Stadt wurde internationaler und vielfältiger.

Wien gilt heute als leistbare Stadt mit hoher Lebensqualität. Dennoch hat auch hier die globale Neoliberalisierung der Wirtschafts- und Arbeitswelt Spuren hinterlassen: Die Mieten steigen, unsichere Beschäfti-

Kultur

gungsformen nehmen zu, die Einkommensschere geht auseinander. Weltweite Krisen wie die Corona-Pandemie oder der Klimawandel stellen zusätzliche Herausforderungen dar.

„Wiens jüngste Geschichte wird in der Ausstellung zentral über die Wahrnehmungen der Menschen, die hier leben und arbeiten, erzählt. Statt einer auf Dauer gestellten Erzählung über die Transformationen der Stadt seit 1989 und die damit einhergehenden Herausforderungen wollten wir ein vielstimmiges, bewußt temporär angelegtes Porträt der Stadt der Gegenwart zeichnen, das immer wieder auch durch neue Stimmen ergänzt und verändert werden kann“, so Kuratorin Martina Nußbaumer.

Foto: Lisa Rastl / Wien Museum



Zwischen den Welten – Vom Wiederaufbau bis zur Ostöffnung

Die Architektur

Das nach einem Entwurf von Architekt Oswald Haerdtl errichtete Gebäude am Karlsplatz wurde 1959 eröffnet und unter Denkmalschutz gestellt. Seit den 1980er-Jahren bestand akuter Sanierungsbedarf. Im Innen- und Außenbereich gab es immer wieder massive bauliche Modifikationen.

Der Altbau wurde in engster Abstimmung mit dem Bundesdenkmalamt und unter Einbeziehung aller restauratorischen Kompetenzen aufwendig saniert und nach heutigen Baunormen adaptiert. Die historischen Bauteile wurden eingehaust oder, wie die originale Haerdtl-Direktion, komplett aus- und wieder eingebaut. Ein Kompetenzteam aus RestauratorInnen für Metall, Holz und Stein begleitete diese Maßnahmen und den späteren Wiedereinbau. Alle geschützten Teile wurden restauriert, auf heute gültige Sicherheits- und Brandschutznormen geprüft und gegebenenfalls adaptiert. Neuanfertigungen, wie die ersetzten Fassadensteine, erfolgten nach dem Vorbild des historischen Bestandes und unter Aufsicht der RestauratorInnen.

Auch die bauliche Erweiterung des Altbaus stand unter der Prämisse, Haerdtls Architektur aufzunehmen und weiterzudenken.

Die ArchitektInnen fanden die architektonische Lösung in einem erweiterten, über dem Gebäude schwebenden Neubau, der zwei zusätzliche Geschoße ergab. Ein Teil des zwischen dem alten Gebäudeteil und dem Aufbau entstehenden Freiraums wurde als Aussichtsplattform mit Blick auf den Karlsplatz gestaltet. Der neue Eingangsbereich mit dem großzügigen Glaspavillon und die Öffnung des Gebäudes mit Restaurant und Plaza hin zum Karlsplatz verleiht dem Wien Museum nun eine starke lokale Präsenz. ■

Foto: Lisa Rastl / Wien Museum



Eine wachsende Stadt – Geschichten der Gegenwart

Foto: Lisa Rastl / Wien Museum



Eines der herausragenden Objekte im Wien Museum: der maßstabgetreue Stephansdom

<https://www.wienmuseum.at/>

Ferdinand von Hochstetter: Auckland Tagebuch

Das Naturhistorisches Museum Wien gibt das erste Neuseeland-Tagebuch des Geologen Ferdinand von Hochstetter (1829-1884) heraus und gewährt damit neue Einblicke in ein Forscherleben auf Reisen.

Mitte des 19. Jahrhunderts begann die Pionierzeit der wissenschaftlichen geologischen Erforschung der Erde. Mit oft geradezu lächerlich geringen technischen Hilfsmitteln gelang es einigen genialen Wissenschaftlern grundlegende Erkenntnisse über komplexe geologische Prozesse zu erlangen.

Sprengkraft hatten das sich allmählich entwickelnde Verständnis für die gewaltigen geologischen Zeitspannen und deren Bedeutung für die Entwicklung des Lebens. Aufgrund dieses neuen, im wortwörtlichen Sinne „welterklärenden“ Anspruchs waren Geologie und Paläontologie aufstrebende Wissenschaften und neue Erkenntnisse wurden mitunter sogar in den Feuilletons der Tageszeitungen kontroversiell diskutiert. Eine der großen und schillernden Forscherpersönlichkeiten dieser Ära war der in Esslingen am Neckar geborene Ferdinand von Hochstetter (1829–1884).

Hochstetter war ein brillanter Geologe mit einer Humboldt'schen Begabung, seine Erkenntnisse zu popularisieren, ohne sie zu trivialisieren. Grundlage und Triebfeder seiner steilen Karriere war aber sicherlich sein „Neuseeland-Abenteuer“, dessen erste Episode das Thema des vorliegenden Buches ist. Da er sich durch seine geologischen Kenntnisse bereits einen guten Ruf erworben hatte, bekam der erst 28 Jahre alte Hochstetter die Gelegenheit, im Auftrag der kaiserlichen Akademie der Wissenschaften an der Weltumsegelung der Fregatte Novara (1857–1859) teilzunehmen.

Dies wiederum war sein Sprungbrett, um im Auftrag der neuseeländischen Kolonialregierung umfangreiche Forschungsarbeiten in Neuseeland durchzuführen. In den neun Monaten auf Neuseeland schrieb Hochstetter insgesamt fünf Tagebücher, in denen er sowohl seine wissenschaftlichen Beobachtungen als auch persönliche Erlebnisse festhielt – wie Univ. Prof. Mathias Harzhauser, Direktor der Geologisch-Paläontologischen Abteilung des NHM Wien, und Stefanie Jovanovic-Kruspel, Stellvertretende Direktorin der Abtei-



Ferdinand von Hochstetter

lung Archiv für Wissenschaftsgeschichte des NHM Wien, im Vorwort zu ihrem „Ferdinand von Hochstetter: Auckland Tagebuch“ erklären.

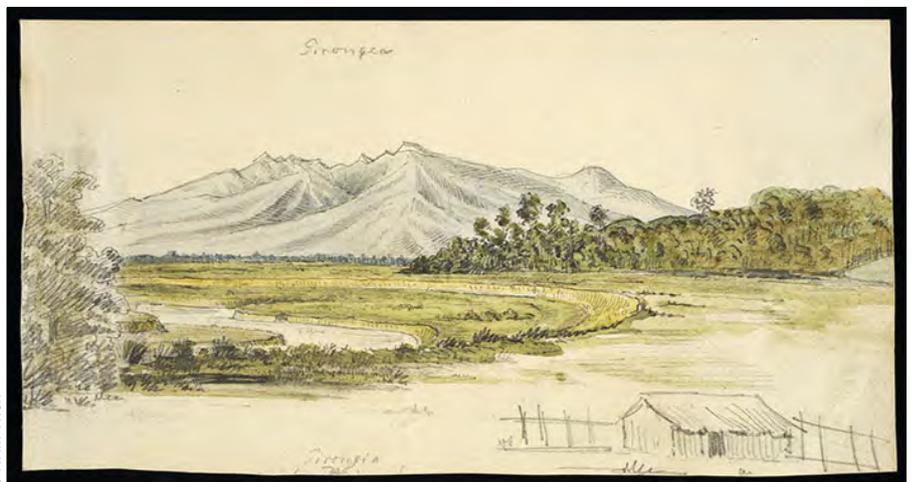
Der Geologe Ferdinand von Hochstetter ist nicht nur eine der zentralen Gestalten der österreichischen Wissenschaftsgeschichte, sondern auch der Geschichte des Naturhistorischen Museums. Sein Aufenthalt in Neusee-

land im Rahmen der Weltumsegelung der Fregatte Novara trug entscheidend dazu bei, daß er nach seiner Rückkehr Karriere machte und zum ersten Intendanten des größten naturwissenschaftlichen Museums des Reiches, dem k. k. Naturhistorischen Hofmuseum in Wien, ernannt wurde.

Als Geologe und Mitglied der wissenschaftlichen Kommission der Novara-Expedition führte Ferdinand von Hochstetter während seiner Reise Tagebuch. Seine Berichte von der Novara wurden laufend in der „Wiener Zeitung“ veröffentlicht.

Doch als die Novara in Neuseeland landete, wurde Hochstetter vom englischen Gouverneur Neuseelands abgeworben. Er sollte in Neuseeland bleiben und die Bodenschätze im Hinblick auf ihre Verwertbarkeit untersuchen. Hochstetter nahm das Angebot an und blieb insgesamt neun Monate alleine in Neuseeland.

Dieser Aufenthalt sollte Hochstetters wissenschaftliches Denken und damit auch seine spätere Karriere entscheidend prägen. Insgesamt fünf Tagebüchern dokumentieren seinen Neuseeland-Aufenthalt. Vier davon befinden sich seit 2016 dank einer Schenkung der Familie Hochstetter im Besitz des Naturhistorischen Museums Wien – das fünfte wird in der Geologischen Bundesanstalt aufbewahrt.



Pirongia, 1859, Zeichnung: Ferdinand von Hochstetter



Weltkarte mit Kurs der Novara



Ziel des NHM ist es, in den kommenden Jahren alle fünf Tagebücher gemeinsam mit der ÖAW herauszugeben.

Seine Neuseeland-Tagebücher sind Ego-Dokumente und Feldtagebücher zugleich, sie enthalten wissenschaftliche Aufzeichnungen genauso wie alltägliche und private Beobachtungen.

Das erste Tagebuch, das sogenannte Auckland-Tagebuch, umfasst den Zeitraum vom 8. Jänner bis 5. März 1859. Es wurde nun von zwei WissenschaftlerInnen des NHM – dem Geologen Mathias Harzhauser und der Museumshistorikerin Stefanie Jovanovic-Kruspel im Verlag des Naturhistorischen Museums herausgegeben. Hochstetters Tagebuch-Manuskript wird damit erstmals der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Die Texte wurden Dank einer Förderung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften

Ferdinand von Hochstetter in seiner Kajüte auf der Novara; Gemälde von Josef Selleny (1857)

200 Jahre Anton Bruckner – Jubiläumsjahr 2024

Der Komponist und Sohn Oberösterreichs wird abgefeiert, denn er ist absolut einzigartig – ein fulminantes Feuerwerk wartet

Wenn ganz Oberösterreich feiert und zahlreiche Institutionen aus dem ganzen Land gemeinsam ein vielfältiges, prächtiges und klangvolles Programm mit Superstars, internationalen Orchestern, fantastischen DirigentInnen bieten, sowie Ausstellungen, die für die Menschen, die Genialität und das Wirken Anton Bruckners beleuchten, aber auch Weltpremieren, Uraufführungen und Auftragswerke präsentiert werden, wenn Bruckner Beats die Tanzflächen der Stadt erobern, Live-Acts, DJs und opulente Musikerlebnisse warten, und das alles zu Ehren des 200. Geburtstages des Genius Loci Anton Bruckner stattfindet, dann kann das nur eines heißen – da sind sich alle absolut einig: Bruckner is coming home! An mehr als 35 Orten, gibt und gilt es, Bruckner 2024 zu erleben, zu spüren, zu hören, zu sehen und zu fühlen.

Oberösterreich wird zur Bühne

Ganz Oberösterreich wird zum Bruckner-Raum, ganz Oberösterreich wird zur Bühne, denn hier wird das Werk Bruckners und noch viel mehr abgespielt. Bis heute ist Bruckner der weltberühmte Unbekannte unter den Komponisten des 19. Jahrhunderts geblieben. Wie und was er komponierte, war für die meisten seiner ZeitgenossInnen zu neu, zu groß und zu überwältigend. Wie er war und lebte, war ihnen zu schräg, zu schrullig und zu sonderbar. Bruckner ist mehr als neun Sinfonien, drei Messen, das Te Deum, eine Handvoll Motetten und ein Streichquintett. Er ist neben Joseph Haydn einer der wenigen Komponisten von Weltrang, der seinen Lebensweg im Dorf auf dem Land, fernab der Stadt angetreten hat.

Anton Bruckner kommt aus Oberösterreich – unserem Land, das er und das ihn nie wirklich verlassen hat, selbst als er seine letzten Lebensjahrzehnte in der Metropole Wien zubrachte, wo er sich keine Mühe machte, seine bodenständige Herkunft aus einfachen Verhältnissen durch gekünstelte Umgangsformen, extravagante Lebensführung oder einen zur Schau gestellten Geschmack am Exotischen zu verschleiern. In



Foto: OÖ Landeskultur-GmbH

L. Grillich

WIEN &
FRANZENSBAD

Anton Bruckner, kurz vor seinem Tod am 11. Oktober 1896 (in Wien)

Ansfelden, St. Florian und Linz konnte er sich ereignen. Zwischen Kyrierufen und Ländlerschritten, Tanzboden und Kirchtürmen, Hügeln und Wäldern. So nachhaltig,

daß er bis zuletzt „Radikaloberösterreicher“ (lat. radix: Wurzel) blieb.

Zum 200. Geburtstag im Superkulturjahr 2024 mit dem Salzkammergut als Kultur-

Kultur



Foto: Land OÖ/Peter Mayr

v.l.: Norbert Trawöger (künstlerischer Leiter „Anton Bruckner 2024“), Linzer Stadträtin Doris Lang-Mayrhofer, Landeshauptmann Thomas Stelzer, Bürgermeister Klaus Luger, Kulturdirektorin Margot Nazzal und Dietmar Kerschbaum, Intendant & künstlerischer Vorstand LIVA

hauptstadt Europas 2024 schenken wir ihm und uns sein Werk. Um endlich den ganzen Bruckner kennenzulernen und die Musik für den Menschen sprechen zu lassen. Und um ihn dort zu empfangen, wo er zu seiner ganzen Größe heranwuchs: in Oberösterreich. Denn 2023 und erst recht 2024 heißt es: Bruckner is coming home! Bruckner kehrt mit seinem Werk nach Hause zurück. Ins Bruckner-Land Oberösterreich, ins Epizentrum seines Weltwerks und seines Lebens. Dorthin, wo vieles noch wie früher, vieles aber auch neu ist. Wir bereiten uns nach Kräften vor, um den verkannten Unbekannten mit allen Ehren zu empfangen. Dort, wo alles begann. An der Wiege Bruckners und den essentiellen Originalschauplätzen. Hier, an seinem Ursprung, wird er in seiner ganzen Kraft spür- und erlebbar. An vielen Orten, mehr als 35 in Ganz Oberösterreich, wird Bruckner 2024 erlebbar, spürbar, hörbar werden und zu sehen und zu fühlen sein. 2023 wird gewischt, gefegt, geputzt, poliert, entstaubt und so manches in ein neues Licht gerückt.

Schon das Auftaktjahr zum Jubiläum bringt eine intensive, gründliche und liebevolle Auseinandersetzung mit dem Werk und Wirken von Anton Bruckner. Nie zuvor haben sich so viele Menschen, Institutionen, Organisationen und Unternehmen gleichzeitig mit ihm beschäftigt wie jetzt. Und während

noch viele kleine und mittelgroße Vorbereitungen für das landesweite Jubeljahr zu treffen sind, sind die großen Vorarbeiten schon geleistet: Ensembles, Orchester, SolistInnen und DirigentInnen gebucht, Kompositionsaufträge vergeben und Mittel budgetiert. Womit garantiert ist, daß 2024 vieles zu erleben, zu genießen und mitzufeiern sein wird: in Form von zahlreichen Vorstellungen, Ur-

aufführungen und Premieren im Jubiläumsjahr und darüber hinaus.

Oberösterreichs Landeshauptmann Thomas Stelzer: „Mit den ersten Höhepunkten des Programms, die wir nunmehr vorstellen, wird die Intention deutlich sichtbar, die wir mit der Initiative zu diesem Jahr verbinden. Das Kulturland Oberösterreich wird mit einer breiten Palette an Ausstellungen, Konzerten und Veranstaltungen in allen Regionen des Landes die nachhaltige Bedeutung des beeindruckenden Werks Anton Bruckners sichtbar machen. Wir stellen damit einen Menschen in den Mittelpunkt, der eng mit Oberösterreich verbunden ist, dessen Wirkung aber weit über die Grenzen unseres Landes hinausreicht. Nicht umsonst ist im Zusammenhang mit Anton Bruckner oft vom ‚weltberühmten Unbekannten‘ die Rede. Das ganze Jahr 2024 ist eine Einladung, dem großartigen Musiker Anton Bruckner näherzukommen. In Verbindung mit dem Projekt der Europäischen Kulturhauptstadt im Salzkammergut ist es die Gelegenheit, Oberösterreich als Kulturland von nationaler und internationaler Relevanz neu zu verorten. Wir freuen uns auf ein inspirierendes Jahr!“

Klaus Luger, Bürgermeister der Landeshauptstadt Linz: „Die Kulturstadt Linz darf auf ihren Komponisten sehr stolz sein, gehörte er doch zu den wichtigsten und innovativsten Tonschöpfern seiner Zeit. Anton Bruck-



Foto: OÖ Landeskultur-GmbH

Anton Bruckner mit dem Franz Joseph-Orden, vermutlich 1886 aufgenommen

Kultur

ner hat bis weit in das 20. Jahrhundert hinein großen Einfluß auf die Musikgeschichte genommen. Wenn auch nicht in Linz geboren, so hat Bruckner doch als Domorganist und Musikpädagoge viel Zeit hier verbracht. Zahlreiches erinnert heute noch an den großen Komponisten mit internationaler Strahlkraft. Das jährlich im September stattfindende Internationale Brucknerfest, das Bruckner Orchester Linz oder die Anton Bruckner Privatuniversität, der Bruckner Tower, die Brucknerstraße, der Brucknerkopf von Franz Strahammer und nicht zuletzt das 1974 eröffnete Brucknerhaus tragen seinen Namen. Bruckner war in der Tradition verhaftet und gleichzeitig Wegbereiter der modernen Musik. Leider wurde sein Werk erst spät gewürdigt. Mein Dank gilt allen, die sich seitens der Stadt am Jubiläumsjahr beteiligen. Erwähnen möchte ich dabei Linz Kultur, das Brucknerhaus Linz, den Posthof, das Ars Electronica Center, die Museen Lentos und Nordico sowie die Musikschule.“

Kultur- und Tourismusstadträtin der Stadt Linz Doris Lang-Mayerhofer: „Kulturtouristisch wird 2024 ein Superkulturjahr für Linz und ganz Oberösterreich. Linz und Oberösterreich feiern ihre weltweit wichtigste Künstlerpersönlichkeit mit einem Kulturprogramm von beeindruckender Exzellenz, Dichte und Breite. Gerade nach den schwierigen Coronajahren ist das Bruckner-Jubiläumsjahr ein kultureller und touristischer Jackpot, den wir auch in der Außen- und Innenwirkung nutzen wollen. Auch abseits der Konzerthäuser wollen wir mit einem Ganzjahres-Programm der breiten Bevölkerung

und vor allem für die Jugend eine Entdeckungsreise zu Anton Bruckner bieten.“

Margot Nazzal, Leiterin Direktion Kultur und Gesellschaft Land OÖ: „Mit Anton Bruckner 2024 wagt sich das Land Oö in ein weiteres neues Format vor. Die Einblicke, die wir heute präsentieren, zeigen die gute Zusammenarbeit zwischen Land und Stadt wie auch der Kulturhauptstadt und wir werden im Lauf des Jahres noch viele weitere Aktivitäten der Kunst- und Kulturszene sowie der Gemeinden vor den Vorhang holen. Gemeinsam mit einer Vielzahl von Akteurinnen und Akteuren mit klassischen genauso wie innovativen Zugängen wollen wir Oberösterreich im Jubiläumsjahr mit Anton Bruckner auch national und international zum Klingen bringen. Gemeinsam mit dem Projekt der Europäischen Kulturhauptstadt wollen wir die Aufmerksamkeit auf Kunst und Kultur in unserem Land lenken und einladen nach Oberösterreich zu kommen. Anton Bruckner und das Salzkammergut werden dafür garantieren, daß OÖ 2024 ein intensives Kulturjahr erlebt.“

Norbert Trawöger, Künstlerischer Leiter „Anton Bruckner 2024“: „In diesem Programm wird spürbar, daß uns Bruckner im Spannungsbogen zwischen Tradition und Innovation zu einer umfassenden Vielfalt bewegt. Die Auseinandersetzung mit ihm, seiner Musik läßt uns in Bewegung geraten, um in unterschiedlichsten künstlerischen Formen unsere Wurzeln neu zu erfahren und über uns in die weite Welt hinauszuwachsen. Bruckner verbindet uns im Jetzt auf eine nie dagewesene Weise. – Wie er mit seiner Musik

eine Dimension eröffnet, die weit über Tradition und Landesgrenzen hinausgewachsen ist, ohne je auf sie zu vergessen.“

Dietmar Kerschbaum, Künstlerischer Vorstandsdirektor LIVA, Intendant Brucknerhaus Linz: „Anton Bruckner feiert seinen 200. Geburtstag, das Brucknerhaus Linz wird 50 Jahre alt. Somit gilt es, 2024 zwei Jubiläen zu feiern, allen voran für das Brucknerhaus Linz, das seinen Namenspatron beim Internationalen Brucknerfest Linz 2024 ein besonderes Geschenk überreicht: einen Zyklus seiner elf Sinfonien, die alleamt im Originalklang zu hören sein werden, also mit originalen oder nachgebauten Instrumenten der Bruckner-Zeit – ein einzigartiges Hörerlebnis, das weltweit nur die Brucknerstadt Linz zu bieten hat.

Das Brucknerhaus Linz wird zum Geburtstag am 23. März 2024 aber auch seinerseits reich beschenkt: mit einem Festkonzert der Wiener Philharmoniker unter Zubin Mehta und Bruckners 7. Sinfonie, die 50 Jahre zuvor Herbert von Karajan bei der Eröffnung des Hauses mit demselben Orchester aufgeführt hat. Ganz besonders freue mich, daß die gesamte LIVA-Familie 2024 in Sachen Bruckner zusammenarbeitet: Der Posthof Linz und das Kinderkulturzentrum Kudelmuddel steuern spannende Projekte bei, darunter zwei Uraufführungen von Auftragswerken. Linz, die Bruckner-Stadt – daß dies mehr als nur ein Slogan ist, beweisen LIVA und Brucknerhaus mit ihrem engagierten Programm.“

<https://www.anton-bruckner-2024.at/>

https://de.wikipedia.org/wiki/Anton_Bruckner



Foto: Land OÖ/Peter Mayr

50 VertreterInnen der 35 Anton Bruckner-Gemeinden und Projektbeteiligte beim Vernetzungstreffen der ersten OÖ KulturEXPO

Das Stift Heiligenkreuz

Das Zisterzienserstift im Wienerwald ist eines der bedeutendsten und lebendigsten Klöster Österreichs.



© Wikipedia // CC-BY 4.0 // Foto: C. Stadler/Bwag

Ein Blick auf das beeindruckende Stift Heiligenkreuz, das im Jahr 1133 gegründet wurde.

Auf Bitten seines Sohnes Otto, der in der burgundischen Zisterzienserabtei Morimond das Ordenskleid genommen hatte, entschloß sich Markgraf Leopold III. um 1133 zur Stiftung eines Zisterzienserklosters im südlichen Wienerwald, das von Anfang an, und nicht erst seit dem Erhalt der großen Kreuzreliquie im Jahr 1187, Sancta Crux, Heiligenkreuz, genannt wurde.

Im 12. und 13. Jahrhundert erlebte das Stift eine erste Blütezeit: So wuchs in dieser Zeit der klösterliche Besitzstand rasch an, wobei sich neben der babenbergischen Herrscherfamilie und den ungarischen Königen auch zahlreiche Adelige und Bürger als Gönner hervortaten. Der damalige Aufschwung spiegelt sich aber auch in der bis zum heutigen Tag erhaltenen eindrucksvollen mittelalterlichen Klosteranlage wider, die aus dem 12. und 13. Jahrhundert datiert: 1187 wurde der romanische Kirchenbau geweiht, 1220 bis 1240 die Klosteranlage frühgotisch umge-

baut, 1295 der gotische Hallenchor und das Brunnenhaus vollendet.

An der Filiationstätigkeit des Wienerwaldklosters werden dessen Personalressourcen



Stift Heiligenkreuz von Süden - kolorierter Kupferstich von Georg Matthäus Vischer 1672

© Wikipedia // CC-BY 4.0 /

Kultur

erkennbar: Heiligenkreuzer Mönche besiedelten innerhalb von zwei Jahrhunderten sieben weitere Zisterzienserabteien, namentlich Zwettl (1138), Baumgartenberg (1142), Cziodor (1142), Marienberg (1197), Lilienfeld (1202), Goldenkron (1263) und Neuberg (1327).

Schließlich ist auch auf die Leistungen der Mönche auf kulturellem Gebiet zu verweisen: Abgesehen von der Produktion wertvollster Handschriften (bis 1230 ist die Entstehung von 54 Codices in der Heiligenkreuzer Schreibstube nachweisbar) sind in diesem Zusammenhang vor allem die wissenschaftlichen Leistungen einiger Mönche zu nennen, die, wie etwa Gutolf von Heiligenkreuz, zu den bedeutendsten Köpfen ihrer Zeit zählten.

Das spätere Mittelalter stellte Heiligenkreuz vor vielfältige Herausforderungen. Schon seit dem 13. Jahrhundert nahm die Zahl der Heiligenkreuzer Mönche, nicht zuletzt aufgrund des Aufschwungs der Bettelorden in den Städten, stark ab. Aber auch die große Pestepidemie in den 1340er-Jahren dezimierte den Konvent. Auch litt das Kloster schwer unter den politisch wechselhaften Zeiten. Durch die ständigen Kriege und durch die Auseinandersetzungen im Haus Habsburg stand das Stift mehrmals am Rande des Ruins. Fehden nahmen überall überhand. Söldnerbanden suchten Heiligenkreuz und seine Besitzungen heim. Hungersnöte brachen aus, weil die Ernte durch das kriege-

rische Treiben vernichtet oder nicht eingebracht werden konnte. Eine arge Inflation tat das übrige. Erst im ausgehenden 15. Jahrhundert beruhigte sich die Situation ein wenig. Doch auch die Folgezeit brachte keine echte Besserung der Lage.

Sehr zu leiden hatte das Kloster unter den Türkenkriegen von 1529 und 1532. Und auch die aufkommende Reformation stellte den Konvent vor so manches Problem. Nicht wenige der Mönche verließen damals das Kloster. Personell stand es in den 1540er-Jahren vor dem Aus. Doch wendete sich das Blatt mit dem Abbatat Konrad Schmidts (1547-1558), unter dessen Leitung eine Phase der personellen, wirtschaftlichen und kulturellen Konsolidierung eingeleitet wurde, die unter seinen Nachfolgern Abt Ulrich Müller (1558-1584) und Abt Johann Rueff (1585-1599) eine Fortsetzung fand. Die so bald wieder gefestigte Stellung des Stiftes machte auch die Inangriffnahme neuer Aufgaben möglich, wobei in diesem Zusammenhang vor allem auf die Pfarrseelsorge zu verweisen ist: Seit der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts wurde sie systematisch in Angriff genommen und entwickelte sich bald zu einem zentralen Betätigungsfeld der Mönche.

Im 17. und 18. Jahrhundert gelangte Heiligenkreuz unter den Äbten Michael Schnabel (1637-1658), Klemens Schaeffer (1658-1693), Marian Schirmer (1693-1705), Gerhard Weichselberger (1705-1728), Robert Leeb (1728-1755) und Alberich Fritz (1756-

1787) zu neuer Blüte. Sie manifestierte sich auf vielfache Weise. Hervorzuheben ist sicherlich eine zweite von Heiligenkreuz ausgehende Filiationswelle: Unter Abt Klemens Schaeffer wurde eine Schar seiner Mönche in das Zisterzienserstift Säusenstein bei Ybbs entsandt, das dadurch vor seinem Untergang bewahrt wurde.

Bedeutender war aber die unter Abt Robert Leeb, freilich unter größten finanziellen Anstrengungen, vollzogene Erwerbung der seit 1570 dem Orden entfremdeten Zisterzienserabtei Sankt Gotthard in Ungarn, die 1734 von Heiligenkreuz aus wiederbesiedelt wurde. Bis heute erkennbar ist der damalige Aufschwung des Klosters aber auch an einer regen Bautätigkeit: Im 17. und 18. Jahrhundert erhielt die (äußere) Klosteranlage von Heiligenkreuz ihr heutiges Aussehen. Gebaut und ausgebaut wurde auch das Priorat Sankt Gotthard und der Wiener Heiligenkreuzerhof. Eine Reihe bedeutender Künstler arbeitete in dieser Zeit für das Stift, unter ihnen Michael Rottmayr, Martino Altomonte, Giovanni Giuliani und Raffael Donner.

Durch die kirchlichen Reformpläne Joseph II. geriet auch Heiligenkreuz in arge Bedrängnis. Aufgrund der seelsorglichen Agenden der Mönche entging das Kloster aber seiner Aufhebung. Doch wurde dem Konvent ganze zehn Jahre lang die Aufnahme von Novizen untersagt, wodurch die Mitgliederzahl in diesem Zeitraum von 80 auf 48 Mönche herabsank. Auch litt das mona-



Stift Heiligenkreuz – „Vorhof“, Aquarell von Erwin Pendl um 1909

stische Leben in Heiligenkreuz unter dem österreichischen Staatskirchentum sehr. So wurde etwa das Chorgebet anfänglich eingeschränkt und später sogar ganz abgeschafft. Aber auch in seiner rechtlichen Stellung und in seinen Freiheiten wurde das Kloster beschnitten: Heiligenkreuz wurde der Verkehr mit dem Mutterkloster des Ordens Cîteaux untersagt, seiner Exemption beraubt und dem Erzbischof von Wien unterstellt.

Die Gründung der bis heute existierenden theologischen Hauslehranstalt im Jahr 1802, in der die Zisterzienserabteien Niederösterreichs fortan ihren Ordensnachwuchs ausbildeten, war ein wichtiger Schritt auf dem Weg der Lösung des Klosters aus der staatlichen Bevormundung. Einen gewissen Abschluß fand dieser Prozeß 1859, als die Exemption des Klosters wiederhergestellt und eine „Österreichisch-Ungarische Cistercienserkongregation“ gegründet wurde. 1877 wurde die Verbindung von Heiligenkreuz und St. Gotthard in Ungarn gelöst. Die ungarische Regierung hatte die Trennung seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts immer wieder gefordert und sich schließlich auch gegenüber Heiligenkreuz durchgesetzt. So ging eine fast 150jährige gemeinsame Geschichte unfreiwillig zu Ende. 1881 begann mit der Vereinigung mit der in Not geratenen Zisterzienserabtei Neukloster in Wiener Neustadt ein neues Kapitel. Auf diese Weise kamen auch acht weitere Pfarreien an das Stift.

Das 20. Jahrhundert brachte auch über das Stift Heiligenkreuz eine Reihe von Problemen. Wie viele andere Klöster befand es sich nach 1918 in großen finanziellen Schwierigkeiten, die Notverkäufe – nicht zuletzt aus den stiftlichen Sammlungen – notwendig werden ließen. Schlimmer zu leiden hatte das Kloster aber dann unter der Herrschaft des NS-Regimes, mit dessen Untergang 1945 auch für die Heiligenkreuzer Mönche bessere Zeiten anbrachen. Heute, 890 Jahre nach seiner Gründung, ist das Zisterzienserstift Heiligenkreuz eines der bedeutendsten und lebendigsten Klöster Österreichs. Zu Heiligenkreuz gehören die Priorate Neukloster (Wiener Neustadt) und Stiepel (nahe der deutschen Stadt Bochum). Während Neukloster im 19. Jahrhundert mit Heiligenkreuz vereint wurde, handelt es sich bei Stiepel um ein 1988 gegründetes Tochterkloster. Der Konvent umfaßt derzeit rund 100 Mönche, die in den verschiedensten Bereichen tätig sind. Einen hohen Stellenwert hat noch immer die Pfarrseelsorge: Insgesamt 18 Pfarren werden von Heiligenkreuzer Mönchen seelsorglich betreut. Heiligenkreuz ist

heute aber auch ein Bildungszentrum: An der aus der 1802 gegründeten Hauslehranstalt hervorgegangenen philosophisch-theologischen Hochschule studieren derzeit über 140 Studenten. Die meisten von ihnen sind auf dem Weg zum Priestertum.

Im 205. Jahr ihres Bestehens hat Papst Benedikt XVI. hat mit Datum vom 28. Jänner 2007, Fest des hl. Thomas von Aquin, die Hochschule zur „Hochschule päpstlichen Rechtes“ erhoben und wurde dadurch selbständig. „Philosophisch-Theologische Hochschule Benedikt XVI. Heiligenkreuz“. Laut Dekret ist der Abt von Heiligenkreuz fortan „Magnus Cancellarius“ der Hochschule (bis-

her „Rektor“); er vertritt gleichsam die Stelle des Heiligen Stuhles und verleiht die akademischen Grade („Magister/Magistra theologiae“ und „Licentiat/Licentiata theologiae“).

Die Hochschule trägt den Namen „Philosophisch-Theologische Hochschule Benedikt XVI. Heiligenkreuz“.

Der Rundgang

Das romanische Langhaus

Das romanische Langhaus ist der älteste Teil der Abteikirche, es wurde Ende des 12. Jahrhunderts fertiggestellt. In der Barockzeit

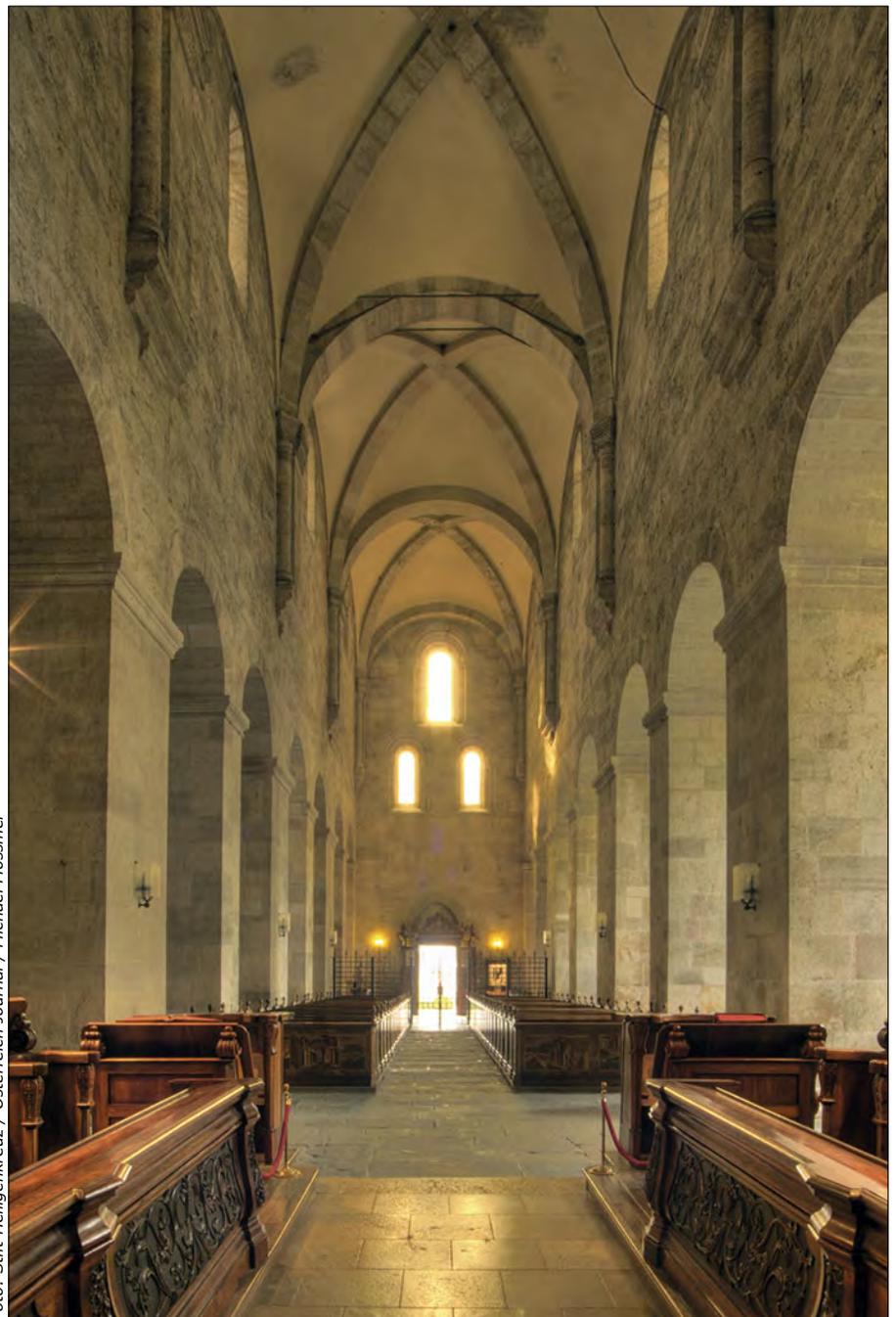


Foto: Stift Heiligenkreuz / Österreich Journal / Michael Mössner

Das romanische Langhaus ist der älteste Teil der Abteikirche.

Foto: Stift Heiligenkreuz / Österreich Journal / Michael Mössner



Das barocke Chorgestühl – hier finden sich die Mönche sieben Mal am Tag zum Stundengebet ein.

wurde es durch eine Empore verschandelt, die die Westfront mit den drei eindrucksvollen Fenster, durch die abends das Licht der untergehenden Sonne gerade auf die betenden Mönche fällt. Das Langhaus ist reinste Romanik, wie man sie in Österreich nur selten findet. Das barocke Chorgestühl fügt sich organisch in den langgestreckten Raum ein. Am schönsten ist das Langhaus am Abend im Licht der untergehenden Sonne. Erleben kann man die Kirche ja immer nur dann wie sie ist, wenn sie ihren Zwecke erfüllt: wenn sie zum Klangkörper für das Gotteslob der Mönche wird!

dargestellt. Darin steckt die theologische Aussage, daß an dem Chorgebet der Mönche auf Erden auch die himmlische Kirche teilnimmt, also Engel und Heilige mitsingen bzw. mitmusizieren.

In der Liturgie des Chorgebetes liegt auch die wichtigste Aufgabe der Mönche, da sie es als stellvertretenden Lobpreis für alle Menschen verrichten.

Man beachte auch, daß die Abteikirche nur dann in ihrer ganzen architektonischen Harmonie erlebt wird, wenn in ihr die jahrhundertealten Melodien des Gregorianischen Chorals erklingen.

Die Kober-Orgel

Im vorderen Teil der Abteikirche ist heute die große Kober-Orgel aufgestellt, die mit ihrer Höhe fast die Decke des nördlichen Querschiffes erreicht. Sie wurde 1804 von Ignaz Kober gebaut und hat zwei Manuale, 55 Register und 2959 Pfeifen. Erst 1997 wurde sie vollständig restauriert. Franz Schubert hat auf dieser Orgel gespielt und für sie sogar im Jahre 1828 eine vierhändige Fuge komponiert. Natürlich auch Anton Bruckner usw. Aber soetwas ist für eine ordentliche österreichische Stiftsorgel eigentlich selbstverständlich...

Das Chorgestühl

Das Chorgestühl dient dem feierlichen Chorgebet der Mönche. Hier versammeln sie sich siebenmal am Tag, um in gemeinsamer Rezitation der Psalmen und im meditativen Gesang des Gregorianischen Chorals Gott zu preisen. Der hohen Bedeutung des Chorgebetes entspricht die künstlerische Gestaltung des Chorgestühls. Es stammt aus der Barockzeit und wurde von dem Bildhauer und Familiaren Giovanni Giuliani aus Venedig († 1744) angefertigt. Jeder Mönch steht in einer so genannten „Stalle“, die Reihenfolge ergibt sich aus dem Alter des Eintritts. In den einzelnen Ställen stellen Holzreliefs Begebenheiten aus dem Leben Jesu dar. Oberhalb der Ställen sind kleine Engelsputten in ekstatischer Haltung und die Büsten von Heiligen mit verzückter Haltung und offenem Mund

Foto: Stift Heiligenkreuz / Österreich Journal / Michael Mössner



Im vorderen Teil der Abteikirche ist heute die große Kober-Orgel aufgestellt

Kultur



Foto: Stift Heiligenkreuz / Österreich Journal / Michael Mössner

Hier handelt es sich um den ältesten gotischen Hallenbau dieser Art in Österreich.

Bis 1950 stand die Kober-Orgel auf einer Empore, die man zur Barockzeit im romanischen Langhaus vor der Westfassade aufgezogen hatte. Diese Empore erstreckte sich über mehrere Joche und beeinträchtigte die Raumwirkung des mittelalterlichen Kirchenschiffes stark. Nach der Abtragung der Empore fand die Kober-Orgel einen würdigen Platz im nördlichen Querschiff, wo sie zwar vor den Blicken weitgehend verborgen ist, ihre Klagwirkung jedoch ungebrochen entfalten kann.

sten gotischen Hallenbau dieser Art in Österreich. Die hohen Glasfenster sind etwa zur Hälfte original aus der Zeit um 1290 erhalten. In der Barockzeit wurde die Kirche stark umgebaut, das mittlere östliche Fenster des Hallenchores war zugemauert und von einem mächtigen Barockaltar verstellt. Das Altarbild von Rottmayr, das die Aufnahme Mariens in den Himmel darstellt, ist heute an der Seite des Hallenchores erhalten. Die übrige barocke Einrichtung wurde Ende des 19. Jahrhunderts entfernt und durch den neugo-

tischen Baldachin samt den Seitenaltären ersetzt. Das bemalte Kreuz über dem Altar zeigt Christus als den auferstandenen und erhöhten Herrn. Es handelt sich um die meisterhafte Kopie eines romanischen Kreuzes von 1138.

Die Sakristei

In Österreich und im süddeutschen Raum wurden im 17. und 18. Jahrhundert viele mittelalterliche Kirchen niedergerissen und dem Geschmack der damaligen Zeit entsprechend

Die Abteikirche

Den besten Eindruck von der Erhabenheit der Klosterkirche bekommt man von der so genannten Vierung aus, wo sich Lang- und Querhaus kreuzen. Die Abteikirche wurde in zwei Etappen erbaut: Zunächst wurde noch im 12. Jahrhundert die dreischiffige Basilika in romanischem Stil fertig gestellt. Ihre Architektur ist typisch für die strenge und nüchterne Romanik der Zisterzienser, die keine überflüssige Verzierung duldet, sondern alle Gestaltungskraft in die Ästhetik des Raumes selbst legt. Durch die drei Fenster in der Westfront – ein Symbol für die heiligste Dreifaltigkeit – wirft am Abend zur Zeit der Vesper die sinkende Sonne ihr Licht auf die betenden Mönche im Chorgestühl. Dieses romanische Langhaus wurde im 13. Jahrhundert durch den Anbau einer gotischen Chorhalle erweitert. Es handelt sich um den äl-



Foto: Stift Heiligenkreuz / Österreich Journal / Michael Mössner

Die Sakristei aus dem 17. Jahrhundert zeichnet sich durch ihre hochwertigen Barockfresken aus.

Kultur

durch barocke Bauten ersetzt. Weil das Stift Heiligenkreuz finanziell stets im Wiederaufbau ungarischer Abteien engagiert war, die durch die Türkenkriege in Mitleidenschaft gezogen worden waren, konnte es sich einen völligen Neubau von Kirche und Klosteranlage nicht leisten. Das führte zu dem – aus heutiger Sicht überaus glücklichen – Umstand, daß die mittelalterliche Bausubstanz erhalten geblieben ist! Freilich wurden in der Barockzeit auch in Heiligenkreuz beträchtliche bauliche Veränderungen vorgenommen, jedoch zumeist in Form von Zubauten. Solch ein neuer Bau der Barockzeit, der einfach neben die mittelalterliche Klosteranlage gestellt worden ist, ist die Sakristei. Sie stammt aus dem 17. Jahrhundert und zeichnet sich durch ihre hochwertigen Barockfresken aus. Die Schränke mit den Intarsienverzierungen sind das Werk zweier Laienbrüder zu Beginn des 19. Jahrhunderts. In den Schränken werden Geräte und Gewänder für die Feier der Liturgie verwahrt.

Der Grabsteingang des Kreuzganges

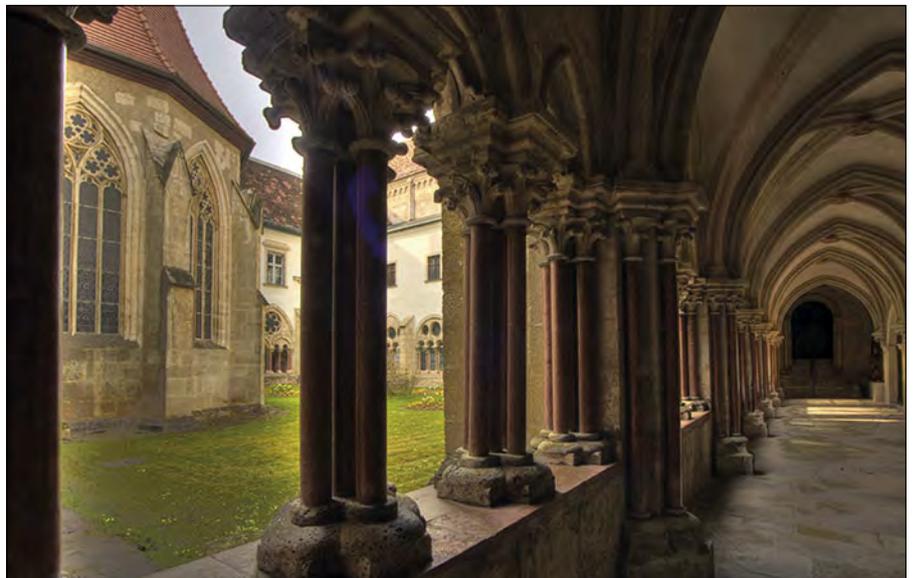
Der quadratische Kreuzgang ist das Zentrum der Klosteranlage, da er alle wichtigen Räume miteinander verbindet. Ein Kloster ist als eine Stadt im Kleinen konzipiert: die Mönche mußten sich selbst ernähren und erhalten, sie übten alle Arten von Handwerken innerhalb der Klausur selbst aus. Heute arbeiten die Mönche mehr in der Seelsorge und im schulischen Bereich. Der Kreuzgang ist in romanisch-gotischem Stil erbaut und wurde 1240 unter Herzog Friedrich II. in der heutigen Form vollendet und eingeweiht. An der im Mittelalter das Kloster mit Grundstücken, Weingärten oder sonstigen Gaben beschenkten und dadurch den Lebensunterhalt der Mönche sicherten. Diese Gönner wurden aus Dankbarkeit im Kreuzgang begrabene.

Der Kapitelsaal

Der Versammlungsraum der Mönche wird Kapitelsaal genannt, weil – zumindest in früheren Zeiten – bei jeder Zusammenkunft ein Kapitel aus der Heiligen Schrift vorgelesen wurde. Von daher rührt auch die Bezeichnung „Kapitular“ für einen Mönch, der kraft seiner Feierlichen Profeß berechtigt ist, an diesen Zusammenkünften teilzunehmen. Im Kapitelsaal findet heutzutage die Feier der Einkleidung statt, also die feierliche Aufnahme der Männer, die in das Kloster eintreten und mit dem Ordensgewand bekleidet werden. Nach dem Noviziat legt der Mönch ebenfalls im Kapitelsaal die zeitlichen Gelübde



Der quadratische Kreuzgang ist das Zentrum der Klosteranlage



Ein Blick in den Innenhof mit dem Brunnenhaus



Der Kapitelsaal dient auch als Grablege der fürstlichen Förderer des Klosters und ist damit ein wichtiger historischer Ort für die Geschichte Österreichs.

Foto: Stift Heiligenkreuz / Österreich Journal / Michael Mössmer

ab. Der Saal dient auch als Grablege der fürstlichen Förderer des Klosters und ist damit ein wichtiger historischer Ort für die Geschichte Österreichs! Was die Kaisergruft in Wien für die Habsburger ist, das ist Heiligenkreuz für das Geschlecht der Babenberger!

Die Totenkapelle

Wahrscheinlich war die Totenkapelle im Mittelalter als „Parlatorium“ in Verwendung, also als jener Raum, an dem man – inmitten des allgemeinen Stillschweigens – miteinander sprechen durfte. 1713 wurde der Raum nach dem typischen grotesken Geschmack des Barock als Totenkapelle ausgestattet, wie sie sich heute präsentiert. Die tanzenden Skelette als Kandelaber sollen auf ihre Art der Hoffnung auf Auferstehung Ausdruck geben: Der Totentanz macht Angst, doch der tanzende Tod trägt die brennende Kerze. Diese ist ja Symbol des auferstandenen Christus und damit Symbol des ewigen Lebens! Wenn heute ein Mönch stirbt, wird er für etwa zwei Tage hier aufgebahrt. Die Mönche verabschieden sich von ihrem Mitbruder, der sein irdischen Leben in Gott vollendet hat, indem sie in stillem Gebet Totenwache bis zum Tag des Begräbnisses halten.

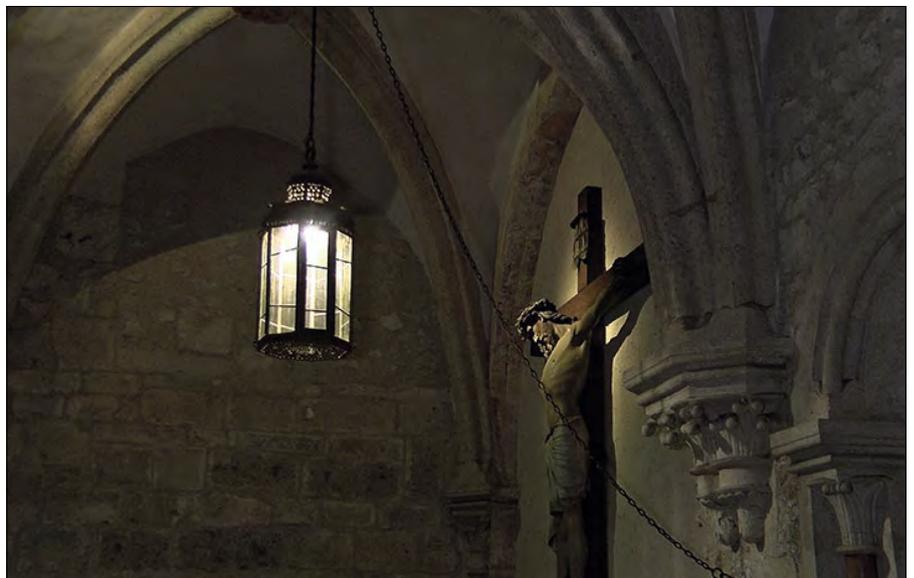
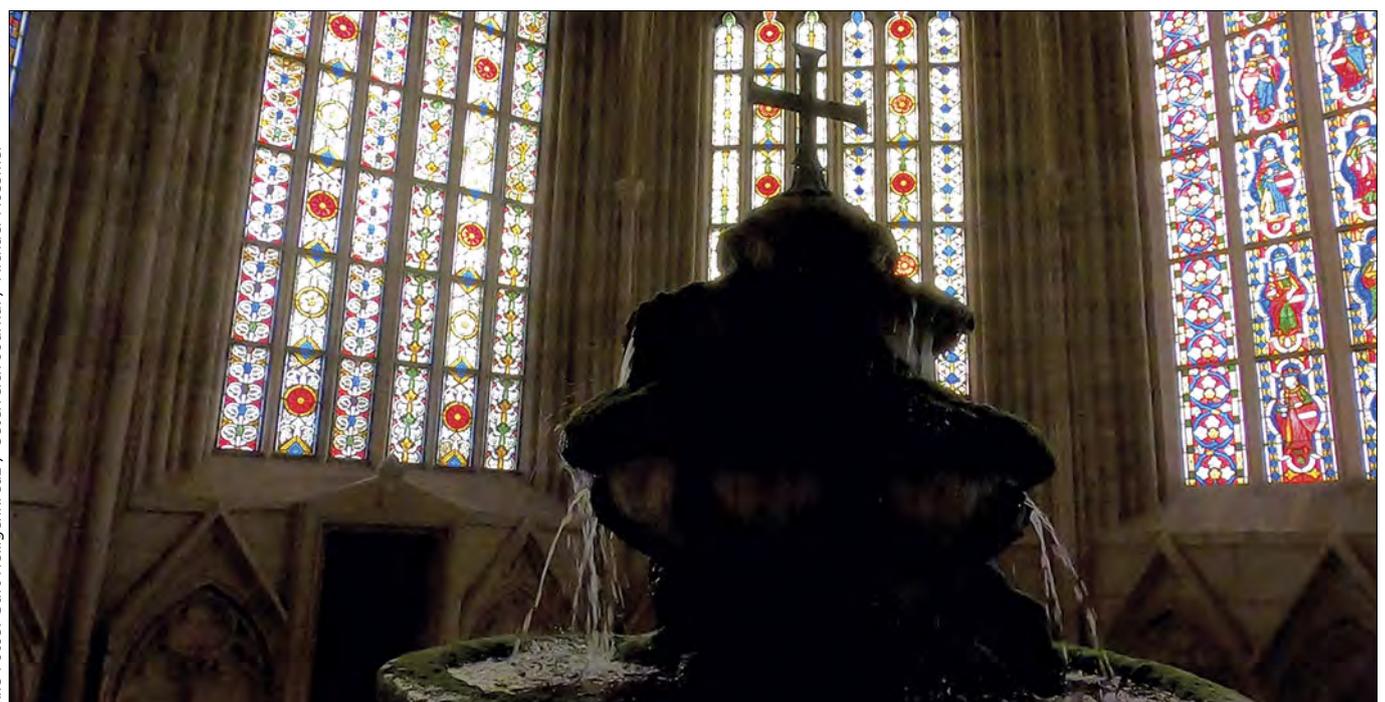


Bild oben: Wenn ein Mönch stirbt, wird er für etwa zwei Tage in der Totenkapelle aufgebahrt.

Bild Mitte: Das „Büßerkreuz“ im Kreuzgang

Bild unten: Die Glasfenster im 1298 fertiggestellten Brunnenhaus zeigen die ältesten Darstellungen der Babenberger



Alle Fotos: Stift Heiligenkreuz / Österreich Journal / Michael Mössmer

Das Brunnenhaus

Während heute jeder Mönch fließendes Wasser auf seiner Zelle hat, war im Mittelalter das Brunnenhaus die einzige Wasserquelle der ganzen Klosteranlage. Noch heute wird der Brunnen von einer eigenen Brunnenstube gespeist. Eindrucksvoll ist das sakrale Aussehen dieses gotischen Raumes, der 1295 fertiggestellt wurde. Das Brunnenhaus ähnelt einer prachtvollen Kapelle: Die berühmten gotischen Glasfenster mit Darstellungen der Babenberger, der im Schlußstein des Gewölbes thronende Christus (das Original aus Eichenholz befindet sich im Museum) und der pyramidenförmige Renaissancebrunnen geben dem Raum ein erhabenes Gepräge. Es ist verwunderlich, daß ein profaner Raum, der durch Jahrhunderte vor allem die praktische Funktion einer Waschküche und Wasserstelle des Klosters innehatte, derart ästhetisch ausgestaltet worden ist. Doch dafür gibt es einen theologischen Grund: Die sakrale Raumgestaltung soll dem Mönch auch in den profanen Tätigkeiten, also beim Waschen und Reinigen, bewußt machen, daß er Gott immer und überall dient. Die Architektur erinnert den Mönch, daß selbst gewöhnliche Alltagsarbeiten im Angesicht Christi erfolgen und somit seiner Heiligung dienen sollen.



Noch heute wird der Brunnen von einer eigenen Brunnenstube gespeist.

Die Fraterie

Dieser Raum diente im Mittelalter den Fratres, also den Brüdern, als Arbeitsraum. Verschiedene klösterliche Werkstätten waren in dem wohl ursprünglich unterteilten Raum untergebracht: Schusterei, Schneiderei, Tischlerei usw. Neben dieser mittelalterlichen

„Werkstätte“ befand sich die Schreibstube, das Skriptorium. Dieser wichtige Raum, in dem die Mönche von Hand Bücher schrieben oder kopierten, war damals auch der einzig beheizte Raum im Kloster. Das „Kalefaktorium“ darunter wurde erst 1992 entdeckt und ist über eine Stiege begehbar.



Dieser Raum diente im Mittelalter den Fratres, also den Brüdern, als Arbeitsraum.

Kultur



Alle Fotos: Österreich Journal / Michael Mössmer

Die Philosophisch-Theologische Hochschule Benedikt XVI.

Seit 1802 gibt es im Stift Heiligenkreuz eine kirchlich und staatlich anerkannte Einrichtung für die Priesterausbildung, ein Institutum Theologicum, das zunächst für den Bedarf der vier niederösterreichischen Zisterzienserstifte Zwettl, Neukloster, Heiligenkreuz und Lilienfeld eingerichtet wurde. Im Jahr 1976 wurde sie zur Philosophisch-Theologischen Hochschule.

Die Hörschaft in Heiligenkreuz nahm rasch zu, als das Institutum Theologicum dem Bischof von Regensburg, Rudolf Graber, in den Jahren nach dem Zweiten Vatikanum bekannt wurde. Er schickte Studenten (vor allem Spätberufene) nach Heiligenkreuz, um sie im Rahmen der Ordenshochschule, jedoch in einem Weltpriesterseminar wohnhaft, dem damaligen „Collegium Rudolphinum“ auf den Priesterberuf vorbereiten zu lassen. Bald folgten Seminaristen aus anderen Diözesen und Ordensgemeinschaften.

Im Jahr 1976 erfolgte die Erhebung zur Philosophisch-Theologischen Hochschule. 2007 wurde das Priesterseminar Rudolphinum, dessen Alumnen an der Hochschule studieren, der Verantwortung des Stiftes und einer Kommission österreichischer Bischöfe unterstellt und in Leopoldinum umbenannt.

Im Jahr 2007 wurde die Hochschule von Papst Benedikt XVI. in den Rang eines päpstlichen Athenaeums (päpstliche Hochschule) erhoben. Am 9. September 2007 besuchte der Papst im Rahmen seiner Pastoralreise nach Österreich das Stift und die nach ihm benannte Hochschule und lobte sie wegen der dort angestrebten Verbindung von Theologie und Spiritualität als „profilierten Studienort“.

Die Hochschule Heiligenkreuz verfügt nicht über das Promotions- oder Habilitationsrecht. Die Philosophisch-theologische Hochschule päpstlichen Rechtes ist vorwiegend der Ausbildung angehender Priester der römisch-katholischen Kirche gewidmet. Sie ist derzeit die einzige aktive Ordenshochschule in Österreich und die einzige Hochschule im Zisterzienserorden. Sie ermöglicht ein staatlich und kirchlich anerkanntes Studium der katholischen Theologie und ist zugleich für Ordensgeistliche mit einem Priesterseminar verbunden.

Seit 2002 ist die Hochschule auch außeruniversitär in der kirchlichen Erwachsenenbildung tätig und unterstützt das Institut St. Justinus bei der Ausbildung von Katechisten.

<https://www.hochschule-heiligenkreuz.at/>



Bild oben und unten: Papst Benedikt und Abt em. Gregor Henckel-Donnersmarck



Alle Fotos: Stift Heiligenkreuz

Chant – Music for Paradise

„Es ist wie ein Wunder – anders kann man es nicht nennen“: Mit diesen Worten kommentierte Pater Karl Wallner im Jahr 2008 (er leitet heute als Nationadirektor die Päpstlichen Missionswerke in Österreich) den sensationellen Erfolg der Heiligenkreuzer Zisterziensermönche mit ihrer CD „Chant – Music for Paradise“. Die gregorianischen Choräle der Ordensmänner aus dem Wienerwald erklimmen 2008 die Spitze der österreichischen Album-Charts; noch spektakulärer war der Verkaufserfolg in Großbritannien, der sogar eine Pop-Größe wie Madonna mit ihrer CD „Hard Candy“ um sechs Ränge hinter sich ließ. „Jetzt ist die ‚echte Madonna‘ in den Charts“, so Pater Karl Wallner damals. Doch Hitparadenerfolge seien letztlich „oberflächlich“ und sekundär, sagte er im Gespräch

Foto: Österreich Journal / Michael Mössner



Dies ist der Haupteingang zur Philosophisch-Theologischen Hochschule Benedikt XVI.



mit „Kathpress“, der Österreichischen Katholischen Presseagentur. Was ihn viel mehr freue, seien die vielen positiven Rückmeldungen von Menschen, die sich von den Gesängen der Heiligenkreuzer Zisterzienser innerlich berührt fühlen. Es sei erfreulich, daß die Kirche, die sonst mehr mit moralischen oder gesellschaftspolitischen Themen in den Medien präsent gewesen sei, jetzt mit ihrer „Kernkompetenz“, der gelebten Spiritualität, Aufmerksamkeit erzeuge. Diesem Interesse an den Schätzen der geistlichen Tradition wie dem Gregorianischen Choral traut P. Karl Wallner mehr Nachhaltigkeit zu als den Erfolgen in den Hitparaden. Um den Verwendungszweck der Einnahmen sei man in Heiligenkreuz nicht verlegen: Jährlich komme eine Fülle von Briefen ins Stift, in denen Ordensniederlassungen aus allen möglichen Ländern um Unterstützung für auszubildende Priester oder um einen Platz an der haus-eigenen Päpstlichen Hochschule ersuchen.

<http://stift-heiligenkreuz.org>

<https://bit.ly/46DBTN3>

Quellen: Stift Heiligenkreuz, „Österreich Journal“

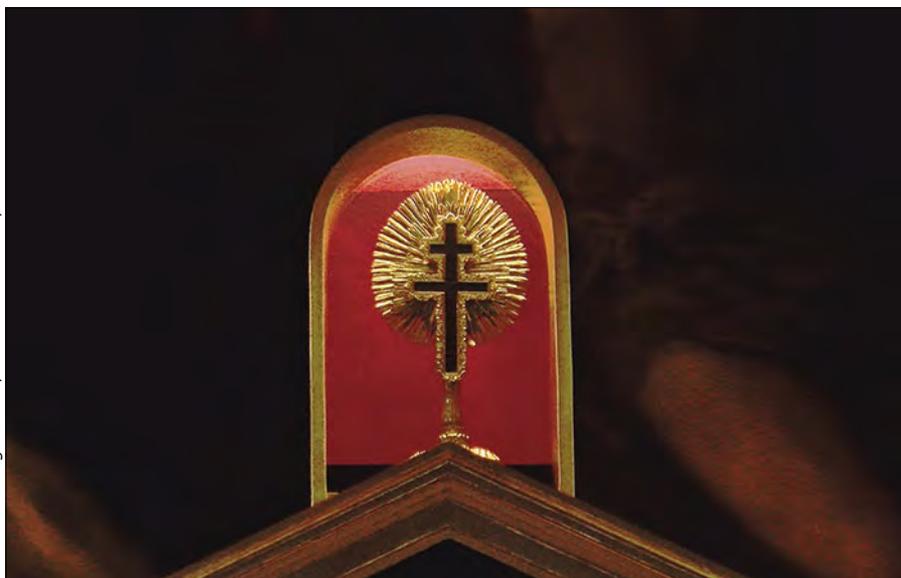
https://de.wikipedia.org/wiki/Philosophisch-Theologische_Hochschule_Benedikt_XVI

Foto: Österreich Journal / Michael Mössner



Am Altar der 1982 erbauten Kreuzkirche kann man – hinter Panzerglas – ...

Foto: Stift Heiligenkreuz / Österreich Journal / Michael Mössner



eine Kreuzreliquie besichtigen, die Herzog Leopold V. 1188 dem Stftit geschenkt hatte.

26 Minuten Video-Rundgang durch das Stift Heiligenkreuz

Das Zisterzienserstift Heiligenkreuz ist eines der bedeutendsten und lebendigsten Klöster Österreichs. Der Konvent umfaßt mit Stand Ende 2023 nahezu 100 Mönche, die in den verschiedensten Bereichen tätig sind. Die Verantwortlichen hatten mir dankenswerterweise die Erlaubnis gegeben, auch Innenaufnahmen machen zu dürfen.

Mit der von mir – mit kleinen Anleihen bei Ottorino Respighis Kirchenfenstern – komponierte und eingespielte Musik soll die faszinierende Stimmung in diesen ehrwürdigen Mauern unterstreichen. Und um diese nicht zu stören, habe auf erklärende Kommentare verzichtet und nur kurze Informationen einblendet...
Michael Mössmer



Deutsch: <https://youtu.be/EU00bJWZaOw>



English: <https://youtu.be/N0574LjNwRg>



Français: <https://youtu.be/aSwo8J1hi10>



Italiano: <https://youtu.be/qRikDsqsctA>



Español: <https://youtu.be/qRikDsqsctA>